

2011

Výročná správa Geschäftsbericht



*Alexej Vojtášek, triptychon Bratislava, Schwäbisch Hall,
Wien, 1997, Ölgemälde*



PRVÁ STAVEBNÁ SPORITEĽŇA

Inhalt

Vorwort des Vorstandes	5
Unternehmensprofil	7
Unternehmensgrundsätze	13
Unternehmensführung	19
Tätigkeitsbericht	33
Mit den Menschen und für die Menschen	52
Jahresabschluss	63
Berichte	132
Résumé	I – IX

Prvá stavebná sporiteľňa, a.s. auf einen Blick

	2011	2010	2009	2008	2007
1. Vorgelegtes Neugeschäft					
1.1. Anzahl	160 266	201 223	211 616	165 862	169 801
1.2. Bausparvolumen in Mio. EUR	1 600	1 740	1 935	1 867	1 668
2. Zuteilungen					
2.1. Anzahl	25 803	21 152	17 630	21 693	17 020
2.2. Bausparvolumen in Mio. EUR	305	258	223	248	190
3. Bauspardarlehen, Zwischendarlehen und ÚmfSS PO¹					
3.1. Anzahl der Darlehen	20 692	24 398	16 492	35 029	37 070
3.2. genehmigte Bauspardarlehen in Mio. EUR*	386	428	255	405	392
4. Widmungsgemäss verwendete Bausparguthaben in Mio. EUR*	52	57	72	101	107
5. Finanzierungsvolumen für Wohnbau gesamt in Mio. EUR²	439	485	326	506	499
6. Vertragsbestand					
6.1. Anzahl	852 269	907 768	913 370	928 018	956 958
6.2. Bausparsumme in Mio. EUR	11 441	11 711	11 395	11 071	10 696
6.3. Bauspareinlagenbestand in Mio. EUR	1 890	1 792	1 667	1 615	1 458
7. Bilanzsumme in Mio. EUR (ab 2005 laut IFRS)	2 224	2 125	2 000	1 949	1 808
8. Forderungen aus Darlehen (Brutto) in Mio. EUR (ab 2005 laut IFRS)	1 834	1 797	1 724	1 704	1 556
9. Eigenkapital in Mio. EUR³ (ab 2005 laut IFRS)	251	253	253	254	261
10. Gewinn nach Steuern in Mio. EUR (ab 2005 laut IFRS)	29	29	28	23	27
11. Forderungen aus Darlehen (Brutto) / Bilanzsumme in %	82,46	84,58	86,21	87,41	86,03
12. Bauspareinlagenbestand / Bilanzsumme in %	84,98	84,35	83,38	82,85	80,61
13. Eigenkapital / Bilanzsumme in %	11,29	11,91	12,65	13,03	14,41
14. Forderungen aus Darlehen (Brutto) / Bauspareinlagenbestand in %	97,04	100,28	103,39	105,50	106,72
15. Wertverlustige Forderungen aus Darlehen / Forderungen aus Darlehen (Brutto) in % zum 31. Dezember	4,84	4,61	4,42	3,45	3,03
16. Rentabilität des Eigenkapitals (ROE)³ in %	18,32	18,42	17,45	14,00	16,20
17. Rentabilität der Aktiva (ROA) in %	1,32	1,42	1,42	1,21	1,57
18. Angemessenheit der Eigenmittel (Kapitaladäquanz) in %	15,14	15,71	16,95	17,71	19,38
19. Anzahl der Mitarbeiter	394	387	392	392	393

¹Darlehen für juristische Personen aus ausserkollektiven Mitteln

²Summe der Zeilen die mit dem Sternchen (*) gekennzeichnet sind.

³Summe von Grundkapital, Gewinnrücklagen, Gewinnvortrag, Gewinn nach Steuern und Bewertungsdifferenz aus zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren

PSS in 2011 - Übersicht der Ereignisse

Januar

- Im Nationalen Tenniszentrum in Bratislava fand ein Treffen der Angestellten der PSS und der Mitarbeiter des Vertriebsnetzes aus der ganzen Slowakei statt, bei dem die Vertriebsergebnisse des Vorjahres ausgewertet und die Produktinnovationen für 2011 präsentiert wurden.

- Der Vorstand der PSS traf sich mit den Mitarbeitern der Zentrale der PSS und informierte sie über die Erfüllung des Geschäftsplans für das Vorjahr sowie über die wichtigsten Ziele für das Jahr 2011.

- Vortrag von Mag. Herbert G. Pfeiffer, Vorstandsmitglied der PSS, am Arbeitseminar Bausparen als Modell für die Finanzierung des Wohnungsbaus für Montenegro, das in Podgorica (Montenegro) stattfand.

- Umsetzung der neuen Vertriebsstruktur der PSS in die Praxis.

Februar

- Pressekonferenz der PSS über die Bilanzierung des Vorjahres und die wichtigsten Vorhaben für 2011.

- Zinsbonus – Möglichkeit für die Kunden (sowohl natürliche als auch juristische Personen), die Einlagen in 2011 außerordentlich günstig zu veranlagen.

- Sonderdarlehensaktion für Wohnungseigentümergeinschaften und nicht zu Wohnzwecken dienenden Räumlichkeiten, Wohnungsbaugenossenschaften sowie für andere Verwalter von Wohnobjekten, die diesen Bausparern – juristischen Personen ermöglichte, Darlehen für die Renovierung eines Wohnhauses ab 3,69% p.a. zu erhalten (befristet bis zum 31. Juli 2011) diverse Änderungen zur Verbesserung der Bedingungen für die Darlehenszuteilung – vor allem Erhöhung der Höchstbelastung einer Immobilie bis zu 100% des realen Verkaufswerts.

- Motivations- und Arbeitsreise des TOP Klubs 2011, dem die erfolgreichsten Handelsvertreter der PSS in 2010 angehören.

- Start der zweimonatigen Werbekampagne zur Förderung des Zinsbonus – die absolute Neuigkeit der Kampagne waren die Fernsehspots auf der Webseite der PSS, deren Besucher die gelungenste und witzigste Version des Fernsehspots wählen konnten.

März

- Tätigkeitsbeginn einer spezialisierten Arbeitsgruppe zusammengesetzt aus Vertretern des slowakischen Finanzministerium, des slowa-

kischen Ministeriums für Verkehr, Aufbau und regionale Entwicklung, und der Bausparkassen. Das Ziel war, gemeinsame Lösungen für bauparbezogenen Probleme zu finden.

- Fortsetzung der Zinsbonus-Aktion.

- Auswertung des Wettbewerbs Ocenenie za prikladnú obnovu (Honorierung einer vorbildhaften Wiederherstellung), der zusammen mit der PSS realisiert wurde.

- Auswertung des Wettbewerbs Najlepšie obnovený bytový dom roka (Am besten renoviertes Wohnhaus des Jahres), bei dem die PSS einer der Hauptsponsoren ist.

April

- Darlehenssonderaktion für Bausparer – natürliche Personen, dank welcher sie ein Wohndarlehen ab 1,69% p.a. erhalten konnten.

- Verbesserung und Vereinfachung der Zinsbedingungen bei Darlehen an Wohnungseigentümergeinschaften und nicht zu Wohnzwecken dienenden Räumlichkeiten, Wohnungsbaugenossenschaften sowie für andere Verwalter von Wohnobjekten.

- Wettbewerb Úvery 2011 (Darlehen 2011) für die Handelsvertreter der PSS (dauerte bis zum 31. Juli 2011).

- Ordentliche Hauptversammlung der PSS und Sitzung des Aufsichtsrates in der Zentrale der PSS in Bratislava.

- Werbekampagne (Laufzeit bis zum 31. Mai 2011), die den „Dauerbrenner der Saison“, d.h. Darlehen zum Zinssatz 1,69% p. a., propagierte.

Mai

- Die slowakische Regierung verabschiedete eine vom slowakischen Finanzministerium entworfene Novelle zum Bauspargesetz.

- Pressebriefing in der Zentrale der PSS in Bratislava, an dem alle drei in der Slowakei tätigen Bausparkassen ihre Nichtübereinstimmung mit der vom slowakischen Finanzministerium entwickelten Methode der Ermittlung der Bausparprämie im ersten Sparjahr bekanntgaben.

- Fortsetzung der Darlehenssonderaktion.

- Vortrag von Mag. Herbert G. Pfeiffer, Vorstandsmitglied der PSS, an der Jahressitzung der Europäischen Bausparkassenvereinigung (EuBV) in Brüssel.

- Dritter Platz für IMPULZ, die Zeitschrift der PSS, im slowakischen Wettbewerb Podnikové médium roka 2010 (Betriebsmedium des Jahres 2010) in der Kategorie Betriebszeitung.

- Verleihung der Preise der PSS im Rahmen des Wettbewerbs Progresívne, cenovo dostupné bývanie (Progressives, preisgünstiges Wohnen).

Juni

- Außerordentliches Beihilfeprogramm der PSS, für die vom Hochwasser betroffenen slowakischen Bürger.
- Verlängerung der Darlehenssonderaktion bis zum 31. Juli 2011.
- Sportspiele der PSS.

Juli – August

- Gemeinschaftswerbekampagne der PSS, der Wüstenrot stavebná sporiteľňa, a.s., und der ČSOB stavebná sporiteľňa, a.s.

September

- Das slowakische Parlament verabschiedete die Novelle zum Bauspargesetz.
- Neues Angebot für Wohnungseigentümergeinschaften und nicht zu Wohnzwecken dienenden Räumlichkeiten, Wohnungsbaugenossenschaften sowie für andere Verwalter von Wohnobjekten – Darlehen für die Renovierung von Wohnhäusern mit einem für 4 Jahre garantierten Zinssatz von 2,99% p.a.
- Verbesserung der Bedingungen des Junior Extra Tarifs, indem sich die Extra-Sicherheit jetzt auf beide Elternteile (bzw. beide gesetzlichen Vertreter) des Kindes bezieht.
- Motivations- und Arbeitsreise von 22 Handelsvertretern der PSS – den Gewinnern des Wettbewerbs Úvery 2010 (Darlehen 2010).

Oktober

- Der slowakische Präsident schickte die Novelle zum Bauspargesetz ins Parlament zur erneuten Behandlung wegen ihrer Rückwirkung zurück – Grund: verfassungswidrige Retroaktivität.
- Bei erneuter Abstimmung verabschiedete das slowakische Parlament die Novelle zum Bauspargesetz nicht.
- Sonderaktion für Bausparer – natürliche Personen, die ihnen die Chance gab, beim Abschluss eines Bausparvertrags bis zu € 100 zu erhalten.
- Diverse Änderungen zwecks Verbesserung der Bedingungen für die Darlehenszuteilung.
- Auswertung des Wettbewerbs Bangkok 2012 für die Handelsvertreter der PSS (Dauer bis 15. Dezember 2011).
- Vortrag von Mag. Herbert G. Pfeiffer, Vor-

standsmitglied der PSS, an der Jahressitzung der EuBV in Bratislava.

- Teilnahme von Mag. Herbert G. Pfeiffer, Vorstandsmitglied der PSS, an der Sitzung von UN-ECE CHLM Human in Genf und der Sitzung des Exekutivausschusses der International Union for Housing Finance (IUHF) in Brüssel.

- Vortrag von Mag. Herbert G. Pfeiffer, Vorstandsmitglied der PSS, am Nationalen Bausparforum in Bukarest (Rumänien).

- 4. Platz für die PSS auf der Liste der größten Firmenphilanthropen in 2011 (Wettbewerb TOP firemný filantrop 2011 (TOP Firmenphilanthrop 2011)).

- Auswertung des Wettbewerbs CE.ZA.AR 2011 – der Preis in der Kategorie Eigenheime wurde von Ing. Imrich Béreš, Vorstandsvorsitzenden der PSS, überreicht.

- Verleihung des PSS-Preises Bytový dom roka (Wohnhaus des Jahres) der Residenz CASSOVAR, Neubau in Košice, im Rahmen des Wettbewerbs Stavba roka (Bau des Jahres).

- Start der Werbekampagne (Dauer bis 31. November 2011) Kto sporí, získa až 100 € (Wer spart, bekommt bis zu € 100).

November

- Die slowakische Regierung legte die Novelle zum Bauspargesetz erneut dem Parlament zur Verabschiedung vor.

- Der Verfassungsausschuss des slowakischen Parlaments stellte in seiner Stellungnahme fest, dass die erneute Vorlage der Novelle zum Bauspargesetz an das Parlament im Widerspruch zur Tagungsordnung des Nationalrates steht.

- Auf Basis des Beschlusses des Verfassungsausschusses des slowakischen Parlaments beschloss das Parlamentsplenum, dass über die Novelle zum Bauspargesetz nicht verhandelt wird – dies bedeutet, dass das Bauspargesetz und die Bausparbedingungen unverändert bleiben.

- 2. Platz für die PSS im Wettbewerb Najlepšia ročná správa 2010 (Bester Geschäftsbericht für 2010).

Dezember

- Sitzung des Aufsichtsrates in der Zentrale der PSS in Bratislava.

- 1. Platz für die PSS im Wettbewerb Zlatá minca 2011 (Goldene Münze 2011) in der Kategorie Bausparen für das Bauspardarlehen mit einem Zinssatz ab 2,9% p.a.

Sehr geehrte Geschäftspartner, Kunden und Aktionäre!

Die Wirtschaftsprognosen für 2011 waren für die Europäische Union, insbesondere aber für die Slowakei vielversprechend. Die Vorhersagen mußten jedoch bereits zu Jahresbeginn revidiert werden. Täglich berichteten seitdem die Medien über massive finanzielle Schwierigkeiten einiger EU-Staaten, über EURO-Ausstiegsszenarien und fortgesetzte wirtschaftliche Krisenszenarien.

Ratingagenturen und Finanzanalytiker berichteten fast jeden Tag mit negativen Aussagen über die möglichen Auswirkungen der „Schuldenkrise“. Das angekündigte baldige Ende der Finanz- und Wirtschaftskrise, mit dem die Seiten der Pressemedien in 2010 voll waren, ist nicht eingetreten.

Gleich zu Jahresbeginn zeigte sich die „Schuldenkrise“ auch in der Slowakei. Für ein Land mit einer der niedrigsten Verschuldung im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt und einer der niedrigsten Schuldenquote seiner Bürger ist das ersehnte Ziel, die Reduzierung des des Staatshaushaltsdefizites bzw. ein ausgeglichenes Budget, in die Ferne gerückt.

Die gesamte ökonomische Entwicklung führte zu einem unterjährigen Rückgang im Bauwesen (sowohl im Neubau als auch im Bereich Modernisierung und Renovierung) um 3,2%. Es kam zu keiner Wiederbelebung des Immobilienmarktes; im Gegenteil, das geringfügige Interesse an Immobilien drückte die Preise noch weiter. Trotzdem erreichten die Preise für Wohnimmobilien immer noch nicht ihre reale, den Einkünften der Bevölkerung entsprechende Höhe. Im Gegenteil, die wieder steigende soziale Unsicherheit und Arbeitslosigkeit konzentrierte das Interesse der Menschen auf kleinere, preiswertere Immobilien in weniger attraktiven Lagen. Die Eigentümer konzentrieren sich wieder mehr auf die Wiederherstellung des bestehenden Wohnungsbestands. Dieser Trend hatte sich auch im Segment der Wohnungsfinanzierung ausgewirkt.

Die Schuldenkrise und die daraus resultierenden Bestrebungen der slowakischen Regierung, wirkten sich sehr negativ auf das Bausparsystem aus. Obwohl das Jahr 2011 kein Schaltjahr war, war es in der nahezu 20-jährigen Geschichte des Bausparens in der Slowakei, sowohl für die Bausparer, als auch für die Bausparkassen das bis jetzt längste Jahr, gemessen an den politischen Auseinandersetzungen. Insbesondere die Periode vom 1. März bis zum 30. November 2011 – 9 Monate einer intensiven Kampagne des slowakischen Finanzministeriums gegen das Bausparen, zur Reduktion der Staatsprämie – war sehr belastend. Dabei zeigten sowohl die Vertreter des Finanzministeriums als auch deren Analytiker kein Interesse, sich mit den realen Auswirkungen einer solchen Reduktion der Staatsprämie auf die Einnahmenseite des Staatshaushalts und die Beschäftigungssituation der Bevölkerung zu befassen, obwohl nach Feststellungen unabhängiger Wirtschaftsexperten die negativen Auswirkungen der Reduktion der Prämie wesentlich höher als die Ausgaben für die Bausparprämie sind.

Vor dem Hintergrund dieser Ereignisse ist der Rückgang der Vertragsabschlüsse um 20% in Stück und um 8% im Volumen ein ausgezeichnetes Ergebnis. Den leichten Rückgang in der Anzahl der gewährten Darlehen an natürliche Personen schreiben wir dem Einfluß der Wirtschaftsentwicklung, der Beschäftigungsentwicklung, des Immobilienmarktes, sowie der Senkung der sozialen Sicherheit der Bevölkerung zu und nicht den negativen Absichten des Finanzministeriums. Erfreulich war das Volumen der Darlehen für die Renovierung von Wohnhäusern, da die PSS in 2011 für diesen Zweck die historisch höchste Darlehenssumme (€ 41,75 Mio.) gewährte.

Die Wirtschaftsergebnisse, die wir in 2011 erzielten (Jahresüberschuss von € 29 Mio., Anstieg der Bauspareinlagen um 5%, Anstieg der Bilanzsumme um 4,7%), konnten nur dank der intensiven Aufklärungsarbeit zum Bausparen, seines Beitrages zur Volkswirtschaft und für jeden einzelnen Bürger, sowie dank der Aufrechterhaltung des Vertrauens eigener Mitarbeiter, der Vertriebsmitarbeiter und vor allem der nahezu 800.000 Bausparer erreicht werden.

Trotz eines permanenten über die Medien verstärkten politischen Druckes, der die Effektivität des Bausparens in Frage stellte, sind wir stolz darauf, dass wir es geschafft haben, nicht nur einen lediglich geringfügigen Rückgang der Anzahl der neu abgeschlossenen Bausparverhältnisse mit Kunden, sondern auch den Fortschritt in einigen wichtigen ökonomischen Kennziffern der Bank zu verzeichnen. Die Stellung des Bausparens in der slowakischen Volkswirtschaft und sein Beitrag zur Wohnungsfinanzierung niedriger und mittlerer Einkommensbezieher wird auch durch eine Fachumfrage des informellen ökonomischen Forums des Wirtschaftsklubs der SR unterstrichen die die PSS auf den 2. Platz reihte und in der Internetabstimmung des HN-Clubs, wo die breite Öffentlichkeit die PSS auf den 1. Platz reichte.

Es ist uns gelungen, die obigen Ergebnisse (einschließlich des Anstiegs der Bilanzsumme und des Gewinns) insbesondere dank der bereits traditionellen kundenorientierten Dienstleistungen der PSS zu erreichen. Am erfolgreichsten waren Angebote, die wir rund um das Jahr für unsere Kunden vorbereiteten – zuerst der Neujahrzinsbonus mit der Chance, mit der Bauspareinlage bis zu 22% Ertrag zu erzielen, dann die fast über ein halbes Jahr gewährten Darlehen zum Zinssatz von 1,69% p.a., die im Herbst abgeschlossenen Bausparverträge ohne Abschlussgebühr, oder Bausparverträge mit einer Bauspareinlage von € 663,69 und der Chance, bis zu € 100 zu gewinnen. Neben den erwähnten finanziellen Vorteilen, welche die Rendite des Bausparens erhöhen (in 2011 erreichte sie – im Durchschnitt für 6 Sparjahre – bis zu 5,19%), spielte auch die technische und fachliche Ausstattung der Handelsvertreter im Kontakt mit den Kunden sicher eine wichtige Rolle zur Aufrechterhaltung und Steigerung der Wirtschaftskraft und des Image der PSS.

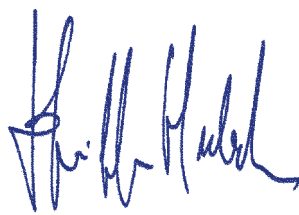
Die Wettbewerbsstärke der PSS dokumentiert sich durch einen Marktanteil der PSS bei Bauspar- und Zwischendarlehen von rund 87%.

Diese Unabhängigkeit vom Finanzmarkt und die Stabilität des Bausparens sind jene Attribute, die es den Mitarbeitern und Angestellten der PSS, dem Vertriebsnetz und den Partnern der größten slowakischen Bausparkasse auch im schwierigen Jahr 2011, ermöglichte hatte, durch großen Einsatz erstklassige Ergebnisse zu erzielen und somit die slowakischen Bürger bei der Finanzierung ihres neuen oder renovierten Wohnens zu unterstützen. Das Bausparen unterstreicht daher auch in den Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise seine Rechtfertigung und Vorteilhaftigkeit, sowohl für den Staat als auch für die Bürger.

Ohne das große Vertrauen unserer Kunden in die PSS und in das Bausparsystem wären die Erfolge im vorherrschenden politischen Klima 2011 nicht möglich gewesen. Wir bedanken uns für dieses Vertrauen. Ein besonderes Dank gebührt an dieser Stelle allen Mitarbeitern der PSS im Hause selbst, im Außendienst und allen unseren Geschäftspartnern, unseren Aufsichtsräten und Aktionären.



Ing. Imrich Béreš
Vorstandsvorsitzender



Mag. Herbert G. Pfeiffer
Vorstandsmitglied



Dipl. Ing. Erich Feix
Vorstandsmitglied



Jaro Jelenek, Modrá krajina, 1997, malba (Ölgemälde)

Unternehmensprofil

1.1. Gesetzlicher Rahmen

Die PSS übt ihre Geschäftstätigkeit in Übereinstimmung mit den in der Slowakei geltenden Rechtsvorschriften und -normen aus.

Die grundlegenden Regulierungsfaktoren, welche die Tätigkeit der PSS regeln und beeinflussen, können in drei Hauptgruppen aufgeteilt werden:

A. Die die Banktätigkeit regelnden Gesetze:

- * Bankengesetz (Gesetz Nr. 483/2001 GBl. in der geltenden Fassung)
- * Arbeitsgesetzbuch (Gesetz Nr. 40/1963 GBl. in der geltenden Fassung)
- * Handelsgesetzbuch (Gesetz Nr. 513/1991 GBl. in der geltenden Fassung)
- * Devisengesetz (Gesetz Nr. 202/1995 GBl. in der geltenden Fassung)
- * Rechnungslegungsgesetz (Gesetz Nr. 431/2002 GBl. in der geltenden Fassung)
- * Zahlungsverkehrsgesetz (Gesetz Nr. 510/2002 GBl. in der geltenden Fassung)
- * Einlagenschutzgesetz (Gesetz Nr. 118/1996 GBl. in der geltenden Fassung)
- * Finanzmarktaufsichtsgesetz (Gesetz Nr. 96/2002 GBl. in der geltenden Fassung)
- * Geldwäschegesetz (Gesetz Nr. 367/2000 GBl. in der geltenden Fassung)
- * Wertpapier- und Investitionsdienstleistungsgesetz (Gesetz Nr. 566/2001 GBl. in der geltenden Fassung)
- * Schuldverschreibungsgesetz (Gesetz Nr. 530/1990 GBl. in der geltenden Fassung)
- * Wechsel- und Scheckgesetz (Gesetz Nr. 191/1950 in der geltenden Fassung)
- * Ertragsteuergesetz (Gesetz Nr. 595/2003 GBl. in der geltenden Fassung)
- * Umsatzsteuergesetz (Gesetz Nr. 222/2004 GBl. in der geltenden Fassung)
- * Insolvenz- und Ausgleichsgesetz (Gesetz Nr. 328/1991 GBl. in der geltenden Fassung)

B. Die das Bausparen und die allgemeine Tätigkeit der PSS regelnden Gesetze:

- * Bauspargengesetz (Gesetz Nr. 310/1992 GBl. in der geltenden Fassung)
- * Wohnungsgesetz (Gesetz Nr. 182/1993 GBl. in der geltenden Fassung)

C. Die die staatliche Wohnförderung regelnden Gesetze:

- * Bankengesetz (Gesetz Nr. 483/2001 GBl. in der geltenden Fassung) - Hypothekarkredite
- * Staatshaushaltsgesetz – Bausparprämie
- * Gesetz Nr. 607/2003 GBl. über den Staatsfonds zur Förderung des Wohnungswesens in der geltenden Fassung

1.2. Grundlegende Charakteristik

Die Prvá stavebná sporiteľňa (im Folgenden „PSS“) ist eine Aktiengesellschaft mit Sitz in der Bajkalská Str. 30, Bratislava. Sie entstand mit dem Tag der Eintragung ins Handelsregister am 15. Oktober 1992. Ihre Geschäftstätigkeit übt sie seit dem 16. November 1992 aus, als erste Bank ihrer Art in ehemaligen mittel- und osteuropäischen Ländern, womit sie eigentlich zum Pionier des Bausparens in dieser Region wurde. Die PSS wurde als eine spezialisierte Bank zur Förderung des Wohnungsbaus und des Wohnungswesens in der Slowakei gegründet. Dies bedeutet, dass das primäre Ziel, das ihre gesamte Geschäftstätigkeit vor Augen hat, ist, sich an der Lösung und Verbesserung der Wohnsituation und somit auch an der Erhöhung des Lebensstandards der slowakischen Bürger zu beteiligen. Seit Anfang ihrer Geschäftstätigkeit zählt die PSS zu den sich am dynamischsten entwickelnden Geldinstituten auf dem slowakischen Finanzmarkt. Ihre gesamte bisherige Geschichte ist ein überzeugender Beweis dafür, dass ihre Gründung eine richtige Entscheidung zur richtigen Zeit war.

Unternehmensgegenstand – laut dem dem Beschluss der Národná banka Slovenska (Nationalbank der Slowakei) Nr. UBD-2114/99 entsprechenden Handelsregisterauszug vom 6.12.1999:

- Entgegennahme von Bauspareinlagen,
- Gewährung von Bauspardarlehen,
- Gewährung von Bürgschaften an andere Kreditinstitute für Bauspar-, Hypotheken- oder Kommunaldarlehen,
- Entgegennahme von Einlagen anderer Kreditinstitute,
- Handel auf eigene Rechnung mit Hypothekendarlehen, Kommunalobligationen, Staatsanleihen einschließlich der Schatzscheine oder mit Kassenobligationen der Nationalbank der Slowakei auf Basis der nach dem slowakischen Wertpapiergesetz (Gesetz Nr. 600/1992 Gbl. in der geltenden Fassung) erteilten Genehmigung,
- Zahlungsverkehr und bausparbezogene Verrechnung,
- Beratungstätigkeit hinsichtlich des Bausparens, sowie
- Gewährung von Baudarlehen für Bauzwecke aus ausserkollektiven Mitteln.

Grundkapital: 66.500.000,- €

1.3. Aktionärsstruktur

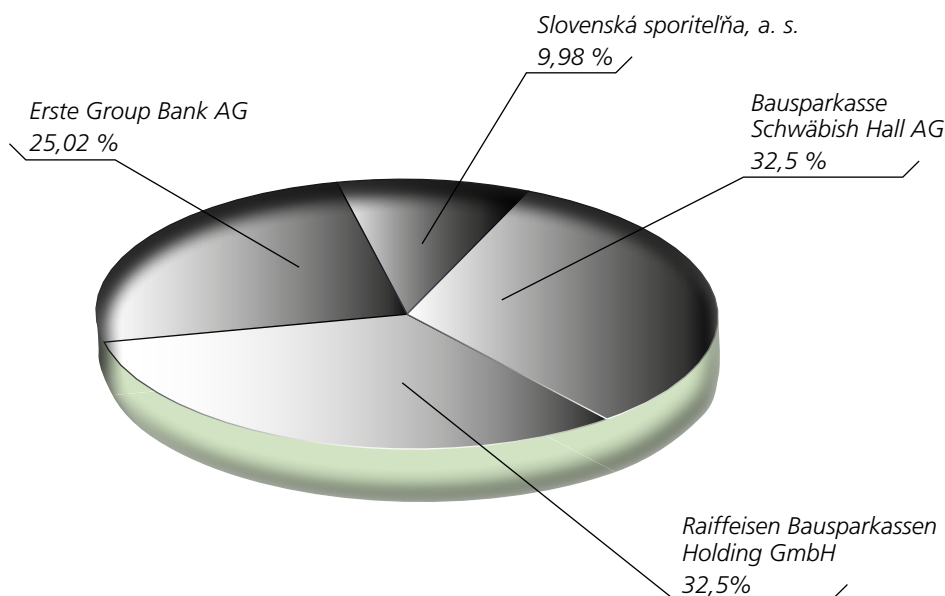
Die **Bausparkasse Schwäbisch Hall AG**, Schwäbisch Hall (32,5%-iger Anteil am Grundkapital der PSS) ist seit fast 80 Jahren (gegründet 1931) erfolgreich im Bauspargeschäft tätig. Sie zählt zu den führenden Akteuren auf dem europäischen Bausparkmarkt; ihr kundenfreundlicher Ansatz, dem maßgeschneiderte, vielschichtige Programme zugrunde liegen, hat bereits Millionen von Kunden überzeugt.

Die **Raiffeisen Bausparkassen Holding GmbH**, Wien (32,5%-iger Anteil am Grundkapital der PSS) ist eine 100%-ige Tochtergesellschaft der Raiffeisen Bausparkasse, Gesellschaft m.b.H., Wien, eines auf Finanzierung des Wohnungsbaus spezialisierten Finanzinstituts des Raiffeisenbankkonzerns, das 1961 gegründet wurde. Diese größte österreichische Bausparkasse ist ein verlässlicher und kompetenter Partner in sämtlichen Fragen des Sparens, der Finanzierung und des Bauens.

Die **Erste Group Bank AG**, Wien (25,02%-iger Anteil am Grundkapital der PSS) ist nach der Anzahl ihrer Kunden einer der größten Finanzdienstleister. Sie ist die führende Retail-Bank in Mitteleuropa; sie hat eine starke Marktposition auch bei der Finanzierung von Immobilien, im Geschäft mit Privatkunden sowie bei Dienstleistungen für kleine und mittlere Unternehmen.

Die **Slovenská sporiteľňa, a. s., Bratislava** (9,98%-iger Anteil am Grundkapital der PSS) ist die Bank mit der längsten Tradition im Sparbereich in der Slowakei, dem dichtesten Netz von eigenen Geschäftsstellen sowie dem größten Anteil am Einlagenmarkt. Derzeit ist sie die größte Handels- und Geschäftsbank in der Slowakei.

Aktionärsstruktur



1.4. Tochtergesellschaften

Die PSS hat zwei Tochtergesellschaften gegründet:

DomBytGLOBAL, spol. s r. o.	100%-iger Geschäftsanteil
------------------------------------	---------------------------

DomBytDevelopment, s. r. o.	5%-iger Geschäftsanteil
------------------------------------	-------------------------

DomBytGLOBAL, spol. s r.o. („DBG“) ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in der Bajkalská Str. 30, Bratislava. Sie wurde am 13. November 1997 gegründet und unter dem Datum des 30. Januar 1998 ins Handelsregister (Handelsregister des Bezirksgerichts Bratislava I, Abteilung Sro, Einlage Nr. 16673/B) eingetragen. Im Sinne des slowakischen Bankengesetzes ist die DBG ein Unternehmen mit bankbezogenen Hilfsdiensten. Ihre Hauptgeschäftstätigkeit ist die Immobilienverwaltung sowie die Vermittlung des Ankaufs, Verkaufs und der Vermietung von Immobilien. Die PSS ist der alleinige Gesellschafter der DGB.

DomBytDevelopment, s.r.o. („DBD“) ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in der Bajkalská Str. 30, Bratislava. Sie wurde am 19. Juli 2007 gegründet und unter dem Datum des 12. September 2007 ins Handelsregister (Handelsregister des Bezirksgerichts Bratislava I, Abteilung Sro, Einlage Nr. 47838/B) eingetragen. Ihre Hauptgeschäftstätigkeit ist die Baurärgertätigkeit bei der Vorbereitung und Errichtung von Bauten, die Realisierung von Bauten und deren Änderungen, sowie die Beratungstätigkeit im Bauwesen. Zum 31. Dezember 2011 hält die PSS einen direkten 5%-igen Geschäftsanteil am gezeichneten Kapital der DBD. Indirekt, durch die DBG, hält sie auch die restlichen 95% am gezeichneten Kapital dieser Gesellschaft. Zum Bilanzstichtag verfügt die PSS über 40% der Stimmrechte in der DBD, wobei die übrigen 60% der Stimmrechte von der DBG gehalten werden.

1.5. Mitgliedschaft in internationalen Organisationen

Die Europäische Bausparkassenvereinigung (EuBV) ist ein Zusammenschluss von Kreditinstituten und Einrichtungen, welche die Finanzierung von Wohneigentum fördern und unterstützen. Sie wurde 1962 in Brüssel gegründet; ihre Gründungsmitglieder stammen aus Deutschland, Frankreich, Belgien und den Niederlanden. Brüssel ist auch derzeitiger Sitz der Vereinigung. Die EuBV verfolgt das Ziel, in einem politisch und wirtschaftlich zusammenwachsenden Europa den Gedanken des Erwerbs von Wohneigentum zu fördern, die Interessen ihrer Mitglieder gegenüber den Institutionen der EU wahrzunehmen, den Mitgliedern Informationen über den Fortgang der europäischen Einigung und die dazu von den Institutionen der EU ergriffenen Maßnahmen zur Verfügung zu stellen sowie die gegenseitige Information und den Erfahrungsaustausch der Mitglieder untereinander auf den Gebieten der Wohnungsfinanzierung und der Wohnungspolitik im allgemeinen zu unterstützen und zu intensivieren. Die PSS wurde 1996 als ordentliches Mitglied in die EuBV aufgenommen. Mag. Herbert G. Pfeiffer, Vorstandsmitglied der PSS, ist seit Oktober 2007 Präsident der EuBV.

Die International Union for Housing Finance (IUHF) ist die primäre Informationsquelle über Trends und Änderungen hinsichtlich der Wohnungsfinanzierung durch Darlehen weltweit. Das Ziel dieser Tätigkeit ist die weltweite Mehrung von Wohneigentum durch Erweiterung der Möglichkeiten der Darlehensfinanzierung. Die IUHF ist eine nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtete Handelsvereinigung, die in London anlässlich des ersten Welttreffens der Institute, die Wohnungen finanzieren, gegründet wurde. Mit Hilfe ihrer aus 60 Ländern der Welt stammenden Mitglieder ist sie imstande, spezifische, zur Erhöhung der Effektivität der Wohnungsfinanzierung beitragende Informationen zu sammeln und diese an Wohnungen finanzierende Organisationen weiterzuleiten. Somit hilft die IUHF, das Konzept des darlehensfinanzierten Wohnungsbaus den Kunden näher zu bringen und weltweit zu verbreiten. Im Einzelnen stellt die IUHF ihren Mitgliedern zusammengefasste Trends, Ergebnisse der durchgeführten Analysen sowie Auskünfte über Strategien zur Verfügung, die von Instituten, die Wohnungen finanzieren, weltweit verwendet werden. Den neuesten Erkenntnissen wird dabei eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Die PSS ist Mitglied der IUHF seit 1996.



Miriam Partlová, Everybody knows II., 1996, malba (Ölgemälde)

Unternehmens- grundsätze

2.1. Auftrag

Der gesellschaftliche Auftrag der PSS ist die langfristige Erhöhung des Lebensstandards der slowakischen Bürger auf dem Gebiet des Wohnungswesens, so dass dieser Schritt für Schritt an westeuropäisches Niveau angeglichen wird, denn gesundes Wohnen als eines der wesentlichen sozialen Bedürfnisse eine der wichtigen Voraussetzungen für ein sicheres, gesundes, zufriedenes und glückliches Leben darstellt.

Von der Erfüllung dieses Auftrags der PSS sowie von ihrem Beitrag zum Wohnungswesen und Kundenzufriedenheit können sich die Bausparer – egal, ob natürliche oder juristische Personen – in der alltäglichen Praxis bei der Zusammenarbeit mit sämtlichen Angestellten und Mitarbeitern dieser renommierten Bankinstitution mit hohem fachlichem Niveau überzeugen.

Die PSS versteht nämlich ihren Auftrag explizit als eine Dienstleistung für ihre Kunden. Jeden Schritt plant und realisiert sie mit Rücksicht auf die Bedürfnisse und Interessen ihrer Bausparer sowie auf die mit ihrer Tätigkeit zusammenhängenden Erwartungen der Öffentlichkeit. Dies gilt sowohl für die alltägliche Ausübung ihrer Tätigkeit als auch für die Planung ihrer sämtlichen weiteren Aktivitäten.

Die fundamentale Regel, welche die PSS befolgt, ist die Einhaltung ethischer Grundsätze. Diese werden sowohl in den Beziehungen zu ihren Kunden als auch in den Beziehungen zu ihren Geschäftspartnern und kooperierenden Gesellschaften, und selbstverständlich auch unter ihren Angestellten und Mitarbeitern angewendet. Unter allen Umständen handelt sie stets mit dem Ziel, die Zufriedenheit ihrer Kunden, korrekte Beziehungen mit sämtlichen Mitarbeitern sowie den guten Ruf, über den die PSS während der ganzen Zeit ihrer Geschäftstätigkeit verfügt, aufrechtzuerhalten.

2.2. Mission und Vision

Mission

Durch Bausparen und Darlehensgewährung den Bürgern zu helfen, ihre individuellen Wohnbedürfnisse zu befriedigen.

Mit Unterstützung des Staates zur höheren Wohnqualität beizutragen und somit das Lebensniveau und den Lebensstandard der slowakischen Bevölkerung zu erhöhen.

Bei der Bevölkerung – und zwar sowohl in Eigenheimen als auch in Wohnhäusern – die Selbsthilfe, den Willen zu sparen, Eigentum zu bilden, zu schätzen und sich hierum zu kümmern, zu fördern.

Vision

Eine der führenden Gesellschaften unter den Finanzdienstleistern und Dienstleistern im Bereich der Wohnungsfinanzierung zu sein.

2.3. Kodexe

Die Mitarbeiter und Handelsvertreter der PSS befolgen bei ihrer Tätigkeit den am 24. März 1998 verabschiedeten und für alle Angestellten, Handelsvertreter sowie Bausparvermittler der PSS verbindlichen „Verhaltenskodex der Mitarbeiter der PSS“. Es handelt sich um eine Zusammenfassung grundlegender ethischer Grundsätze, Handlungs- und Verhaltensregeln, die insbesondere die Wahrung der Kundeninteressen, das vorrangige Ziel der PSS, vor Augen haben. Der Kodex definiert in seinen einzelnen Artikeln die Grundsätze und Regeln des Verhaltens der Mitarbeiter gegenüber der PSS selbst, den Kunden und der Öffentlichkeit, den eigenen Kollegen sowie gegenüber den sonstigen Banken und Geschäftspartnern.

Die PSS befolgt die Grundsätze des Kodexes der angemessenen Unternehmensführung in der Slowakei (Corporate Governance), in dem sowohl inner- als auch außerbetriebliche Beziehungen auf Basis der Prinzipien der Offenheit, Ehrlichkeit und Verantwortlichkeit geregelt werden. Der Kodex der angemessenen Unternehmensführung in der Slowakei ist Bestandteil der Börsenregeln der Wertpapierbörse in Bratislava und ist auf ihrer Website öffentlich zugänglich.

Die PSS befolgt ebenfalls die Grundsätze des Ethischen Kodexes von Banken im Bereich Verbraucherschutz, der von der Slowakischen Bankvereinigung erstellt wurde. Die Einhaltung der ethischen Regeln wird von ihr als eine Verpflichtung wahrgenommen, für ihre Kunden hochwertige Finanzdienstleistungen zu erbringen und in der alltäglichen Praxis die Regeln der Anständigkeit und Transparenz der Unternehmenstätigkeit anzuwenden.

2.4. Werte

Für den Erfolg der PSS gibt es nichts Wichtigeres als die Werte, zu denen sie sich bekennt. Sie beeinflussen die Tätigkeit und das Verhalten der Bank zu ihren Kunden, Partnern, Handelsvertretern und Mitarbeitern. Die Beziehungen der PSS beruhen auf solchen unbestrittenen moralischen und ethischen Werten wie Vertrauen, Offenheit, Korrektheit, Loyalität, gegenseitiger Respekt, Professionalität, Entgegenkommen, und Diskretion.

Der höchste Grundsatz der PSS ist die langfristige Zufriedenheit ihrer Kunden. Die Interessen der Kunden stehen im Mittelpunkt all ihrer Tätigkeit; den Kundenbedürfnissen passt sie ihre Struktur und Arbeit an.

Die PSS gibt ihren Mitarbeitern und Handelsvertretern motivierende Ziele und schafft Bedingungen, damit sie diese Ziele erreichen können.

Um ihre Ziele zu erreichen, arbeitet sie PSS mit ausgewählten Partnern aus wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Leben auf Basis transparenter und korrekter Beziehungen zusammen.

Die PSS hat Verpflichtungen nicht nur gegenüber ihren Kunden, Mitarbeitern und Aktionären, sondern auch gegenüber der ganzen Gesellschaft. Mit ihrer Tätigkeit trägt sie zur weiteren Entwicklung des Wohnungsstandards bei. Bei ihrer Tätigkeit befolgt sie strikt die slowakischen Rechtsvorschriften.

2.5. Strategische Ziele

Die führende Position auf dem slowakischen Bausparmarkt langfristig aufrechtzuerhalten;

Für ihre Kunden professionelle Dienstleistungen im Bereich Bausparen und Finanzierung von Wohnungsbedürfnissen zu erbringen und Informationen zu sämtlichen diesbezüglichen Fragen zu erteilen;

Ihren Kunden individuelle, effektive und maßgeschneiderte Lösungen im Bereich Bausparen und Finanzierung von Wohnungsbedürfnissen anzubieten; und

Für ihre Kunden Dienstleistungen von höchster Qualität und Professionalität zu erbringen.



Ivan Pavle, Nebo nad klavou, 1998, malba (Ölgemälde)

Unternehmens- führung

3.1. Erklärung zu den Grundsätzen der Unternehmensführung

Die PSS befolgt die Grundsätze des Kodexes der angemessenen Unternehmensführung in der Slowakei (Corporate Governance), in dem sowohl inner- als auch außerbetriebliche Beziehungen auf Basis der Prinzipien der Offenheit, Ehrlichkeit und Verantwortlichkeit geregelt werden. Der Kodex der angemessenen Unternehmensführung in der Slowakei ist Bestandteil der Börsenregeln der Wertpapierbörse in Bratislava und ist auf ihrer Website öffentlich zugänglich. Die PSS registrierte keine Abweichungen von diesem Kodex.

Sämtliche wichtigen Informationen über die angewandten Steuerungsmethoden sind im Dokument Grundsätze der Unternehmenstätigkeit der PSS enthalten, das auf der Website der PSS – www.pss.sk – zugänglich ist. Die verbindlichen Steuerungsgrundsätze, welche die leitenden Angestellten der PSS in ihrer Arbeit anwenden, sind in der Organisationsordnung der PSS definiert. Die leitenden Angestellten steuern ihre Mitarbeiter strategisch, motivieren sie angemessen, und sie würdigen und fördern ihre individuellen Fähigkeiten. Sie sind offen für neue Ideen und Änderungen und für ihre Mitarbeiter schaffen sie ein leistungsförderndes Umfeld. Sie geben ihnen motivierende Ziele und kümmern sich um die Erweiterung ihrer Fachausbildung und Qualifikation, damit sie optimale Bedingungen für die Erreichung der festgelegten Ziele haben. Sie unterstützen deren Engagement, die Identifizierung mit den strategischen Zielen sowie verantwortungsvolle und selbstständige Vorgehensweisen.

Die PSS hat die Grundsätze des internen Kontrollsystems definiert. Im Rahmen der Anwendung dieses Systems in alltäglicher Praxis enthalten sämtliche internen Vorschriften verbindlich ebenfalls separate Artikel über die Methoden und die Realisierung des internen Kontrollsystems für jene Prozesse, auf die sich die betroffene interne Vorschrift bezieht. Die Ergebnisse jeder Kontrolle sind mit entsprechenden Dokumenten belegt. Die zuständigen Mitarbeiter überwachen die Beseitigung der Feststellungen und die Umsetzung der Empfehlungen.

Nicht prozessbezogene Kontrollen innerhalb der PSS werden vom Fachbereich Interne Revision vorgenommen.

Die Hauptversammlung ist das oberste Organ der PSS. Die Hauptversammlung findet grundsätzlich am Sitz der Gesellschaft statt. Sie wird mindestens einmal im Jahr vom Vorstand der PSS einberufen. Die Einberufung erfolgt in schriftlicher Form mindestens 30 Tage vor dem Termin der Hauptversammlung. Der Aktionär nimmt entweder persönlich oder durch einen bevollmächtigten Vertreter an der Hauptversammlung teil. Die Hauptversammlung wird vom gewählten Tagungsleiter geführt. Die Kompetenzen der Hauptversammlung werden im Artikel VIII der Satzung der PSS geregelt. Zu den wichtigsten Befugnissen der Hauptversammlung zählen vor allem: Änderung der Satzung; Beschluss über die Erhöhung oder Verminderung des Grundkapitals; Wahl und Abberufung der Vorstandsmitglieder; Wahl und Abberufung der Aufsichtsratsmitglieder (mit Ausnahme der von Arbeitnehmern gewählten Mitglieder); Feststellung des ordentlichen, außerordentlichen und konsolidierten Jahresabschlusses; Beschluss über die Auflösung der Gesellschaft und über die Änderung ihrer Rechtsform; Änderung der den einzelnen Typen von Aktien zugehörigen Rechte; Bewilligung der Verpfändung von Aktien; Genehmigung der Übertragung oder jeglichen Übergangs von Eigentumsrechten an Namensaktien der Gesellschaft (mit Ausnahme der Übertragung von Aktien an Mutter- oder Tochtergesellschaften); Genehmigung der Kapitalbeteiligung an anderen Gesellschaften; Beschluss über die Erweiterung oder Änderung des Unternehmensgegenstands; Beschluss über eine neue Emission von Aktien und Festlegung des Nominalwerts dieser Aktien sowie der mit ihnen verbundenen Rechte und Pflichten; und Genehmigung des Abschlussprüfers.

Der Vorstand ist das gesellschaftsrechtliche Organ der PSS. Der Vorstand der PSS besteht aus drei Mitgliedern. Die Vorstandmitglieder werden – aufgrund der Vorschläge der Aktionäre – von der Hauptversammlung gewählt, wobei jeder Aktionär ein Vorstandsmitglied vorschlägt. Der Vorstand geht in seiner Tätigkeit von seiner Sitzungs- und Organisationsordnung aus, die von der Hauptversammlung genehmigt wird. Die einzelnen Angelegenheiten, die mit der Tätigkeit der Gesellschaft zusammenhängen, werden vom Vorstand auf seinen regelmäßigen Sitzungen besprochen – in 2010 waren es insgesamt 47 Vorstandssitzungen.

Die PSS hat zwei selbstständige Ausschüsse – den ALCO- Ausschuss und den Kreditausschuss – als Beratungsorgane des Vorstands gegründet. Aufgabe des ALCO- Ausschusses ist es, die operative Steuerung der PSS, vor allem im Bereich der Steuerung der Aktiva und Passiva, der Liquidität sowie des Kredit- und Zinsrisikos zu unterstützen. Auf seinen Sitzungen befasst er sich vorwiegend mit folgenden Angelegenheiten: Entwurf und Aktualisierung der Investitionsstrategie; Entwicklung des Kreditportfolios, der Spareinlagen, der Bilanzstruktur, sowie der Ausgangsparameter der Betriebsplanung; Entwicklung des Zinsrisikos; Vorschlag zu Änderungen der Kreditlimits der PSS für Einlagen bei anderen Banken zusammen mit einer Übersicht über ihre Einhaltung; Analyse der Wettbewerber; Vorschlag und Berechnung der Zinssätze für Zwischendarlehen; Vorschlag für Änderungen im Gebührentarif; sowie Produktinnovationen.

Der Kreditausschuss, der aus den Vorstandsmitgliedern besteht und die Direktoren der Fachbereiche Kundenbetreuung und Betreuung juristischer Personen als beratende Experten hinzuzieht, entscheidet über die Kreditzuteilung bzw. –ablehnung.

Die Aktionäre der PSS haben im Sinne der geltenden Rechtsvorschriften sowie der Satzung der Gesellschaft folgende Rechte: Mitgliedsrechte – d.h. das Recht, sich an der Steuerung der Gesellschaft zu beteiligen; Vermögensrechte – d.h. das Recht auf Gewinnanteil, auf Anteil an der Liquidationsmasse beim Erlöschen der PSS sowie das Vorkaufsrecht auf den Erwerb von Aktien der PSS. Jeder Aktionär der PSS, der seine Aktien veräußern möchte, muss die übrigen Aktionäre über seine Absichten schriftlich informieren. Die Übertragbarkeit der Aktien (mit Ausnahme der Übertragung auf Mutter- oder Tochtergesellschaften) ist nur nach vorheriger Zustimmung der Hauptversammlung der PSS und nach Bewilligung sämtlicher Aktionäre möglich. Dieselben Rechte gelten auch bei der Erhöhung des Grundkapitals. Die Kontrollen der Ausübung der Aktionärrechte durch die Anteilseigner der PSS sowie die Maßnahmen zur Eliminierung des Missbrauchs dieser Rechte ergeben sich aus dem slowakischen Bankengesetz sowie aus sonstigen allgemein verbindlichen Rechtsvorschriften. Der PSS sind keine Mechanismen bekannt, deren Anwendung zur Beherrschung der Gesellschaft in der Zukunft führen könnte.

Zu den Aktionären der PSS zählen: die Bausparkasse Schwäbisch Hall AG (32,5%-iger Anteil am Grundkapital der PSS), die Raiffeisen Bausparkassen Holding GmbH, (32,5%-iger Anteil am Grundkapital der PSS), die Erste Group Bank AG (25,02%-iger Anteil am Grundkapital der PSS) und die Slovenská sporiteľňa, a.s. (9,98%-iger Anteil am Grundkapital der PSS).

3.2. Schutz vor Legalisierung der Einnahmen aus strafbaren Handlungen (Geldwäscherschutz)

Die PSS überwacht und beurteilt das Risiko der Geldwäsche durch das jährlich aktualisierte Programm der eigenen Tätigkeit. Dieses Programm basiert auf den Anforderungen des slowakischen Gesetzes Nr. 297/2008 GBl. über den Schutz vor Geldwäsche und vor Terrorismusfinanzierung sowie über die Änderungen und Ergänzungen einiger anderer Gesetze.

Um das aus der Geldwäsche resultierende Risiko zu minimieren, hat die PSS mehrere Maßnahmen getroffen:

- Risiken, die zu Bemühungen der Legalisierung von Einnahmen aus strafbaren Handlungen führen könnten, werden jährlich analysiert und nach den Ergebnissen dieser Analysen werden die Arbeitsvorgänge angepasst.
- Im Hinblick auf den Charakter der Bank wird sämtlichen Kunden angemessene Sorgfalt im Sinne des Gesetzes gewidmet und die Identifizierung jedes Kunden steht unter erhöhter Aufsicht der zuständigen Fachsektion.
- Die Arbeitsvorgänge wurden um die Pflicht ergänzt, Kunden als politisch exponierte Personen zu identifizieren, wobei dazu zugängliche öffentliche Datenbanken und zugängliche Informationen verwendet werden.
- Die Mitarbeiter der Bank absolvieren jedes Jahr eine Schulung über die Identifizierung von Geschäftsvorfällen, die aus Sicht des Kundenverhaltens als ungewöhnlich zu betrachten sind. Diese Vorfälle werden der Fachsektion gemeldet, die sie dann überprüft. Dieselbe Sorgfalt wird Vorfällen gewidmet, die elektronisch aus täglichen Operationen identifiziert werden.

Die erwähnte Fachsektion ist das Fachgebiet Sicherheit, das auf monatlicher Basis Informationen über die Anzahl der aufgefangenen Vorfälle, deren Qualität sowie das Ergebnis der Überprüfung dem Vorstand der PSS vorlegt.

3.3. Interne Revision

Der Fachbereich Interne Revision ist eine eigenständige interne Organisationseinheit der PSS, die nicht prozessbezogene Kontrollen im Einklang mit den allgemein verbindlichen Rechtsvorschriften und Regelungen der Nationalbank der Slowakei („NBS“) vornimmt und direkt dem Aufsichtsrat untergeordnet ist. Bei der Ausübung ihrer Kontrolltätigkeit ist sie von den kontrollierten betrieblichen und geschäftlichen Vorgängen völlig unabhängig und hat das Recht, selbstständig und unabhängig ihre Aufgaben zu bestimmen, über die Vorgänge und den Umfang bei der Prüfungsdurchführung bzw. bei Untersuchungen zu entscheiden sowie Berichte und Beurteilungen der Prüfungsergebnisse zu erstellen.

Die wichtigste Aufgabe des Fachbereichs Interne Revision ist es, sämtliche betrieblichen und geschäftlichen Vorgänge der Bank unabhängig und objektiv zu prüfen und nachfolgend die Feststellungen an den Vorstand und den Aufsichtsrat weiterzuleiten. Mit seiner Tätigkeit hilft die Interne Revision der PSS, ihre Ziele zu erreichen, indem sie einen systematischen methodischen Ansatz zur Beurteilung und Verbesserung der Effektivität des Systems der Risikosteuerung, der Steuerungs- und Kontrollprozesse sowie der Verwaltung und Steuerung der Bank einführt. Der Fachbereich Interne Revision kann im Rahmen seiner Aufgaben eine Beratungstätigkeit für die Geschäftsleitung oder die Organisationseinheiten der Bank ausüben, falls dabei seine Unabhängigkeit garantiert wird.

Der Gegenstand der Tätigkeit des Fachbereichs Interne Revision ergibt sich aus § 23 des slowakischen Bankengesetzes (Gesetz Nr. 483/2001 GBl. in der geltenden Fassung). Interne Revision ist vornehmlich für die Kontrolle und Beurteilung:

- der Funktionsfähigkeit, Effektivität, Wirtschaftlichkeit und Angemessenheit des internen Kontrollsystems;
- der Funktionsfähigkeit, Effektivität, Wirtschaftlichkeit und Angemessenheit einzelner Steuerungs- und Kontrollsysteme der Bank, vor allem des Buchführungssystems, des Berichterstattungssystems, des Controllings und des Informationssystems;
- der Funktionsfähigkeit, Effektivität und Angemessenheit des Systems der Risikosteuerung;
- der Einhaltung der Grundsätze der umsichtigen Geschäftstätigkeit der Bank;
- der Beachtung von Gesetzen und anderen allgemein verbindlichen Vorgängen in der Bank,
- der Beachtung von internen Vorschriften der Bank;
- der Bereitschaft der Bank, neue Geschäftsarten aus Sicht der Risikosteuerung vorzunehmen; sowie
- der Informationen, welche eine Bank nach § 37, Abs. 4 des Bankengesetzes zu veröffentlichen hat, verantwortlich.

Der Fachbereich Interne Revision hat als wichtigsten Arbeitsinhalt die Durchführung der vom Aufsichtsrat genehmigten Prüfungen. Neben Prüfungen, die Bestandteil des jährlichen Prüfungsplans sind, können ebenfalls außerordentliche Prüfungen und Untersuchungen nach Beschluss:

- des Aufsichtsrates,
- des Prüfungsausschusses des Aufsichtsrates,
- des Vorstands, sowie
- des Direktors des Fachbereichs Interne Revision nach schriftlicher Unterrichtung des Vorstands vorgenommen werden.

In 2011 führte der Fachbereich Interne Revision 31 planmäßige und 2 außerordentliche Prüfungen durch. Risikoorientierte Prüfungen wurden vornehmlich auf das Fachbereich Sparen und Darlehen, das System der Risikosteuerung sowie auf die Fachbereiche Informationstechnologien und Vertrieb ausgerichtet.

Der Fachbereich Interne Revision ist ebenfalls für die Überwachung der Beseitigung der festgestellten Schwachstellen sowie der Realisierung der Empfehlungen zur Behebung der Schwachstellen verantwortlich.

3.4. Internes Kontrollsystem

Die PSS hat die Grundsätze des internen Kontrollsystems definiert. Das interne Kontrollsystem wird wie folgt gegliedert:

- direkte Prozesskontrolle,
- indirekte Prozesskontrolle,
- nicht prozessbezogene Kontrolle.

Aufgabe und Ziel des internen Kontrollsystems bestehen darin, Folgendes sicherzustellen und zu erreichen:

- wirtschaftliche Unternehmenstätigkeit,
- Einhaltung der Grundsätze der umsichtigen Unternehmenstätigkeit,
- ordnungsgemäßer, richtiger und effektiver Ablauf von Prozessen,
- Eliminierung bzw. Minimierung bekannter bzw. potenzieller Risiken,
- Sicherheit und Schutz des Lebens und der Gesundheit der Mitarbeiter, sowie
- Absicherung gegen Verluste von finanziellen und nicht finanziellen Vermögenswerten.

Im Rahmen der Anwendung des internen Kontrollsystems der PSS in alltäglicher Praxis enthalten sämtliche internen Vorschriften verbindlich ebenfalls separate Artikel über die Methoden und die Realisierung des internen Kontrollsystems für jene Prozesse, auf die sich die betroffene interne Vorschrift bezieht. Die Ergebnisse jeder Kontrolle sind mit entsprechenden Dokumenten belegt. Die zuständigen Mitarbeiter überwachen die Beseitigung der Feststellungen und die Umsetzung der Empfehlungen.

Nicht prozessbezogene Kontrollen innerhalb der PSS werden vom Fachbereich Interne Revision vorgenommen.

3.5. System der Risikosteuerung

Die kontinuierliche Ausübung der Geschäftstätigkeit erfordert, sich kontrolliert Risiken zu unterwerfen. Vor diesem Hintergrund muss die PSS in der Lage sein, die Risiken effektiv zu identifizieren, zu messen und zu steuern, sowie auch eigenes Kapital zur Risikodeckung zur Verfügung zu haben.

Das System der Risikosteuerung in der PSS steht im Einklang mit dem slowakischen Bankengesetz und der Verordnung der NBS über Risiken und das System ihrer Steuerung. Durch die Implementierung des Risikosteuerungssystems hat die PSS alle Faktoren für die Steuerung der bei der Ausübung der Banktätigkeiten der PSS entstehenden Risiken verantwortlich gemacht. Das Ziel des Risikosteuerungssystems ist die Vorbeugung gegen potenzielle eigene Verluste aus Geschäftsrisiken durch rechtzeitige Identifizierung, Überwachung, Messung und Abschwächung einzelner Risiken. Dieses System dient ebenfalls als Basis für die Unterrichtung der Organe der Gesellschaft (Vorstand und Aufsichtsrat) und der NBS über die aktuelle Risikosituation der PSS.

Das grundlegende Ziel der Risikosteuerung ist, gegen eigene Verluste aus Risiken vorzubeugen und somit zur Sicherstellung der Erreichung der langfristigen unternehmerischen Ziele der PSS, vornehmlich der Rentabilität und der Wettbewerbsfähigkeit, beizutragen.

Zu den größten Gruppen von Risiken zählen:

- Kreditrisiko (Risiko aus gewährten Darlehen an Kunden, Bonitätsrisiko bei Finanzinvestitionen sowie das durch Beziehungen mit Personen mit Sonderbeziehung zur Bank verbundene Risiko) Unter dem Begriff „Kreditrisiko“ versteht die PSS die Möglichkeit der Erleidung von Verlusten an Erträgen (Zinsen auf Darlehen, Gebühren) und am Vermögen (Forderungen aus gewährten Darlehen), die aus der Nichterfüllung von vertraglichen Bedingungen bei Kreditgeschäften seitens der Kunden der Bank resultiert. Das Kreditrisiko entsteht bei einer negativen Entwicklung des externen Umfelds und umfasst vornehmlich die Unfähigkeit oder Ungefälligkeit des Kunden, seinen Verbindlichkeiten gegenüber der Bank aus gewährten Darlehen nachzukommen. Das Kreditrisiko kann ebenfalls infolge unzureichender Ausarbeitung oder Nichteinhaltung interner Vorgänge für die Abwicklung von Kreditgeschäften entstehen.
- Marktrisiko (Zinsrisiko) Die PSS definiert das Zinsrisiko als Risiko der Minderung des Zinsergebnisses infolge einer negativen Entwicklung der Marktzinssätze mit einer nachfolgenden nachteiligen Auswirkung auf die Rentabilität der Bank.
- Liquiditätsrisiko Unter dem Liquiditätsrisiko versteht die PSS das Risiko, dass sie die Fähigkeit verliert, ihren Verbindlichkeiten bei deren Fälligkeit nachzukommen.
- Betriebsrisiko Das Betriebsrisiko versteht die PSS als ein Verlustrisiko, das sich aus unangemessenen oder fehlerhaften internen Prozessen, menschlichem Versagen, Systemversagen oder aus äußeren Ereignissen und Einflüssen ergibt. Zum Betriebsrisiko zählt auch das Rechtsrisiko, wobei hierunter das Verlustrisiko verstanden wird, das vor allem aus der Nichteinklagbarkeit von Verträgen, der Gefahr erfolgloser Gerichtsverfahren oder aus Gerichtsentscheidungen mit negativen Folgen resultiert.
- Sonstige wesentliche Risiken

Als sonstige wesentliche Risiken klassifiziert die PSS vor allem die strategischen Risiken.

Das System der Risikosteuerung umfasst die Methoden, die Strategie und die Organisierung der Risikosteuerung, das Informationssystem zur Risikosteuerung, Informationsflüsse sowie das interne Kontrollsystem.

Die Strategie der Risikosteuerung enthält die bei der Steuerung einzelner Risiken angewandten fundamentalen Ziele und Grundsätze, vor allem aber:

- eine umfängliche Definition des Risikos,
- das zu tolerierende Risikoausmaß,
- erwartete Konsequenzen aus der Tatsache, dass sich der Konzern bzw. die Bank dem tolerierten Risikoausmaß aussetzt,
- Grundsätze für die Auswahl der Methode zur Identifizierung, Messung, Überwachung und Minimierung des Risikos,
- Typen von Limits, welche der Konzern bzw. die Bank verwendet, und Grundsätze für die Auswahl und Festlegung anderer Limits,
- das Volumen des zur Deckung des Risikos bestimmten wirtschaftlichen Kapitals und Grundsätze für die Ermittlung dieses Volumens,
- Grundsätze für die Abwicklung neuer Geschäftsfelder, sowie
- Grundsätze für die Organisierung der Risikosteuerung.

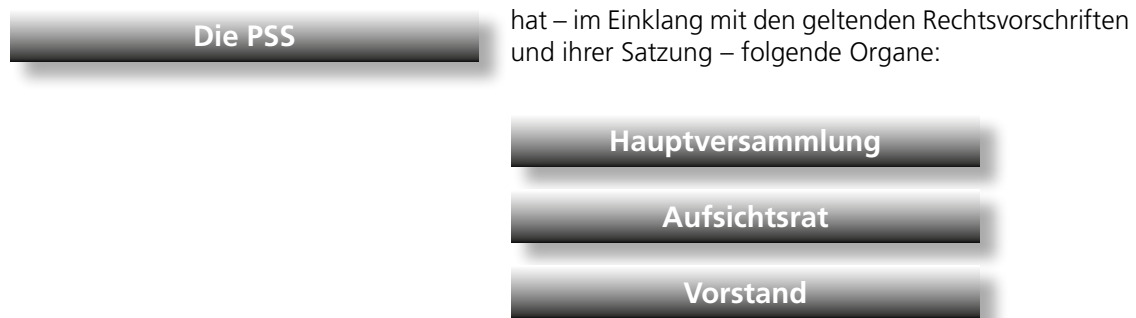
Mit der Koordinierung des gesamten Systems der Risikosteuerung ist das Fachgebiet Betriebs- und Risikocontrolling beauftragt, das zusammen mit dem Vorstand, dem ALCO- Ausschuss, dem Fachgebiet Sicherheit, dem Fachbereich Interne Revision, den Direktoren einzelner Fachbereiche und den Leitern individueller Fachgebiete die Stützpfiler des Systems der Risikosteuerung in der PSS darstellt. Bei der Gestaltung des Systems der Risikosteuerung trennt die PSS, sowohl organisatorisch als auch personell, die Tätigkeiten und Verantwortlichkeiten der zuständigen Abteilungen, um jegliche Interessenkonflikte in größtmöglichem Maße zu vermeiden. Die mit:

- Akquisition,
- Geschäftsabschluss,
- Geschäftsabwicklung, und
- Risikosteuerung

zusammenhängenden Tätigkeiten sind für einzelne Risiken, insbesondere für das Kredit- und Marktrisiko, strikt voneinander getrennt. Die Trennung der Tätigkeiten beim Abschluss von Kreditgeschäften von Tätigkeiten, die mit der Steuerung des Kreditrisikos zusammenhängen, ist bis zur höchstmöglichen Führungsebene sichergestellt.

Das System der Risikosteuerung wird jährlich auf Angemessenheit und Funktionsfähigkeit überprüft und vom Vorstand bewilligt. Die PSS verwendet derzeit einen standardisierten Ansatz für die Steuerung des Kredit- und Betriebsrisikos. Zur Messung des Zinsrisikos des Bankbuches wird die „Value-at-risk“-Methode verwendet. Die PSS verfügt über ein gründlich durchgearbeitetes und regelmäßig aktualisiertes komplexes Stresstestsystem. Zugleich hat sie das System und die Strategie für die Beurteilung der Angemessenheit des Eigenkapitals eingeführt und veröffentlicht am Internet nähere Informationen, die mit dem System der Risikosteuerung zusammenhängen.

3.6. Hauptversammlung



Die Kompetenzen der Hauptversammlung werden im Artikel VIII der Satzung der PSS geregelt. Zu den wichtigsten Befugnissen der Hauptversammlung zählen vor allem:

- Änderung der Satzung,
- Beschluss über die Erhöhung oder Verminderung des Grundkapitals,
- Wahl und Abberufung der Vorstandsmitglieder,
- Wahl und Abberufung der Aufsichtsratsmitglieder (mit Ausnahme der von Arbeitnehmern gewählten Mitglieder),
- Feststellung des ordentlichen, außerordentlichen und konsolidierten Jahresabschlusses,
- Beschluss über die Auflösung der Gesellschaft und über die Änderung ihrer Rechtsform,
- Änderung der den einzelnen Typen von Aktien zugehörenden Rechte,
- Bewilligung der Verpfändung von Aktien,
- Genehmigung der Übertragung oder jeglichen Übergangs von Eigentumsrechten an Namensaktien der Gesellschaft (mit Ausnahme der Übertragung von Aktien an Mutter- oder Tochtergesellschaften),
- Genehmigung der Kapitalbeteiligung an anderen Gesellschaften,
- Beschluss über die Erweiterung oder Änderung des Unternehmensgegenstands,
- Beschluss über eine neue Emission von Aktien und Festlegung des Nominalwerts dieser Aktien sowie der mit ihnen verbundenen Rechte und Pflichten, und
- Genehmigung des Abschlussprüfers.

Die Hauptversammlung findet grundsätzlich am Sitz der Gesellschaft statt. Sie wird mindestens einmal im Jahr vom Vorstand der PSS einberufen. Die Einberufung erfolgt in schriftlicher Form mindestens 30 Tage vor dem Termin der Hauptversammlung. Der Aktionär nimmt entweder persönlich oder durch einen bevollmächtigten Vertreter an der Hauptversammlung teil. Die Hauptversammlung wird vom gewählten Tagungsleiter geführt.

Hauptversammlungen in 2011:

- am 8. April 2011

3.7. Aufsichtsrat

Die Funktionen und Kompetenzen des Aufsichtsrates werden im Artikel XI der Satzung der PSS geregelt. Bei der Ausübung seiner Tätigkeiten befolgt der Aufsichtsrat die Sitzungsordnung, die von der Hauptversammlung verabschiedet wird. Der Aufsichtsrat überwacht die Durchsetzung der Kompetenzen des Vorstands und die Ausübung der Unternehmenstätigkeit der Gesellschaft.

Der Aufsichtsrat ist vor allem berechtigt:

- die Vorgehensweise in allen Bereichen der Tätigkeit der Gesellschaft zu überprüfen,
- in sämtliche Dokumente und Aufzeichnungen, die sich auf die Tätigkeit der Gesellschaft beziehen, Einsicht zu nehmen,
- zu kontrollieren, ob die Unternehmenstätigkeit der Gesellschaft im Einklang mit den geltenden Rechtsvorschriften, der Satzung der PSS sowie den Anweisungen der Hauptversammlung ausgeübt wird,
- den ordentlichen, außerordentlichen und konsolidierten Jahresabschluss sowie die Vorschläge für die Gewinnverwendung bzw. Verlustdeckung zu überprüfen und der Hauptversammlung einen Bericht über das Ergebnis dieser Überprüfung jährlich vorzulegen,
- an der Hauptversammlung der Gesellschaft teilzunehmen, hier seine Vorschläge einreichen und die Hauptversammlung über die Ergebnisse seiner Kontrolltätigkeit zu unterrichten,
- die Hauptversammlung auch über eine Minderheitsmeinung zu informieren, insbesondere dann, wenn es sich um eine unterschiedliche Meinung der Vertreter der Arbeitnehmer der Gesellschaft handelt,
- eine außerordentliche Hauptversammlung einzuberufen, wenn es die Interessen der Gesellschaft erfordern, sowie
- die Gesellschaft in einem Streit gegen den Vorstand als Organ oder gegen seine einzelnen Mitglieder zu vertreten.

Seine Rechte übt der Aufsichtsrat gemeinsam als ein Organ oder durch seine einzelnen Mitglieder aus. Die Ausübung der Kontrolltätigkeit kann er dauerhaft auf seine Mitglieder aufteilen, wobei keinerlei Recht oder Verantwortung der Aufsichtsratsmitglieder beschränkt werden. Der Aufsichtsrat setzt – als Arbeitsorgane – aus seinen Mitgliedern Ausschüsse ein, die aufgrund von Beschlüssen mit konkreten Aufgaben beauftragt werden. Der Aufsichtsrat der PSS hat einen Prüfungsausschuss konstituiert, der die vom Gesetz geforderten Aufgaben erfüllt und den Aufsichtsrat darin unterstützt, seine Arbeitseffektivität bei der Behandlung komplexer Themen zu erhöhen. Der Prüfungsausschuss hat 5 Mitglieder – 4 werden vom Aufsichtsrat von den Aufsichtsratsmitgliedern bestellt und ein unabhängiges Mitglied wird von der Hauptversammlung gewählt.

Aufsichtsratsvorsitzender:

Ehrhard Steffen (*bis zum 8. April 2011*)
Ing. Jozef Síkela (*seit dem 9. April 2011*)

Stellvertretender Vorsitzender:

Ing. Jozef Síkela (*bis zum 8. April 2011*)
Mag. Johann Ertl (*seit dem 9. April 2011*)

Zusammensetzung des Aufsichtsrates

für Slovenská sporiteľňa, a.s.:

Ing. Jozef Síkela
Ing. Jiří Huml

für Bausparkasse Schwäbisch Hall AG

Ehrhard Steffen
Jochen Maier

für Raiffeisen Bausparkassen Holding GmbH, Wien

Mag. Manfred Url
Mag. Johann Ertl

für die Mitarbeiter der PSS:

Ing. Zuzana Tománková
Ing. Martin Maroš
Ing. Nadežda Račanská

Aufsichtsratssitzungen in 2011:

8. April 2011
2. Dezember 2011

3.8.1. Vorstand

Der Vorstand der PSS besteht aus drei Mitgliedern. Die Vorstandmitglieder werden – aufgrund der Vorschläge der Aktionäre – von der Hauptversammlung gewählt, wobei jeder Aktionär ein Vorstandsmitglied vorschlägt.

In 2011 war der Vorstand in folgender Zusammensetzung tätig:

- Vorstandsvorsitzender:

Ing. Imrich Béreš

(für die Slovenská sporiteľňa, a.s., Bratislava, Slowakei und die Erste Group Bank AG, Wien, Österreich)

- Vorstandsmitglieder:

Mag. Herbert G. Pfeiffer

(für die Raiffeisen Bausparkassen Holding GmbH, Wien, Österreich)

Dipl. Ing. Erich Feix

(für die Bausparkasse Schwäbisch Hall AG, Schwäbisch Hall, Deutschland)

Der Vorstand geht in seiner Tätigkeit von seiner Sitzungs- und Organisationsordnung aus, die von der Hauptversammlung genehmigt wird. Die einzelnen Angelegenheiten, die mit der Tätigkeit der Gesellschaft zusammenhängen, werden vom Vorstand auf seinen regelmäßigen Sitzungen besprochen – in 2011 waren es insgesamt 50 Vorstandssitzungen.

Die PSS hat zwei selbstständige Ausschüsse – den **ALCO- Ausschuss** und den **Kreditausschuss** – als Beratungsorgane des Vorstands gegründet.

Aufgabe des ALCO- Ausschusses ist es, die operative Steuerung der PSS, vor allem im Bereich der Steuerung der Aktiva und Passiva, der Liquidität sowie des Kredit- und Zinsrisikos zu unterstützen. Auf seinen Sitzungen befasst er sich vorwiegend mit folgenden Angelegenheiten:

- Entwurf und Aktualisierung der Investitionsstrategie,
- Entwicklung des Kreditportfolios, der Spareinlagen, der Bilanzstruktur, sowie der Ausgangsparameter der Betriebsplanung,
- Entwicklung des Zinsrisikos,
- Vorschlag zu Änderungen der Kreditlimits der PSS für Einlagen bei anderen Banken zusammen mit einer Übersicht über ihre Einhaltung,
- Analyse der Wettbewerber,
- Vorschlag und Berechnung der Zinssätze für Zwischendarlehen,
- Vorschlag für Änderungen im Gebührentarif, sowie
- Produktinnovationen.

Die Sitzungen des ALCO- Ausschusses finden üblicherweise jeden Monat, meistens in der letzten Woche des Kalendermonats, statt. In 2011 gab es 14 Sitzungen.

Der Kreditausschuss, der aus den Vorstandsmitgliedern besteht und die Direktoren der Fachbereiche Kundenbetreuung und Betreuung juristischer Personen als beratende Experten hinzuzieht, entscheidet über die Kreditzuteilung bzw. -ablehnung:

- Bei natürlichen Personen sind es im Wesentlichen die Genehmigung (bzw. Ablehnung) von Darlehen mit einer Bausparsumme von über € 100.000, die Darlehenssanierung (z.B. Aufschub von Teilzahlungen über 12 Monate bzw. bis zu 12 Monaten bei einer monatlichen Teilzahlung von mehr als € 400, sowie Entscheidungen über Ausnahmen von den geltenden Darlehensbedingungen für natürliche Personen.
- Bei juristischen Personen sind es vornehmlich die Genehmigung (bzw. Ablehnung) von Darlehen mit einer Bausparsumme von über € 100.000, Entscheidungen über Änderungen in den Bedingungen bereits abgeschlossener Geschäfte mit einer Bausparsumme über € 100.000, Genehmigung (bzw. Ablehnung) der Darlehen für juristische Personen aus ausserkollektiven Finanzmitteln, sowie Entscheidungen über Ausnahmen von den geltenden Darlehensbedingungen für juristische Personen.

In 2011 hielt der Kreditausschuss 50 Sitzungen ab.

3.8.2. Vorstandsmitglieder

Ing. Imrich Béreš wurde am 5. März 1962 in Ružomberok (Slowakei) geboren. Er beendete das Studium an der Fakultät des Außenhandels der Ökonomischen Hochschule in Bratislava. Bis 1991 war er im Kulturbereich tätig; später war er verantwortlicher Direktor der Gesellschaft M&A Bratislava, s.r.o. (1991 – 1993) und Direktor des Sekretariats und des Protokolls der Kanzlei des slowakischen Präsidenten (1993 – 1994). Im Bankwesen ist er seit 1994 tätig (Berater für Investitionen und Privatisierung der Investment Bank Austria, Vorstandsmitglied der Bank Austria, Vorstandsmitglied der Bank Austria – Creditanstalt Slovakia, a. s.). In den Jahren 2001 – 2003 widmete er sich aktiv der Politik (Abgeordneter des slowakischen Parlaments und Mitglied mehrerer Parlamentsausschüsse); im Herbst 2003 kehrte er jedoch ins Bankwesen zurück. Ab dem 1. September 2003 war er als Prokurist der PSS tätig; seit 1. Februar 2004 ist er Vorsitzender des Vorstands. Er ist schon die zweite Wahlperiode Präsidiumsmitglied der Slowakischen Bankenassoziation.



Mag. Herbert G. Pfeiffer wurde am 30. Oktober 1952 in Wien (Österreich) geboren. Dort beendete er das Studium der Betriebswirtschaftslehre als Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften. Er besitzt umfangreiche professionelle Erfahrungen im Bereich des internationalen Marketings, der Wohnungswirtschaft, der Industriepolitik und der direkten Auslandsinvestitionen. Seit dem 6. November 1994 ist er Vorstandsmitglied der PSS. Im Oktober 2007 wurde er zum Präsidenten der Europäischen Bausparkassenvereinigung (EuBV) gewählt. Daneben bekleidet er wichtige Positionen auch in anderen ausländischen Institutionen und Organisationen – er ist Mitglied des HUMAN-Beratungsnetzes der UNO-ECE-Kommission in Genf, Mitglied des Aktionsausschusses der International Union for Housing Finance (IUHF) in London, und Mitglied des Verwaltungsrates der slowakischen Bildungsinstitution Academia Istropolitana Nova mit Sitz in Svätý Jur. Für seine Verdienste im Bausparbereich sowie auf dem Feld der Vertiefung von bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Slowakei und Österreich wurde er im September 2008 zum Laureaten der Goldenen Ehrengabe für die Verdienste um die Österreichische Republik.



Dipl. Ing. Erich Feix wurde am 3. September 1963 in Bratislava (Slowakei) geboren. Er absolvierte ein Studium an der Technischen Universität in Karlsruhe – Fachrichtung Informatik und an der Fachhochschule in Aalen – Fachrichtung Wirtschafts-Engineering mit Spezialisierung auf Steuern und Marketing. Ab Dezember 1991 arbeitete er als Fachberater in der Abteilung Auslandsmärkte – Planung der Bausparkasse Schwäbisch Hall AG. Er war mitverantwortlich tätig für die Errichtung der Aktiengesellschaften der Bausparkasse Schwäbisch Hall AG in der Slowakei und der Republik Tschechien; ebenso war er Projektleiter für Russland, die Ukraine und Kasachstan. Seit September 2001 war er als Leiter der Stabsstelle des Vorstands der PSS tätig. Seit dem 1. Januar 2003 ist er Vorstandsmitglied der PSS. Im Juni 2005 wurde er zum ersten Präsidenten der Deutsch-Slowakischen Industrie- und Handelskammer gewählt.



3.9. Organisationsstruktur

Ressort A:

Ing. Imrich Béreš

Bankdirektor
(02/58231452)

Ing. Jozef Bundala

Direktor des Fachbereichs
Personal
(jbundala@pss.sk)

JUDr. Katarína Niňajová

Direktorin des Fachbereichs
Betreuung juristischer Personen
(kninajova@pss.sk)

Ing. Ivan Vozník

Direktor des Fachbereichs Kun-
denbetreuung; Prokurist
(ivoznik@pss.sk)

JUDr. Irena Wimmerová

Direktorin des Fachbereichs
Recht und Außenbeziehungen
(iwimmerova@pss.sk)

Ressort B:

Mag. Herbert G. Pfeiffer

Bankdirektor
(02/58231301)

Ing. Roman Macher

Direktor des Fachbereichs
Einkauf
(rmacher@pss.sk)

Mgr. Juraj Masár

Direktor des Fachbereichs
Planung, Betriebs- und
Risikocontrolling
(jmasar@pss.sk)

Ing. Martin Mitický

Direktor des Fachbereichs
Allgemeiner Service
(mmiticky@pss.sk)

Ing. Ivan Sedláček

Direktor des Fachbereichs
Informationstechnologien
(isedlacek@pss.sk)

Ing. Vladimír Stejskal, PhD.

Direktor des Fachbereichs
Rechnungswesen; Prokurist
(vstejskal@pss.sk)

Ressort C:

Dipl. Ing. Erich Feix

Bankdirektor
(02/58231404)

Ing. Miloš Blanárik

Direktor des Fachbereichs
Kommunikation
(mblanarik@pss.sk)

Ing. Martin Ranuša

Direktor des Fachbereichs
Marketing
(mranusa@pss.sk)

Ing. Eva Trégerová

Direktorin des Fachbereichs
Vertriebsanalyse, Betreuung und
Projekte; Prokuristin
(etregerova@pss.sk)

Ing. Kamil Timura

Direktor des Fachbereichs
Vertrieb
(ktimura@pss.sk)

Regionalzweig- stellenleiter:

Ing. Ľubomír Matrka

Bratislava
(02/58231195)

Ing. Zuzana Pavlenová

Nitra
(037/6522279)

Mgr. Jarmila Beňušková

Banská Bystrica
(048/4155787)

Anna Botková

Trenčín
(032/7441251)

Ing. Lenka Dikaczová

Žilina
(041/5624829)

Ing. Zuzana Mencilová

Košice
(055/6220935)

Ing. Milena Švecová

Prešov
(051/7722660)



Peter Trembáč, Nepochopiteľné veci, 1996, malba (Ölgemälde)

Tätigkeitsbericht

4.1. Das Umfeld determiniert

Nach den Angaben des slowakischen Statistischen Amtes wuchs die slowakische Wirtschaft unterjährig auch in 2011. In den ersten drei Quartalen des Berichtsjahres wurde in der Slowakei ein Bruttoinlandsprodukt („BIP“) von € 51.383,6 Mio. erwirtschaftet. Dies bedeutet, dass der BIP im Vergleich zu derselben Periode des Vorjahres sowohl bei üblichen als auch bei festen Preisen stieg. In den ersten 9 Monaten des Jahres 2011 war der steigende BIP hauptsächlich der ausländischen Nachfrage zu verdanken. Die Wachstumsdynamik wurde jedoch durch die sinkende inländische Nachfrage gedämpft, die unter anderem auch den steigenden Verbraucherpreisen zuzuschreiben ist. Die durchschnittliche Inflationsrate, die anhand des Verbraucherpreisindex gegenüber dem Vorjahr ermittelt wurde, betrug im Berichtsjahr 3,9%.

Nach der vorläufigen Schätzung der NBS erreichte das Wachstum des BIP 3,3% für das ganze Jahr 2011 – die Entwicklung des BIP übertraf somit die Erwartungen der NBS. Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hingegen war nicht so positiv. Nach Angaben der Zentrale für Arbeit, soziale Angelegenheiten und Familie gab es in der Slowakei zum Jahresende 399.800 Arbeitslose. Im Dezember 2011 betrug die registrierte Arbeitslosenquote 13,59% und war somit die höchste seit Juli 2004, in dem sie 13,65% erreichte. Für das ganze Jahr 2011 belief sich die Arbeitslosenquote auf 13,16% im Durchschnitt; die durchschnittliche Anzahl der sofort arbeitsfähigen Stellenbewerber betrug 350.959 Personen.

Nach den Angaben des slowakischen Statistischen Amtes arbeiteten in den ersten 11 Monaten des Jahres 2011 im Durchschnitt die meisten Personen in der Industrie (499,5 Tsd.), im Bauwesen (173,3 Tsd.) und im Einzelhandel (153,6 Tsd.). Die starke Position des Bauwesens im Beschäftigungsbereich ist einer der Faktoren, welche die Bedeutung des Bausparens und dessen Unterstützung seitens des Staats bestätigen. Die aus Bausparen stammenden und ins Bauwesen fließenden Finanzmittel schaffen zehntausende Arbeitsplätze nicht nur in dieser Branche, sondern durch den Multiplikationseffekt auch in anderen Bereichen der Volkswirtschaft.

4.2. Wohnungsbau in 2011

Trotz Erwartungen mehrerer Subjekte und Analytiker brachte das Jahr 2011 weder eine Wiederbelebung des Wohnungsbaus noch eine Wiederbelebung des Immobilienmarktes. Im Gegenteil, der andauernde Rückgang des Interesses an Wohneigentum fand seinen Ausdruck auch in einer weiteren Verlangsamung des Wohnungsbaus in der Slowakei.

Nach den Angaben des slowakischen Statistischen Amtes wurden in der Slowakei für die ersten 9 Monate des Jahres 2011 insgesamt 9.380 Wohnungen fertig gestellt, was unterjährig einen Rückgang um 18,3% betrug. Zum 30. September 2011 wurden die meisten neuen Wohnungen (2.575) im Kreis Bratislava fertig gestellt – im Vergleich zu derselben Periode des Vorjahres war es jedoch um 35,2% weniger, was den größten Rückgang unter allen Kreisen in der Slowakei darstellte. Den „2. Platz“ in der Anzahl der fertig gestellten Wohnungen belegte der Kreis Trnava mit 1.769 Wohnungen, und „Platz 3“ gehörte dem Kreis Žilina mit 1.302 fertig gestellten Wohnungen – dies war zugleich der einzige Kreis in der Slowakei, in dem die Anzahl der fertig gestellten Wohnungen im Vergleich zu derselben Periode des Vorjahres stieg (+ 4,7%). Die niedrigste Anzahl von fertig gestellten Wohnungen vom Januar bis zum September 2011 wurde hingegen in den Kreisen Banská Bystrica (485), Trenčín (766) und Košice (788) verzeichnet.

Nach den Informationen der NBS wurde der slowakische Wohnungsmarkt durch eine graduelle Senkung der Durchschnittspreise der zu Wohnzwecken dienenden Immobilien in allen vier Quartalen des Berichtsjahres gekennzeichnet; diese Tendenz zeigte sich am markantesten im letzten Quartal. Die Durchschnittspreise der zu Wohnzwecken dienenden Immobilien sanken in 2011 unterjährig um 3,1%, so dass der Durchschnittspreis pro Quadratmeter Wohnfläche zum Jahresende insgesamt € 1.251 €/m² betrug. Wie die NBS weiter feststellte, sanken die Durchschnittspreise von Eigenheim stärker als die von Wohnungen in 2011. Während der Durchschnittspreis pro Quadratmeter im Haussegment unterjährig um 4% auf 1.109 €/m² fiel, sank der Durchschnittspreis pro Quadratmeter bei Wohnungen unterjährig um 1,35% auf 1.315 €/m². Aus regionaler Sicht dominierte im Berichtsjahr der Trend der sinkenden Durchschnittspreise von zu Wohnzwecken dienenden Immobilien in den meisten Kreisen der Slowakei. Den größten unterjährigen Rückgang in den Durchschnittspreisen von Eigenheim und Wohnungen verzeichnete der Kreis Bratislava, und zwar um 2,8% auf 1.677 €/m² (dennoch war es nach wie vor das teuerste Wohnen in der Slowakei). Hingegen stiegen unterjährig die durchschnittlichen Immobilienpreise am meisten im Kreis Košice (um 3,6% auf 975 €/m²). Der niedrigste Durchschnittspreis pro Quadratmeter Wohnfläche war auch in 2011 im Kreis Nitra, wo er bei 624 €/m² lag.

Im Allgemeinen kann festgestellt werden, dass der Wohnungsmarkt in 2011 wieder abgeschwächt wurde. Zu den Faktoren, welche die Nachfragedynamik verlangsamten, zählten im Wesentlichen die steigende Arbeitslosigkeit, die Marktunsicherheit sowie die steigende Angst vor der zweiten Welle der Wirtschaftskrise. Die Informationen über die steigende Anzahl der drohenden bzw. bereits schon realisierten Versteigerungen von Eigenheim und Wohnungen wirkten sich ebenfalls nicht positiv auf das Interesse am Immobilienkauf aus. Gerade die Versteigerungen von Eigenheim und Wohnungen brachen in 2011 alle Rekorde. Nach den Angaben der Notariatskammer wurden im Berichtsjahr insgesamt 3.270 Immobilien versteigert, was die größte Anzahl seit Beginn der Führung der Statistik war. Diese eher traurige Tatsache ergibt sich vor allem aus dem derzeitigen wirtschaftlichen Abschwung sowie der damit zusammenhängenden nachfolgenden Unfähigkeit der Haushalte, die Bankdarlehen zu tilgen. Die größten Probleme in dieser Richtung verzeichneten in 2011 die südlichen Bezirke der Slowakei, insbesondere die Bezirke Komárno, Nové Zámky und Dunajská Streda.

4.3. Wohnungsfinanzierung in 2011

In 2011, ähnlich wie im Vorjahr, stieg weiterhin die Anzahl der Wohndarlehen, die in der Slowakei von 21 Bankhäusern eingeräumt werden. Nach den Angaben der NBS gewährten diese im Berichtsjahr bis jetzt die größte Anzahl von Wohndarlehen und das Gesamtvolumen der Darlehen stieg um mehr als 31,2%. Der Bankensektor räumte für Wohnungsfinanzierung durch Darlehen mehr als € 4,2 Mrd. (2010: € 3,2 Mrd.). Aus dieser Sicht waren die stärksten Monate der Mai und der Juni; der dritterfolgreichste Monat war der Dezember.

Die Angaben über den Anstieg der Anzahl und des Volumens der Wohndarlehen stehen in einem großen Widerspruch zu der mit Fakten belegten Tatsache über die andauernde Stagnation des Wohnungsmarktes in 2011. Dieses offensichtliche Paradox resultiert aus der Tatsache, dass ein wesentlicher Teil der Wohndarlehen von sog. sonstigen Immobiliendarlehen (d.h. Darlehen, bei denen der Nutzungszweck nicht nachgewiesen werden muss und dieser daher auch nicht überwacht wird) gebildet wird. Da sie aber als Immobiliendarlehen erfasst werden, verzerren sie wesentlich die Statistik jener Darlehen, die tatsächlich für Wohnzwecke gewährt wurden (d.h. solche, zu denen auch die Darlehen von Bausparkassen gehören). In Wirklichkeit verzeichneten die Hypothekendarlehen sowie die von Bausparkassen eingeräumten Darlehen unterjährig einen Rückgang sowohl in der Anzahl als auch im Gesamtvolumen.

Der hohe Anteil sonstiger Immobiliendarlehen wurde auch im letzten Monat des Berichtjahres bekräftigt, in dem gerade sonstige Immobiliendarlehen den größten Anstieg (+1,7%) verzeichneten. Vom Gesamtvolumen der im Dezember 2011 gewährten Immobiliendarlehen entfielen 26,02% auf Slovenská sporiteľňa, a.s., 22,1% auf Všeobecná úverová banka, a.s. und 13,88% auf die PSS. Slovenská sporiteľňa, a.s. belegte „den ersten Platz“ auch bei anderen Wohndarlehen mit einem Anteil von 43,16%; in klassischen Hypotheken dominierte weiterhin Všeobecná úverová banka, a.s. mit einem Anteil von 46,47%. Den größten Anteil an Bauspardarlehen verzeichnete die PSS, und zwar nicht weniger als 87,51%.

4.4. Bausparen in 2011

Aus Sicht des Bausparens war 2011 offensichtlich das schwierigste Jahr sowohl für die Existenz dieses Finanzprodukts in der Slowakei als auch für die Tätigkeit der größten slowakischen Bausparkasse, obwohl der Jahresbeginn noch eine erfolgreiche Periode für das Bausparen andeutete. Zur Schaffung von angemessenen Bedingungen für eine weitere positive Entwicklung des Bausparens sollte auch die Tätigkeit einer spezialisierten, von den Vertretern des slowakischen Finanzministeriums, des slowakischen Ministeriums für Transport, Aufbau und regionale Entwicklung sowie der Bausparkassen zusammengesetzten Arbeitsgruppe beitragen, deren Ziel es war, eine gemeinsame Lösung hinsichtlich einiger bausparspezifischer Fragen zu finden. Die damit zusammenhängenden Erwartungen der Bausparkassen wurden jedoch nicht erfüllt, insbesondere wegen der Vorgehensweise des slowakischen Finanzministeriums, dessen Ansatz zu den Verhandlungen in der Arbeitsgruppe es den Bausparkassen nicht ermöglichte, ihre vorgebrachten Argumente über die Effektivität des Bausparens im System der Wohnungsfinanzierung sowie über dessen Nützlichkeit für die Volkswirtschaft und die slowakischen Bürger durchzusetzen.

Trotz der präsentierten Argumente und Vorschläge der Bausparkassen legte das slowakische Finanzministerium zur Regierungssitzung den Entwurf einer Novelle zum Bauspargesetz vor. Die Regierung verabschiedete diese Novelle und legte sie im Juni 2011 dem Parlament zur Besprechung vor. Im Plenum wurde über diese Gesetzesnovelle sogar viermal diskutiert. Zunächst im Juli 2011, als sie in der ersten Lesung besprochen und von den Abgeordneten für die zweite Lesung empfohlen wurde. Im August 2011 wurde der Novellenentwurf, zu der Zeit unter Teilnahme von Bausparkassen, vom Parlamentsausschuss für Finanzen und das Budget besprochen – trotz der präsentierten Argumente, insbesondere gegen die Rückwirkung einiger Bestimmungen der Novelle, empfahl der Ausschuss die Verabschiedung des Novellenentwurfs. Im September 2011 wurde die Novelle zum Bauspargesetz vom Parlament zwar verabschiedet, wurde aber vom slowakischen Präsidenten wegen Rückwirkung einiger Bestimmungen, worauf vorher auch die Bausparkassen hingewiesen hatten, wieder ins Parlament zur Wiedervorlage zurückgeschickt. Nachfolgend wurde die Novelle zum Bauspargesetz von den Abgeordneten, nach Berücksichtigung der Einwendungen des Präsidenten, im Oktober 2011 nicht erneut verabschiedet. Trotzdem aber legte die Regierung im November 2011 die Novelle dem Parlament erneut zur Besprechung vor. Nachdem der verfassungsrechtliche Ausschuss des slowakischen Parlaments festgestellt hatte, dass das Parlament über die Gesetzesnovelle früher als 6 Monate nach Nichtverabschiedung wieder diskutieren würde, was im Widerspruch zur Tagungsordnung des Parlaments stehen würde, beschloss das Plenum am 30. November 2011, dass die Novelle zum Bauspargesetz nicht mehr besprochen wird.

4.5. 1 auf dem Markt

Im Bausparrecht änderte sich in 2011 im Endeffekt nichts. Die durch die neunmonatige Diskussion über die Zukunft des Bausparens hervorgerufene Situation, erschwert durch das intensive Interesse der Medien, die oft widersprüchliche und negative Informationen zu diesem Thema brachten, konnte nicht ohne negative Auswirkungen bleiben. Die Verunsicherung der Bausparer, sowohl der bestehenden als auch der potenziellen, spiegelte sich auch in den Vertriebsergebnissen der PSS für 2011 wider, welche die Erwartungen, mit denen die größte slowakische Bausparkasse in das Jahr 2011 startete, nicht ganz erfüllten.

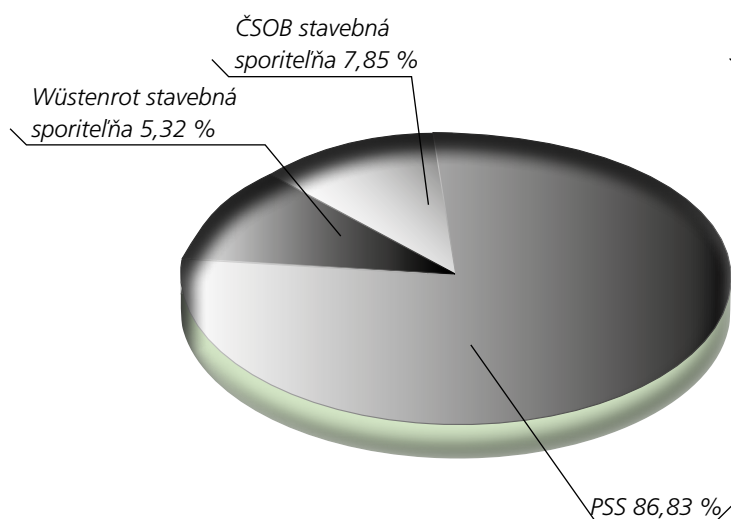
Andererseits ist aber sofort hinzufügen, dass die Kennzahlen, mit denen die PSS das Berichtsjahr beendet hat, unter Berücksichtigung all der ungünstigen Umstände, die das Bausparen in 2011 begleiteten, hoch akzeptabel sind. Die Bauspareinlagen der Kunden stiegen unterjährig unerwartet um 5,26% und 2011 war sogar ein Rekordjahr aus Sicht des Volumens der Darlehensmittel, die den Bausparern – juristischen Personen (Gemeinschaften der Eigentümer von Wohnungen und nicht zu Wohnzwecken dienenden Räumlichkeiten, Wohnungsbaugenossenschaften sowie andere Verwalter von Wohnobjekten) für die Renovierung von Wohnhäusern eingeräumt wurden – dieses Finanzvolumen verzeichnete einen Anstieg sogar um 45,3%.

In der Slowakei werden Immobiliendarlehen von 21 Bankhäusern zugeteilt. Aus der Gesamtsumme von über € 4,2 Mrd., die sie in 2011 zusammen mittels Darlehen ins Wohnungswesen investierten, stammten € 511,86 Mio. von den drei Bausparkassen. Davon gewährte die PSS selbst bis zu € 438,68 Mio., was 41,2% sämtlicher zweckmäßig nachgewiesenen, in 2011 in der Slowakei im Wohnungswesen investierten Finanzmittel darstellt. Die PSS verteidigte somit auch in 2011 erfolgreich ihre führende Position auf dem Bausparmarkt und im breiteren Kontext zugleich die Position eines der wichtigsten Finanzinstitute auf dem slowakischen Bankenmarkt, die sich auf die Wohnungsfinanzierung spezialisieren.

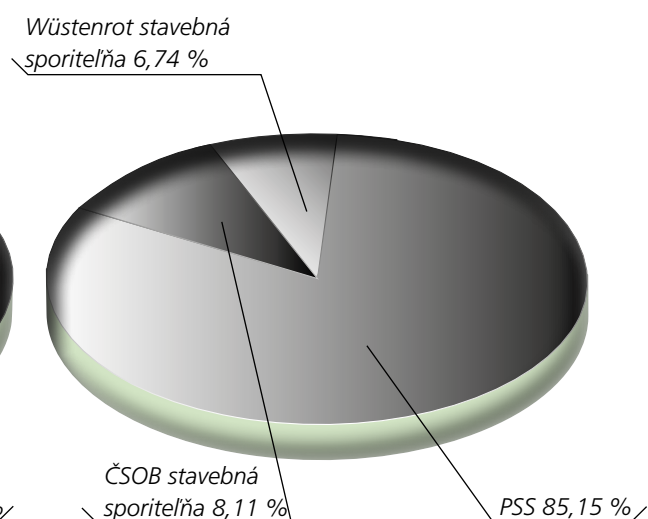
Der Anteil der PSS im Bereich der Bauspar- Zwischendarlehen erreichte im Berichtsjahr 86,24% nach Anzahl und 85,15% nach Volumen. Die dominante Position in ihrem Segment bestätigte sie auch im Bereich der Finanzierung der Renovierung von Wohnhäusern.

Die PSS war zugleich der drittgrößte Kreditgeber für Wohnzwecke unter allen slowakischen Bankhäusern, wobei hier zu erwähnen ist, dass die meisten Bankhäuser, im Gegensatz zur PSS, in die Gesamtsumme der Wohndarlehen auch solche Wohndarlehen mit einbeziehen, bei denen der Nutzungszweck nicht nachgewiesen werden muss. Bei zweckmäßig nachgewiesenen Wohndarlehen war der Anteil der PSS – sowohl nach Anzahl als auch nach Gesamtvolumen der gewährten Darlehen – der höchste unter allen in der Slowakei tätigen Bankhäusern.

Bauspar- und Zwischendarlehen – Anzahl



Bauspar- und Zwischendarlehen – Volumen



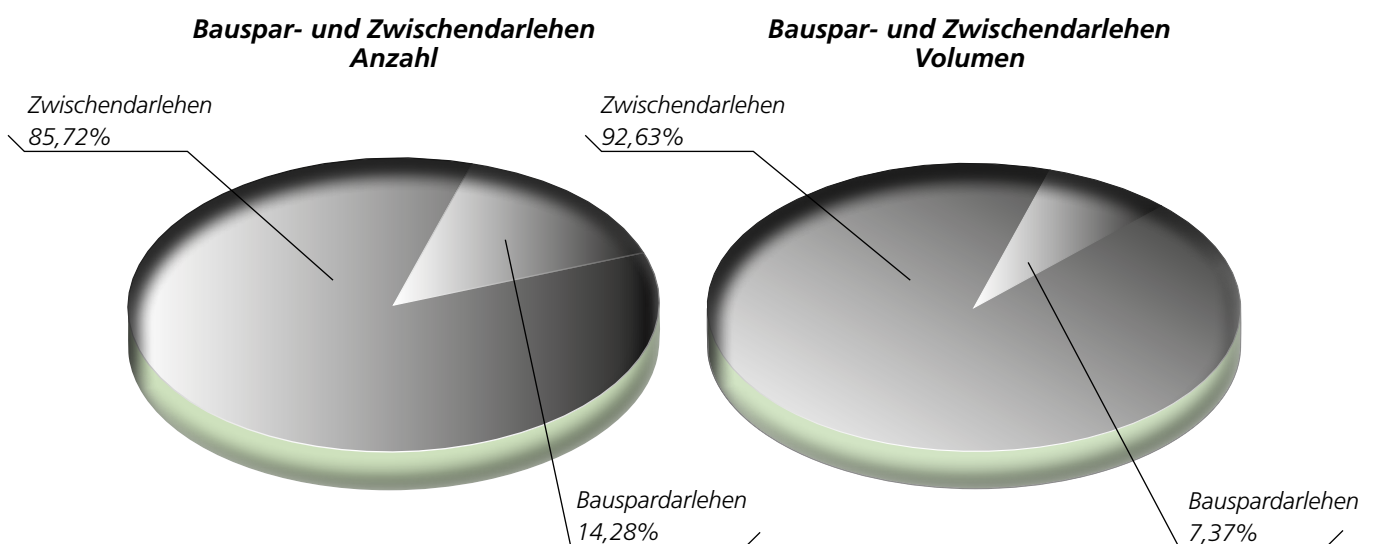
4.6. Bausparen in der PSS in 2011 – Natürliche Personen

In 2011 schloss die PSS mit Bausparern – natürlichen Personen insgesamt 159.315 neue Bausparverträge mit einer Gesamtbausparsumme von € 1,44 Mrd. ab, was einer durchschnittlichen Bausparsumme von € 9.042 entsprach. Zum Jahresende waren bei der PSS insgesamt 773.988 natürliche Personen als Bausparer registriert; ihre Einlagen auf Bausparverträge erreichten € 1.833,0 Mio. In 2011 bearbeitete die PSS zugleich 18.169 Kündigungen von Bausparverträgen aufgrund zweckgebundener Verwendung der angesparten Finanzmittel. Zum 31. Dezember 2011 verwaltete die PSS insgesamt 728.320 Bausparverträge (sowohl für natürliche als auch für juristische Personen) mit Bausparsummen von insgesamt € 10,08 Mrd.

Was den Darlehensbereich angeht, teilte die PSS in 2011 natürlichen Personen 2.908 Bauspardarlehen mit einem Gesamtvolumen von € 25,47 Mio. und 17.450 Zwischendarlehen in Höhe von insgesamt € 319,93 Mio. zu.

Insgesamt gewährte die PSS in 2011 natürlichen Personen € 396,93 Mio. für Wohnzwecke. Den größten Teil davon – € 186,90 Mio. – nutzten die Kunden zur Renovierung und Modernisierung. Weitere € 77,74 Mio. investierten sie in den Kauf einer Wohnung oder eines Hauses; für den Neubau waren es € 19,97 Mio. und für sonstige Bau- bzw. Wohnzwecke € 112,32 Mio.

Der Fachbereich Kundenbetreuung ist mit der Betreuung natürlicher Personen beauftragt. Auch in seiner Tätigkeit widerspiegelt sich das primäre Ziel der PSS - die Erhöhung der Qualität des Wohnens und die Wahrung der Interessen ihrer Kunden, die Erreichung der langfristigen Zufriedenheit der Kunden mit erbrachten Dienstleistungen zusammen mit der andauernden Erhöhung der Qualität der erbrachten Dienstleistungen. Im Einklang mit der gänzlichen Ausrichtung und Realisierung der Ziele der PSS legte auch der Fachbereich Kundenbetreuung einen Schwerpunkt auf solche Attribute der Arbeit wie hohes Niveau an Fachkenntnis, Professionalität, verantwortlicher Ansatz, Entgegenkommen, Reduzierung bestimmter administrativer Belastungen und transparente Kommunikation. Er arbeitete stetig an der Erhöhung der Qualität von Bankdienstleistungen unter Berücksichtigung der Ziele der PSS im Bereich der Erhöhung der Wirtschaftlichkeit und Rentabilität sowie bei der Steigerung der Effektivität und Leistungsfähigkeit von Humankapital und Technologien



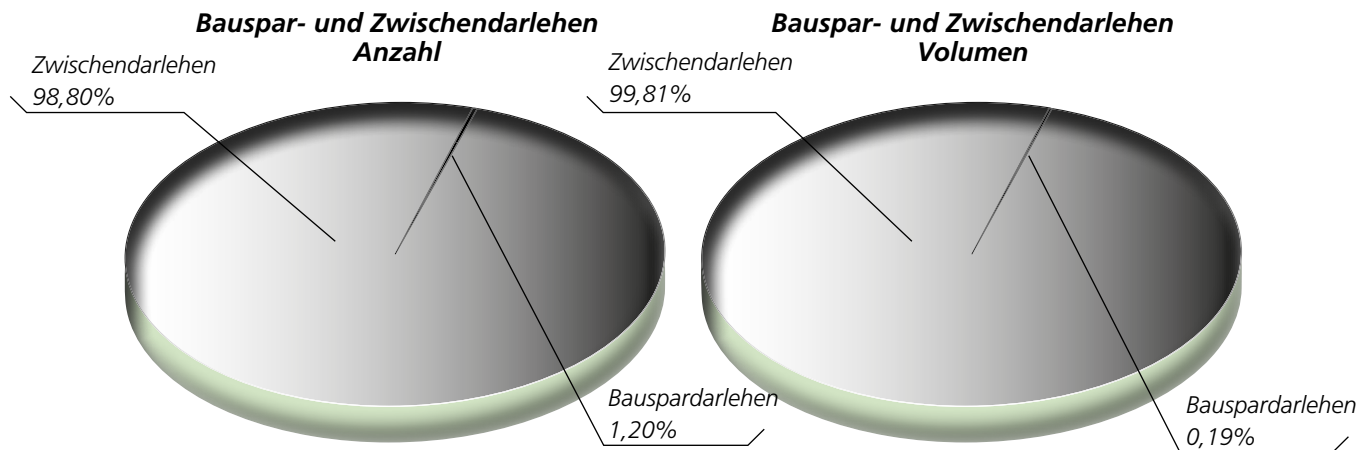
4.7. Bausparen in der PSS in 2011 – Juristische Personen

In 2011 schloss die PSS mit Bausparern – juristischen Personen insgesamt 951 neue Bausparverträge mit einer Gesamtbausparsumme von € 159,58 Mio. ab; die durchschnittliche Bausparsumme dieser Verträge betrug € 167.798. Zum Jahresende waren bei der PSS insgesamt 2.373 juristische Personen als Bausparer registriert; ihre Einlagen auf Bausparverträge erreichten € 57,1 Mio. In 2011 bearbeitete die PSS zugleich 80 Kündigungen von Bausparverträgen aufgrund zweckgebundener Verwendung der angesparten Finanzmittel.

Für denselben Zeitraum teilte die PSS den juristischen Personen 334 Bauspar- und Zwischendarlehen in Höhe von insgesamt € 41,09 Mio. zu, was bisher die größte Anzahl sowie das höchste Volumen der dieser Bausparergruppe zugeteilten Darlehen darstellt. Im Jahr 2011 betrug das Darlehensgeschäft mit juristischen Personen 10,6% des Darlehensgesamtvolumens.

In 2011 räumte die PSS juristischen Personen insgesamt € 41,75 Mio. für Wohnzwecke ein. Den größten Teil davon – € 36,43 Mio. – nutzten die Kunden zur Modernisierung und Renovierung. Weitere € 5,32 Mio. investierten sie für sonstige Bauzwecke.

Mit der Betreuung der Bausparer – juristischer Personen ist der Fachbereich Sparen und Darlehen juristischer Personen beauftragt. In 2011 verlief seine Tätigkeit vor allem im Zeichen der Bemühungen der PSS, insbesondere das Volumen neuer Darlehensgeschäfte mit juristischen Personen als auch die Anzahl der Bausparverträge mit den Gemeinschaften der Eigentümer von Wohnungen und nicht zu Wohnzwecken dienenden Räumlichkeiten, die auch den Anspruch auf den Erhalt der jährlichen Bausparprämie haben, zu erhöhen. Das Jahr 2011 verlief daher im Zeichen der Erweiterung und Verbesserung des Angebotsumfangs für die Kunden – vor allem für die Gemeinschaften der Eigentümer von Wohnungen und nicht zu Wohnzwecken dienenden Räumlichkeiten, Wohnungsbaugenossenschaften sowie andere Verwalter von Wohnobjekten. Neben dem Abschluss von neuen Bausparverträgen konzentrierte sich das Geschäft mit juristischen Personen auf die Gewährung von Darlehen zur Renovierung, Modernisierung und Wiederherstellung von Wohnhäusern.



4.8. Bausparen in der PSS in 2011 – Neue Produkte

Alljährliche Produktinnovationen und Sonderangebote beweisen, dass Bausparen in der PSS ein lebendiger Organismus ist. Das Jahr 2011 war in dieser Hinsicht keine Ausnahme – wobei auch in diesem Jahr galt, dass die PSS ihren Kunden zur Hand geht, d.h. dass neue Produkte bzw. Produktinnovationen in der ersten Linie die Anforderungen und Interessen der Bausparer widerspiegeln.

Innovationen im Bausparen natürlicher Personen in 2011:

- Vom 1. Februar bis zum 31. März 2011 konnten die Kunden beim Abschluss eines Bausparvertrags einen Zinsbonus auf ihre Bauspareinlagen für 2011 erhalten – seine Höhe (bis zu 20%) hing von der Spardauer ab.
- Ab 1. August 2011 setzte die PSS die Mindesthöhe des abtrennbaren angesparten Betrags für jeden Bausparvertrag nach Trennung von ursprünglich € 100 auf € 30 herab.
- Ab 1. September 2011 wurden die Bedingungen der Extra-Sicherheit beim Bausparen für Kinder im Junior Extra Tarif modifiziert, indem sich die Extra-Sicherheit nunmehr auf beide Eltern (bzw. gesetzliche Vertreter) bezieht.
- Vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember 2011 erhielten die Kunden beim Abschluss eines Bausparvertrags und bei einer Bauspareinlage von € 663,90 einen finanziellen Sonderbonus in Höhe von € 33,61.

Innovationen bei Darlehen an natürliche Personen in 2011:

- Ab 1. Januar 2011 wird kein Wechsel als Sicherung für das gewährte Darlehen von der PSS erfordert.
- Ab 1. Februar 2011 verbesserte und vereinfachte die PSS die Bedingungen für die Darlehensgewährung wie folgt:
 - * Darlehensgewährung bis zu 100% des realen Verkaufswerts der verpfändeten Immobilie,
 - * Einführung der sog. „durch Bausparen nachgewiesenen Kreditwürdigkeit“ – dies bedeutet, dass ein regelmäßig sparender Kunde unter bestimmten Bedingungen seine Kreditwürdigkeit nicht nachweisen muss,
 - * Möglichkeit (unter bestimmten Bedingungen), die Kreditwürdigkeit des Kunden auch ohne Vorlage der Einkommensbescheinigung nachzuweisen,
 - * Erweiterung der Liste der akzeptierten Belege der Wohnwirtschaftlichenutzung
- Vom 1. April bis zum 31. Juli 2011 konnten die Kunden ein Wohndarlehen zu einem Zinssatz bereits ab 1,69% p. a. erhalten – der begünstigte Zinssatz galt 12 Monate ab dem letzten Tag des Monats, in dem das Darlehen zugeteilt wurde.
- Vom 21. Juni bis zum 30. September 2011 bot die PSS eine spezielle Darlehensaktion für die vom Hochwasser betroffenen slowakischen Bürger an.
- Ab 1. Oktober 2011 wurden die Bedingungen für die Darlehensgewährung wie folgt weiter verbessert:
 - * Verbesserung der Bedingungen für die Entstehung des Anspruchs auf ein nachfolgendes Zwischendarlehen
 - * Herabsetzung der Mindestbausparsumme (von € 5.000 auf € 3.000) bei Zwischendarlehen ohne Pfandrecht
 - * Verzicht auf ein notarielles Protokoll bei pfandgesicherten Darlehen
 - * Möglichkeit der Darlehensgewährung auch für Kunden im Alter von 61 und 62 Jahren
 - * Die bedingt akzeptierbaren Einnahmen umfassen nunmehr auch Tagegeld und Betreuungsbeitrag.
 - * Bei bestimmten Gruppen von Gewerbetreibenden akzeptiert die PSS Einnahmen nach § 6 der Steuererklärung.
 - * Bei der Beurteilung der Zahlungsdisziplin der Kunden wird eine Zwangsvollstreckung bis zu € 300, die bis zum Stichtag der Darlehenszuteilung beendet wurde, nicht mehr in Betracht gezogen.

Innovationen im Bausparen juristischer Personen in 2011:

- Vom 1. Februar bis zum 31. Juli 2011 konnten die Gemeinschaften der Eigentümer von Wohnungen und nicht zu Wohnzwecken dienenden Räumlichkeiten (GEW), Wohnungsbaugenossenschaften (WBG) sowie andere Verwalter von Wohnobjekten (VWO) Sonderdarlehen für die Renovierung eines Wohnhauses zu Zinssätzen zwischen 3,69% p.a. – 4,79 % (je nach der Höhe der Bausparsumme und der Mindesteinlage) erhalten.
- Vom 1. Februar bis zum 31. März 2011 konnten die Kunden beim Abschluss eines Bausparvertrags einen Zinsbonus auf ihre Bauspareinlagen für 2011 erhalten – die Höhe (höchstens 20%) hing von der Spardauer ab.
- Ab 1. Februar 2011 enthalten die Bedingungen für ein Folgedarlehen für die von GEW, WBG und VWO verwalteten Wohnhäuser ebenfalls eine Gutschrift von € 100 zur Darlehensbearbeitungsgebühr.
- Neue ausgebesserte Bedingungen für die Ermittlung der individuellen Zinssätze auf Darlehen für die von GEW, WBG und VWO verwalteten Wohnhäuser
- Vom 1. September bis zum 31. Dezember 2011 konnten die Kunden (GEW, WBG und VWO) ein Darlehen zu einem Zinssatz von 2,99% p. a. erhalten – der begünstigte Zinssatz gilt 4 Jahre (bzw. 48 Monate) ab dem letzten Tag des Monats, in dem das Darlehen zugeteilt wurde.

4.9. Bausparen in der PSS in 2011 – Regionen

Die PSS übt ihre Vertriebs- und Geschäftstätigkeit durch 7 regionale Vertriebsstrukturen in den Regionen Bratislava, Nitra, Banská Bystrica, Trenčín, Žilina, Košice und Prešov aus. In ihrer Tätigkeit werden nicht nur die von der Zentrale der PSS für die ganze Slowakei vorbereiteten Produktaktivitäten widergespiegelt; die Ergebnisse der Vertriebsarbeit der Regionen werden ebenfalls durch mehrere makroökonomische Faktoren beeinflusst, wie z.B. die Arbeitslosenquote, das Realeinkommen der Bevölkerung oder das Niveau des Wohnungsbaus in der betreffenden Region. Die Ergebnisse der Bauspartätigkeit in den Regionen wurde im Berichtsjahr jedoch auch durch die spezifische ungünstige Situation, mit der sich Bausparen das ganze Jahr hindurch auseinandersetzen musste, wesentlich beeinflusst. Ihre negativen Auswirkungen spiegelten sich ebenfalls in den in 2011 erzielten Ergebnissen einzelner Regionalstrukturen der PSS wider.

Aus Sicht des Vertriebs ist die Kennziffer „neue Bausparverträge“ (Summe natürliche und juristische Personen) sehr wichtig. Die erfolgreichste Region im Abschluss von neuen Bausparverträgen war die Region Žilina mit 18.219 Verträgen. Die weiteren „Medaillenplätze“ belegten die Regionen Trenčín (17.851 Bausparverträge) und Banská Bystrica (16.486 Bausparverträge). Im Gesamtvolumen der neu abgeschlossenen Bausparverträge (Brutto) dominierten die Regionen Trenčín (€ 264.327 Tsd.), Bratislava (€ 252.479) und Banská Bystrica (€ 226.814 Tsd.). Was die Gesamtzahl der Bausparverträge zum 31. Dezember 2011 angeht, belegten hier die ersten drei Plätze die Regionen Žilina (139.928 Bausparverträge), Trenčín (133.904 Bausparverträge) und Banská Bystrica (128.129 Bausparverträge); im Gesamtvolumen der Bauspareinlagen waren es die Regionen Žilina (€ 331,6 Mio.), Bratislava (€ 307,7 Mio.) und Trenčín (€ 291,1 Mio.). Die höchste durchschnittliche Bausparsumme (Brutto) erreichten im Berichtsjahr die Regionen Bratislava (€ 17,90 Tsd.), Nitra (€ 16,50 Tsd.) und Trenčín (€ 14,81 Tsd.). Das höchste, auf einen Einwohner der Region umgerechnete Volumen der Bausparsummen verzeichneten die Regionen Trenčín (€ 358,58/Einwohner), Žilina (€ 314,96/Einwohner) und Košice (€ 290,40/Einwohner).

Zu den exklusiven Spartarifen der PSS zählen der für Kinder und junge Leute bis 18 Jahre bestimmte Junior Extra-Tarif sowie der Senior Extra-Tarif für Bausparer ab 55. In 2011 wurden die meisten Bausparverträge im Junior Extra-Tarif in den Regionen Žilina (4.087 Bausparverträge), Prešov (3.791 Bausparverträge) und Košice (3.674 Bausparverträge) abgeschlossen. Die größte Anzahl der Bausparverträge im Senior Extra-Tarif war in 2011 in den Regionen Trenčín (243 Bausparverträge), Žilina (206 Bausparverträge) und Banská Bystrica (179 Bausparverträge).

Aus Sicht der Bauspar- und Zwischendarlehen war das Jahr 2011 am erfolgreichsten für die Regionen Trenčín (3.331 Bauspar- und Zwischendarlehen), Košice (3.041 Bauspar- und Zwischendarlehen) und Banská Bystrica (3.034 Bauspar- und Zwischendarlehen). Wird das Volumen der in 2011 zugeleiteten Bauspar- und Zwischenfinanzierungsdarlehen auf einen Einwohner der Region umgerechnet, erhalten wir die größten Beträge für die Regionen Trenčín (€ 85,09/Einwohner), Bratislava (€ 78,42/Einwohner) und Košice (€ 72,82/Einwohner).

Eine Aussagekraft über die Ausnutzung des Bausparens in einzelnen Regionen besitzt auch die durchschnittliche Beteiligung der Einwohner in den Regionen am Bausparen mit der PSS. In 2011 bewegte sich diese Kennziffer bei 20% in der Region Žilina, 17% in der Region Prešov, 16% in der Region Banská Bystrica, 15% in der Region Košice bis zu 12% in den Regionen Bratislava und Nitra.

4.10. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der PSS in 2010

Trotz der wegen der Schuldenkrise verschlechterten Wirtschafts- und Finanzlage vieler slowakischer Unternehmen gelang es der PSS auch im Berichtsjahr, ihre erfolgreiche Geschäftstätigkeit aus den Vorjahren fortzusetzen. Dies wird auch durch die nachfolgende Darstellung der wesentlichen Posten der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage einschließlich der Vorjahresvergleichszahlen bestätigt.

Die PSS hat einen kombinierten Einzel- und Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2011 nach den International Financial Reporting Standards („IFRS“), wie sie in der EU anzuwenden sind, in einem Dokument aufgestellt. Die Bank hat ebenfalls die Angaben aus dem Einzel- und Konzerngeschäftsbericht zu einem Dokument vereint. Für Zwecke des Konzerngeschäftsberichts wird unter Konzern die Bank zusammen mit ihren Tochtergesellschaften verstanden. Die im Geschäftsbericht veröffentlichten finanziellen und nicht finanziellen Angaben der Bank entsprechen zugleich in allen wesentlichen Aspekten der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des Konzerns.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme der PSS erreichte zum 31. Dezember 2011 die Höhe von € 2.224,2 Mio., was im Vergleich zum Vorjahr eine Erhöhung um € 99,4 Mio. (+4,7%) bedeutet.

Zur Erhöhung der Bilanzsumme auf der Aktivseite trug im entscheidenden Maße der Anstieg der liquiden Aktiva und der gewährten Darlehen bei. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Finanzanlagen auf dem Geld- und Kapitalmarkt (Markt der liquiden Aktiva) um € 67,7 Mio. (+17,6%), insbesondere dank der Investition von freien Finanzmitteln in Staatsanleihen und Schatzscheine. Der Beweggrund für diese Finanzpolitik der PSS in 2011 war die vermutliche künftige Entwicklung des Volumens von verfügbaren Ressourcen der PSS sowie die erwartete Entwicklung der Zinssätze für kurzfristige Anlagen. Diese Staatsanleihen und Schatzscheine wurden dem Portfolio der bis zur Endfälligkeit zu haltenden Wertpapiere zugeordnet. Im Hinblick auf die Möglichkeit der künftigen Deckung eines unvorhersehbaren Bedarfs an Liquidität wird jedoch ein Teil der Staatsanleihen als „zur Veräußerung verfügbar“ klassifiziert.

Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Forderungen aus Darlehen an Kunden leicht um € 32,7 Mio. (+1,8%) auf € 1.768,7 Mio. Deren Anteil an den gesamten Aktiva der PSS fiel leicht von 81,7% in 2010 auf 79,5% im Berichtsjahr. Im Gegensatz zum Vorjahr verzeichnete die PSS in 2011 einerseits einen Anstieg des Anteils der Bauspardarlehen von 20,6% auf 21,6% und andererseits einen Rückgang des Anteils der Zwischendarlehen von 79,2% auf 78,2% aller gewährten Darlehen. Der Anteil der an juristische Personen aus Mitteln ausserkollektiven gewährten Baudarlehen machte zum Ende des Berichtsjahres 0,2% aller gewährten Darlehen aus (Ende 2010: 0,2%).

Der Bestand an Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten sowie an den als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien erreichte die Höhe von € 40,8 Mio., wodurch unterjährig ein Rückgang um € 0,4 Mio. (-1,1%) zu verzeichnen war.

Auf der Passivseite verzeichnete die PSS unterjährig einen geringfügigen Anstieg des Fremdkapitals, und zwar von 88,1% in 2010 auf 88,7% im Berichtsjahr, bei gleichzeitigem Rückgang ihres Eigenkapitals von 11,9% im Vorjahr auf 11,3% in 2011.

Bei der Fremdkapitalstruktur kam es im Vergleich zum Vorjahr erneut zum Anstieg der Bauspareinlagen der Kunden, und zwar um € 100,4 Mio. (+5,3%). Der Anstieg der Bauspareinlagen resultierte aus dem positiven Saldo des Netto-Spargeldeingangs, einschließlich der Bausparprämie und Zinsen,

in Höhe von € 448,9 Mio. (2010: € 418,6 Mio.) und Entnahmen der eingesparten Mittel nach Zuteilungen und Kündigungen von Bausparverträgen in Höhe von € 351,0 Mio. (2010: € 293,9 Mio.). Infolge der positiven Entwicklung des Saldos von Zu- und Abgängen bei Bauspareinlagen erreichten die Kundenspareinlagen zum 31. Dezember 2011 insgesamt € 1.902,1 Mio. (zum 31. Dezember 2010: € 1.801,7 Mio.); ihr Anteil an den gesamten Passiva stieg im Vergleich zum Vorjahr von 84,8% auf 85,5%. Bauspareinlagen bilden somit die Hauptquelle der Vermögensfinanzierung der PSS. Der Anteil der gewährten Darlehen (Brutto) an den Spareinlagen erreichte 97,0% zum Ende des Jahres 2011 (2010: 100,3%).

Das Eigenkapital ist im Vergleich zum Vorjahr leicht um € 1,9 Mio. (-0,7%) zurückgegangen; dies resultiert im Wesentlichen aus der teilweisen Verwendung des Gewinnvortrags in 2011 im Sinne des Beschlusses der Aktionäre der Bank.

Finanzlage

Im Rahmen der ordentlichen Geschäftstätigkeit gab die PSS in 2011 Darlehen in Höhe von € 380,2 Mio. aus; davon entfielen € 351,0 Mio. auf Zwischendarlehen, € 29,0 Mio. auf Bauspardarlehen und € 0,2 Mio. auf Baudarlehen aus Mitteln ausserkollektiven. Aufgrund von Zuteilungen und Kündigungen von Bausparverträgen zahlte die PSS weitere von Bausparern eingesparte Mittel in Höhe von € 235,4 Mio. (einschließlich der Bausparprämie und Zinsen) aus. Somit stellte die PSS den Bausparern Finanzmittel in Höhe von insgesamt € 615,5 Mio. zur Verfügung (2010: € 622,8 Mio.).

Andererseits flossen der PSS Bauspareinlagen von ihren Kunden in Höhe von € 433,1 Mio. sowie Bausparprämien in Höhe von € 32,2 Mio. zu. Zudem wurden Tilgungen von Bauspardarlehen, Zwischendarlehen und sonstigen Darlehen im Wert von € 315,0 Mio. entgegengenommen. Somit wies die PSS in 2011 Geldeingänge in Höhe von insgesamt € 780,2 Mio. (2010: € 771,4 Mio.) aus.

Des Weiteren investierte die PSS im Berichtsjahr € 4,4 Mio. in die Anschaffung von immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen (2010: € 4,9 Mio.).

Ertragslage

Im Vergleich zum Vorjahr zeigte die Ertragslage der PSS im Bereich der ordentlichen Banktätigkeit einen Rückgang des Betriebsergebnisses vor Absicherung der Risiken um € 4,35 Mio. (-8,4%) auf € 47,58 Mio.

Innerhalb des Betriebsergebnisses vor Absicherung der Risiken ging im Berichtsjahr das Zinsergebnis aus Geschäftsvorfällen mit Kunden sowie aus Operationen auf dem Geldmarkt um € 0,95 Mio. (-1,6%) zurück. Zum Rückgang kam es trotz höherer Zinserträge aus Darlehen an Kunden, die durch höhere Zinskosten aus Spareinlagen der Kunden aufgrund des Anstiegs des Durchschnittsbestands mehr als kompensiert wurden.

Trotz des andauernden Rückgangs der Zinssätze auf dem Kapitalmarkt stiegen die Nettoerträge aus Wertpapieren und Geschäftsanteilen aufgrund der zwischenzeitlichen Anlage von frei verfügbaren Mitteln in Staatsanleihen um € 1,93 Mio. (+17,2%). In 2011 erhielt die PSS keine Dividenden von ihren Tochtergesellschaften.

In 2011 blieben die Netto-Erträge aus Kundengebühren und Provisionen auf demselben Niveau wie im Vorjahr.

Die Verwaltungskosten stiegen im Vergleich zum Vorjahr um € 4,30 Mio. (+10,1%) auf € 46,94 Mio. Trotz der Sparmaßnahmen, die im Rahmen des im Dezember 2008 gestarteten Projekts zur Erhöhung der Effektivität und Qualität von Arbeitsprozessen eingeleitet wurden, um ein angemessenes Niveau der Verwaltungskosten zu gewährleisten, wurde dieser Anstieg durch nicht geplante EDV-Aufwendungen und Aufwendungen für Aktivitäten zur Bausparförderung im Zusammenhang mit den vorgeschlagenen gesetzlichen Änderungen beeinflusst.

Der Saldo des Postens „Bildung und Verwendung von Wertberichtigungen auf Darlehen und Ausbuchung von Forderungen“ sank unterjährig um € 2,38 Mio. (-20,3%) infolge einer gegenüber 2010 niedrigeren Anzahl von nicht getilgten Darlehen.

Der Saldo des Postens „Bildung und Verwendung von Wertberichtigungen auf sonstige Aktiva und Ausbuchung von sonstigen Aktiva“ sank unterjährig um € 1,54 Mio. (-50,8%) infolge einer umsichtigen Behandlung und Absicherung gegen potenzielle Betriebsrisiken durch Bildung von Wertberichtigungen auf noch nicht genutzte immaterielle Vermögenswerte in 2010, deren zukünftige betriebliche Verwendung zur Zeit abgeschätzt wird, sowie Wertberichtigungen auf Anteile an verbundenen Unternehmen, deren Eigenkapitalwert in 2010 sank.

Übersicht über die Entwicklung von Aufwendungen und Erträgen der PSS. (in Tsd. €)

	2011	2010	2009
Zinsergebnis aus Geschäften mit Kunden und aus Transaktionen auf dem Geldmarkt	59.177	60.127	64.105
Nettoerträge aus Wertpapieren und Geschäftsanteilen	7.026	5.993	5.059
Gebühren- und Provisionsergebnis	27.158	27.283	23.303
Verwaltungskosten	-46.944	-42.647	-43.437
Sonstige betriebliche Erträge	1.166	1.179	1.178
Gewinn aus der Veräußerung von Anteilen an Tochtergesellschaften	0	0	0
Jahresergebnis vor Absicherung der Risiken	47.583	51.935	50.208
Saldo aus Bildung und Verbrauch von Wertberichtigungen auf Darlehen, Ausbuchung von Forderungen aus Darlehen	9.311	-11.688	-13.382
Erträge aus Abtretung von Darlehensforderungen			
Saldo aus Bildung und Auflösung von Wertberichtigungen auf sonstige Aktiva, Ausbuchung sonstiger Aktiva	1.493	-3.033	-927
Gewinn vor Steuern	36.779	37.214	35.899
Körperschaftsteuer	-7.971	-7.859	-7.795
Gewinn nach Steuern	28.808	29.355	28.104

Übersicht über die Entwicklung des Vermögens und der Verbindlichkeiten der PSS (v tis. EUR)

	2011	2010	2009
AKTIVA			
Liquide Aktiva	383.962	316.302	265.083
Darlehen an Kunden	1.768.698	1.735.978	1.667.158
Sachanlagen, immaterielle Vermögenswerte und als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	40.797	41.232	42.312
Anteile an verbundenen Unternehmen	3.110	3.126	3.532
Sonstige Forderungen	27.584	28.100	21.860
Summe Aktiva	2.224.151	2.124.738	1.999.945
PASIVA			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-	2.301	6.340
Verbindlichkeiten aus emittierten Anleihen	33.474	33.450	33.429
Kundenspareinlagen	1.902.106	1.801.733	1.673.577
Rückstellungen	12.539	12.511	11.614
Sonstige Passiva	24.893	21.748	21.912
Fremdkapital	1.973.012	1.871.743	1.746.872
Gezeichnetes Kapital	66.500	66.500	66.500
Gesetzliche Rücklage und sonstige Rücklagen	41.762	41.763	41.768
Bewertungsdifferenz aus zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren	1.138	1.878	1.386
Gewinnvortrag	112.931	113.499	115.315
Jahresüberschuss	28.808	29.355	28.104
Eigenkapital	251.139	252.995	253.073
Passiva gesamt	2.224.151	2.124.738	1.999.945

4.11. Pflichten gegenüber dem Staat

Die PSS kommt allen ihren Pflichten gegenüber dem Staat, die sich für sie aus slowakischen Rechtsvorschriften und -normen ergeben, vollumfänglich nach.

Ihren mit der Bausparprämie zusammenhängenden Pflichten kommt sie gemäß Vertrag vom 31. Dezember 2004 und seinen späteren Anlagen nach, den sie im Sinne des slowakischen Bauspargengesetzes (Gesetz Nr. 310/1992 GBl. in der geltenden Fassung) mit dem slowakischen Ministerium für Transport, Aufbau und regionale Entwicklung abgeschlossen hat. Dieser Vertrag regelt die Bereitstellung von Finanzmitteln aus dem Staatshaushalt und die Vorlage von zusammenfassenden Angaben über die Zwecke des Bausparens an das Ministerium (im Zusammenhang mit der Übertragung der mit der Bausparprämie verbundenen Tätigkeiten wird seit 1. Januar 2011 unter dem Ministerium das slowakische Ministerium für Transport, Aufbau und regionale Entwicklung verstanden.) Nach diesem Vertrag macht die PSS den Anspruch auf die Bausparprämie für das betreffende Kalenderjahr schriftlich beim Ministerium innerhalb von 15 Kalendertagen nach Ende des abgelaufenen Kalenderjahres geltend. Die Vorlage der Jahresabrechnung der überwiesenen Bausparprämie für das abgelaufene Kalenderjahr gegenüber dem Staatshaushalt erfolgt stets spätestens bis zum 15. Februar des Folgejahres. Die PSS überprüft zugleich jeden Monat, ob die Bausparprämie den Bausparkonten ihrer Kunden begründet zugeschrieben wurde. Falls dabei festgestellt wird, dass der Bausparer die Bedingungen für den Erhalt der Bausparprämie nicht erfüllt hat, ist die PSS verpflichtet, die Bausparprämie auf das Konto des Ministeriums zurück zu überweisen – und zwar innerhalb von 5 Arbeitstagen nach dem letzten Tag des vorigen Kalendermonates.

Als Arbeitgeber kommt die PSS ihren Steuer- und Abgabepflichten gegenüber den folgenden zuständigen Instituten nach: die Sozialversicherungsanstalt, die Krankenkassen, das Amt für Arbeit, soziale Angelegenheiten und Familie sowie das Finanzamt. Die PSS als Arbeitgeber kommt ebenfalls ihrer Meldepflicht gegenüber dem slowakischen Statistischen Amt nach. In sämtlichen Fällen hält die PSS die vom Gesetz festgelegten Termine ausnahmslos ein.

Im Bereich der Körperschaftsteuer kommt die PSS ebenfalls allen ihren Verpflichtungen gegenüber dem Finanzamt zu folgenden Terminen nach:

- Körperschaftsteuervorauszahlungen – monatlich bis zum letzten Tag des betreffenden Monats,
- ausstehende Steuerschuld aus der Abrechnung der Körperschaftsteuervorauszahlungen mit der endgültigen Steuerpflicht für das aktuelle Kalenderjahr – zum Zeitpunkt der Abgabe der Körperschaftsteuererklärung, mit Entrichtung bis zum 31. März des nachfolgenden Kalenderjahres (die PSS nutzt nicht die legislative Möglichkeit, den Aufschub der Frist für die Begleichung der ausstehenden Steuerschuld zu beantragen),
- Umsatzsteuer – innerhalb von 25 Tagen nach Ende des entsprechenden Monats,
- Grundsteuer – innerhalb der Fälligkeitsfrist nach dem von der Steuerbehörde ausgestellten Zahlungsbescheid,
- Vorauszahlungen auf die KFZ-Steuer – vierteljährlich bis zum letzten Tag des entsprechenden Quartals,

- Ausstehende Steuerschuld aus der Abrechnung der KFZ-Steuvorauszahlungen mit der endgültigen Steuerpflicht für das aktuelle Kalenderjahr –bis zum 31. Januar des nachfolgenden Kalenderjahres,
- Abzugsteuer (vornehmlich auf Zinsen aus Einlagen auf den Bausparkonten und aus Geldpreisen aus Wettbewerben) – monatlich bis zum 15. Tag des Folgemonats.

Die PSS kommt ihren Pflichten gegenüber dem Einlagensicherungsfonds durch die Vorlage von Meldungen und die Entrichtung der vierteljährlichen Beitragszahlungen bis zum 20. Tag nach Ende des entsprechenden Quartals nach.

Die PSS kommt ihren finanziellen Verbindlichkeiten gegenüber der NBS durch Entrichtung des Beitrags nach, den alle der Aufsicht der NBS unterliegenden Subjekte des Finanzmarktes leisten müssen und der vierteljährlich bis zum 20. Tag des ersten Monats des betreffenden Quartals zur Zahlung fällig ist.

Die PSS als Subjekt des öffentlichen Interesses entrichtet an das Amt für die Prüfungsdurchführungsaufsicht einen Jahresbeitrag bis zum 31. März des laufenden Kalenderjahres.

4.12. Aussichten für 2012

Für das Jahr 2012 plant die PSS, a.s., den Abschluss von 218 550 Bausparverträgen. Das entspricht bei einer geschätzten durchschnittlichen Bausparsumme von 8,4 Tsd. EUR einer Zielsumme von 1,84 Mrd. EUR. Sie erwartet Einzahlungen von ihren Bausparern in Höhe von 443,2 Mio. EUR und rechnet damit, rund 27 200 Bauspardarlehen und Zwischendarlehen und Baudarlehen für juristische Personen aus ausserkollektiven Mitteln zu gewähren. Dabei geht die PSS, a.s., von einer Finanzierungsleistung für den Wohnungsbau von insgesamt 484,2 Mio. EUR aus. Diese Mittel werden als Bauspardarlehen, Zwischendarlehen und als zugeteilte Bausparverträge aber auch als vorzeitig widmungsgemäß verwendete Bausparmittel ausgezahlt.



Milan Tvrdoň, Za humnom, 2000, malba (Ölgemälde)

*Mit den Menschen
und für die Menschen*

5.1. Personal

Die PSS hält ihre Mitarbeiter für ihr bedeutendstes Potential; der Personalbetreuung sowie der Erhöhung ihres fachlichen Niveaus und ihrer Qualifikation wird daher große Aufmerksamkeit gewidmet. Zu den wichtigsten Grundsätzen, welche die Mitarbeiter der PSS bei ihrer Tätigkeit befolgen, zählen die Wahrung der Kundeninteressen, umfassende Fachkenntnisse, Professionalität sowie Respektierung der Firmenkultur und des Verhaltenskodexes.

Zum 31. Dezember 2011 waren bei der PSS insgesamt 417 Mitarbeiter (einschließlich 23 Frauen im Mutterschaftsurlaub) beschäftigt. Davon entfielen 393 auf die Zentrale in Bratislava und 24 auf sieben Regionalzweigstellen. Fast zwei Drittel, nämlich 273, waren Frauen; diese stellten 65,5% aller Beschäftigten und 44,4% aller leitenden Angestellten dar. Das Durchschnittsalter der Mitarbeiter der PSS in 2010 betrug 42 Jahre. Was den Grad der erreichten Ausbildung angeht, kann man feststellen, dass die meisten Angestellten – bis zu 58% - eine Hochschulbildung haben.

Das primäre Ziel der PSS im Bereich Humankapitalsteuerung ist die Erreichung einer höheren Leistungsfähigkeit durch richtige Motivation der Mitarbeiter. Als einen wichtigen Bestandteil der Motivation ihrer Mitarbeiter betrachtet die PSS die ständige Vervollkommnung der Ausbildung. Die systematische Ausbildung von Mitarbeitern ist hauptsächlich auf die Erhöhung der Qualifikation in den Bereichen Bankwesen, Kommunikationsmethoden und -fähigkeiten sowie auf die Vertiefung der Sprachkenntnisse ausgerichtet. In 2011 wendete die PSS für die Ausbildung ihrer Mitarbeiter insgesamt € 199,029 auf (d.h. € 509 pro Mitarbeiter im Durchschnitt).

Die Personalpolitik der PSS sowie deren einzelne Aspekte werden durch interne Vorschriften geregelt. Zu den wichtigsten zählen:

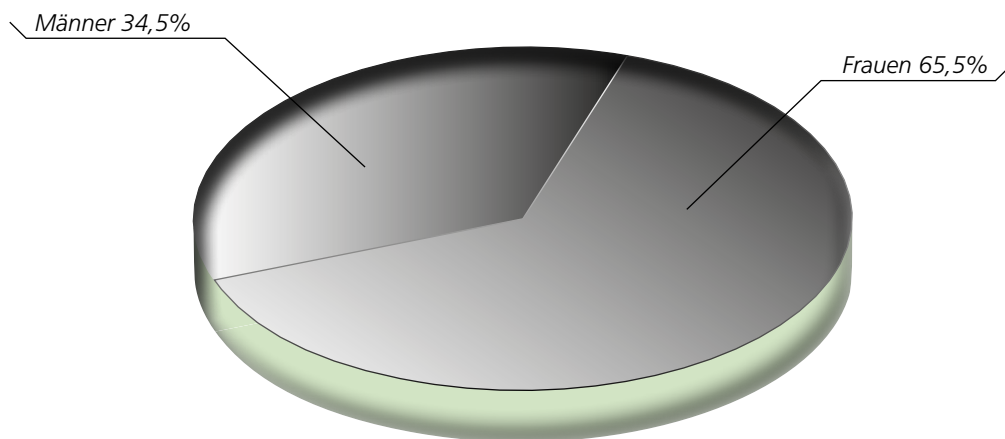
- Die Arbeitsordnung der PSS
- Ein zielorientiertes Steuerungssystem in der PSS
- Die Lohn- und Gehaltsordnung der PSS
- Das Sozialprogramm der PSS
- Die Erweiterung und Verbesserung der Qualifikation der Mitarbeiter der PSS
- Das Entwicklungsprogramm für interne Mitarbeiter der PSS
- Der Prozess der Mitarbeitereinführung der PSS

Im Rahmen ihrer Personalpolitik hält die PSS für äußerst wichtig, für ihre Mitarbeiter angemessene Arbeitsbedingungen zu schaffen. Zu den Vorteilen, die ein Zeichen der Personalbetreuung sind und zu ihrer Zufriedenheit beitragen, zählen sicherlich:

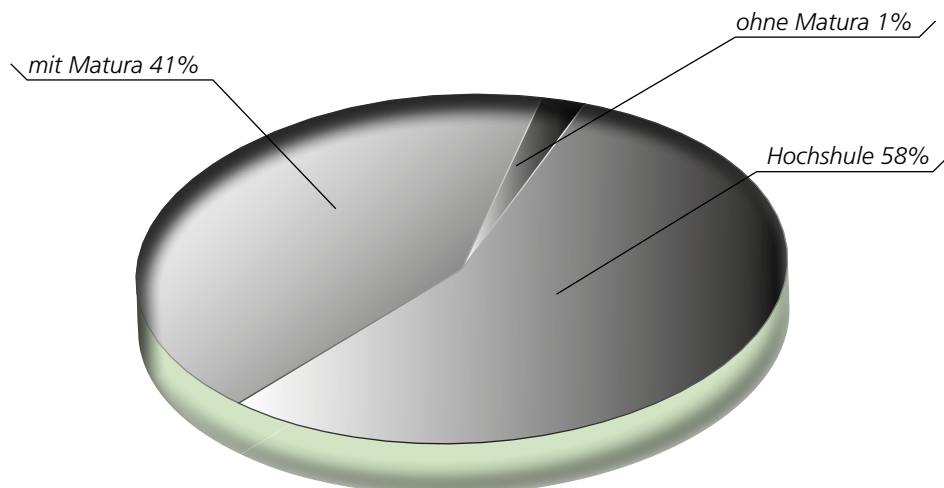
- gleitende Arbeitszeit,
- Verpflegung in eigener Betriebskantine,
- System von regelmäßigen ärztlichen Untersuchungen,
- finanzielle Unterstützung bei Arbeitsunfähigkeit,
- Beiträge zur III. Rentensäule, sowie
- kostenfreies Parken auf eigenem Parkplatz der Bank.

Im System der Personalsteuerung – einschließlich des Systems der Mitarbeiterbewertung – verwendet die PSS die Steuerung durch Ziele (Management by Objectives). Dieses System wird mit der Absicht angewendet, sowohl die Erhöhung der Leistungs-fähigkeit der Mitarbeiter als auch ihr eigenes Interesse an der Entwicklung der Bank und des eigenen fachlichen Aufstiegs zu erreichen.

Beschäftigte – Geschlecht



Beschäftigte – Ausbildung



5.2. Gesundheitsschutz und Arbeitssicherheit

Bei der Erfüllung der Aufgaben in den Bereichen Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz sowie berufsbezogener Gesundheitsdienst befolgt die PSS das Gesetz Nr. 124/2006 GBl. über die Sicherheit und den Schutz der Gesundheit am Arbeitsplatz, das Gesetz Nr. 355/2007 GBl. über den Schutz, die Förderung und die Entwicklung der öffentlichen Gesundheitspflege sowie weitere Rechtsvorschriften. Für die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben ist das eigenständige Fachgebiet Sicherheit verantwortlich, dessen Tätigkeit sich der vollen Unterstützung der Geschäftsleitung der PSS erfreut. Die Arbeitsbedingungen an einzelnen Arbeitsplätzen werden jährlich vom Sicherheitstechniker und einem Experten vom berufsbezogenen Gesundheitsdienst überprüft. Die Mitarbeiter der PSS haben alle Bedingungen für die Absolvierung von ärztlichen Untersuchungen im Sinne des Gesetzes. Bei der Lösung von Problemen, die mit dem Schutz der Gesundheit zusammenhängen, können sie ebenfalls die Vertreter aus ihren Reihen nutzen oder können direkt das Fachgebiet Sicherheit kontaktieren.

Einmal in zwei Jahren organisiert die PSS eine Schulung in den Bereichen Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz sowie berufsbezogener Gesundheitsdienst. Die Mitarbeiter, die bei der Erfüllung ihrer Arbeitsaufgaben ein Fahrzeug nutzen, nehmen außerdem an einer Erste-Hilfe-Schulung teil. In 2010 konnten sie sich in dieser Richtung auch durch betriebliches E-Learning weiterbilden, da dieses auch den Kurs Ergonomie enthielt.

Den Mitarbeitern der PSS steht ein Handbuch über die Bildschirmarbeit sowie ein Handbuch der Ersten Hilfe zur Verfügung. Bei Bedarf können sie ihre Fragen zur Arbeitssicherheit und zum Gesundheitsschutz sowie zum berufsbezogenen Gesundheitsdienst entweder mit Fachleuten oder direkt mit dem Sicherheitstechniker besprechen.

5.3. Vertriebsnetz

Die Vertriebstätigkeit (d.h. die Geschäfts- und Akquisitionstätigkeit) stellt eine der wichtigsten Bereiche der Geschäftstätigkeit der PSS dar. Die Vertriebstätigkeit ist die Grundlage für die Erfüllung der Pläne der Aktionäre der Bank. Durch den Vertrieb werden die Kerngeschäftsziele der Gesellschaft realisiert; das Gesamtergebnis der Unternehmenstätigkeit im Spar- und Darlehensbereich hängt in hohem Maße von der Qualität und Quantität ihres Kräfteinsatzes ab.

Der beste Beweis dafür, welche wichtige Rolle die PSS dem Vertrieb zuschreibt, ist ihr eigenes Vertriebsnetz, das die PSS systematisch fast seit Anfang ihrer Geschäftstätigkeit ausbaut. Bei der Erweiterung des Vertriebsnetzes und der Arbeit mit ihm treten vor allem die Auswahl und Ausbildung der Vertriebsmitarbeiter, die Vertrauensbildung in die Geschäftsmarke PSS, richtiges Motivierungssystem, Erfolgsorientierung, Professionalität und Kultur der Handelsvertreter in den Vordergrund.

Die Umstände, mit denen sich das Bausparen als solches in 2011 auseinandersetzen musste, d.h. die fast das ganze Jahr dauernden Diskussionen über die Novelle zum Bauspargesetz, spiegeln sich auch in der Vertriebstätigkeit der PSS wider. Die Öffentlichkeit wurde verunsichert und das Bausparen durch negatives Interesse beeinflusst. Ein weiterer Faktor, der sich auf die Vertriebstätigkeit ebenfalls negativ auswirkte, waren die wachsenden Konsequenzen der Wirtschaftskrise in Europa und das damit zusammenhängende geänderte Verhalten der Verbraucher, so auch in der Slowakei.

Die Organisation der Arbeit des Vertriebsnetzes und die Vertriebsstruktur werden vom eigenen Vertriebssystem der PSS, dem Offensiven Vertrieb, geregelt. Mit Wirkung vom 1. Januar 2011 kam es im Vertriebssystem zu Änderungen mit der Absicht, die Qualität der Vertriebstätigkeit zu erhöhen. Das Vertriebsmodell wurde in 5 Stufen aufgeteilt, wobei nicht nur die Benennungen, sondern primär auch die Funktionen einzelner Vertriebsstufen durch ihre grundlegende Trennung in ausführende und leitende Komponenten geändert wurden. Änderungen gab es auch bei Provisionssätzen für einzelne Stufen; neue Vergütungsformen wurden eingeführt.

In 2011 gab es in der Slowakei 7 regionale Vertriebsstrukturen, die von 7 Regionalzweigstellen in Bratislava, Nitra, Banská Bystrica, Trenčín, Žilina, Košice und Prešov unterstützt wurden. Die Tätigkeit der Regionalzweigstellen sowie des Vertriebsnetzes wird vom Direktor des Fachbereichs Vertrieb geleitet. Zum 31. Dezember 2011 wurde das externe Vertriebsnetz der PSS von 1.329 Handelsvertretern, sog. gebundenen Finanzagenten, gebildet. Die Dienstleistungen der PSS konnten ihre Kunden zu demselben Stichtag landesweit in 351 Büros der Handelsvertreter in Anspruch nehmen. In 2011 ist es der PSS gelungen, die Strategie der Eröffnung von neuen Geschäftsstellen in großen Einkaufszentren weiterhin erfolgreich in die Praxis umzusetzen – zu den bisherigen Geschäftsstellen kamen im Berichtsjahr noch drei dazu: im Geschäftszentrum Retro in Bratislava, im Aupark in Košice und im Einkaufszentrum Laugaricio in Trenčín.

Eines der Attribute der Tätigkeit des Vertriebsnetzes, auf das die PSS einen außerordentlichen Schwerpunkt setzt, ist die systematische Erhöhung der Arbeitsqualität der Handelsvertreter. Dazu trägt auch das umfassende und gründlich durchgearbeitete System der Fortbildung einzelner Komponenten des Vertriebsnetzes bei. In 2011 dominierte in diesem System die sog. spezielle Finanzausbildung, die aus den Anforderungen des Finanzvermittlungs- und Finanzberatungsgesetzes, das am 1. Januar 2010 in Kraft getreten ist, resultierte. Im Aufbaubereich widmete die PSS ihre Aufmerksamkeit vor allem dem Thema „Coaching“, das sämtliche gebundenen Finanzagenten der Vertriebsstufen 4 und 5 absolvierten. Weitere Fortbildungskurse wurden auf die richtige Führung und Realisierung eines geschäftlichen Gesprächs ausgerichtet. Das E-Learning wurde auch immer mehr forciert.

Zu den Vertriebsergebnissen des Jahres 2011 trugen durch ihre Produktion auch die kooperierenden Partner bei. Zu den bedeutendsten kooperierenden Partnern der PSS in 2011 zählten OVB Allfinanz Slovensko a. s., PARTNERS GROUP s.r.o., Fincentrum a.s. und Fin Consulting, a.s.

5.4. Philanthropie und karitative Tätigkeiten

Die ausgezeichneten Wirtschaftsergebnisse, welche die PSS jedes Jahr erzielt, ermöglichen ihr, sich auch auf dem Feld der Philanthropie und der Caritas zu betätigen, um so jenen eine helfende Hand zu reichen, die oftmals auf die Hilfe „der Straken“ angewiesen sind. Die PSS ist stolz darauf, dass sie in dieser Art und Weise einen Teil ihres ökonomischen Erfolgs an die Slowakei und ihre Bürger zurückzugeben kann.

Humanitäre und karitative Tätigkeiten gehen von den Hauptgrundsätzen aus, die im Statut der humanitären Kommission zusammengefasst sind. Nach diesen Grundsätzen ist die Hilfe insbesondere Folgenden bestimmt:

- einzelnen Personen in Bedrängnis bzw. in Notsituationen,
- einzelnen Personen für aufwendige und unvermeidliche medizinische Eingriffe und Behandlungen sowohl im In- als auch im Ausland, ohne die ihr Leben bzw. gesellschaftliche Akzeptanz bedroht wären,
- Vereinigungen, Stiftungen, Kirchen und Organisationen, die sich mit der Lösung von benachteiligten gesundheitlichen bzw. sozialen Verhältnissen der Bürger oder mit dem allseitigen Beistand zu Gunsten der gesunden Entwicklung von Kindern und Jugendlichen befassen oder die Fürsorge für körperbehinderte Kinder und Jugendliche sicherstellen,
- Gesundheitseinrichtungen und Stiftungen zur Verbesserung der Heil- und Vorsorgebehandlung der Bürger bzw. zur Wiederherstellung von Einrichtungen, Gebäuden und zu deren Ausstattung mit modernerer und besserer Gesundheitstechnik, auf Erziehung, Ausbildung und Kulturtätigkeit ausgerichteten Institutionen, vorwiegend mit landesweitem Wirkungsbereich, sowie
- Kunden der PSS, die sich in einer Notsituation befinden.

Für solche Aktivitäten dienen die Finanzmittel aus dem Fonds für die Sicherstellung der karitativen Tätigkeit der PSS. Über die Verwendung des Fonds bzw. über die Zuteilung und Höhe des finanziellen Beitrags entscheidet der Vorstand aufgrund des Vorschlags und der Empfehlung der vom Vorstand ernannten humanitären Kommission.

In 2011 förderte die PSS 153 Projekte von Organisationen, Stiftungen und Einzelpersonen, für die sie insgesamt nahezu € 166.000 spendete. Zu den bedeutendsten geförderten Organisationen und Projekten zählten

- Bürgervereinigung Detský fond SR (Kinderfonds der Slowakei) – € 10.000 für das Projekt Konto bariéry (Konto Barrieren);
- Vereinigung zur Hilfe für Behinderte ADELI - € 10.000 für die Ermöglichung der Zugänglichkeit einer speziellen und außerordentlich effektiven Rehabilitationsmethode im ADELI Medical Center für die größtmögliche Anzahl slowakischer Patienten;
- Liga proti rakovine SR (Die slowakische Antikrebsliga) – € 5.000 für die Organisierung des 15. Jahrgangs der Wohltätigkeitssammlung Deň narcisov (Narzissentag);
- Medilab, s. r. o. - € 5.000 für den Kauf eines Ultraschallgerätes;
- Verein zur Hilfe für Kinder mit Epilepsie und anderen neurologischen Erkrankungen im Fakultätskrankenhaus mit Poliklinik für Kinder (DFNsP) in Bratislava - € 5.000 für den Kauf eines Diagnostik-Gerätes;
- Union der Blinden und Sehgeschwächten – € 3.500 für die Erziehung und Ausbildung eines Blindenhunds;
- Genesungsheim für Kinder Železnô in Partizánska Ľupča - € 4.000 für die Rekonstruktion von Badezimmer und Toiletten;
- Hlavný stan nádeje n. f. (Gemeinnütziger Fonds Hauptzelt der Hoffnung), Bratislava - € 3.500 für den Kauf eines harmonischen Skalpells für das Nationale onkologische Institut;
- Bürgervereinigung Šanca pre nechcených (Chance für die Nichtgewollten) - € 3.190 für die Organisierung eines Entspannungsaufenthalts für allein stehende Mütter mit Kindern;
- Hospiz Plamienok - € 3.000 für seine Tätigkeit;
- Grundschule und Kindergarten für autistische Schüler in Prešov - € 2.000 für die Renovierungsarbeiten.

Natürlichen Personen gewährte die PSS aus dem Karitativfonds Finanzmittel für den Kauf von Arzneimitteln und Kompensations- bzw. Rehabilitationshilfsmitteln, Kuren und Rehabilitationen und barrierefreie Bauanpassungen in einem Haus oder einer Wohnung. Den Betrag von € 4.100 in Form eines einmaligen Weihnachtsbeitrags überwies die PSS ihren minderjährigen Kunden, die im Laufe des Jahres ihre Eltern verloren haben.

Eine weitere Form von philanthropischen Aktivitäten der PSS ist die finanzielle Unterstützung von gemeinnützigen Projekten. In 2011 spendete die PSS für diesen Zweck insgesamt € 81.200 bei der Realisierung von 41 Projekten in Kultur, Sport und Ausbildung. Zu den meist geförderten Projekten zählten die Musiktage von Bruno Walter (€ 12.000), die Stiftung Horský park (€ 10.000), Stredoeurópska vysoká škola (die Mitteleuropäische Hochschule) in Skalica (€ 7.000), und Volkstanzensemble Poddukelský umelecký ľudový súbor (€ 3.000).

5.5. Partner für das Erbe

Die Förderung des Wohnungswesens erfolgt in der PSS auch durch weitere Formen, die an ihren Hauptunternehmensgegenstand anknüpfen. Eine dieser Förderformen ist der Fonds der PSS für den Aufbau einer Wohnungswirtschaft in der Slowakei (im Folgenden „der Fonds“). Er wurde in 2004 eingerichtet; seit 2005 verwaltet er Finanzmittel in Höhe von € 166 Tsd. pro Jahr. Bis Ende des Jahres 2011 genehmigte er die Unterstützung für 143 Projekte in Höhe von insgesamt € 1,32 Mio.

Die geförderten Projekte können in folgende Gruppen aufgeteilt werden:

1. Renovierung und Verwaltung des Wohnungsbestands,
2. Förderung des Wohnungsbaus,
3. Förderung des Studiums,
4. Projekte bezüglich der Erhöhung der Qualität und Funktionsfähigkeit von Wohnbauten, einschließlich der Reduzierung der Finanzkosten für neu gebaute Wohnobjekte, sowie
5. auf Fortbildung abzielende Projekte.

Zu den attraktivsten Projekten, welche die PSS aus den Mitteln des Fonds fördert, gehört das Projekt Partneri pre dedičstvo (Partner für das Erbe). Das Projekt hat zum Ziel, auf die Existenz und die Bedeutung des Kultur- und Naturerbes der Kleinkarpatenregion aufmerksam zu machen, zu seiner Rettung und angemessener Wiederherstellung beizutragen, das Bewusstsein über und den Stolz auf das Erbe verschiedenen Formen zu erhöhen – und somit zu seiner Aufrechterhaltung für diese und weitere Generationen beizutragen. Die PSS partizipiert an diesem Projekt seit seinem Beginn in 2007. In 2011 spendete sie für die Aktivitäten im Rahmen dieses Projekts insgesamt € 23.000.

5.6. Interne und externe Kommunikation

Die Kommunikation – sowohl externe als auch interne – bildet bereits einen selbstverständlichen Bestandteil des Lebens der PSS und ihrer Firmenkultur. Bei der Kommunikation mit ihren Mitarbeitern, Handelsvertretern sowie ihren Kunden und der breiten Öffentlichkeit verwendet die PSS mehrere Kommunikationskanäle und -möglichkeiten.

Die interne Kommunikation repräsentiert vor allem das Magazin IMPULZ, das für die Mitarbeiter der Zentrale sowie des Vertriebsnetzes der PSS bestimmt ist. Diese Hauszeitschrift ist ein wichtiges Instrument zur Vermittlung der Beschlüsse der Geschäftsleitung und zur Information über Neuigkeiten und sonstige Tätigkeiten, die mit dem Geschehen in der PSS sowie mit dem Leben ihrer Angestellten und Mitarbeiter zusammenhängen. In 2011 erschienen sechs Ausgaben dieses Magazins in einer Auflage von jeweils 2.200 Stück.

Die interne Kommunikation wird ebenfalls durch das Intranet sichergestellt, das für die Mitarbeiter der Zentrale der PSS bestimmt ist. Da jeder Mitarbeiter über seinen eigenen Computer verfügt, sind die wichtigsten Aspekte bei der Nutzung des Intranets dessen Aktualität und sofortige Zugriffsmöglichkeit. Als elektronisches Kommunikationsmittel mit dem Vertriebsnetz dient das Kweria-System, das allen Handelsvertretern der PSS zur Verfügung steht.

Ein wesentliches Mittel der externen Kommunikation ist der telefonische Kundendienst der PSS, dessen Tätigkeit einen wesentlichen Beitrag zur Kundenkommunikation und zur Qualität der zu erbringenden Dienstleistungen darstellt. Die Aufgabe des telefonischen Kundendienstes – der in seiner Tätigkeit vom Grundsatz Kommunikation ohne Warten ausgeht – besteht in der Beantwortung telefonischer Anfragen, der On-Line-Durchführung bestimmter Änderungen in Kundenverträgen sowie der Erteilung von Auskünften nach Identifikation durch die persönliche Geheimzahl. Die große Akzeptanz der Kunden bezeugen 148.689 Telefonanrufe, welche die Operatoren des telefonischen Kundendienstes in 2011 entgegennahmen. Zu den drei meist nachgefragten Themen zählten konkrete Informationen über die Bauspardarlehen (50,08), konkrete Informationen über Bausparen (22,6%) und allgemeine Informationen (17,00).

Ausdruck der Bemühungen um eine regelmäßige Kommunikation mit der Öffentlichkeit ist auch die systematische Zusammenarbeit der PSS mit landesweiten und regionalen Druck- sowie elektronischen Medien. Informationen über die Wirtschaftsergebnisse, Möglichkeiten und Neuheiten in der PSS sowie über aktuelle Trends des Bausparens selbst waren auch in 2011 Bestandteil des Inhalts von Periodika sowie der Rundfunk- und Fernsehsendungen. Mit Rücksicht auf die ganzjährige Entwicklung der Situation bezüglich des Bausparens ist es ganz natürlich, dass die mit der Diskussion über die Novelle zum Bauspargesetz zusammenhängenden Auskünfte einen wesentlichen Teil der Medieninformationen bildeten.

5.7. Umwelt und die PSS

Die Geschäftstätigkeit der PSS hat keinen negativen Einfluss auf die Umwelt. Daher musste die PSS im Berichtsjahr keine umweltschutzbedingten Finanzmittel aufwenden. Durch den Fonds für den Aufbau einer Wohnungswirtschaft in der Slowakei wurden in 2011 Projekte gefördert, deren Ziel es ist, die Qualität des Wohnungswesens auch im Hinblick auf die Umwelt zu verbessern, indem der Schwerpunkt auf energetisch sparsame Wohnformen, die Nutzung von alternativen Energiequellen sowie umweltfreundliche Baumethoden gelegt wird.



Katarína Keményová, Benátky, 1995, malba (Ölgemälde)

Jahresabschluss

Konsolidierte und individuelle Bilanz zum 31. Dezember 2011

(in Tsd. EUR)

	Abschnitt im Anhang	2011		2010	
		Konzern	Bank	Konzern	Bank
AKTIVA					
Darlehen und andere Forderungen an die NBS	7	501	501	444	444
Zur Veräußerung verfügbare Wertpapiere – Staatsanleihen	8	87.892	87.892	83.193	83.193
Forderungen an Banken	9	70.509	69.128	96.405	95.149
Bis zur Endfälligkeit zu haltende Wertpapiere	10	226.441	226.441	137.516	137.516
Darlehen an Kunden	11	1.768.698	1.768.698	1.735.978	1.735.978
Anteile an verbundenen Unternehmen	12	-	2.961	-	2.977
Zur Veräußerung verfügbare Wertpapiere – Aktien	8	149	149	149	149
Sachanlagen	13	29.299	27.738	29.892	28.337
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	14	1.197	1.197	1.136	1.136
Immaterielle Vermögenswerte	15	11.862	11.862	11.759	11.759
Steuerforderungen – fällige Körperschaftsteuer		419	397	2.259	2.303
Latente Steuerforderung	16	14.544	14.649	12.773	12.875
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	17	1.458	1.458	2.354	2.171
Sonstige nicht finanzielle Vermögenswerte	18	11.081	11.080	10.761	10.751
SUMME AKTIVA		2.224.050	2.224.151	2.124.619	2.124.738
PASSIVA					
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	19	-	-	2.301	2.301
Verbindlichkeiten aus emittierten Schuldverschreibungen	20	33.474	33.474	33.450	33.450
Spareinlagen der Kunden	21	1.902.106	1.902.106	1.801.733	1.801.733
Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	22	7.065	7.065	4.415	4.415
Rückstellungen	23	12.539	12.539	12.511	12.511
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	24	4.268	4.267	5.334	5.350
Sonstige nicht finanzielle Verbindlichkeiten	25	13.563	13.561	11.986	11.983
Fremdmittel		1.973.015	1.973.012	1.871.730	1.871.743
Grundkapital		66.500	66.500	66.500	66.500
Gesetzliche Rücklage		19.536	19.485	19.536	19.485
Sonstige Rücklagen		22.277	22.277	22.278	22.278
Bewertungsdifferenz aus zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren		1.139	1.139	1.878	1.878
Gewinnvortrag		112.773	112.930	113.673	113.499
Jahresüberschuss		28.810	28.808	29.024	29.355
Eigenkapital	26	251.035	251.139	252.889	252.995
SUMME PASSIVA		2.224.050	2.224.151	2.124.619	2.124.738

Die Erläuterungen im Anhang auf den Seiten 7 bis 68 sind ein wesentlicher Bestandteil dieses Jahresabschlusses.

Konsolidierte und individuelle Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2011 bis zum 31. Dezember 2011 (in Tsd. EUR)

	Abschnitt im Anhang	2011		2010	
		Konzern	Bank	Konzern	Bank
Zinserträge	27	117.904	117.894	115.814	115.813
Zinsaufwendungen	27	-51.691	-51.691	-49.693	-49.693
Zinsergebnis		66.213	66.203	66.121	66.120
Erlöse aus erbrachten Dienstleistungen sowie Gebühren- und Provisionserträge	28	28.728	28.728	27.466	27.462
Aufwendungen für Gebühren und Provisionen	28	-1.570	-1.570	-179	-179
Gebühren- und Provisionsergebnis		27.158	27.158	27.287	27.283
Bezogene Dienstleistungen und ähnliche Aufwendungen	29	-21.629	-21.617	-18.328	-18.290
Personalkosten	30	-15.689	-15.689	-15.529	-15.529
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte sowie auf die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien		-4.418	-4.423	-3.820	-3.814
Sonstige betriebliche Aufwendungen	31	-5.218	-5.215	-5.021	-5.014
Sonstige betriebliche Erträge	32	1.163	1.166	1.299	1.179
Jahresergebnis vor Absicherung der Risiken		47.580	47.583	52.009	51.935
Saldo aus Bildung und Verbrauch von Wertberichtigungen auf Darlehen, Ausbuchung von Forderungen aus Darlehen, Verluste aus Abtretung von Forderungen aus Darlehen	33	-9.311	-9.311	-11.688	-11.688
Saldo aus Bildung und Auflösung von Wertberichtigungen auf sonstige Aktiva, Ausbuchung sonstiger Aktiva	34	-1.485	-1.493	-3.313	-3.033
Gewinn vor Steuern		36.784	36.779	37.008	37.214
Körperschaftsteuer	35	-7.974	-7.971	-7.984	-7.859
Gewinn nach Steuern		28.810	28.808	29.024	29.355

Die Erläuterungen im Anhang auf den Seiten 7 bis 68 sind ein wesentlicher Bestandteil dieses Jahresabschlusses.

Konsolidierte und individuelle Gesamtergebnisrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2011 bis zum 31. Dezember 2011 (in Tsd. EUR)

	Abschnitt im Anhang	2011		2010	
		Konzern	Bank	Konzern	Bank
Gewinn nach Steuern		28.810	28.808	29.024	29.355
Sonstiges Gesamtergebnis:					
Bewertungsdifferenz aus zur Veräußerung verfügbaren Wertpa- piere, nach Abzug der latenten Steuer von EUR 174 Tsd. (2010: EUR 115 Tsd.)	16	-739	-739	492	492
Summe Sonstiges Gesamtergebnis		-739	-739	492	492
Summe Gesamtergebnis		28.071	28.069	29.516	29.847

Die Erläuterungen im Anhang auf den Seiten 7 bis 68 sind ein wesentlicher Bestandteil dieses Jahresabschlusses.

Konsolidierte Aufstellung über Veränderungen des Eigenkapitals für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2011 bis zum 31. Dezember 2011 (in Tsd. EUR)

ÄNDERUNGEN IM EIGENKAPITAL DES KONZERNES	Gezeichnetes Kapital	Gesetzliche Rücklage	Sonstige Rücklagen	Bewertungs- differenz aus zur Veräuße- rung verfüg- baren Wert- papieren	Gewinn- vortrag	Jahres- überschuss	Summe Eigen- kapital
1. Januar 2010	66.500	19.536	22.283	1.386	115.611	27.982	253.298
Gewinn nach Steuern für 2010	-	-	-	-	-	29.024	29.024
Sonstiges Gesamtergebnis für 2010	-	-	-	492	-	-	492
<i>Summe Gesamtergebnis für 2010</i>	-	-	-	492	-	29.024	29.516
Vortrag des Vorjahresge- winns	-	-	-	-	27.982	-27.982	-
Veränderung des Fonds für karitative Zwecke	-	-	-5	-	5	-	-
Dividendenausschüttung	-	-	-	-	-29.925	-	-29.925
31. Dezember 2010	66.500	19.536	22.278	1.878	113.673	29.024	252.889
1. Januar 2011	66.500	19.536	22.278	1.878	113.673	29.024	252.889
Gewinn nach Steuern für 2011	-	-	-	-	-	28.810	28.810
Sonstiges Gesamtergebnis für 2011	-	-	-	-739	-	-	-739
<i>Summe Gesamtergebnis für 2011</i>	-	-	-	-739	-	28.810	28.071
Vortrag des Vorjahresge- winns	-	-	-	-	29.024	-29.024	-
Veränderung des Fonds für karitative Zwecke	-	-	-1	-	1	-	-
Dividendenausschüttung	-	-	-	-	-29.925	-	-29.925
31. Dezember 2011	66.500	19.536	22.277	1.139	112.773	28.810	251.035

Die Erläuterungen im Anhang auf den Seiten 7 bis 68 sind ein wesentlicher Bestandteil dieses Jahresabschlusses.

Individuelle Aufstellung über Veränderungen des Eigenkapitals für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2011 bis zum 31. Dezember 2011 (in Tsd. EUR)

ÄNDERUNGEN IM EIGENKAPITAL DER BANK	Gezeichnetes Kapital	Gesetzliche Rücklage	Sonstige Rücklagen	Bewertungs- differenz aus zur Veräuße- rung verfügba- ren Wertpapie- ren	Gewinn- vortrag	Jahres- überschuss	Summe Eigen- kapital
1. Januar 2010	66.500	19.485	22.283	1.386	115.315	28.104	253.073
Gewinn nach Steuern für 2010	-	-	-	-	-	29.355	29.355
Sonstiges Gesamtergebnis für 2010	-	-	-	492	-	-	492
<i>Summe Gesamtergebnis für 2010</i>	-	-	-	492	-	29.355	29.847
Vortrag des Vorjahresgewinns	-	-	-	-	28.104	-28.104	-
Veränderung des Fonds für karitative Zwecke	-	-	-5	-	5	-	-
Dividendenausschüttung	-	-	-	-	-29.925	-	-29.925
31. Dezember 2010	66.500	19.485	22.278	1.878	113.499	29.355	252.995
1. Januar 2011	66.500	19.485	22.278	1.878	113.499	29.355	252.995
Gewinn nach Steuern für 2011	-	-	-	-	-	28.808	28.808
Sonstiges Gesamtergebnis für 2011	-	-	-	-739	-	-	-739
<i>Summe Gesamtergebnis für 2011</i>	-	-	-	-739	-	28.808	28.069
Vortrag des Vorjahresgewinns	-	-	-	-	29.355	-29.355	-
Veränderung des Fonds für karitative Zwecke	-	-	-1	-	1	-	-
Dividendenausschüttung	-	-	-	-	-29.925	-	-29.925
31. Dezember 2011	66.500	19.485	22.277	1.139	112.930	28.808	251.139

Die Erläuterungen im Anhang auf den Seiten 7 bis 68 sind ein wesentlicher Bestandteil dieses Jahresabschlusses.

Konsolidierte und individuelle Kapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2011 bis zum 31. Dezember 2011

(in Tsd. EUR)

POSTEN DER KAPITALFLUSSRECHNUNG	Abschnitt im Anhang	2011		2010	
		Konzern	Bank	Konzern	Bank
Erhaltene Zinsen		119.666	119.656	117.596	117.595
Gezahlte Zinsen		-49.627	-49.627	-46.526	-46.526
Erhaltene Gebühren und Provisionen*		41.662	41.662	40.676	40.676
Gezahlte Gebühren und Provisionen*		-13.773	-13.773	-15.701	-15.701
Auszahlungen an Arbeitnehmer und Lieferanten		-36.748	-36.752	-33.186	-33.129
Sonstige Auszahlungen		-4.060	-4.053	-3.773	-3.759
Einzahlungen aus der Veräußerung von Forderungen aus Darlehen	33	760	760	539	539
Gezahlte Körperschaftsteuer einschließlich Steuervorauszahlungen		-7.731	-7.666	-10.949	-10.949
Cashflows aus betrieblicher Tätigkeit vor Änderungen der betrieblichen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten		50.149	50.207	48.676	48.746
Zunahme der betrieblichen Aktiva		-61.554	-61.746	-88.683	-86.425
Zunahme des gesetzlich festgelegten Limits des bei der NBS geführten Kontos der Mindestpflichtreserven		-3	-3	-	-
Zunahme der Forderungen gegen Banken mit einer Fälligkeit von über 3 Monaten		-15.000	-15.000	-	-
Zunahme von Darlehen an Kunden		-46.360	-46.360	-85.991	-83.918
Zunahme der sonstigen Aktiva		-66	-258	-2.647	-2.462
Zunahme der transitorischen und antizipativen Aktiva		-125	-125	-45	-45
Zunahme der betrieblichen Passiva		97.490	97.490	123.753	123.753
Zunahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		98.934	98.934	125.450	125.450
Abnahme der Darlehen von anderen Banken		-2.122	-2.122	-2.380	-2.380
Zunahme der sonstigen Verbindlichkeiten		752	752	429	429
Zunahme der transitorischen und antizipativen Passiva		-74	-74	254	254
Cashflows aus betrieblicher Tätigkeit		86.085	85.951	83.746	86.074
Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen		-4.141	-4.133	-5.028	-4.877
Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen		47	47	633	2
Auszahlungen für den Erwerb von bis zur Endfälligkeit zu haltenden Finanzinvestitionen		-127.838	-127.838	-109.790	-109.790
Einzahlungen aus fälligen bis zur Endfälligkeit zu haltenden Finanzinvestitionen		40.000	40.000	69.386	69.386
Auszahlungen für den Erwerb von zur Veräußerung verfügbaren Finanzinvestitionen		-4.942	-4.942	-28.288	-28.288
Aufstockung des gezeichneten Kapitals der Tochtergesellschaft		-	-	-	-130
Cashflows aus Investitionstätigkeit		-96.874	-96.866	-73.087	-73.697
Ausgeschüttete Dividenden		-29.925	-29.925	-29.925	-29.925
Cashflows aus Finanzierungstätigkeit		-29.925	-29.925	-29.925	-29.925
NETTO-MITTELZUFLUSS/-ABFLUSS		-40.714	-40.840	-19.266	-17.548
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente zu Beginn der Berichtsperiode		92.428	91.173	111.694	108.721
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente am Ende der Berichtsperiode	36	51.714	50.333	92.428	91.173
Nettozunahme (+)/-abnahme (-) von Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten		-40.714	-40.840	-19.266	-17.548

*Ein Teil der Posten „Erhaltene Gebühren und Provisionen“ sowie „Gezahlte Gebühren und Provisionen“ wird in die Ermittlung des Effektivzinssatzes der Darlehen an Kunden sowie der Spareinlagen der Kunden mit einbezogen.

Die Erläuterungen im Anhang auf den Seiten 7 bis 68 sind ein wesentlicher Bestandteil dieses Jahresabschlusses.

Anhang zum Konzern- und Einzelabschluss

(1) ALLGEMEINE ANGABEN

Prvá stavebná sporiteľňa, a. s. (im Folgenden „die Bank“) ist eine Aktiengesellschaft [ID-Nummer (IČO): 31 335 004, Steuer ID-Nummer (DIČ): 2020834475] mit Sitz in der Bajkalská Str. 30, 829 48 Bratislava, Slowakei. Sie wurde am 14. Oktober 1992 gegründet und unter dem Datum des 15. Oktober 1992 ins Handelsregister (Handelsregister des Bezirksgerichts Bratislava I in Bratislava, Abteilung Sa, Einlage Nr. 479/B) eingetragen. Ihre Geschäftstätigkeit übt sie seit dem 16. November 1992 aus.

Die Bank und ihre Tochtergesellschaften DomBytGLOBAL, spol. s r.o. und DomBytDevelopment, s.r.o. bilden zusammen einen Konzern (im Folgenden „der Konzern“).

Der Unternehmensgegenstand der Bank umfasst im Wesentlichen Retail Banking.

Zum Abschlussstichtag waren beim Konzern und bei der Bank 394 Mitarbeiter beschäftigt, darunter 54 leitende Angestellte (zum 31. Dezember 2010: 387 Mitarbeiter, darunter 53 leitende Angestellte).

Die Höhe der Stimmrechte der Aktionäre der Bank entspricht der Anzahl ihrer Aktien, die aus der Höhe ihrer Vermögensbeteiligung am Grundkapital der Bank abgeleitet ist (Slovenská sporiteľňa, a.s.: 499 Stimmen, Raiffeisen Bausparkassen Holding GmbH: 1.625 Stimmen, Bausparkasse Schwäbisch Hall AG: 1.625 Stimmen, Erste Group Bank AG: 1.251 Stimmen).

Der Konzernabschluss nach den International Financial Reporting Standards (im Folgenden „IFRS“), wie sie in der Europäischen Union (im Folgenden „EU“) anzuwenden sind, für die Gruppe der Bilanzierungspflichtigen des Konsolidierungskreises, dem der Konzern und die Bank zugehören, wird nur von der Ersten Bank der Österreichischen Sparkassen AG, Graben 21, 1010 Wien, Österreich aufgestellt. Dieser Konzernabschluss ist am Sitz dieser Gesellschaft erhältlich.

Die Hauptversammlung hat die Vorjahresabschlüsse (d.h. den Einzel- sowie den Konzernabschluss) am 8. April 2011 festgestellt.

Änderungen im Konzern:

Im Berichtsjahr gab es keine Änderungen im Konzern (siehe Abschnitt (12) - Anteile an verbundenen Unternehmen).

(2) GRUNDLAGEN FÜR DIE AUFSTELLUNG DES KONZERN- UND EINZELABSCHLUSSES

a) Methode und gesetzliche Grundlage für die Aufstellung des Konzern- und Einzelabschlusses

Der Konzernabschluss umfasst die Einzelabschlüsse der Bank und ihrer Tochtergesellschaften.

Der Konzern- und Einzelabschluss (im Folgenden „der Jahresabschluss“) wurde unter Beachtung der IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, nach dem Anschaffungskostenprinzip aufgestellt, mit Ausnahme der zur Veräußerung verfügbaren Wertpapiere, die mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet werden.

Dieser Jahresabschluss wurde zur Vorlage an die Aktionäre der Bank, die Nationalbank der Slowakei (im Folgenden „NBS“), das slowakische Finanzministerium sowie die Wertpapierbörse in Bratislava aufgestellt.

Der Jahresabschluss wurde unter Annahme der Unternehmensfortführung des Konzerns und der Bank nach dem Grundsatz der Periodenabgrenzung (d.h. Geschäftsvorfälle und andere Ereignisse werden in den Büchern im Entstehungszeitpunkt erfasst und im Jahresabschluss in der Periode ausgewiesen, mit der sie sachlich und zeitlich zusammenhängen) aufgestellt.

Der Jahresabschluss ist in Euro („EUR“) aufgestellt, gerundet auf Tausend EUR.

Die Bank führt ihre Geschäftsbücher, entsprechend den Regelungen des slowakischen Gesetzes Nr. 431/2002 GBl. über die Rechnungslegung in der geltenden Fassung (im Folgenden „RLegG“), in Übereinstimmung mit den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind. Nach § 22 RLegG stellt die Bank den Konzernabschluss und nach § 17a Abs. (1) RLegG den Einzelabschluss im Einklang mit der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 über die Anwendung internationaler Rechnungslegungsstandards in der geltenden Fassung auf.

Auch nach Feststellung auf der Hauptversammlung kann der Vorstand der Bank den Aktionären eine Änderung des Jahresabschlusses vorschlagen. Nach § 16, Abs. 9 bis 11 RLegG dürfen jedoch die abgeschlossenen Geschäftsbücher nach Auf- und Feststellung des Jahresabschlusses nicht mehr geöffnet werden. Falls jedoch nach Feststellung des Jahresabschlusses erkannt wird, dass die Vorjahresangaben nicht vergleichbar sind, können sie vom Buchführungspflichtigen in der Berichtsperiode berichtigt werden, in der er diese Sachverhalte identifiziert hat.

Seit dem Geschäftsjahr 2010 erstellt die Bank einen kombinierten Einzel- und Konzernabschluss in einem Dokument.

Die Angaben in den Aufstellungen und Tabellen des Konzernabschlusses sind in der Spalte „Konzern“, und die Angaben in den Aufstellungen und Tabellen des Einzelabschlusses in der Spalte „Bank“ aufgeführt. Im Falle der Identität der Angaben im Konzern- und Einzelabschluss sind sie nur einmal unter der Bezeichnung „Konzern und Bank“ aufgeführt.

b) Erlassene Standards, Interpretationen und Änderungen zu den erlassenen Standards, welche der Konzern bzw. die Bank in 2011 erstmalig angewendet hat

Die Anwendung der unten aufgeführten neuen Standards, Interpretationen und Änderungen zu den erlassenen Standards hat, soweit nicht anders angeführt, keine wesentliche Auswirkung auf den Jahresabschluss:

Änderungen zu IAS 24, Angaben über Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen (erstmalig anzuwenden für Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Januar 2011 beginnen). Diese Änderungen führen eine teilweise Befreiung von Berichtspflichten für Unternehmen ein, an denen der Staat beteiligt ist, und enthalten ebenfalls eine vereinfachte Definition von nahe stehenden Unternehmen und Personen. Die EU hat diese Änderungen zu IAS 24 am 19. Juli 2010 anerkannt.

Einstufung von Bezugsrechten – Änderungen zu IAS 32, Finanzinstrumente: Darstellung (erstmalig anzuwenden für Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Februar 2010 beginnen). Diese Änderungen ändern die Methode der Bilanzierung des Rechts von Aktionären, sich anteilmäßig an der Aufstockung des Grundkapitals einer Aktiengesellschaft zu beteiligen, falls diese Aufstockung in einer anderen als der funktionalen Währung des Emittenten ausgedrückt ist. Vor diesen Änderungen waren solche Rechte als derivative Finanzverbindlichkeiten einzustufen. Die EU hat diese Änderungen zu IAS 32 am 23. Dezember 2009 anerkannt.

Begrenzte Befreiung erstmaliger Anwender von Vergleichsangaben nach IFRS 7 - Änderungen zu IFRS 1, Erstmalige Anwendung der International Financial Reporting Standards (anzuwenden für die erstmalige Aufstellung des Jahresabschlusses nach IFRS für Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Juli 2010 beginnen). Auf erstmalige Anwender bezieht sich gemäß diesen Änderungen dieselbe Ausnahme bei der Offenlegung von Vergleichsangaben nach Anforderungen des IFRS 7 wie auf Unternehmen, welche die IFRS bereits in der Vergangenheit angewendet haben. Die EU hat diese Änderungen zu IFRS 1 am 30. Juni 2010 anerkannt.

Dritter Sammelstandard zur Verbesserung verschiedener International Financial Reporting Standards (erlassen im Mai 2010, erstmalig anzuwenden für Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Januar 2011 beginnen). Die Verbesserungen enthalten mehrere wichtige Änderungen und Erläuterungen in den folgenden Standards und Interpretationen: IFRS 1 wurde geändert, indem er (i) ermöglicht, den nach vorigen Rechnungslegungs-

grundsätzen festgelegten Buchwert von Sachanlagen bzw. immateriellen Vermögenswerten als Anschaffungskosten zu übernehmen, sofern dieses Anlagevermögen in der Vergangenheit in einem Betrieb verwendet wurde, der einer Preisregulierung unterlag, (ii) ermöglicht, eine anlassbezogene Neubewertung eines Postens des Sachanlagevermögens auch dann als Anschaffungskosten zu übernehmen, wenn die Neubewertung während der ersten Berichtsperiode erfolgte, für die ein Jahresabschluss nach den IFRS erstellt werden sollte, und (iii) von einem Buchführungspflichtigen, der den Jahresabschluss nach IFRS zum ersten mal aufstellt, fordert, die Änderungen in den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden bzw. in der Inanspruchnahme von Ausnahmen in IFRS 1 zu erläutern, falls diese in der Zeit zwischen der Aufstellung eines Zwischenabschlusses und der Aufstellung des ersten vollständigen IFRS-Abschlusses vorgenommen wurden; IFRS 3 wurde geändert, indem er (i) fordert, eine Minderheitsbeteiligung, die weder einen gegenwärtigen Eigentumsanteil darstellt noch ein Recht auf den proportionalen Teil des Eigenkapitals bei der Liquidation gibt, zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten (sofern von anderen IFRS nicht eine andere Bewertungsmethode erfordert wird), (ii) eine Anleitung für die Bilanzierung von Zahlungsvereinbarungen auf Basis der Eigenkapitalinstrumente gibt, sofern diese Zahlungsvereinbarungen des erworbenen Unternehmens im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses nicht ersetzt bzw. freiwillig durch andere Vereinbarungen ersetzt wurden, und (iii) konkretisiert, dass Eventualzahlungen, die aus Unternehmenszusammenschlüssen resultieren, welche noch vor Inkrafttreten des novellierten IFRS 3 (erlassen im Januar 2008) eingetreten sind, nach Regelungen der vorigen Fassung von IFRS 3 bilanziert werden; IFRS 7 wurde mit dem Ziel geändert, einige Offenlegungspflichten klarzustellen, insbesondere durch (i) Ergänzung der expliziten Akzentuierung der Interaktion zwischen qualitativen und quantitativen Angaben über die Art und den Umfang von Finanzrisiken, (ii) Aufhebung der Pflicht, den Buchwert von solchen Vermögenswerten mit vereinbarten geänderten Vertragsbedingungen offenzulegen, die sonst überfällig oder wertgemindert wären, (iii) Ersatz der Anforderung, den beizulegenden Zeitwert von Forderungsabsicherungen offenzulegen, mit einer allgemeineren Offenlegung ihrer finanziellen Auswirkung, und (iv) Konkretisierung, dass die Buchführungspflichtigen die realisierte Forderungsabsicherung, die sie zum Bilanzstichtag besitzen, und nicht den während der Berichtsperiode erhaltenen Betrag aus der Absicherung offenlegen sollen; IAS 1 wurde geändert, um zu konkretisieren, dass die Aufstellung über Veränderungen des Eigenkapitals den Jahresüberschuss bzw. Jahresfehlbetrag, das sonstige Gesamtergebnis, das Gesamtergebnis sowie die Geschäftsvorfälle mit Anteilseignern enthält und dass die Analyse des sonstigen Gesamtergebnisses nach den Posten im Anhang zum Jahresabschluss veröffentlicht werden kann; IAS 27 wurde geändert, um die Übergangsbestimmungen zu den Änderungen zu IAS 21, 28 und 31 klarzustellen, die durch die Änderungen zu IAS 27 (erlassen im Januar 2008) ausgelöst wurden; IAS 34 wurde geändert, indem zusätzliche Beispiele wesentlicher Ereignisse und Geschäftsvorfälle ergänzt wurden, welche die Offenlegung im verkürzten Zwischenabschluss erfordern, einschließlich der Umgruppierungen zwischen den Hierarchiestufen in

der von beizulegenden Zeitwerten, der Änderungen in der Klassifizierung von finanziellen Vermögenswerten oder der Änderungen im betrieblichen oder wirtschaftlichen Umfeld, die den beizulegenden Zeitwert der finanziellen Vermögenswerte des Buchführungspflichtigen beeinflussen; und IFRIC 13 wurde mit dem Ziel geändert, die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts der den Kunden gutgeschriebenen Treuepunkte klarzustellen. Diese Änderungen hatten keine wesentliche Auswirkung auf den Jahresabschluss. Die EU hat diesen dritten Sammelstandard am 18. Februar 2011 anerkannt.

IFRIC 19, Tilgung finanzieller Verbindlichkeiten durch Eigenkapitalinstrumente (erstmalig anzuwenden für Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Juli 2010 beginnen). Diese Interpretation konkretisiert die Anforderungen von IFRS, falls ein Unternehmen seine Verbindlichkeit mit eigenen Aktien tilgt, wobei die ausgegebenen Aktien zu ihrem beizulegenden Zeitwert zu bewerten sind. Die EU hat IFRIC 19 am 23. Juli 2010 anerkannt.

IFRIC 14, IAS 19 – Die Begrenzung eines leistungsorientierten Vermögenswertes, Mindestfinanzierungsanforderungen und ihre Wechselwirkung (erstmalig anzuwenden für Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Januar 2011 beginnen). Diese Änderungen hatten keine Auswirkung auf den Jahresabschluss, da sie sich lediglich auf die Unternehmen beziehen, die einen festgelegten Mindestbeitrag in einen leistungsorientierten Pensionsplan haben. Sie korrigieren unbeabsichtigte Auswirkungen der IFRIC 14 im Bereich der freiwillig vorausgezahlten Mindestfinanzierungsbeiträge. Die EU hat diese Änderungen zu IFRIC 14 am 19. Juli 2010 anerkannt.

c) **Erlassene, nach dem 31. Dezember 2011 wirksame Standards, Interpretationen und Änderungen zu den erlassenen Standards, welche der Konzern bzw. die Bank nicht angewendet hat**

Keiner/Keine der unten aufgeführten Standards, Interpretationen und Änderungen zu den erlassenen Standards wurde bei der Aufstellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2011 freiwillig vor ihrem Wirksamkeitsdatum angewendet:

Übertragung finanzieller Vermögenswerte - Änderungen zu IFRS 7, Finanzinstrumente: Angaben (erstmalig anzuwenden für Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Juli 2011 beginnen). Die Änderungen erhöhen die Offenlegungserfordernisse von Informationen über Transaktionen, deren Bestandteil die Übertragung von finanziellen Vermögenswerten ist. Diese Anpassungen sollen die Risiken verdeutlichen, denen ein Buchführungspflichtiger bei Transaktionen ausgesetzt wird, mit denen ein finanzieller Vermögenswert übertragen wird, der Veräußerer aber ein bestimmtes Ausmaß des anhaltenden, mit diesem Vermögenswert verbundenen Engagement behält. Des Weiteren führen die Änderungen die Definition der Übertragung und des anhaltenden Engagements für Offenlegungszwecke ein. Die EU hat diese Änderungen zu IFRS 7 noch nicht anerkannt.

Aufhebung des festen Umstellungszeitpunkts für Erstanwender - Änderungen zu IFRS 1, Erstmalige Anwendung der International Financial Reporting Standards (erstmalig anzuwenden für Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Juli 2011 beginnen). Diese Änderungen bringen für die Erstanwender der IFRS folgende Erleichterungen:

- Der Zeitpunkt „1. Januar 2004“, d.h. das Datum der prospektiven Anwendung der Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, wird mit „Zeitpunkt der Umstellung auf IFRS“ ersetzt, damit die Buchführungspflichtigen bei der erstmaligen Anwendung von IFRS die Ausbuchungsanforderungen gemäß IAS 39 nicht rückwirkend von einem früheren Zeitpunkt anwenden müssen.
- Die Erstanwender der IFRS sind nicht verpflichtet, eine Umrechnung der beim erstmaligen Ansatz entstandenen Bewertungsdifferenzen vornehmen, sofern die Transaktion noch vor dem Umstellungszeitpunkt abgewickelt wurde.

Die EU hat diese Änderungen zu IFRS 1 noch nicht anerkannt.

Starke Hochinflation - Änderungen zu IFRS 1, Erstmalige Anwendung der International Financial Reporting Standards (erstmalig anzuwenden für Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Juli 2011 beginnen). Diese Änderungen enthalten Anwendungsleitlinien für Buchführungspflichtige, die eine starke Hochinflation überwinden und entweder zur Aufstellung eines IFRS-konformen Abschlusses zurückkehren oder einen IFRS-konformen Abschluss erstmals aufstellen. Die EU hat diese Änderungen zu IFRS 1 noch nicht anerkannt.

IFRS 9, Finanzinstrumente, Teil 1: Klassifizierung und Bewertung (erlassen im November 2009; erstmalig anzuwenden für Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen). Der im November 2009 erlassene IFRS 9 ersetzt die Teile von IAS 39, *Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung*, die sich auf die Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten beziehen. Die Änderungen zu IFRS 9 vom Oktober 2010 betreffen die Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Verbindlichkeiten. Weitere Änderungen zu IFRS 9 vom Dezember 2011 verschieben die erstmalige Anwendung des Standards auf Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Januar 2015 beginnen, und fordern zusätzliche Angaben über die erstmalige Anwendung dieses Standards. Die grundlegenden Charakteristiken von IFRS 9 sind wie folgt:

- Für Bewertungszwecke werden finanzielle Vermögenswerte nur noch in zwei Klassifizierungskategorien eingeteilt werden: diejenigen, die zum beizulegenden Zeitwert, und diejenigen, die zu fortgeführten Anschaffungskosten anhand der Effektivzinsmethode bewertet werden. Die Klassifizierung wird zum Zeitpunkt des Erwerbs des finanziellen Vermögenswerts festgelegt werden müssen und hängt vom Geschäftsmodell zur Steuerung von Finanzinstrumenten und den Charakteristiken der vertraglichen Zahlungsströme des gegebenen finanziellen Vermögenswerts ab.
- Ein finanzieller Vermögenswert wird nur dann zu fortgeführten Anschaffungskosten anhand der Effektivzinsme-

thode bewertet werden, wenn es sich um ein finanzielles Schuldinstrument handelt und wenn zugleich (i) die Zielsetzung des Geschäftsmodells des Unternehmens darin liegen wird, diesen finanziellen Vermögenswert zu halten, um damit vertragliche Zahlungsströme zu erzielen, und (ii) die vertraglichen Zahlungsströme lediglich die Rückzahlungen des Nominalwerts und der Zinsen darstellen werden (d.h. das Finanzinstrument wird nur die grundlegenden Kreditmerkmale besitzen). Alle sonstigen Schuldinstrumente sind erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten.

- Aktien und Geschäftsanteile werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden. Zu Handelszwecken gehaltene Aktien werden nachfolgend erfolgswirksam bewertet werden. Das Unternehmen wird sich zum Erwerbszeitpunkt einmalig und unwiderruflich für eine (i) erfolgswirksame oder (ii) gesamterfolgswirksame Folgebewertung der sonstigen Aktien und Geschäftsanteile entscheiden können. Die Umklassifizierung oder das erfolgswirksame Recycling der Folgebewertung zum Veräußerungs- oder Wertminderungszeitpunkt wird nicht möglich sein. Die Entscheidung über die Klassifizierung wird separat für jede angeschaffte Investition in Aktien oder Geschäftsanteilen vorgenommen werden können. Dividenden werden nur dann erfolgswirksam angesetzt werden, wenn sie einen Ertrag aus der Investition, und nicht die Erstattung der Investition darstellen.
- Die meisten Anforderungen des IAS 39 an die Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Verbindlichkeiten wurden unverändert in den IFRS 9 übertragen. Die wesentliche Änderung für Buchführungspflichtige wird die Pflicht sein, die Effekte der Änderungen des eigenen Kreditrisikos bei den erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verbindlichkeiten im sonstigen Gesamtergebnis auszuweisen.

Derzeit wird der Einfluss des neuen Standards auf den Jahresabschluss beurteilt und es wird erwartet, dass er wesentlich sein kann. Die EU hat den IFRS 9 noch nicht anerkannt.

Änderungen zu IAS 12, Ertragsteuern (erst-mals anzuwenden für Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Januar 2012 beginnen). Diese Änderungen fordern von Buchführungspflichtigen, aktive latente Steuern bei Vermögenswerten abhängig davon anzusetzen, ob die Realisierung des Buchwerts eines Vermögenswertes durch Nutzung oder durch Veräußerung erwartet wird, was kompliziert sein kann, wenn der Vermögenswert zum beizulegenden Zeitwert gemäß IAS 40, *Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien* bewertet wird. Die Änderungen bieten eine praktische Lösung dieses Problems, und zwar durch die Einführung der widerlegbaren Vermutung, dass die Realisierung des Buchwerts im Normalfall durch Veräußerung erfolgt. Die EU hat diese Änderungen zu IAS 12 noch nicht anerkannt.

IFRS 10, Konzernabschlüsse (erst-mals anzuwenden für Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen). Dieser Standard ersetzt sämtliche Bestimmungen bezüglich der Beherrschung und Konsolidierung in IAS 27, *Konzernabschlüsse und separate Abschlüsse* sowie SIC-12, *Konsolidierung – Zweckgesellschaften*. IFRS

10 ändert die Definition der Beherrschung so, dass bei der Festlegung der Beherrschung dieselben Kriterien für sämtliche Unternehmen angewendet werden. Die geänderte Definition der Beherrschung konzentriert sich auf die Notwendigkeit, über das Recht auf Beherrschung zu verfügen und ebenfalls das Recht zu haben, den schwankenden Renditen ausgesetzt zu sein, wenn die Beherrschung bestehen soll. Das Beherrschungsrecht stellt die momentane Fähigkeit dar, jene Aktivitäten zu steuern, die wesentlich die Höhe der Renditen beeinflussen. Die Entscheidung über die Beherrschung basiert auf aktuellen Sachverhalten und Umständen und soll kontinuierlich überprüft werden. Die Tatsache, dass die Beherrschung nur vorübergehend sein soll, generiert nicht das Recht, das beherrschte Unternehmen nicht zu konsolidieren. Die Stimmrechte oder sonstige vertragliche Rechte bzw. deren Kombination können zur Beherrschung durch den Anleger führen. Das Beherrschungsrecht muss jedoch nicht ausgeübt werden. Ein Anleger mit einer absoluten Mehrheit von Stimmrechten wird die Definition der Beherrschung erfüllen, wenn keine anderen Einschränkungen oder Umstände vorliegen. Der Standard enthält ebenfalls Regelungen bezüglich der Rechte, sich an der Steuerung des Beteiligungsunternehmens zu beteiligen, der Schutzrechte der Minderheitsaktionäre sowie des Vertretungsverhältnisses. Die Rechte, sich an der Steuerung zu beteiligen, stellen die Fähigkeit des Anlegers dar, die Tätigkeiten des Beteiligungsunternehmens dergestalt zu steuern, dass dadurch das Ergebnis des Beteiligungsunternehmens maßgeblich beeinflusst wird. Die Schutzrechte geben dem Anleger die Fähigkeit, bestimmte Entscheidungen fällen zu lassen, die über die übliche Tätigkeit des Beteiligungsunternehmens hinausgehen. Der Anleger kann als Agent auftreten, der im Namen und auf Rechnung einer anderen Person oder einer Gruppe von Personen handelt. Ein Anleger Investor hat oder hat keine Kontrolle über die angesammelten angelegten Finanzmittel. IFRS 10 enthält eine Liste von Faktoren, die bei der Beurteilung, ob der Anleger über eine beherrschende Stellung verfügt oder ob er als Agent auftritt, berücksichtigt werden müssen. Die geänderte Definition der Beherrschung und die damit verbundenen Regelungen ersetzen nicht nur die Definition der Beherrschung und die damit zusammenhängenden Regeln in IAS 27, sondern auch die 4 Indikatoren einer Beherrschung in der Interpretation SIC 12, *Konsolidierung – Zweckgesellschaften*. Die EU hat den IFRS 10 noch nicht anerkannt.

IFRS 11, Gemeinsame Vereinbarungen (erst-mals anzuwenden für Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen). Dieser Standard ersetzt IAS 31, *Anteile an Joint Ventures* und SIC-13, *Gemeinschaftlich geführte Einheiten – Nicht monetäre Einlagen durch Partnerunternehmen*. Durch die geänderten Definitionen gibt es nunmehr zwei „Arten“ gemeinsamer Vereinbarungen: gemeinschaftliche Tätigkeiten und Gemeinschaftsunternehmen. Das bisherige Wahlrecht der Quotenkonsolidierung bei gemeinschaftlich geführten Unternehmen wurde abgeschafft. Die Partnerunternehmen eines Gemeinschaftsunternehmens haben verpflichtend die Equity-Bilanzierung anzuwenden. Eine gemeinsame Vereinbarung ist als eine Vereinbarung definiert, bei der zwei oder mehr Partnerunternehmen vertraglich die gemeinschaftlich-

che Führung über diese Vereinbarung ausüben. Eine gemeinschaftliche Führung besteht nur dann, wenn Entscheidungen über Aktivitäten, die sich auf die Rückflüsse aus einer gemeinsamen Vereinbarung wesentlich auswirken, der einstimmigen Zustimmung der gemeinschaftlich führenden Partnerunternehmen bedürfen. Alle Partnerunternehmen einer gemeinsamen Vereinbarung müssen ihre Rechte und Pflichten aus der Vereinbarung ausweisen. IFRS 11 stuft gemeinsame Vereinbarungen entweder als gemeinschaftliche Tätigkeiten oder als Gemeinschaftsunternehmen ein:

- Bei einer gemeinschaftlichen Tätigkeit handelt es sich um eine gemeinsame Vereinbarung, die den Partnerunternehmen direkte Rechte an den Vermögenswerten und Verpflichtungen aus den Verbindlichkeiten dieser gemeinsamen Vereinbarung überträgt. Ein Partnerunternehmen einer gemeinschaftlichen Tätigkeit erfasst seinen Anteil auf der Grundlage seines Anteils an der gemeinschaftlichen Tätigkeit (d.h. auf der Grundlage seiner direkten Rechte und Verpflichtungen) anstatt auf Basis der Beteiligung an der gemeinsamen Vereinbarung.
- Ein Gemeinschaftsunternehmen hingegen räumt den Partnerunternehmen Rechte am Reinvermögen oder Ergebnis der gemeinsamen Vereinbarung ein. Ein Partnerunternehmen eines Gemeinschaftsunternehmens hat keine direkten Rechte an einzelnen Vermögenswerten bzw. keine direkten Verbindlichkeiten aus der Geschäftstätigkeit des Gemeinschaftsunternehmens. Partnerunternehmen von Gemeinschaftsunternehmen verfügen stattdessen über einen Anteil am Reinvermögen und damit am Ergebnis (Gewinn oder Verlust) der vom Gemeinschaftsunternehmen durchgeführten Tätigkeiten. Die Gemeinschaftsunternehmen werden nach der Equity-Methode in Übereinstimmung mit dem überarbeiteten IAS 28, *Anteile an assoziierten Unternehmen und Joint Ventures* bilanziert. Unternehmen können einen Anteil an einem Gemeinschaftsunternehmen nicht mehr nach dem Grundsatz der Quotenkonsolidierung bilanzieren.

Der Standard sieht außerdem Leitlinien für Unternehmen vor, die an einer gemeinsamen Vereinbarung, jedoch nicht an der gemeinschaftlichen Führung, beteiligt sind. Die EU hat den IFRS 11 noch nicht anerkannt.

IFRS 12, Angaben zu Beteiligungen an anderen Unternehmen (erstmals anzuwenden für Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen).

Dieser Standard wird prospektiv vom Beginn der Berichtsperiode, in der er erstmalig angewendet wird, berücksichtigt. Er ersetzt die Offenlegungspflichten, die vorher in IAS 28, *Anteile an assoziierten Unternehmen*, enthalten wurden. IFRS 12 erfordert erweiterte Angaben über konsolidierte und nicht konsolidierte Unternehmen, an denen die Bilanzierungseinheit einen Anteil hält. Er erfordert ebenfalls Angaben anzuführen, die dem Abschlussadressaten ermöglichen, die Art, die Risiken und die finanziellen Auswirkungen zu beurteilen, die mit dem Engagement der Bilanzierungseinheit bei Tochterunternehmen, assoziierten Unternehmen, gemeinsamen Vereinbarungen und nicht konsolidierten strukturierten Einheiten (Zweckgesellschaften) verbunden sind. Um dieses Ziel zu erreichen, sind Angaben in den folgenden Bereichen erforderlich:

- wesentliche Beurteilungen und Annahmen, welche die Bilanzierungseinheit angewendet hat, um festzustellen, ob sie ein anderes Unternehmen beherrscht, gemeinschaftlich führt oder in ihm einen wesentlichen Einfluss bzw. ein sonstiges Engagement ausübt,
- Anteile an Tochtergesellschaften,
- Anteile an gemeinsamen Vereinbarungen und assoziierten Unternehmen,
- Anteile an nicht konsolidierten strukturierten Einheiten (Zweckgesellschaften).

Die EU hat den IFRS 12 noch nicht anerkannt.

IFRS 13, Bewertung zum beizulegenden Zeitwert (erstmals anzuwenden für Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen).

Dieser Standard ersetzt die in verschiedenen anderen Standards und Interpretationen enthaltenen Leitlinien zur Bewertung zum beizulegenden Zeitwert. Er stellt das Ergebnis der gemeinsamen Bemühungen von IASB (International Accounting Standards Board) und FASB (Financial Accounting Standards Board) bezüglich der Vereinheitlichung des Rahmenkonzepts für die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert.

Der IFRS 13:

- definiert den beizulegenden Zeitwert,
- führt Annahmen zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts an, und
- erfordert die Offenlegung von Informationen über die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert.

Für Bewertungen zum beizulegenden Zeitwert verwendet der Standard eine dreistufige Hierarchie, die auf der Art der Bewertungsparameter, welche in die angewandten Bewertungstechniken einfließen, basieren:

- Level 1-Parameter sind notierte Preise für identische Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten in aktiven Märkten. Wie bei den derzeit geltenden IFRS auch, verwendet ein Unternehmen bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts diese notierten Preise, soweit solche vorliegen, ohne weitere Anpassungen;
- Bei Level 2-Parametern handelt es sich um sonstige beobachtbare Faktoren; und
- Level 3-Parameter sind nicht direkt beobachtbare Eingangsparameter, die weiter entwickelt werden müssen, um die Annahmen von Marktteilnehmern abzubilden, die diese bei der Ermittlung eines angemessenen Preises für den Vermögenswert bzw. die Verbindlichkeit verwenden würden.

Jede Bewertung zum beizulegenden Zeitwert wird aufgrund der niedrigsten Hierarchie-Eingangsparameter eingestuft, die für das jeweilige Instrument wesentlich sind. Der Standard enthält erweiterte Angabepflichten, die für berichterstattende Unternehmen zu einem erheblichen Mehraufwand führen können. Die Angabepflichten sind ähnlich wie im IFRS 7, *Finanzinstrumente: Angaben*, gelten jedoch nicht nur für finanzielle, sondern für alle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden. Die EU hat den IFRS 13 noch nicht anerkannt.

IAS 27, Separate Abschlüsse (überarbeitet im Mai 2011; erstmals anzuwenden für Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen).

Die Anforderungen an separate Abschlüsse bleiben unverändert

und sind in diesem überarbeiteten Standard enthalten. Weitere Teile von IAS 27 wurden durch *IFRS 10, Konzernabschlüsse* ersetzt. Die EU hat den überarbeiteten IAS 27 noch nicht anerkannt.

IAS 28, Anteile an assoziierten Unternehmen (überarbeitet im Mai 2011; erstmals anzuwenden für Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen). Der Standard wurde angepasst, um die Änderungen, die durch die Veröffentlichung von *IFRS 10, Konzernabschlüsse, IFRS 11, Gemeinsame Vereinbarungen* und *IFRS 12, Angaben zu Beteiligungen an anderen Unternehmen* hervorgerufen wurden, zu berücksichtigen. Die EU hat den überarbeiteten IAS 28 noch nicht anerkannt.

IAS 1, Darstellung des Abschlusses (überarbeitet im Juni 2011; erstmals anzuwenden für Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Juli 2012 beginnen). Mit dieser Novelle wird der Ausweis der im sonstigen Ergebnis in der Gesamtergebnisrechnung dargestellten Posten geändert. Jene Posten, die zukünftig über die GuV-Rechnung gebucht werden können (z.B. bei Ausbuchung oder beim Ausgleich), sind getrennt von Posten darzustellen, die in der Zukunft nicht in dieser Art und Weise recycelt werden können. Die Novelle behält weiterhin das Wahlrecht bei, die einzelnen Posten des sonstigen Ergebnisses vor oder nach Steuern darzustellen. In beiden Fällen muss aber der Gesamtbetrag der Körperschaftsteuer, der auf einzelne Posten des sonstigen Ergebnisses entfällt, aufgeführt werden. Des Weiteren sind die Bilanzierungseinheiten weiterhin verpflichtet, die Höhe der Körperschaftsteuer, die auf einzelne Posten des sonstigen Ergebnisses entfällt, entweder in der Gesamtergebnisrechnung oder im Anhang anzugeben. Die EU hat den überarbeiteten IAS 1 noch nicht anerkannt.

IAS 19, Leistungen an Arbeitnehmer (überarbeitet im Juni 2011; erstmals anzuwenden für Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen). Diese Novelle erfordert, dass sämtliche Änderungen bei langfristig fälligen Leistungen an Arbeitnehmer sofort bilanziert werden, und zwar erfolgswirksam oder im sonstigen Gesamtergebnis. Des Weiteren werden erweiterte Angaben im Anhang gefordert. Die Novelle ändert sowohl die Bilanzierung von Abfindungsleistungen bei der Beendigung des Arbeitsverhältnisses, einschließlich der Unterscheidung von Leistungen im Austausch für erbrachte Dienstzeit und Leistungen im Gegenzug für die Beendigung des Arbeitsverhältnisses, als auch die Auswirkungen auf den Ansatz und die Bewertung von Abfindungsleistungen bei der Beendigung des Arbeitsverhältnisses. Die EU hat den überarbeiteten IAS 19 noch nicht anerkannt.

IFRIC 20, Abraumkosten in der Produktionsphase einer über Tagebau erschlossenen Mine (ers erstmals anzuwenden für Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen). Diese Interpretation erfordert, dass ein Unternehmen, das vorher die Abraumkosten ergebniswirksam erfasste, diese Kosten vom Zeitpunkt der Anwendung der Interpretation zu aktivieren beginnt. Sämtliche bestehenden Kontensalden bei Aufwendungen für die mit dem Abraum zusammenhängenden

Vermögenswerte sind zum Umstellungsdatum in den Eröffnungsbestand des Gewinnvortrags abzuschreiben, sofern sie mit dem identifizierbaren Teil des Erz- oder Mineralvorkommens nicht zusammenhängen. Die EU hat die IFRIC 20 noch nicht anerkannt.

Angaben – Saldierung finanzieller Vermögenswerte und finanzieller Verbindlichkeiten – Änderungen zu IFRS 7, Finanzinstrumente: Angaben (erlassen im Dezember 2011; erstmals anzuwenden für Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen). Die Novelle fordert die Vorlage von Angaben, die den Lesern des Jahresabschlusses ermöglichen würden, die Auswirkungen bzw. potenzielle Auswirkungen der Saldierungsvereinbarungen, einschließlich der Auswirkung des Rechts auf Netto-Ausgleich, zu beurteilen. Die Novelle wird zwar die Angaben über Finanzinstrumente, aber nicht deren Ansatz und Bewertung beeinflussen. Die EU hat den überarbeiteten IFRS 7 noch nicht anerkannt.

Saldierung finanzieller Vermögenswerte und finanzieller Verbindlichkeiten – Änderungen zu IAS 32, Darstellung (erlassen im Dezember 2011; erstmals anzuwenden für Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen). Die Novelle bringt Anwendungsregelungen zu IAS 32 mit dem Ziel, Unstimmigkeiten in der Anwendung einiger Saldierungskriterien zu beseitigen. Sie erläutert z.B. die Bedeutung des Begriffs „jederzeitiges Recht zur Aufrechnung“ sowie die Tatsache, dass einige Saldierungsmethoden in Bruttohöhe als ein Äquivalent für die Aufrechnung in Nettohöhe betrachtet werden können. Der Konzern beurteilt derzeit die Konsequenzen des überarbeiteten Standards und erwägt den Zeitpunkt, ab dem er erstmalig angewendet wird. Die EU hat den überarbeiteten IAS 32 noch nicht anerkannt.

Sofern oben nicht anders aufgeführt, sollten die neuen Standards und Interpretationen den Jahresabschluss nicht wesentlich beeinflussen.

(3) WESENTLICHE BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

a) Konsolidierungsgrundsätze

Tochtergesellschaften, in denen die Bank einen entscheidenden Einfluss hat, sind im Konzernabschluss voll konsolidiert.

Investitionen in Tochtergesellschaften sind Investitionen in Gesellschaften, an denen die Bank direkt oder indirekt mehr als 50% der Stimmrechte besitzt bzw. deren Finanz- und Geschäftspolitik sie anderweitig beherrschen kann. Unter Beherrschung wird die Möglichkeit verstanden, die Finanz- und Geschäftspolitik eines Unternehmens zu bestimmen, um aus dessen Tätigkeiten Nutzen zu ziehen. Tochtergesellschaften werden ab dem Datum konsolidiert, an dem das Beherrschungsrecht auf die Bank übertragen wurde, und deren Konsolidierung endet an dem Tag, an dem dieses Recht erlischt.

Sämtliche Salden und Geschäftsvorfälle zwischen den Konzernunternehmen wurden bei der Konsolidierung eliminiert, einschließlich des nicht realisierten Gewinns.

Wo es erforderlich war, sind die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden für Tochtergesellschaften angepasst, so dass die Konsistenz mit den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der Bank eingehalten wird.

b) Anteile an verbundenen Unternehmen (Tochtergesellschaften)

Anteile an verbundenen Unternehmen sind im Einzelabschluss zu Anschaffungskosten bewertet. Eine etwaige Wertminderung unter die Anschaffungskosten wird durch eine Wertberichtigung berücksichtigt.

c) Segmentberichterstattung

Ein Geschäftssegment ist ein Unternehmensbestandteil:

- der Geschäftstätigkeiten betreibt, mit denen Umsatzerlöse erwirtschaftet werden und bei denen Aufwendungen anfallen können (einschließlich Umsatzerlöse und Aufwendungen im Zusammenhang mit Geschäftsvorfällen mit anderen Bestandteilen desselben Unternehmens),
- dessen Betriebsergebnisse regelmäßig von der verantwortlichen Unternehmensinstanz im Hinblick auf Entscheidungen über die Allokation von Ressourcen zu diesem Segment und die Bewertung seiner Ertragskraft überprüft werden, und
- für den separate Finanzinformationen vorliegen.

Im Jahresabschluss wird keine Segmentberichterstattung aufgeführt, da die Betriebsergebnisse der einzelnen Komponenten oder Bereiche des Konzerns bzw. der Bank von der Geschäftsleitung nicht überwacht werden.

d) Tag der Abwicklung des Buchungsvorfalles

Der Tag der Abwicklung des Buchungsvorfalles ist insbesondere der Tag, an dem Bargeld ausgezahlt oder entgegengenommen wird, Geldmittel in Fremdwährung angekauft oder verkauft werden, die Zahlungsabwicklung vom Konto des Kunden erfolgt, die Zahlung dem Konto des Kunden gutgeschrieben wird, ein Eigentumsrecht erworben wird oder erlischt bzw. eine Forderung oder Verbindlichkeit entsteht, verändert wird oder erlischt.

Wertpapiergeschäfte oder Termingeschäfte auf dem Geldmarkt werden am Erfüllungstag gebucht.

e) Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente für Zwecke der Aufstellung der Kapitalflussrechnung umfassen:

- den Kassenbestand,
- den Überschuss des Kontos der Mindestpflichtreserven bei der NBS über das gesetzliche Limit hinaus,
- Darlehen an die NBS im Rahmen von REPO-Geschäften mit einer vertraglichen Laufzeit von höchstens drei Monaten,

- Darlehen von Handels- und Geschäftsbanken im Rahmen von REPO-Geschäften mit einer vertraglichen Laufzeit von höchstens drei Monaten,
- Salden der Kontokorrentkonten bei anderen Banken,
- Termineinlagen bei anderen Banken mit einer vertraglichen Laufzeit von höchstens drei Monaten,
- Termindarlehen von anderen Banken mit einer vertraglichen Laufzeit von höchstens drei Monaten, sowie
- kurzfristige Schuldverschreibungen mit einer vertraglichen Laufzeit von höchstens drei Monaten.

f) Fremdwährungsumrechnung

Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in Fremdwährungen werden in Euro mit dem von der Europäischen Zentralbank festgelegten und bekannt gemachten Umrechnungskurs am Tag der Abwicklung des Buchungsvorfalles umgerechnet, mit Ausnahme von Barkauf und Barverkauf von Fremdwährungen für EUR; in diesen Fällen wird der Handelsbankwechsellkurs verwendet, zu dem diese Werte gekauft oder verkauft wurden. Zum Abschlussstichtag werden sie mit dem an diesem Tag gültigen Wechselkurs bewertet. Die aus der Neubewertung auf Euro resultierenden Gewinne und Verluste werden als Kursverluste bzw. -gewinne ergebniswirksam gebucht.

g) Darlehen und andere Forderungen an die NBS

Der Kassenbestand ist zum Nominalwert bewertet. Darlehen und sonstige Forderungen an die NBS werden zum Zeitpunkt ihrer Gewährung bzw. Entstehung zum beizulegenden Zeitwert zuzüglich der mit der Transaktion unmittelbar zusammenhängenden Transaktionskosten bewertet. Nachfolgend werden diese Posten zu fortgeführten Anschaffungskosten¹ bewertet, die anhand der Effektivzinsmethode ermittelt werden. Dieser Wert stellt den Betrag dar, mit dem das Finanzinstrument zum Erwerbsstichtag gebucht wurde, abzüglich Rückzahlungen auf den Nominalwert, zuzüglich abgegrenzte Zinsen und abzüglich etwaige Wertberichtigungen auf Wertminderungen des finanziellen Vermögenswerts. Zeitlich abgegrenzte Zinsen umfassen die Abgrenzung der Transaktionskosten und der Differenz zwischen dem Anschaffungspreis und dem Nominalwert anhand der Effektivzinsmethode. Der in dieser Art und Weise abgegrenzte Zins wird in die Bewertung der Finanzinstrumente in der Bilanz mit einbezogen.

h) Gewährte Darlehen und Forderungen sowie Wertberichtigungen auf Wertminderungsverluste

Gewährte Darlehen und Forderungen sind finanzielle Vermögenswerte mit festgelegten oder bestimmaren Zahlungen ohne Charakter eines derivativen Finanzinstruments, die nicht an einem aktiven Markt notiert sind, außer solchen, welche:

- der Konzern bzw. die Bank sofort oder in naher Zukunft zu veräußern beabsichtigt und solchen, welche beim erstmaligem Ansatz als Aktiva klassifiziert werden, die

¹ englischer Begriff „amortised cost“.

erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet sind,

- beim erstmaligen Ansatz als jederzeit veräußerbar klassifiziert sind, oder
- solche, bei denen möglicherweise nicht das volle ursprüngliche Investment aus anderen als Bonitätsgründen zurückfließen wird und die als jederzeit veräußerbar klassifiziert sind.

Darlehen werden bei ihrer Gewährung zum beizulegenden Zeitwert bewertet, der um die direkt mit dem Erwerb der finanziellen Vermögenswerte zusammenhängenden Transaktionskosten (Provision für das Darlehen) erhöht wird. Gewährte Darlehen sind nachfolgend zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet und in der Bilanz in Nettöhöhe (d.h. in Höhe der Forderung abzüglich Wertberichtigung) ausgewiesen. Neben den Transaktionskosten wird auch die Gebühr für die Darlehensverarbeitung über die Laufzeit des Darlehens zeitlich abgegrenzt.

Zum Abschlussstichtag wird beurteilt, ob ein objektiver Nachweis für die Wertminderung eines Darlehens vorliegt. Zur Wertminderung eines Darlehens und zu dem daraus resultierenden Verlust kommt es, wenn es einen objektiven Nachweis für die Wertminderung infolge eines oder mehrerer Ereignisse gibt, die nach erstmaligem Ansatz des Darlehens eingetreten sind und falls diese verlustbringenden Ereignisse² eine Auswirkung auf die geschätzten künftigen Zahlungsmittelflüsse aus Darlehen haben und zuverlässig geschätzt werden können.

Das wesentliche Kriterium, das auf eine Wertminderung dieses finanziellen Vermögenswerts hinweist, ist der Zahlungsverzug, insbesondere wenn der Schuldner mit der Erfüllung seiner Verbindlichkeit gegenüber der Bank länger als 30 Tage im Verzug ist. Bei der Ermittlung der Höhe der Wertminderung werden neben dem Zahlungsverzug auch folgende Faktoren berücksichtigt:

- erwartete Rentabilität aus der Realisierung der Absicherung,
- Wahrscheinlichkeit, dass es zur Eintreibung kommen wird,
- voraussichtliche Dauer bis zur Beendigung der Eintreibung, sowie
- der ursprüngliche Zinssatz.

Die Wertberichtigung auf Wertminderungsverluste wird gebildet, wenn es einen objektiven Nachweis gibt, dass der Konzern bzw. die Bank nicht in der Lage sein wird, alle geschuldeten Beträge zu den ursprünglich vereinbarten Teilzahlungsterminen zurückzuerhalten. Die Höhe der Wertberichtigung stellt den Unterschiedsbetrag zwischen dem Buch- und dem Realisationswert dar (der Realisationswert entspricht dem Barwert der erwarteten künftigen Zahlungsmittelflüsse einschließlich der eingetriebenen Beträge aus Garantien und erhaltenen Sicherheiten, abgezinst mit dem ursprünglichen Zinssatz des Darlehens bei seiner Gewährung).

Der Konzern bzw. die Bank bildet Einzelwertberichtigungen sowohl auf individuell bedeutende als auch auf individuell

unbedeutende Darlehen, die eingetrieben werden und bei denen jeweils ein Eintreibungserfolg erwartet wird. Der Konzern bzw. die Bank betrachtet folgende Darlehen als individuell bedeutend:

- Darlehen für Bauzwecke aus Finanzmitteln außerhalb des Bausparfonds,
- aus Finanzmitteln des Bausparfonds gewährte Bauspardarlehen an natürliche Personen mit einer genehmigten Höhe einzelner Darlehen von über EUR 170 Tsd. sowie Zwischenfinanzierungsdarlehen an natürliche Personen mit einer Bausparsumme von über EUR 170 Tsd., sowie
- aus Finanzmitteln des Bausparfonds gewährte Bauspardarlehen an juristische Personen mit einer genehmigten Höhe einzelner Darlehen von über EUR 250 Tsd. sowie Zwischenfinanzierungsdarlehen an juristische Personen mit einer Bausparsumme von über EUR 250 Tsd.

Die Höhe der Einzelwertberichtigungen resultiert aus der Analyse des Kreditrisikos sowie der finanziellen Situation jedes einzelnen Schuldners.

Auf sonstige Darlehen wird eine Pauschalwertberichtigung gebildet. Die Pauschalwertberichtigung spiegelt voraussichtliche, im Portfolio zum Abschlussstichtag bestehende Verluste wider, die bei der Bildung von Einzelwertberichtigungen nicht berücksichtigt werden. Wenn die Forderungseintreibung erfolglos ist bzw. die Eintreibungskosten höher wären als der eingetriebene Betrag, ist es das Bestreben der Bank, solche Forderungen abzutreten.

Eine Forderung wird ausgebucht, wenn sämtliche, mit deren Eintreibung zusammenhängenden Schritte vorgenommen wurden und dem Konzern bzw. der Bank es trotzdem nicht gelungen ist, den Schuldbetrag vom Kunden einzutreiben, oder wenn die Eintreibung ökonomisch nicht mehr sinnvoll wäre. Eine Forderung wird ebenfalls aufgrund des Verzichts auf die Forderungseintreibung nach einer rechtsgültigen Gerichtsentscheidung bzw. nach der Erklärung des Vollstreckers über die Uneinbringlichkeit der Forderung sowie aufgrund interner Vorschriften der Bank ausgebucht.

Wenn die Höhe der Wertminderung des Darlehens in den Folgeperioden vermindert wird und diese Verminderung objektiv einem Ereignis zuzuschreiben ist, das nach ursprünglicher Buchung der Wertberichtigung eingetreten ist, oder wenn der Konzern bzw. die Bank eine vorher ausgebuchte Forderung eintreibt, wird die Wertberichtigung aufgelöst. Die Auflösung wird in der Gewinn- und Verlustrechnung unter dem Posten „Saldo aus Bildung und Verbrauch von Wertberichtigungen auf Darlehen, Ausbuchung von Forderungen aus Darlehen, Verluste aus Abtretung von Darlehensforderungen“ erfasst.

i) Wertpapiere

Der Konzern bzw. die Bank erfasst Wertpapiere nach seiner/ihrer Absicht beim Erwerb und im Sinne seiner/ihrer Anlagestrategie für Wertpapiere in folgenden Portfolios:

- bis zur Endfälligkeit zu haltende Wertpapiere, sowie
- zur Veräußerung verfügbare Wertpapiere.

Bis zur Endfälligkeit zu haltende Wertpapiere sind finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbar Zahlungen sowie einer festen Laufzeit, welche der Konzern bzw. die Bank bis zur Endfälligkeit zu halten beabsichtigt und kann, und welche auf einem aktiven Markt notiert sind. Beim Erwerb werden sie zum beizulegenden Zeitwert bewertet, der um die mit der Anschaffung der finanziellen Vermögenswerte direkt zusammenhängenden Transaktionskosten erhöht wird. Nachfolgend werden sie zu anhand der Effektivzinsmethode ermittelten fortgeführten Anschaffungskosten, abzüglich Wertberichtigungen auf Wertminderungsverluste, bewertet.

Bestandteil der Bewertung der bis zur Endfälligkeit zu haltenden Wertpapiere ist ebenfalls der zeitlich abgegrenzte proportionale Zinsertrag sowie die zeitlich abgegrenzte Differenz zwischen den niedrigeren Anschaffungskosten und dem Nominalwert (Diskont) bzw. zwischen den höheren Anschaffungskosten und dem Nominalwert (Prämie), die anhand der Effektivzinsmethode berechnet wurden.

Zur Veräußerung verfügbare Wertpapiere sind jegliche finanzielle Vermögenswerte, die weder als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete noch als bis zur Endfälligkeit zu haltende Aktiva klassifiziert werden. Beim Erwerb werden sie zum beizulegenden Zeitwert bewertet, der auch die mit der Anschaffung der finanziellen Vermögenswerte direkt zusammenhängenden Transaktionskosten enthält. Nachfolgend werden sie mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet, wobei die Bewertungsdifferenz aus dieser Neubewertung im sonstigen Gesamtergebnis ausgewiesen wird. Die anhand der Effektivzinsmethode ermittelten Zinsen werden jedoch als Ertrag in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Investitionen in nicht notierte Wertpapiere und Geschäftsanteile, die mit dem beizulegenden Zeitwert nicht zuverlässig bewertet werden können, werden zu Anschaffungskosten bewertet.

Wertpapiergeschäfte werden zum Datum des Erfüllungstages erfasst. Sämtliche Wertpapiergeschäfte der Bank sind Transaktionen mit geschäftsüblichem Liefertermin.

Der Konzern bzw. die Bank bucht finanzielle Vermögenswerte in folgenden Fällen aus:

- a) der Vermögenswert bzw. die Forderung wurden zurückgezahlt oder das Recht auf Einnahmen aus diesem Vermögenswert ist anderweitig abgelaufen, oder
- b) der Konzern bzw. die Bank hat die Rechte auf Geldflüsse aus finanziellen Vermögenswerten abgetreten oder hat eine die festgelegten Bestimmungen erfüllende Vereinbarung über die Übertragung von Einnahmen aus diesen Vermögenswerten gleich nach deren Erhalt abgeschlossen, wobei er/sie:
 - (i) grundsätzlich sämtliche mit dem Eigentum verbundenen Risiken und Vorteile übertragen hat, oder
 - (ii) grundsätzlich sämtliche mit dem Eigentum verbundenen Risiken und Vorteile weder übertragen noch behalten, aber die Kontrolle abgegeben hat.

Die Kontrolle verbleibt beim Konzern bzw. bei der Bank, wenn die Gegenpartei praktisch nicht in der Lage ist, die gegebenen Vermögenswerte als Ganzes einem fremden Dritten zu verkaufen, ohne dass die Veräußerung weiteren Einschränkungen unterliegen würde.

Der Konzern bzw. die Bank veröffentlicht Angaben über finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten gemäß einer dreistufigen Hierarchie, welche die Bedeutung der Inputfaktoren berücksichtigt, die bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von Finanzinstrumenten verwendet werden. Diese Hierarchie, die ihre Anwendung für die zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumente findet, besteht aus folgenden drei Stufen:

Stufe 1: Bewertung zu quotierten (unveränderten) Preisen auf aktiven Märkten für identische Vermögenswerte und Verbindlichkeiten,

Stufe 2: Bewertung anhand eines Modells, dessen sämtliche wesentlichen Inputfaktoren auf Finanzmärkten direkt beobachtbar sind, oder Bewertung zu quotierten Preisen auf nicht aktiven Märkten,

Stufe 3: Bewertung anhand eines Modells, dessen wesentliche Inputfaktoren nicht auf beobachtbaren Marktdaten basieren – subjektive Inputfaktoren.

j) Saldierung finanzieller Vermögenswerte und finanzieller Verbindlichkeiten

Finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten werden saldiert und deren Nettowert wird in der Bilanz dann ausgewiesen, wenn ein rechtlich eintreibbarer Anspruch auf die Saldierung der ausgewiesenen Werte existiert und zugleich die Absicht besteht, Transaktionen auf Basis der Nettodifferenz zu begleichen, oder wenn die Absicht besteht, die Verbindlichkeit gleichzeitig mit dem Verkauf der zusammenhängenden Vermögenswerte zu begleichen.

k) Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte

Das Anlagevermögen, das aus Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten besteht, wird zu Anschaffungskosten bewertet, vermindert um kumulierte Abschreibungen und Wertminderungen auf etwaige Wertminderung. Der Grad der Abnutzung wird durch kumulierte Abschreibungen dargestellt. Die Anschaffungskosten bestehen aus dem Anschaffungspreis der Vermögenswerte sowie den Anschaffungsnebenkosten (z.B. Transportkosten, Post- und Zollgebühren, Provisionen, Zinsen auf Investitionsdarlehen, die vom Zeitpunkt der Anschaffung bis zum Tag der erstmaligen Nutzung gebucht wurden).

Sachanlagen sowie immaterielle Vermögenswerte werden ratierlich monatlich gemäß dem genehmigten Abschreibungsplan abgeschrieben, und zwar ab dem Monat, in dem der betreffende Vermögensgegenstand erstmalig genutzt wurde. Sie werden anhand der linearen Abschreibungsmethode abgeschrieben, wobei die Höhe der monatlichen Abschreibung als Quotient des abzuschreibenden Wertes und der voraussichtlichen wirtschaftlichen Nutzungsdauer des Vermögenswerts bestimmt wird. Der abzuschreibende Wert sind die Anschaffungskosten, vermindert

um den Wert, für den der Vermögenswert gegenwärtig verkauft werden könnte, wäre er bereits in dem Zustand, der am Ende seiner wirtschaftlichen Nutzungsdauer erwartet wird. Der Verkaufspreis wird nach Berücksichtigung der Aufwendungen für die Verkaufsabwicklung ermittelt.

Der Abschreibungsplan, aus dem handelsrechtliche Abschreibungssätze abgeleitet sind, ist auf Basis der voraussichtlichen wirtschaftlichen Nutzungsdauer des Anlagevermögens wie folgt festgelegt:

ART DES VERMÖGENS	ABSCHREIBUNGSDAUER IN JAHREN
Sachanlagen:	
Gebäude, Bauten, kleine Bauten	50
Gebäudekomponenten	15, 20, 25
Maschinen und Einrichtungen	2, 4, 8, 12, 15, 20
Hardware	4, 5, 6, 8
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2, 3, 5, 6, 8, 15, 20
Möbel	3, 8, 10, 20
Transportmittel	3, 6
Technische Aufwertung des gemieteten Vermögens	nach der voraussichtlichen wirtschaftlichen Nutzungsdauer
Immaterielle Vermögenswerte:	
Software, bewertbare Rechte	5, 10, 20 *

* soweit die Nutzungsdauer gemäß Vertrag nicht kürzer ist

Die voraussichtliche wirtschaftliche Nutzungsdauer sowie die Methode der Abschreibung des Anlagevermögens werden zu jedem Bilanzstichtag überprüft.

Bei Indikationen einer Wertminderung des Anlagevermögens schätzt der Konzern bzw. die Bank dessen voraussichtlichen Wert entweder als den beizulegenden Zeitwert, vermindert um Aufwendungen für den potenziellen Verkauf, oder als den Wert, der durch seine Nutzung erzielt werden kann, je nach dem, welcher höher ist. Die Wertberichtigungen werden so gebildet, dass der Buchwert des Anlagevermögens den in einer solchen Art und Weise ermittelten Wert nicht überschreitet.

Es bestehen keine Einschränkungen der Eigentumsrechte an dem Anlagevermögen des Konzerns bzw. der Bank; es wurden keine Vermögenswerte als Haftung für die Verbindlichkeiten des Konzerns bzw. der Bank verpfändet.

l) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien sind Immobilien (Grundstücke oder Gebäude bzw. wesentliche Teile von Grundstücken oder Gebäuden), die zur Erzielung von Mieteinnahmen bzw. zum Zwecke der Wertsteigerung gehalten und vom Konzern bzw. von der Bank nicht genutzt werden.

Die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien werden zu Anschaffungskosten bewertet, wobei der Grad der Abnutzung indirekt durch kumulierte Abschreibungen berücksichtigt wird. Die Grundsätze für die Ermittlung der An-

schaffungskosten der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien sind mit den Grundsätzen für die Bewertung des Anlagevermögens identisch. Die Anschaffungskosten von Gebäude- und Grundstückteilen, die unter den als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien ausgewiesen sind, werden als Produkt der Relation der Fläche des Gebäude- bzw. Grundstückteils, der zur Erzielung von Mieteinnahmen bzw. zum Zwecke der Marktwertsteigerung gehalten wird, zur gesamten Nutzfläche des Gebäudes bzw. Grundstücks und der gesamten Anschaffungskosten der Gebäudes bzw. Grundstücks berechnet.

Abschreibungen auf die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien werden in derselben Art und Weise berechnet wie Abschreibungen auf Sachanlagen.

Bei Indikationen einer Wertminderung von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien schätzt der Konzern bzw. die Bank deren voraussichtlichen Wert auf Basis eines Gutachtens und bildet Wertberichtigungen so, dass der Buchwert der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien den Wert gemäß Gutachten nicht überschreitet.

Der beizulegende Zeitwert der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien wird für Zwecke der Offenlegung und der Tests auf Wertminderung als Marktwert auf Basis eines Sachverständigengutachtens ermittelt, das anhand der Methode der ortsbezogenen Differenzierung erstellt wird. Der unabhängige Sachverständige verfügt über eine anerkannte und entsprechende professionelle Qualifikation und verfügt über aktuelle Erfahrungen bei der Bewertung von Vermögensgegenständen in ähnlicher Lage und Kategorie.

Die Methode der ortsbezogenen Differenzierung besteht in einer Anpassung des Ausgangswerts des Grundstücks mit einem Koeffizienten der ortsbezogenen Differenzierung, der die Lage und sonstige Faktoren berücksichtigt, welche den Marktwert des Grundstücks am gegebenen Ort und zum gegebenen Zeitpunkt beeinflussen. Der Koeffizient der ortsbezogenen Differenzierung eines Grundstücks wird als Produkt von sechs Koeffizienten berechnet, welche die Gesamtlage des Standortes, die Intensität der Nutzung des Grundstücks, die Verkehrsverhältnisse, die Lage der Immobilie, die bautechnische Infrastruktur sowie andere erhöhende bzw. vermindernde Einflüsse berücksichtigen.

m) Leasing

Der Konzern bzw. die Bank war primär Leasingnehmer im operativen Leasing, bei dem ein bedeutender Teil des Risikos sowie ein bedeutender Teil der aus dem Eigentum resultierenden Vorteile vom Leasinggeber getragen wird. Die im Rahmen des operativen Leasings getätigten Zahlungen werden erfolgswirksam gleichmäßig über die Laufzeit des Leasingvertrags erfasst.

Das Finanzierungsleasing von Sachanlagen, bei dem im Wesentlichen alle mit deren Eigentum verbundenen Risiken und Vorteile auf den Konzern bzw. die Bank übertragen werden, wird in der Bilanz unter dem Aktivposten „Sachanlagen“ entweder in Höhe des zu Beginn des Leasingverhältnisses beizulegenden Zeitwerts des Leasingobjektes

oder mit dem Barwert der Mindestleasingzahlungen (sofern dieser niedriger ist) erfasst. Die entsprechende Verbindlichkeit gegenüber dem Leasinggeber wird in der Bilanz unter dem Aktivposten „Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten“ als Verbindlichkeit aus dem Finanzierungsleasing ausgewiesen. Die Verbindlichkeiten aus dem Leasing sind um den Tilgungsteil vermindert, wobei die mit der Ratenzahlung zusammenhängenden Finanzierungskosten als Zinsaufwendungen in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen werden.

Die in anderen Vereinbarungen enthaltene Miete, einschließlich externer Beschaffung, wird separat ausgewiesen, wenn:

- a) die Erfüllung der Vereinbarung von der Nutzung eines konkreten Vermögensgegenstands oder Vermögensgegenstände abhängig ist, und
- b) die Vereinbarung grundsätzlich dem Konzern bzw. der Bank das Recht gibt, den Vermögensgegenstand zu nutzen.

n) Vorräte

Vorräte am Lager werden zu Anschaffungskosten bewertet, vermindert um etwaige Wertberichtigungen, so dass der Wert des Vorratsvermögens seinen Nettoverrealisationswert nicht überschreitet. Die Anschaffungskosten der Vorräte setzen sich aus sämtlichen Aufwendungen für den Kauf bzw. die Herstellung sowie aus sonstigen Anschaffungsnebenkosten (aufgewendete Kosten, um die Vorräte in derzeitigen Stand auf derzeitigen Ort zu bringen) zusammen.

Bei der Bewertung der Entnahme von am Lager befindlichen Vorräten derselben Art wird die FIFO-Methode verwendet, bei welcher der Preis des ersten Lagerzugangs für den ersten Lagerabgang unterstellt wird, d.h. die Lagerentnahme wird stets mit dem Preis der ältesten am Lager befindlichen Vorräte bewertet.

o) Verbindlichkeiten gegenüber Banken

Verbindlichkeiten gegenüber Banken werden bei ihrer Entstehung zum beizulegenden Zeitwert bewertet, abzüglich etwaiger, mit dem betreffenden Geschäftsvorfall zusammenhängender Transaktionskosten. Nachfolgend werden diese Posten zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet, die anhand der Effektivzinsmethode ermittelt werden.

p) Verbindlichkeiten aus emittierten Schuldverschreibungen

Verbindlichkeiten aus emittierten Schuldverschreibungen werden bei ihrer Entstehung zum beizulegenden Zeitwert bewertet, abzüglich etwaiger, mit dem betreffenden Geschäftsvorfall zusammenhängender Transaktionskosten. Nachfolgend werden diese Posten zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet, die anhand der Effektivzinsmethode ermittelt werden.

q) Spareinlagen der Kunden und sonstige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Spareinlagen der Kunden und sonstige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden werden bei ihrer Entstehung zum beizulegenden Zeitwert bewertet, abzüglich Transaktionskosten, die direkt mit dem Erwerb der Verbindlichkeit zusammenhängen (Provision für den Vertragsabschluss). Nachfolgend werden diese Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet, die anhand der Effektivzinsmethode ermittelt werden. Neben den Transaktionskosten wird auch die Gebühr für den Abschluss des Bausparvertrags über die Spardauer zeitlich abgegrenzt.

r) Rückstellungen

Rückstellungen sind Verpflichtungen mit unbestimmter Fälligkeit und/oder Höhe und werden mit dem Barwert der erwarteten Geldzuflüsse bewertet. Für die Ermittlung einer Rückstellung sind sämtliche Risiken und Ungewissheiten zu berücksichtigen, die unvermeidlich von vielen zusammenhängenden Ereignissen und Umständen begleitet werden. Eine Rückstellung wird gebildet, wenn alle drei folgenden Kriterien erfüllt sind:

- es existiert eine gegenwärtige Verpflichtung (rechtliche oder faktische), die sich aus einem Ereignis in der Vergangenheit ergibt,
- es ist wahrscheinlich, dass zur Erfüllung dieser Verpflichtung ein Abfluss von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen erforderlich ist, und
- es ist eine zuverlässige Schätzung der Höhe der Verpflichtung möglich.

s) Leistungen an Arbeitnehmer

a) Kurzfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer

Kurzfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer, die im zeitlichen und sachlichen Zusammenhang mit der von Konzern- und Bankangestellten geleisteten Arbeit entstehen, werden zum Nominalwert angesetzt und in der Gewinn- und Verlustrechnung unter dem Posten „Personalkosten“ ausgewiesen. Zu kurzfristig fälligen Leistungen an Arbeitnehmer zählen grundsätzlich Löhne und Gehälter sowie die Urlaubsgeldabgeltung.

b) Langfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer

ba) Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Der Konzern bzw. die Bank klassifiziert die mit der Altersversorgung seiner/ihrer Mitarbeiter zusammenhängenden Leistungen in:

- beitragsorientierte Pläne und
- leistungsorientierte Pläne.

Bei beitragsorientierten Plänen werden festgelegte Beiträge an eine eigenständige Institution entrichtet, die zum Zeitpunkt der Entstehung der Verpflichtung zur Beitragsentrichtung in der Gewinn- und Verlustrechnung unter dem Posten „Personalkosten“ ausgewiesen werden. Es handelt

sich dabei sowohl um verbindliche, aufgrund der entsprechenden Rechtsvorschriften an die Sozialversicherungsanstalt bzw. die privaten Rentenverwaltungsgesellschaften gezahlte Sozialversicherungsbeiträge als auch um Beiträge an Zusatzrentenversicherungsanstalten zum freiwilligen zusätzlichen Altersrentensparen, die dann die Verantwortung für die Höhe der ausgezahlten Altersrenten übernehmen. Der Konzern bzw. die Bank ist weder rechtlich noch faktisch zur Zahlung darüber hinausgehender Beiträge verpflichtet, falls die entsprechenden Fonds nicht über ausreichende Vermögenswerte verfügen werden, um die Pensionsansprüche aller Mitarbeiter aus dem laufenden und den vorherigen Geschäftsjahren zu begleichen.

Bei beitragsorientierten Plänen hat der Konzern bzw. die Bank über die Zahlung der Beiträge hinaus keine weiteren Zahlungsverpflichtungen. Die Beiträge werden als mit Leistungen an Arbeitnehmer zusammenhängender Aufwand zum Zeitpunkt der Entstehung der Verpflichtung zur Beitragsentrichtung im zeitlichen und sachlichen Zusammenhang mit der Dienstzeit des Arbeitnehmers erfasst. Vorauszahlungen von Beiträgen werden nur in dem Umfang als Vermögenswerte angesetzt, in dem ein Recht auf eine Minderung künftiger Beiträge besteht.

Leistungsorientierte Pläne (Pläne mit festgelegter Höhe der Altersrente oder einer anderen Leistung) sind sämtliche anderen Pläne, die nicht zu der ersten Kategorie gehören. Bei leistungsorientierten Plänen haftet der Konzern bzw. die Bank für die Rentenleistung, die von einem oder mehreren Faktoren (z. B. Alter, Dienstzeit und Gehalt) abhängig ist.

Die in der Bilanz angesetzte Rückstellung für leistungsorientierte Pläne entspricht dem Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung, berechnet für die Dienstzeit zum Bilanzstichtag, zuzüglich nicht erfasster versicherungsmathematischer Gewinne und abzüglich:

- (a) des beizulegenden Zeitwerts des Planvermögens,
- (b) nicht erfasster versicherungsmathematischer Verluste, und
- (c) des nicht erfassten nachzuerrechnenden Dienstzeitaufwands.

Die leistungsorientierte Verpflichtung wird jährlich vom unabhängigen Versicherungsmathematiker unter Anwendung der Anwartschaftsbarwertmethode („Projected Unit Credit Method“) ermittelt. Der Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung wird berechnet, indem die erwarteten zukünftigen Mittelabflüsse mit dem Zinssatz von Industrieanleihen höchster Bonität abgezinst werden, die auf die Währung lauten, in der auch die Leistungen bezahlt werden, und der Pensionsverpflichtung entsprechende Laufzeiten aufweisen.

Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste, die auf erfahrungsbedingten Anpassungen und Änderungen versicherungsmathematischer Annahmen basieren, werden erfolgswirksam über die gewogene durchschnittliche Restdienstzeit der Arbeitnehmer erfasst, die einen Anspruch auf eine Leistung aus dem entsprechenden Pensionsplan haben. Die anteilig zu erfassenden versicherungsmathemati-

schen Gewinne und Verluste stellen den Überhang des Saldos der kumulierten, nicht erfassten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste zum Ende der vorherigen Berichtsperiode, und zwar separat für jede Art von Verpflichtungen aus Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses, über den höheren der folgenden Beträge dar:

- 10% des Barwerts der leistungsorientierten Verpflichtung für die vorigen Dienstjahre, die zu diesem Zeitpunkt anhand der Anwartschaftsbarwertmethode ermittelt wird (und zwar vor Abzug des Planvermögens), und
- 10% des beizulegenden Zeitwerts eines etwaigen Planvermögens zu diesem Zeitpunkt.

Der nachzuerrechnende Dienstzeitaufwand wird sofort erfolgswirksam erfasst, es sei denn, die Änderungen des Pensionsplans hängen vom Verbleib des Mitarbeiters im Konzern bzw. in der Bank für einen festgelegten Zeitraum ab (Zeitraum bis zum Eintritt der Unverfallbarkeit des Pensionsanspruchs). In diesem Fall wird der nachzuerrechnende Dienstzeitaufwand linear über den Zeitraum bis zum Eintritt der Unverfallbarkeit erfolgswirksam erfasst.

Neben Altersrenten wird auch die einmalige Vergütung bei erster Pensionierung als Leistung nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses betrachtet.

bb) Sonstige langfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer

Zu sonstigen langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber den Angestellten zählen vor allem:

- Vergütungen aus Anlass eines Lebensjubiläums (bei Erreichung des 50. Lebensjahres),
- Vergütungen aus Anlass eines Dienstjubiläums (bei 10- und 20-jährigem Dienstjubiläum), sowie
- Abfindungen an die Vorstandsmitglieder.

Diese und weitere langfristige Verbindlichkeiten gegenüber den Angestellten werden ebenfalls als Rückstellungen gebucht, wobei deren Bewertung ähnlich wie bei Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses festgelegt wird, mit Ausnahme von versicherungsmathematischen Gewinnen und Verlusten sowie Aufwendungen aus der Erhöhung des Anspruchs auf Vergütungen infolge von Änderungen im Sozialplan des Konzerns bzw. der Bank, die sofort bei deren Entstehung als Aufwand erfasst werden. Die Aufwendungen für die Bildung dieser Rückstellungen sind unter dem Posten „Personalkosten“ in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

t) Eigenkapital

Direkte Kosten für die Emission neuer Aktien sind im Eigenkapital als Herabsetzung seines Zugangs (nach Berücksichtigung des Besteuerungseffekts) ausgewiesen.

Dividenden werden als Verminderung des Eigenkapitals erst in dem Bilanzierungszeitraum ausgewiesen, in dem die Hauptversammlung ihre Ausschüttung beschließt. Die von der Hauptversammlung nach dem Bilanzstichtag beschlos-

sene Dividendenausschüttung wird im Anhang zum Einzelabschluss als ein nach dem Bilanzstichtag eingetretenes Ereignis angeführt.

Gesetzliche Rücklage. Nach dem slowakischen Handelsgesetzbuch (Gesetz Nr. 513/1991 GBl. in der geltenden Fassung, im Folgenden „HGB“) hat die Bank mindestens 10% ihres Jahresüberschusses zur gesetzlichen Rücklage zuzuführen, bis deren Höhe mindestens 20% des Grundkapitals beträgt. Seit 2006 tätigt die Bank keine Zuführungen zur gesetzlichen Rücklage, da sie dieser Verpflichtung im Jahr 2005 vollständig nachgekommen ist. Die gesetzliche Rücklage darf nicht für Dividendenausschüttungen, sondern nur zur Verlustdeckung verwendet werden.

Sonstige Rücklagen. Zu den sonstigen Rücklagen der Bank zählen der Fonds zur Absicherung des Kreditrisikos, der Fonds für karitative Zwecke und der Fonds für Wohnungswirtschaftsförderung. Diese Fonds sind nicht für Dividendenausschüttungen bestimmt. Der Fonds zur Absicherung des Kreditrisikos dient zur Deckung unerwarteter Verluste aus dem Kreditrisiko, die bei der Ausbuchung bzw. Abtretung von Forderungen aus Darlehen entstehen können. Der Fonds für karitative Zwecke wurde aufgrund des Beschlusses der Aktionäre gebildet, um Spenden für gemeinnützige Zwecke zu gewähren. Der Fonds für Wohnungswirtschaftsförderung wurde zwecks mit dem Wohnungsbau zusammenhängender Spendentätigkeit gebildet.

u) Verfahren zur Bilanzierung von Zinserträgen und -aufwendungen, Methoden für den Ausweis von Einnahmen aus wertgeminderten Aktiva einschließlich Zinsen

Die mit den Aktiva und Passiva zusammenhängenden Zinserträge und Zinsaufwendungen werden zusammen mit diesen Aktiva und Passiva erfasst.

Zinserträge aus Darlehen, auf die eine Wertberichtigung gebildet wurde (im Folgenden „wertgeminderte Darlehen“), werden anhand des Zinssatzes berechnet, der zur Abzinsung künftiger Zahlungsmittelflüsse für die Ermittlung der Höhe der Wertberichtigung verwendet wurde.

Die Zinserträge und Zinsaufwendungen aus Wertpapieren werden anhand der Effektivzinismethode gebucht. Als Zinserträge bzw. als Minderung der Zinserträge werden der Diskont oder die Prämie, d.h. die aufgelaufene Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem Nominalwert der Staatsanleihe, sowie der aufgelaufene Zins aus dem Coupon gebucht. Für die Dauer des Haltens von Staatsanleihen werden Zinserträge aus dem Coupon mit ihrer Bruttohöhe erfasst.

v) Bilanzierung von Gebühren und Provisionen

Erhaltene Gebühren für die Darlehensverarbeitung und die an Bausparvermittler ausgezahlten Provisionen für Bauspardarlehen werden sowohl in die Darlehensbewertung als auch in die Berechnung des Effektivzinssatzes mit einbezogen. Erhaltene Gebühren für den Abschluss von Darlehensverträgen bzw. für die Erhöhung der Bausparsumme

sowie die damit zusammenhängenden, an Bausparvermittler ausgezahlten Provisionen werden sowohl in die Bewertung der Kundeneinlagen als auch in die Berechnung des Effektivzinssatzes mit einbezogen.

Sämtliche anderen Gebühren, die mit Bausparen oder mit Bauspar- und Zwischenfinanzierungsdarlehen zusammenhängen (z.B. die Gebühr für die Kündigung des Bausparvertrags, die Gebühr für die Änderung des Tarifs, die Gebühr für einen Wechsel bzw. die Gebühr für die Übertragung des Bauspardarlehens auf einen Dritten) stellen einen Ertrag zum Zeitpunkt der Dienstleistungserbringung dar und werden nicht in die Bewertung des Bausparens bzw. des Bauspar- und Zwischenfinanzierungsdarlehen mit einbezogen.

x) Besteuerung

Fällige und latente Steuerforderungen und Steuerverbindlichkeiten werden separat von sonstigen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Die in der Gewinn- und Verlustrechnung für die Berichtsperiode ausgewiesene Steuer besteht aus der fälligen Steuerschuld für den Bilanzierungszeitraum und aus der latenten Steuer. Die Steuerbemessungsgrundlage für die fällige Körperschaftsteuer wird in zwei Schritten aus dem im Einzelabschluss ausgewiesenen Gewinn vor Steuern berechnet, der zunächst anhand der in einer vom slowakischen Finanzministerium erlassenen allgemein verbindlichen Rechtsvorschrift festgelegten Methode, und nachfolgend durch Hinzurechnung der das Jahresergebnis erhöhenden und unter Abzug der das Jahresergebnis vermindernenden Posten angepasst wird.

Latente Steuern (latente Steuerforderung bzw. latente Steuerverbindlichkeit) resultieren aus temporären Differenzen zwischen dem in der Bilanz ausgewiesenen Buchwert der Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten und deren Steuerwert. Eine latente Steuerforderung wird lediglich in der Höhe angesetzt, in der es wahrscheinlich ist, dass ein zu versteuerndes Ergebnis verfügbar sein wird, gegen das die temporären Differenzen verwendet werden können.

Latente Steuern werden anhand des Steuersatzes berechnet, der zum Zeitpunkt der Begleichung der latenten Steuern (d.h. der Realisierung einer Steuerforderung oder Erfüllung einer Steuerverbindlichkeit) erwartet wird.

y) Tätigkeiten, für welche der Konzern bzw. die Bank von anderen juristischen Personen bevollmächtigt ist

Die Bank verwaltet die EDV-Technologien und führt buchhalterische und steuerliche Aufzeichnungen für ihre Tochtergesellschaften DomBytGLOBAL, spol. s r. o. und DomBytDevelopment, s.r.o. Die Bank erfasst einen Ertrag in Höhe des vereinbarten Entgelts für die von ihr erbrachten Dienstleistungen in der Berichtsperiode, in der sie diese Dienstleistungen erbracht hat.

Der Konzern bzw. die Bank übt keine weiteren Tätigkeiten aus, für welche sie von anderen juristischen Personen bevollmächtigt wäre.

z) Wertminderungen bei sonstigen nicht finanziellen Vermögenswerten

Zu jedem Bilanzstichtag wird ermittelt, ob irgendwelche Indikatoren der Wertminderung von sonstigen nicht finanziellen Vermögenswerten vorliegen. Wenn solche Anzeichen bestehen, wird der erzielbare Betrag dieser Vermögenswerte geschätzt. Der erzielbare Betrag² stellt den höheren Betrag aus beizulegendem Zeitwert des Vermögenswertes abzüglich Veräußerungskosten und seinem Nutzungswert³ dar. Ist der Buchwert des Vermögenswertes höher als der erzielbare Betrag, wird eine Wertberichtigung gebucht.

aa) Eingebettete derivative Finanzinstrumente

Der Zinsbonus und die Gebühr für die vorzeitige Kündigung des Bausparvertrags haben den Charakter von eingebetteten derivativen Finanzinstrumenten. Ihre wirtschaftlichen Charakteristika und Risiken sind jedoch ihnen nur sehr ähnlich, daher ist es nicht möglich, sie vom Basisvertrag abzutrennen.

ab) Sonderabgabe für Finanzinstitute

Mit Wirkung vom 1. Januar 2012 wurde das *Gesetz Nr. 384/2011 BGl. über eine Sonderabgabe für bestimmte Finanzinstitute und über Ergänzungen einiger weiterer Gesetze* verabschiedet. Die Abschlagszahlung für das erste Quartal 2012 wird aus der angepassten Höhe der im Jahresabschluss der Bank zum 31. Dezember 2011 ausgewiesenen Passiva ermittelt. Diese Abgabe wird erst-mals im Jahresabschluss der Bank für das Geschäftsjahr 2012 ausgewiesen.

ac) Vorjahresangaben

Die Vorjahresangaben wurden, falls erforderlich, angepasst, um sie mit den Angaben der laufenden Berichtsperiode vergleichen zu können.

Daher entstand ein Unterschiedsbetrag gegenüber dem Jahresabschluss des Konzerns bzw. der Bank zum 31. Dezember 2010 in diesen Posten der GuV-Rechnung: „Bezogene Dienstleistungen und ähnliche Aufwendungen“ sowie „Personalkosten“.

Der Unterschiedsbetrag in den Posten der GuV-Rechnung ist der Umbuchung des finanziellen Beitrags zur Mitarbeiterverpflegung in Höhe von EUR 5 Tsd. in 2010 zwecks einer getreueren Darstellung der Verpflegungskosten aus dem Posten „Personalkosten“ in den Posten „Bezogene Dienstleistungen und ähnliche Aufwendungen“ zuzuschreiben.

² englischer Begriff „recoverable amount“

³ englischer Begriff „value in use“

(4) SCHÄTZUNGEN UND BEURTEILUNGEN BEI DER ANWENDUNG DER BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Der Konzern bzw. die Bank trifft Einschätzungen und Annahmen, welche die Höhe der Aktiva und Passiva beeinflussen. Diese Einschätzungen und Annahmen, die stets neu beurteilt werden, basieren auf Erfahrungen und sonstigen Faktoren einschließlich der Einschätzung künftiger Ereignisse, welche unter gegebenen Umständen für angemessen gehalten werden.

a) Wertberichtigungen auf Forderungen und Forderungsausbuchungen

Mindestens einmal monatlich wird das Darlehensportfolio auf eventuelle Wertminderungen überprüft. Bei der Entscheidung, ob im Jahresergebnis Wertminderungsverluste berücksichtigt werden sollen, wird beurteilt, ob Informationen zur Verfügung stehen, die eine quantifizierbare Wertminderung der erwarteten Geldzuflüsse aus dem Darlehensportfolio indizieren, noch bevor diese Wertminderung auf individueller Basis beurteilt werden kann.

Eine Indikation für eine Wertminderung ist z.B. eine Verschlechterung der Zahlungsdisziplin der Schuldner innerhalb einer Darlehensgruppe oder veränderte nationale Wirtschaftsbedingungen, die direkt Einfluss auf die Zahlungsdisziplin der Schuldner in der Darlehensgruppe haben.

Bei der Ermittlung der künftigen geschätzten Geldzuflüsse nimmt die Geschäftsleitung des Konzerns bzw. der Bank Einschätzungen vor, die auf historischen Erfahrungen über Verluste vergleichbarer Gruppen von Aktiva mit demselben Kreditrisiko basieren. Die für die Einschätzung der Höhe und der zeitlichen Planung der künftigen Geldzuflüsse verwendeten Methoden und Annahmen werden regelmäßig überprüft, um die Differenz zwischen erwarteten und tatsächlichen Verlusten zu minimieren.

Eine Änderung der Einschätzung der erwarteten Rentabilität bei der Forderungseintreibung, die einen Hauptparameter für die Berechnung von Pauschalwertberichtigungen darstellt, um 5% nach unten würde zur Erhöhung von Wertberichtigungen um EUR 1.624 Tsd. (+2,6%) (zum 31. Dezember 2010: um EUR 1.201 Tsd. bzw. +2,1%) führen.

b) Bis zur Endfälligkeit zu haltende Wertpapiere

Börsennotierte Wertpapiere mit festen oder bestimmbareren Zahlungen und einer festen Laufzeit werden als bis zur Fälligkeit zu haltende Wertpapiere gemäß IAS 39, *Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung* klassifiziert. Diese Klassifizierung bedingt eine Einschätzung des Konzerns bzw. der Bank, wobei die Absicht und Möglichkeit beurteilt wird, diese Wertpapiere bis zur Endfälligkeit zu halten. Falls der Konzern bzw. die Bank diese Wertpapiere aus anderen als spezifischen Gründen (z.B. Verkauf eines unwesentlichen Teils des Portfolios kurz vor dem Fälligkeitstermin) nicht bis zur Endfälligkeit halten wird, hat er/sie diese gesamte Kategorie von Wertpapieren zu den zur Veräußerung verfügbaren

baren Wertpapieren umzuklassifizieren. In diesem Fall würde der Konzern bzw. die Bank diese Wertpapiere zum beizulegenden Zeitwert bewerten, was zur Herabsetzung des Buchwertes dieser Wertpapiere um EUR 2.014 Tsd. (zum 31. Dezember 2010: Erhöhung um EUR 2.041 Tsd.) führen würde.

c) Zins- und Treuebonus

Die Verbindlichkeit aus dem Zinsbonus wird gemäß Artikel IXa. der *Allgemeinen Geschäftsbedingungen für Bausparverträge* in der Fassung vom Januar 2009 ermittelt. Der Zinsbonus wird aus gutgeschriebenen Zinsen an jene Bausparer ausgezahlt, die auf den Anspruch auf das Bauspardarlehen verzichten und den Bausparvertrag nach 6-jähriger Sparperiode im Rahmen der neuen Tarife mit 2%-iger jährlicher Einlagenverzinsung bei Bausparverträgen mit Abschlussdatum bis zum 31. Januar 2005 und der klassischen Tarife mit 3%-iger jährlicher Einlagenverzinsung bei Bausparverträgen mit Abschlussdatum bis zum 31. März 2000, bzw. Juniortarif Extra bis zum 31. März 2001 kündigen. Der Zinsbonus bezieht sich ebenfalls auf Verträge mit bestimmten Tarifen, die in den Jahren 2007-2009 und in 2011 abgeschlossen wurden.

Die Basis für die Berechnung der Verbindlichkeit sind die dem Bausparkonto des Kunden (einer natürlichen Person) tatsächlich gutgeschriebenen Zinsen auf nicht gekündigte Bausparverträge, die in den obigen Zeiträumen abgeschlossen wurden, falls der Bausparer kein Zwischenfinanzierungsdarlehen in Anspruch genommen hat. Die vertragliche Höhe des Zinsbonus beträgt 30%, 40% oder 50% aus gutgeschriebenen Zinsen für Tarife je nach Sparperiode und bezieht sich auf Verträge, die vor dem Jahr 2007 abgeschlossen wurden. In den Jahren 2007-2009 hat die Bank den Zinsbonus neuen Kunden gewährt. Seine Höhe betrug 7% - 7,5% für das erste, 4% für das zweite und 1% für das dritte Sparjahr für Bausparverträge mit 2%-iger jährlicher Einlagenverzinsung. Der Anspruch auf den Zinsbonus entsteht dem Bausparer genau 6 Jahre nach Abschluss des Bausparvertrags, falls er in dieser Periode sämtliche folgenden Bedingungen erfüllt: er wird den Vertrag nicht kündigen, kein Zwischenfinanzierungsdarlehen beantragen, keinen Anspruch auf ein Bauspardarlehen geltend machen (einschließlich der Zuteilung der Bausparsumme), keine Zusammenfügung, Spaltung oder Übertragung des Vertrags sowie keine Änderung der Tarife beantragen. In 2011 wurde der Zinsbonus lediglich auf Kundenverträge mit einem Zinssatz von 2% p.a. gewährt und er bezieht sich auf die im Februar und März abgeschlossenen Bausparverträge mit einer vereinbarten Bindungsfrist von 2 bis 10 Jahren. Die Basis für die Ermittlung des Zinsbonus für 2011 bilden die für 1 Sparjahr erzielten Zinsen, die dann mit der vereinbarten Bindungsfrist multipliziert werden. Für Zwecke der Ermittlung der Höhe der Rückstellung wird bei den Berechnungen die erwartete Bindungsfrist und die Wahrscheinlichkeit der Gutschrift des Zinsbonus, die mit der steigenden erwarteten Bindungsfrist fällt, verwendet.

Grundlegend für die Schätzung der Höhe der Verbindlichkeit aus dem Zinsbonus ist der Anteil der Verträge jener Bausparer, die auf die Darlehenszuteilung verzichten werden. Aufgrund der bisherigen Entwicklung ähnlicher Ver-

träge und unter Berücksichtigung des Alters des Bausparvertrags wurde dieser Anteil zwischen 33% und 97,1% festgelegt. Wäre der Anteil solcher Verträge um 10% höher als die Schätzung des Konzern- bzw. Bankmanagements, wäre der Gewinn für 2011 um EUR 999 Tsd. (2010: um EUR 708 Tsd.) niedriger. Wäre aber der Anteil solcher Verträge um 10% niedriger als die Schätzung des Konzern- bzw. Bankmanagements, wäre der Gewinn für 2011 um EUR 1.765 Tsd. (2010: um EUR 1.497 Tsd.) höher.

Der Zinsbonus wird in die Bewertung der Bauspareinlagen zu fortgeführten Anschaffungskosten mit einbezogen, die anhand der Effektivzinismethode ermittelt werden.

Um sechs- und mehrjährige Bausparverträge zu fördern, gewährt der Konzern bzw. die Bank auf Basis eines abgeschlossenen Zusatzes zum Bausparvertrag einen Treuebonus in Form eines zusätzlichen Zinssatzes zwischen 0,3% bis zu 1,0% p.a.

Falls dieser angepasste Zinssatz zum Zeitpunkt des Zusatzabschlusses höher ist als der Zinssatz von vergleichbaren, von anderen Banken gewährten Termineinlagen, ermittelt der Konzern bzw. die Bank den resultierenden Verlust und schätzt die entsprechende Verbindlichkeit. Die sich aus dieser Schätzung ergebende Erhöhung der Zinsaufwendungen betrug im Berichtsjahr EUR 449 Tsd. (2010: EUR 509 Tsd.).

d) Rückstellungen

Auch mit Hilfe von Anwälten sowie eines unabhängigen Versicherungsmathematikers nimmt der Konzern bzw. die Bank regelmäßige Analysen und Einschätzungen vor, um so genau wie möglich die Wahrscheinlichkeit, die zeitliche Planung sowie die Beträge bezüglich des voraussichtlichen Abflusses von Ressourcen in einzelnen Fällen zu bestimmen, so wie sie im Abschnitt (23) – Rückstellungen beschrieben sind. Unterscheidet sich die Höhe des tatsächlichen Ressourcenabflusses von der Höhe der betreffenden Rückstellung, wird die Differenz im Jahresergebnis des Bilanzierungszeitraums berücksichtigt, in dem die Schätzung präzisiert wird.

e) Latente Steuerforderung aus Wertberichtigungen auf Forderungen

Bis zum 31. Dezember 2007 waren die in Übereinstimmung mit IAS 39, *Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung* erfassten Wertberichtigungen auf Forderungen aus Darlehen in voller Höhe steuerlich abzugsfähig. Gemäß der vor dem 31. Dezember 2007 verabschiedeten Novelle zum slowakischen Ertragsteuergesetz (Gesetz Nr. 595/2003 GBl. in der geltenden Fassung, im Folgenden „EStG“) sind Wertberichtigungen und die Ausbuchung bzw. Veräußerung von Forderungen nur dann in voller Höhe steuerlich abzugsfähig, wenn sie mehr als 3 Jahre überfällig sind. Nach den Übergangsbestimmungen hat der Konzern bzw. die Bank in den Jahren 2008 und 2009 einen wesentlichen Teil der zum 31. Dezember 2007 gebildeten Wertberichtigungen besteuert und hat nachfolgend die neuen Regeln für die Bildung von steuerlich abzugsfähigen Wertberichti-

gungen angewendet. Der Konzern bzw. die Bank erwartet, dass die so entstandene latente Steuerforderung durch künftige steuerlich abzugsfähige Aufwendungen zum Zeitpunkt der Ausbuchung oder Veräußerung der Forderungen des Konzerns bzw. der Bank in künftigen Berichtsperioden realisiert wird. Der Konzern bzw. die Bank nimmt an, dass sie in den Folgejahren nur solche Forderungen aus Darlehen ausbuchen bzw. abtreten wird, die älter als 3 Jahre sein werden. Aufgrund dieser Annahme hat der Konzern bzw. die Bank in diesem Jahresabschluss die Bewertung der latenten Steuerforderung aus Wertberichtigungen auf Darlehen nicht herabgesetzt.

f) Wertminderung von immateriellen Vermögenswerten im Bau

Zu immateriellen Vermögenswerten der Bank zählt auch die IBP Basissoftware für Banken im Buchwert von EUR 8.790 Tsd. EUR (zum 31. Dezember 2010: EUR 9.084 Tsd.). Davon entfallen EUR 856 Tsd. (zum 31. Dezember 2010: EUR 1.856 Tsd.) auf langfristige Projektarbeiten zur Erweiterung der bisherigen Funktionalität, die in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres eingestellt wurden und in der ursprünglichen Form nicht mehr realisiert werden. Aufgrund dieser Tatsache und infolge einer umsichtigen Behandlung und Absicherung gegen potenzielle Betriebsrisiken wurde 2010 ein Test auf Wertminderung dieser immateriellen Vermögenswerte durchgeführt, der die Notwendigkeit der Bildung einer Wertberichtigung in Höhe von 100% der Anschaffungskosten (d.h. EUR 1.856 Tsd.) ergab.

g) Wertminderung von Sachanlagen

Zu den Sachanlagen des Konzerns gehört auch ein für den Wohnungsbau bestimmtes Grundstück im Buchwert von EUR 1.558 Tsd. (zum 31. Dezember 2010: EUR 1.558 Tsd.). Die Bauarbeiten an dem Wohnhaus wurden in 2010 eingestellt. Im Hinblick auf die Volatilität der Immobilienpreise im betreffenden Gebiet besteht eine Unsicherheit bezüglich des Grundstückswerts, wobei sein Marktwert im Wesentlichen von der Lage, der Grundstücksfläche und vom Gebietsplan abhängig ist. Aufgrund dieser Tatsachen hat der Konzern in 2010 eine Wertberichtigung auf dieses Grundstück in Höhe von EUR 816 Tsd. gebildet. In 2011 wurde diese Wertberichtigung auf EUR 824 Tsd. herabgesetzt. Der Grundstückswert wurde auf Basis eines Sachverständigen-gutachtens ermittelt. Da das Grundstück im Besitz der Tochtergesellschaft der Bank ist, wurde seine Wertminderung durch eine Wertberichtigung auf die Anteile an verbundenen Unternehmen im Einzelabschluss berücksichtigt (siehe Abschnitt (12) – Anteile an verbundenen Unternehmen).

h) Volatilität an den internationalen Finanzmärkten

Die kritische Finanzsituation einiger Länder des Euroraums sowie andere Risiken können ebenfalls eine negative Auswirkung auf die slowakische Wirtschaft haben.

Die ungünstige Situation auf den Finanzmärkten beeinflusst negativ den Wert des Darlehensportfolios des Konzerns

bzw. der Bank. Im Einklang mit den IFRS werden Wertberichtigungen auf Darlehen lediglich auf Verluste gebildet, die objektiv erlitten wurden, wobei keine Wertberichtigungen auf Verluste gebildet werden dürfen, zu denen es infolge künftiger Ereignisse erst kommen wird, ungeachtet dessen, wie wahrscheinlich diese künftigen Ereignisse und Verluste sind.

Die Geschäftsleitung des Konzerns bzw. der Bank sieht sich nicht im Stande, die Auswirkungen einer möglichen weiteren Vertiefung der Finanzkrise und Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation des Landes auf die künftige Finanzlage des Konzerns bzw. der Bank verlässlich einzuschätzen. Aufgrund der vorgenommenen Analysen hat die Geschäftsleitung Maßnahmen zur Sicherstellung der Liquidität und der Kreditbonität des Konzerns bzw. der Bank getroffen.

(5) SEGMENTBERICHTERSTATTUNG

Der Konzern bzw. die Bank nimmt keine Analyse nach Segmenten vor, da er/sie als Ganzes ein Berichtssegment darstellt. Er/Sie übt ihre Tätigkeit ausschließlich in der Slowakei aus und hat keine Aktivitäten sowie keine langfristigen Vermögenswerte im Ausland.

(6) ANALYSE FINANZIELLER VERMÖGENSWERTE UND FINANZIELLER VERBINDLICHKEITEN NACH BEWERTUNGSKATEGORIEN

Finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten werden entweder zum beizulegenden Zeitwert oder zu fortgeführten, anhand der Effektivzinsmethode ermittelten Anschaffungskosten bewertet. Die Übersicht über wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Abschnitt (3) erläutert die Bewertung einzelner Kategorien der Finanzinstrumente. Die folgende Tabelle analysiert den Buchwert der finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verbindlichkeiten nach ihren Klassen und nach einzelnen Kategorien (Darlehen und Forderungen, bis zur Endfälligkeit zu haltende finanzielle Vermögenswerte, zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete, zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Verbindlichkeiten, zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten), die in IAS 39, *Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung* definiert sind.

ABSTIMMUNG DER BILANZ DES KONZERNS MIT IAS 39 ZUM 31. DEZEMBER 2011 (in Tsd. EUR)	Darlehen und Forderungen	Bis zur Endfälligkeit zu haltende finanziel- le Vermögenswerte	Zur Veräußerung verfügbare finan- zielle Vermögens- werte	Summe Buchwert	Beizulegender Zeitwert
Darlehen und andere Forderun- gen an die NBS	501	-	-	501	501
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Staatsanlei- hen	-	-	87.892	87.892	87.892
Forderungen an Banken	70.509	-	-	70.509	70.509
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Wertpapiere	-	226.441	-	226.441	224.507
Bauspardarlehen	382.406	-	-	382.406	380.666
Aus Finanzmitteln außerhalb des Bausparfonds finanzierte					
Darlehen für Bauzwecke	2.447	-	-	2.447	2.451
Zwischenfinanzierungs-darlehen	1.383.402	-	-	1.383.402	1.422.517
Sonstige Darlehen	443	-	-	443	383
Zu Anschaffungskosten bewerte- te Aktien	-	-	149	149	siehe Abschnitt (8)
Sonstige finanzielle Vermögens- werte	1.458	-	-	1.458	1.458
Summe finanzielle Vermögenswerte	1.841.166	226.441	88.041	2.155.648	2.190.884
ABSTIMMUNG DER BILANZ DES KONZERNS MIT IAS 39 ZUM 31. DEZEMBER 2011 (in Tsd. EUR)	Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete, zu Handels- zwecken gehaltene finanzielle Verbindlichkeiten	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	Unter der Bilanz stehende Verbind- lichkeiten	Summe Buchwert	Beizulegender Zeitwert
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	-	-	-	-	-
Verbindlichkeiten aus emittierten Schuldverschreibungen	-	33.474	-	33.474	34.303
Spareinlagen der Kunden	-	1.902.106	-	1.902.106	1.897.309
Sonstige Verbindlichkeiten ge- genüber Kunden	-	7.065	-	7.065	7.065
Sonstige finanzielle Verbindlich- keiten	-	4.268	-	4.268	4.268
Darlehenszusagen	-	-	54.263	54.263	145
Summe finanzielle Verbindlichkeiten und Darlehenszusagen	-	1.946.913	54.263	2.001.176	1.943.090

ABSTIMMUNG DER BILANZ DER BANK MIT IAS 39 ZUM 31. DEZEMBER 2011 (in Tsd. EUR)	Darlehen und Forderungen	Bis zur Endfälligkeit zu haltende finanziel- le Vermögenswerte	Zur Veräußerung verfügbare finan- zielle Vermögens- werte	Summe Buchwert	Beizulegender Zeitwert
Darlehen und andere Forderun- gen an die NBS Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Staatsanlei- hen	501	-	-	501	501
Forderungen an Banken Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Wertpapiere	69.128	-	87.892	69.128	69.128
Bauspardarlehen Aus Finanzmitteln außerhalb des Bausparfonds finanzierte Darlehen für Bauzwecke	-	226.441	-	226.441	224.507
Zwischenfinanzierungs-darlehen	382.406	-	-	382.406	380.666
Sonstige Darlehen	2.447	-	-	2.447	2.451
Zu Anschaffungskosten bewerte- te Aktien	1.383.402	-	-	1.383.402	1.422.517
Sonstige finanzielle Vermögens- werte	443	-	-	443	383
	-	-	149	149	siehe Abschnitt (8)
Summe finanzielle Vermögenswerte	1.839.785	226.441	88.041	2.154.267	2.189.503

ABSTIMMUNG DER BILANZ DER BANK MIT IAS 39 ZUM 31. DEZEMBER 2011 (in Tsd. EUR)	Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete, zu Handels- zwecken gehaltene finanzielle Verbindlichkeiten	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	Unter der Bilanz stehende Verbindlichkeiten	Summe Buchwert	Beizulegender Zeitwert
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	-	-	-	-	-
Verbindlichkeiten aus emittierten Schuldverschreibungen	-	33.474	-	33.474	34.303
Spareinlagen der Kunden	-	1.902.106	-	1.902.106	1.897.309
Sonstige Verbindlichkeiten ge- genüber Kunden	-	7.065	-	7.065	7.065
Sonstige finanzielle Verbindlich- keiten	-	4.267	-	4.267	4.267
Darlehenszusagen	-	-	54.263	54.263	145
Summe finanzielle Verbindlichkeiten und Darlehenszusagen	-	1.946.912	54.263	2.001.175	1.943.089

ABSTIMMUNG DER BILANZ DES KONZERNS MIT IAS 39 ZUM 31. DEZEMBER 2010 (in Tsd. EUR)	Darlehen und Forderungen	Bis zur Endfälligkeit zu haltende finanziel- le Vermögenswerte	Zur Veräußerung verfügbare finan- zielle Vermögens- werte	Summe Buchwert	Beizulegender Zeitwert
Darlehen und andere Forderun- gen an die NBS Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Staatsanlei- hen	444	-	-	444	444
Forderungen an Banken Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Wertpapiere	96.405	-	83.193	83.193	83.193
Bauspardarlehen Aus Finanzmitteln außerhalb des Bausparfonds finanzierte Darlehen für Bauzwecke	357.415	-	-	357.415	355.765
Zwischenfinanzierungsdarlehen	2.448	-	-	2.448	2.451
Sonstige Darlehen	1.375.647	-	-	1.375.647	1.436.667
Sonstige Darlehen	468	-	-	468	410
Zu Anschaffungskosten bewerte- te Aktien	-	-	149	149	siehe Abschnitt (8)
Sonstige finanzielle Vermögens- werte	2.354	-	-	2.354	2.354
Summe finanzielle Vermögenswerte	1.835.181	137.516	83.342	2.056.039	2.117.254

ABSTIMMUNG DER BILANZ DES KONZERNS MIT IAS 39 ZUM 31. DEZEMBER 2010 (in Tsd. EUR)	Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete, zu Handels- zwecken gehaltene finanzielle Verbindlichkeiten	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	Unter der Bilanz stehende Verbindlichkeiten	Summe Buchwert	Beizulegender Zeitwert
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	-	2.301	-	2.301	2.301
Verbindlichkeiten aus emittierten Schuldverschreibungen	-	33.450	-	33.450	32.418
Spareinlagen der Kunden	-	1.801.733	-	1.801.733	1.796.931
Sonstige Verbindlichkeiten ge- genüber Kunden	-	4.415	-	4.415	4.415
Sonstige finanzielle Verbindlich- keiten	-	5.334	-	5.334	5.334
Darlehenszusagen	-	-	73.143	73.143	683
Summe finanzielle Verbindlichkeiten und Darlehenszusagen	-	1.847.233	73.143	1.920.376	1.842.082

ABSTIMMUNG DER BILANZ DER BANK MIT IAS 39 ZUM 31. DEZEMBER 2010 (in Tsd. EUR)	Darlehen und Forderungen	Bis zur Endfälligkeit zu haltende finanziel- le Vermögenswerte	Zur Veräußerung verfügbare finan- zielle Vermögens- werte	Summe Buchwert	Beizulegender Zeitwert
Darlehen und andere Forderun- gen an die NBS	444	-	-	444	444
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Staatsanlei- hen	-	-	83.193	83.193	83.193
Forderungen an Banken	95.149	-	-	95.149	95.149
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Wertpapiere	-	137.516	-	137.516	139.565
Bauspardarlehen	357.415	-	-	357.415	355.765
Aus Finanzmitteln außerhalb des Bausparfonds finanzierte					
Darlehen für Bauzwecke	2.448	-	-	2.448	2.451
Zwischenfinanzierungsdarlehen	1.375.647	-	-	1.375.647	1.436.667
Sonstige Darlehen	468	-	-	468	410
Zu Anschaffungskosten bewerte- te Aktien	-	-	149	149	siehe Abschnitt (8)
Sonstige finanzielle Vermögens- werte	2.171	-	-	2.171	2.171
Summe finanzielle Vermögenswerte	1.833.742	137.516	83.342	2.054.600	2.115.815

ABSTIMMUNG DER BILANZ DER BANK MIT IAS 39 ZUM 31. DEZEMBER 2010 (in Tsd. EUR)	Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete, zu Handels- zwecken gehaltene finanzielle Verbindlichkeiten	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	Unter der Bilanz stehende Verbind- lichkeiten	Summe Buchwert	Beizulegender Zeitwert
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	-	2.301	-	2.301	2.301
Verbindlichkeiten aus emittierten Schuldverschreibungen	-	33.450	-	33.450	32.418
Spareinlagen der Kunden	-	1.801.733	-	1.801.733	1.796.931
Sonstige Verbindlichkeiten ge- genüber Kunden	-	4.415	-	4.415	4.415
Sonstige finanzielle Verbindlich- keiten	-	5.350	-	5.350	5.350
Darlehenszusagen	-	-	73.143	73.143	683
Summe finanzielle Verbindlichkeiten und Darlehenszusagen	-	1.847.249	73.143	1.920.392	1.842.098

Die obigen Darlehenszusagen stellen vorbehaltlose Darlehenszusagen aus den genehmigten Darlehensverträgen dar. Be-
dingte Darlehenszusagen sind im Abschnitt (39) angeführt.

(7) DARLEHEN UND ANDERE FORDERUNGEN AN DIE NATIONALBANK DER SLOWAKEI

Die Mindestpflichtreserven (im Folgenden auch „MPR“) bestehen aus Einlagen, welche eine Bank bei der NBS verbindlich
gemäß den geltenden Rechtsvorschriften zu halten hat. Nach den Rechtsvorschriften der NBS ist seit 1. Januar 2009 die
Höhe der Mindestpflichtreserven für Bausparkassen auf Null festgelegt.

Die Termineinlagen des Konzerns bzw. der Bank bei der NBS haben eine vertragliche Laufzeit von bis zu 3 Monaten.

(8) ZUR VERÄUSSERUNG VERFÜGBARE WERTPAPIERE

Unter den zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren hält der Konzern bzw. die Bank Staatsanleihen und Aktien in Han-
delsgesellschaften, in denen sein/ihr Anteil am Stamm- bzw. Grundkapital oder an Stimmrechten nicht höher als 20% ist.

a) Staatsanleihen

Zum 31. Dezember 2011 betrug der beizulegende Zeitwert der Staatsanleihen im Portfolio des Konzerns bzw. der Bank insgesamt EUR 87.872 Tsd. (zum 31. Dezember 2010: EUR 83.193 Tsd.). Der Betrag von EUR 52.773 (zum 31. Dezember 2010: EUR 81.226 Tsd.) ist mehr als ein Jahr nach dem Bilanzstichtag fällig.

Der beizulegende Zeitwert der zur Veräußerung verfügbaren Staatsanleihen ist nach Stufe 2 (siehe Abschnitt (3), Buchst. g)) ermittelt, die auf Basis der indizierten, von der Wertpapierbörse in Bratislava veröffentlichten Preisen von Staatsanleihen festgelegt ist. Sämtliche Staatsanleihen, welche der Konzern bzw. die Bank im zur Veräußerung verfügbaren Portfolio hält, zählen zu den sog. Referenzstaatsanleihen, die in die Ertragskurve mit einbezogen sind. Die indizierten Preise dieser Staatsanleihen werden aus dem Mittelwert der besten Börsennotierung des Börsentages im Eigenhändlermodul abgeleitet, soweit am gegebenen Tag kein börsenkursbildendes Geschäft abgewickelt wurde.

b) Aktien

Zum 31. Dezember 2011 hält der Konzern bzw. die Bank im Portfolio der zur Veräußerung verfügbaren Wertpapiere Aktien der RVS, a.s. (im Folgenden „RVS“) im Wert von EUR 149 Tsd. (zum 31. Dezember 2010: EUR 149 Tsd.), die an keiner in- oder ausländischen Börse bzw. auf keinem öffentlichen Markt gehandelt werden. Zum 31. Dezember 2011 betrug der Anteil des Konzerns bzw. der Bank am Grundkapital der RVS 2.180% (zum 31. Dezember 2010: 2,180%). Die Aktien der RVS sind zu Anschaffungskosten bewertet, da sie nicht börsennotiert sind und keine Angaben zur Verfügung standen, auf deren Grund diese Investition zuverlässig zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden könnte. Die Aktien der RVS könnten ggf. realisiert werden, wenn sie von der RVS selbst als eigene Aktien erworben würden, so wie es im Jahr 2005 geschehen ist. Der Konzern bzw. die Bank rechnet mit keiner Realisierung dieser Aktien innerhalb eines Jahres nach dem Bilanzstichtag.

(9) FORDERUNGEN AN BANKEN

FORDERUNGEN AN BANKEN (in Tsd. EUR)	2011		2010	
	Konzern	Bank	Konzern	Bank
Kontokorrentkonten	3.153	1.772	2.716	1.460
Termineinlagen	63.160	63.160	91.616	91.616
Sonstige Forderungen an Banken	4.196	4.196	2.073	2.073
Summe	70.509	69.128	96.405	95.149

Termineinlagen nach der vertraglichen Laufzeit (in Tsd. EUR):

TERMINEINLAGEN	2011		2010	
	Konzern	Bank	Konzern	Bank
Bis zu 3 Monaten	48.095	48.095	91.616	91.616
Von 3 Monaten bis zu 1 Jahr	15.065	15.065	-	-
Summe	63.160	63.160	91.616	91.616

(10) BIS ZUR ENDFÄLLIGKEIT ZU HALTENDE WERTPAPIERE

Staatsanleihen und Schatzscheine sind an der Wertpapierbörse in Bratislava notiert. Sämtliche Schuldverschreibungen sind festverzinsliche Wertpapiere.

Aus dem Gesamtbuchwert der bis zur Endfälligkeit zu haltenden Wertpapiere ist der Betrag von EUR 126.693 Tsd. (zum 31. Dezember 2010: EUR 134.297 Tsd.) mehr als ein Jahr nach dem Bilanzstichtag fällig.

(11) DARLEHEN AN KUNDEN

Darlehensstruktur nach Darlehensarten und Subjekten, an die sie gewährt wurden (in Tsd. EUR):

DARLEHEN NACH DARLEHENSARTEN	2011		2010	
	Konzern	Bank	Konzern	Bank
Bauspardarlehen	385.967	385.967	360.294	360.294
Darlehen für Bauzwecke aus Finanzmitteln außerhalb des Bausparfonds	2.819	2.819	2.821	2.821
Zwischenfinanzierungsdarlehen	1.441.874	1.441.874	1.429.523	1.429.523
Sonstige Darlehen	445	445	470	470
Summe – brutto	1.831.105	1.831.105	1.793.108	1.793.108
Wertberichtigungen auf Darlehen	-62.407	-62.407	-57.130	-57.130
Summe – netto	1.768.698	1.768.698	1.735.978	1.735.978

Der Konzern bzw. die Bank erwartet, dass aus dem obigen Buchwert ein Betrag von EUR 1.421.239 Tsd. (zum 31. Dezember 2010: EUR 1.473.758 Tsd.) mehr als ein Jahr nach dem Bilanzstichtag fällig sein wird.

Änderungen von Wertberichtigungen auf Forderungen aus Darlehen des Konzerns bzw. der Bank zum 31. Dezember 2011 (in Tsd. EUR):

	Bauspar-darlehen	Zwischenfinan-zierungsdarlehen	Sonstige Darlehen	Summe
1. Januar 2011	-2.879	-53.876	-375	-57.130
Bildung von Wertberichtigungen	-1.329	-13.228	-1	-14.558
Auflösung von Wertberichtigungen auf Darlehensverluste	496	5.014	2	5.512
Verbrauch von Wertberichtigungen bei Darlehensausbuchung bzw. Darlehensabtretung	380	9.292	-	9.672
Wertberichtigung auf Zinsen auf wertgeminderte Darlehen*	-502	-11.466	-	-11.968
Zinsen auf wertgeminderte Darlehen	273	5.792	-	6.065
31. Dezember 2011	-3.561	-58.472	-374	-62.407

Änderungen von Wertberichtigungen auf Forderungen aus Darlehen des Konzerns bzw. der Bank zum 31. Dezember 2010 (in Tsd. EUR):

	Bauspar-darlehen	Zwischenfinan-zierungsdarlehen	Sonstige Darlehen	Summe
1. Januar 2010	-2.912	-48.614	-3	-51.529
Bildung von Wertberichtigungen	-1.445	-26.437	-376	-28.258
Auflösung von Wertberichtigungen auf Darlehensverluste	1.136	15.845	4	16.985
Verbrauch von Wertberichtigungen bei Darlehensausbuchung bzw. Darlehensabtretung	579	10.409	-	10.988
Wertberichtigung auf Zinsen auf wertgeminderte Darlehen*	-502	-10.327	-	-10.829
Zinsen auf wertgeminderte Darlehen	265	5.248	-	5.513
31. Dezember 2010	-2.879	-53.876	-375	-57.130

*Im Bruttowert der Darlehen erfasst der Konzern bzw. die Bank den Nominalwert der Zinsen aus wertgeminderten, aber nicht ausgebuchten Darlehen. Diese Zinsen in Höhe von EUR 11.968 Tsd. (2010: EUR 10.829 Tsd.) sind in der Berichtsperiode in der Bilanz mit den entsprechenden Wertberichtigungen verrechnet. Der Posten „Zinsen aus wertgeminderten Darlehen“ in Höhe von EUR 6.065 Tsd. (2010: EUR 5.513 Tsd.) stellt die Auflösung eines Teils der Wertberichtigung anhand der Effektivzinsmethode aufgrund der Abzinsung erwarteter Geldflüsse aus wertgeminderten Darlehen dar. Dieser aufgelöste Teil der Wertberichtigung wird nach Abs. AG 93 des IAS 39, *Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung* als Zinsertrag gebucht.

(12) ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN (TOCHTERGESELLSCHAFTEN)

ANTEILE DER BANK AM EIGENKAPITAL VON TOCHTERGESELLSCHAFTEN ZU ANSCHAFFUNGSKOSTEN (in Tsd. EUR)	2011	2010
DomBytGLOBAL, spol. s r.o.	2.864	2.880
DomBytDevelopment, s.r.o.	97	97
Summe	2.961	2.977

a) DomBytGLOBAL, spol. s r. o.

DomBytGLOBAL, spol. s r.o. („DBG“) ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in der Bajkalská Str. 30, 829 48 Bratislava. Sie wurde am 13. November 1997 gegründet und unter dem Datum des 30. Januar 1998 ins Handelsregister (Handelsregister des Bezirksgerichts Bratislava I in Bratislava, Abteilung Sro, Einlage Nr. 16673/B) eingetragen. Die Bank ist der alleinige Gesellschafter der DGB.

Im Sinne des slowakischen Bankengesetzes (Gesetz Nr. 483/2001 GBl. in der geltenden Fassung) ist die DBG ein Unternehmen mit bankbezogenen Hilfsdiensten. Ihre Hauptgeschäftstätigkeit ist die Immobilienverwaltung sowie die Vermittlung des Ankaufs, Verkaufs und der Vermietung von Immobilien.

Zum 31. Dezember 2011 wurde eine Wertberichtigung auf die Anteile an der DBG in Höhe von EUR 499 Tsd. gebildet, da das Eigenkapital der Tochtergesellschaft infolge des Jahresfehlbetrags gemindert wurde.

b) DomBytDevelopment, s.r.o.

DomBytDevelopment, s.r.o. („DBD“) ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in der Bajkalská Str. 30, 829 48 Bratislava. Sie wurde am 19. Juli 2007 gegründet und unter dem Datum des 12. September 2007 ins Handelsregister (Handelsregister des Bezirksgerichts Bratislava I in Bratislava, Abteilung Sro, Einlage Nr. 47838/B) eingetragen.

Im Sinne des slowakischen Bankengesetzes ist die DBD ein Unternehmen mit bankbezogenen Hilfsdiensten. Ihre Hauptgeschäftstätigkeit ist die Bauträgerei bei der Vorbereitung und Errichtung von Bauten, die Realisierung von Bauten und deren Änderungen, sowie die Beratungstätigkeit im Bauwesen.

Zum 31. Dezember 2011 hält die Bank einen direkten 5%-igen Geschäftsanteil am gezeichneten Kapital der DBD. Indirekt, durch die DBG, hält sie auch die restlichen 95% am gezeichneten Kapital dieser Gesellschaft. Zum Bilanzstichtag verfügt die Bank über 40% der Stimmrechte in der DBD, wobei die übrigen 60% der Stimmrechte von der DBG gehalten werden.

Zum 31. Dezember 2011 wurde eine Wertberichtigung auf die Anteile an der DBD in Höhe von EUR 53 Tsd. gebildet, da das Eigenkapital der Tochtergesellschaft infolge des Jahresfehlbetrags gemindert wurde. Aus demselben Grund wurde in der DBG eine Wertberichtigung auf die Anteile an der DBD in Höhe von EUR 1.016 Tsd. gebildet.

13) SACHANLAGEN

Zugänge und Abgänge von Sachanlagen des Konzerns:

SACHANLAGEN DES KONZERNS (in Tsd. EUR)	2011			2010		
	Immobilien ¹	Bewegliches Vermögen ²	Summe	Immobilien ¹	Bewegliches Vermögen ²	Summe
Anschaffungskosten						
1. Januar	32.458	20.611	53.069	32.710	20.775	53.485
Zugänge	817	1.572	2.389	394	764	1.158
Umbuchung aus/in als Finanzinvestition gehaltenen / gehaltene Immobilien wegen geänderter Vermietungsfläche	-326	-	-326	-	-	-
Abgänge	-213	-1.118	-1.331	-646	-928	-1.574
31. Dezember	32.736	21.065	53.801	32.458	20.611	53.069
Kumulierte Abschreibungen						
1. Januar	-8.570	-16.090	-24.660	-8.097	-15.123	-23.220
Abschreibungen	-1.058	-1.579	-2.637	-615	-1.855	-2.470
Umbuchung aus/in als Finanzinvestition gehaltenen / gehaltene Immobilien wegen geänderter Vermietungsfläche	45	-	45	-	-	-
Abgänge	135	1.056	1.191	142	888	1.030
31. Dezember	-9.448	-16.613	-26.061	-8.570	-16.090	-24.660
Wertberichtigungen						
1. Januar	-183	-	-183	-29	-	-29
Bildung der Wertberichtigung	-13	-	-13	-154	-	-154
31. Dezember	-196	-	-196	-183	-	-183
Sachanlagen im Bau sowie geleistete Anzahlungen zum 1. Januar	1.618	48	1.666	2.221	73	2.294
Sachanlagen im Bau sowie geleistete Anzahlungen zum 31. Dezember	1.710	45	1.755	1.618	48	1.666
Nettobuchwert						
1. Januar	25.323	4.569	29.892	26.805	5.725	32.530
31. Dezember	24.802	4.497	29.299	25.323	4.569	29.892

¹Gebäude, technische Aufwertung von gemieteten Gebäuden und Grundstücke

²Maschinen, Geräte, technische Einrichtungen, Transportmittel, Betriebs- und Geschäftsausstattung

Zugänge und Abgänge von Sachanlagen der Bank:

SACHANLAGEN DER BANK (in Tsd. EUR)	2011			2010		
	Immobilien ¹	Bewegliches Vermögen ²	Summe	Immobilien ¹	Bewegliches Vermögen ²	Summe
Anschaffungskosten						
1. Januar	32.459	20.671	53.130	32.177	20.814	52.991
Zugänge	817	1.572	2.389	394	760	1.154
Umbuchung aus/in als Finanzinvestition gehaltenen / gehaltene Immobilien wegen geänderter Vermietungsfläche	-326	-	-326	-	-	-
Abgänge	-213	-1.118	-1.331	-112	-903	-1.015
31. Dezember	32.737	21.125	53.862	32.459	20.671	53.130
Kumulierte Abschreibungen						
1. Januar	-8.568	-16.152	-24.720	-8.036	-15.181	-23.217
Abschreibungen	-1.063	-1.579	-2.642	-611	-1.853	-2.464
Umbuchung aus/in als Finanzinvestition gehaltenen / gehaltene Immobilien wegen geänderter Vermietungsfläche	45	-	45	-	-	-
Abgänge	135	1.056	1.191	79	882	961
31. Dezember	-9.451	-16.675	-26.126	-8.568	-16.152	-24.720
Wertberichtigungen						
1. Januar	-183	-	-183	-29	-	-29
Bildung der Wertberichtigung	-13	-	-13	-154	-	-154
31. Dezember	-196	-	-196	-183	-	-183
Sachanlagen im Bau sowie geleistete Anzahlungen zum 1. Januar	62	48	110	15	69	84
Sachanlagen im Bau sowie geleistete Anzahlungen zum 31. Dezember	153	45	198	62	48	110
Nettobuchwert						
1. Januar	23.770	4.567	28.337	24.127	5.702	29.829
31. Dezember	23.243	4.495	27.738	23.770	4.567	28.337

¹Gebäude, technische Aufwertung von gemieteten Gebäuden und Grundstücke

²Maschinen, Geräte, technische Einrichtungen, Transportmittel, Betriebs- und Geschäftsausstattung

Sachanlagen im Bau sowie geleistete Anzahlungen für die Anschaffung von Sachanlagen (in Tsd. EUR):

	2011		2010	
	Konzern	Bank	Konzern	Bank
1. Januar	1.666	110	2.294	84
Anschaffung	2.415	2.414	1.390	1.224
Bildung der Wertberichtigung auf Sachanlagen im Bau	-	-	-816	-
Umbuchung zu Sachanlagen	-2.389	-2.389	-1.158	-1.154
Umbuchung zu immateriellen Vermögenswerten	63	63	-44	-44
31. Dezember	1.755	198	1.666	110

Wegen des Marktpreiserückgangs des erworbenen Grundstücks sowie der Einstellung des Baus eines Wohnhauses wurde zum 31. Dezember 2011 eine Wertberichtigung auf Sachanlagen in Höhe von EUR 816 Tsd. gebildet.

Die Versicherung von Anlagevermögen und als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien umfasst die Versicherung gegen die durch Naturereignisse verursachten Schäden.

Sachanlagen und als Finanzinvestition gehaltene Immobilien des Konzerns bzw. der Bank sind bis zu EUR 74.308 Tsd. (zum 31. Dezember 2010: EUR 74.208 Tsd.) versichert. Im Berichtsjahr hat der Konzern bzw. die Bank Versicherungsprämien in Höhe von EUR 68 Tsd. (2010: EUR 65 Tsd.) bezahlt.

Zum 31. Dezember 2011 erfasst der Konzern bzw. die Bank eine vertragliche Verpflichtung zum Erwerb von Sachanlagen in Höhe von EUR 91 Tsd. (zum 31. Dezember 2010: keine).

(14) ALS FINANZINVESTITION GEHALTENE IMMOBILIEN

Zugänge und Abgänge von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien des Konzerns bzw. der Bank:

ALS FINANZINVESTITION GEHALTENE IMMOBILIEN (in Tsd. EUR)	2011	2010
Anschaffungskosten		
1. Januar	2.047	2.037
Zugänge wegen technischer Aufwertung	-	10
Umbuchung aus Sachanlagen wegen geänderter Vermietungsfläche	326	-
31. Dezember	2.373	2.047
Kumulierte Abschreibungen		
1. Januar	-585	-555
Abschreibungen	-227	-30
Umbuchung aus Sachanlagen wegen geänderter Vermietungsfläche	-45	-
31. Dezember	-857	-585
Wertberichtigungen		
1. Januar	-326	-356
Auflösung der Wertberichtigung	7	30
31. Dezember	-319	-326
Nettobuchwert		
1. Januar	1.136	1.126
31. Dezember	1.197	1.136

Zum 31. Dezember 2011 belief sich der Marktwert der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien auf EUR 1.257 Tsd. (zum 31. Dezember 2010: EUR 1.451 Tsd.). Der Marktwert wurde von einem Sachverständigen im entsprechenden Bewertungsbereich ermittelt.

In 2011 beliefen sich die betrieblichen Aufwendungen für die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien auf EUR 32 Tsd. (2010: EUR 24 Tsd.); Mieterträge betragen EUR 39 Tsd. (2010: EUR 37 Tsd.).

Einnahmen aus nicht kündbaren Mietverträgen sind in folgenden Perioden fällig (in Tsd. EUR):

EINNAHMEN AUS NICHT KÜNDBAREN MIETVERTRÄGEN	Fällig bis zu 1 Jahr	Fällig zwischen 1 und 5 Jahren	Fällig nach mehr als 5 Jahren
Zum 31. Dezember 2011 beendetes Geschäftsjahr	9	29	-
Zum 31. Dezember 2010 beendetes Geschäftsjahr	9	38	-

(15) IMMATERIELLE VERMÖGENSWERTE

Zugänge und Abgänge von immateriellen Vermögenswerten des Konzerns bzw. der Bank:

IMMATERIELLE VERMÖGENSWERTE (in Tsd. EUR)	2011	2010
Anschaffungskosten		
1. Januar	21.443	24.283
Zugänge	1.959	2.847
Abgänge	-455	-5.687
31. Dezember	22.947	21.443
Kumulierte Abschreibungen		
1. Januar	-11.366	-15.622
Abschreibungen	-1.554	-1.320
Abgänge	455	5.576
31. Dezember	-12.465	-11.366
Immaterielle Vermögenswerte im Bau sowie geleistete Anzahlungen zum 1. Januar	3.538	2.696
Immaterielle Vermögenswerte im Bau sowie geleistete Anzahlungen zum 31. Dezember	3.236	3.538
Wertberichtigungen		
Bildung zum 31. Dezember (siehe Abschnitt (4), Buchst. f))	-1.856	-1.856
Nettobuchwert		
1. Januar	11.759	11.357
31. Dezember	11.862	11.759

Immaterielle Vermögenswerte umfassen Software und sonstige immaterielle Vermögenswerte, die sich zum 31. Dezember 2011 auf EUR 39 Tsd. (zum 31. Dezember 2010: EUR 59 Tsd.) belaufen.

Zum 31. Dezember 2011 hat der Konzern bzw. die Bank eine vertragliche Verpflichtung zum Erwerb von immateriellen Vermögenswerten in Höhe von EUR 329 Tsd. (zum 31. Dezember 2010: EUR 585 Tsd.).

Immaterielle Vermögenswerte im Bau sowie geleistete Anzahlungen für die Anschaffung von immateriellen Vermögenswerten des Konzerns bzw. der Bank (in Tsd. EUR):

	2011	2010
1. Januar	3.538	2.696
Anschaffung	1.720	3.643
Umbuchung zu immateriellen Vermögenswerten	-1.959	-2.847
Umbuchungen	-63	46
31. Dezember	3.236	3.538

(16) LATENTE STEUERFORDERUNG

Die latente Körperschaftsteuer ist aus sämtlichen temporären Differenzen unter Anwendung des für die nächsten Bilanzierungszeiträume geltenden Körperschaftsteuersatzes von 19% berechnet.

LATENTE STEUERFORDERUNG (in Tsd. EUR)	2011		2010	
	Konzern	Bank	Konzern	Bank
Wertberichtigungen auf eingetriebene Forderungen	49	49	35	35
Wertberichtigungen auf Forderungen aus Darlehen	11.857	11.857	10.855	10.855
Wertberichtigungen auf das Anlagevermögen und die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	98	98	97	97
Wertberichtigungen auf immaterielle Vermögenswerte im Bau	352	352	352	352
Wertberichtigungen auf Anteile an verbundenen Unternehmen	-	105	-	102
Nicht ausgezahlte Provisionen	11	11	4	4
Ausgaben künftiger Perioden	642	642	517	517
Wechselkonten	202	202	146	146
Rückstellungen und Verbindlichkeit aus dem Zinsbonus	3.685	3.685	3.305	3.305
Summe	16.896	17.001	15.311	15.413

LATENTE STEUERVERBINDLICHKEIT (in Tsd. EUR)	2011		2010	
	Konzern	Bank	Konzern	Bank
Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	-2.074	-2.074	-2.087	-2.087
Zur Veräußerung verfügbare Wertpapiere	-267	-267	-441	-441
Nicht erhaltene Säumniszinsen und Vertragsstrafen	-11	-11	-10	-10
Summe	-2.352	-2.352	-2.538	-2.538

Latente Steuerforderung netto **14.544** **14.649** **12.773** **12.875**

LATENTE STEUERFORDERUNG – NETTO (in Tsd. EUR)	2011		2010	
	Konzern	Bank	Konzern	Bank
1. Januar	12.773	12.875	10.857	10.880
In der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene latente Steuer	1.597	1.600	2.031	2.110
In der Gesamtergebnisrechnung ausgewiesene und mit der Neubewertung der zur Veräußerung verfügbaren Wertpapiere zusammenhängende Änderung der latenten Steuer	174	174	-115	-115
31. Dezember	14.544	14.649	12.773	12.875

Die latente Steuerforderung des Konzerns in Höhe von EUR 14.544 Tsd. (zum 31. Dezember 2010: EUR 12.773 Tsd.) und der Bank in Höhe von EUR 14.649 Tsd. (zum 31. Dezember 2010: EUR 12.875 Tsd.) resultiert aus Wertberichtigungen auf Darlehen und der Tatsache, dass einige Verbindlichkeiten (z.B. der Zinsbonus, die Rückstellung für Vergütungen an Mitarbeiter bei Dienst- oder Lebensjubiläen) bis zum Zeitpunkt ihrer Begleichung nicht steuerlich abzugsfähig sind.

Die Körperschaftsteuer und der Körperschaftsteueraufwand sind im Abschnitt (35) – Körperschaftsteuer aufgeführt.

(17) SONSTIGE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE

SONSTIGE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE (in Tsd. EUR)	2011		2010	
	Konzern	Bank	Konzern	Bank
Forderungen aus ausstehenden Bausparvertragsabschluss- und Kontoführungsgebühren	1.422	1.422	2.407	2.407
Verschiedene Schuldner	618	618	735	552
Summe	2.040	2.040	3.142	2.959
Wertberichtigungen auf Forderungen aus Gebühren	-389	-389	-631	-631
Wertberichtigungen auf verschiedene Schuldner	-193	-193	-157	-157
Summe netto	1.458	1.458	2.354	2.171

Die Wertberichtigung in Höhe von EUR 582 Tsd. (zum 31. Dezember 2010: EUR 788 Tsd.) wurde auf wertgeminderte finanzielle Vermögenswerte gebildet, die überfällig und nicht abgesichert sind.

Der Konzern bzw. die Bank erwartet, dass aus dem obigen Buchwert ein Betrag von EUR 735 Tsd. (zum 31. Dezember 2010: EUR 1.792 Tsd.) mehr als ein Jahr nach dem Bilanzstichtag fällig sein wird.

Bildung und Verbrauch von Wertberichtigungen auf Forderungen aus Gebühren des Konzerns bzw. der Bank (in Tsd. EUR):

WERTBERICHTIGUNGEN AUF FORDERUNGEN AUS GEBÜHREN	2011	2010
1. Januar	-631	-1.059
Bildung von Wertberichtigungen	-102	-817
Verbrauch von Wertberichtigungen	344	1.245
31. Dezember	-389	-631

Bildung und Verbrauch von Wertberichtigungen auf verschiedene Schuldner des Konzerns bzw. der Bank (in Tsd. EUR):

WERTBERICHTIGUNGEN AUF VERSCHIEDENE SCHULDNER	2011	2010
1. Januar	-157	-142
Bildung von Wertberichtigungen	-40	-17
Verbrauch von Wertberichtigungen	4	2
31. Dezember	-193	-157

(18) SONSTIGE NICHT FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE

SONSTIGE NICHT FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE (in Tsd. EUR)	2011		2010	
	Konzern	Bank	Konzern	Bank
Vorräte	66	66	75	75
Geleistete betriebliche Anzahlungen	790	790	524	524
Geleistete Anzahlungen auf Provisionen	1.413	1.413	1.832	1.832
Verrechnung mit dem Staatshaushalt	23	22	36	26
Rückkaufwert der Altersversorgungsverträge für die Mitglieder des Bankmanagements (siehe Abschnitt (37))	8.296	8.296	7.924	7.924
Aufwendungen und Einnahmen künftiger Perioden	493	493	370	370
Summe netto	11.081	11.080	10.761	10.751

Die bedeutendsten Posten, die unter Aufwendungen künftiger Perioden abgrenzt werden, sind die Marketingkosten in Höhe von EUR 144 Tsd. (zum 31. Dezember 2010: EUR 154 Tsd.), die Aufwendungen für die Reparatur und Wartung der Software in Höhe von EUR 120 Tsd. (zum 31. Dezember 2010: EUR 122 Tsd.) sowie die im Voraus für künftige Berichtsperioden bezahlte Miete, die sich zum 31. Dezember 2011 auf EUR 19 Tsd. (zum 31. Dezember 2010: EUR 18 Tsd.) belief.

(19) VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER BANKEN

Verbindlichkeiten gegenüber Banken bestehen aus Termineinlagen anderer Geldinstitute einschließlich der anteiligen abgegrenzten Zinsen in folgender Struktur nach der vertraglichen Laufzeit:

VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER BANKEN (in Tsd. EUR)	2011	2010
Bis zu 3 Monaten	-	2.301
Summe	-	2.301

(20) VERBINDLICHKEITEN AUS EMITTIERTEN SCHULDVERSCHREIBUNGEN

Am 24. Oktober 2007 hat der Konzern bzw. die Bank an der Wertpapierbörse in Bratislava 500 Stück von festverzinslichen Schuldverschreibungen zum Nominalwert von EUR 66 Tsd. pro Schuldverschreibung emittiert, die im Jahr 2012 fällig sein werden. Der Coupon beträgt 4,90% p.a.

(21) SPAREINLAGEN DER KUNDEN

Die Spareinlagen der Kunden des Konzerns bzw. der Bank setzen sich aus folgenden Posten zusammen (in Tsd. EUR):

SPAREINLAGEN DER KUNDEN	2011	2010
Spareinlagen natürlicher Personen	1.830.110	1.736.202
Spareinlagen juristischer Personen	55.758	51.284
<i>davon: Spareinlagen der Eigentümer von Wohnungen und nicht zu Wohnzwecken dienenden Räumlichkeiten</i>	25.236	23.881
Zins- und Treuebonus	16.238	14.247
Summe	1.902.106	1.801.733

Der Konzern bzw. die Bank erwartet, dass aus dem obigen Buchwert ein Betrag von EUR 1.452.891 Tsd. (zum 31. Dezember 2010: EUR 1.410.602 Tsd.) mehr als ein Jahr nach dem Bilanzstichtag fällig sein wird.

(22) SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KUNDEN

SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KUNDEN DES KONZERNS BZW. DER BANK (in Tsd. EUR)	2011	2010
Nicht ausgezahlte Geldmittel aus zugeteilten Bausparverträgen	1.130	1.223
Nicht ausgezahlte Geldmittel aus genehmigten Bausparverträgen	3.769	1.564
Nicht ausgezahlte Geldmittel aus gekündigten Bausparverträgen	1.829	1.202
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	337	426
Summe	7.065	4.415

Zugeteilte Bausparverträge sind Verträge, bei denen die Bausparer die Möglichkeit haben, ein Bauspardarlehen gemäß den Allgemeinen Bausparbedingungen in Anspruch zu nehmen.

(23) RÜCKSTELLUNGEN

Der Konzern bzw. die Bank hat zum Bilanzstichtag folgende Rückstellungen gebildet:

a) Rückstellungen für kurzfristige Verbindlichkeiten, die innerhalb 1 Jahres beglichen werden

Rückstellung für Provisionen an Bausparvermittler

Diese Rückstellung wird für die Auszahlung von Provisionen an Vermittler für den Abschluss eines Bausparvertrags gebildet. Die Basis für die Berechnung der Rückstellung ist der Provisionsanspruch der Vermittler unter Berücksichtigung einer effektiven Schätzung des Anteils der stornierten Bausparverträge an der Gesamtzahl der abgeschlossenen Verträge.

b) Rückstellungen für langfristige Verbindlichkeiten, die erst nach über 1 Jahr beglichen werden

Rückstellung für Rechtsstreitigkeiten

Die Bildung dieser Rückstellung ergibt sich aus den anhängigen Rechtsstreitigkeiten des Konzerns bzw. der Bank. Die Rückstellung für Rechtsstreitigkeiten wird für die Verfahren gebildet, bei denen es wahrscheinlich ist, dass der Konzern bzw. die Bank die Zahlung aufgrund der gerichtlichen Entscheidung leisten wird. Die Höhe dieser Rückstellung hängt von der voraussichtlichen Höhe der Ansprüche aus Rechtsstreitigkeiten ab. Gerichtsstreitigkeiten werden vorwiegend gegen ehemalige Mitarbeiter des externen Vertriebsnetzes sowie gegen ehemalige Beschäftigte geführt. Die Höhe der Rückstellung stellt den zeitlich gewogenen Barwert dieser künftigen Verbindlichkeiten dar.

Rückstellung für Verpflichtungen aus der Altersversorgung des Bankmanagements

Gemäß den Verträgen über die Altersversorgung des Bankmanagements bildet die Bank eine Rückstellung für Verbindlichkeiten, die ihr nach Erfüllung der vorher vereinbarten Bedingungen entstehen können. Die Höhe der Rückstellung ergibt sich aus dem Gutachten eines Versicherungsmathematikers, das anhand der Anwartschaftsbarwertmethode in Übereinstimmung mit IAS 19, *Leistungen an Arbeitnehmer* erstellt wurde.

Rückstellung für Vergütungen an Mitarbeiter bei Pensionierung

Gemäß § 76 des slowakischen Arbeitsgesetzbuches (Gesetz Nr. 311/2001 GBl. in der geltenden Fassung) bildet der Konzern bzw. die Bank eine Rückstellung für Vergütungen an Mitarbeiter bei Pensionierung, die zur Abdeckung seiner/ihrer künftiger Verbindlichkeiten aufgrund des Erreichens der Altersgrenze derzeitiger Mitarbeiter dient. Die Höhe der Rückstellung stellt einen zeitlich gewogenen Barwert dieser künftigen Verbindlichkeiten dar.

Rückstellung für Verpflichtungen aus der Extra-Sicherheit im Tarif Junior Extra

Gemäß den Bedingungen der Extra-Sicherheit-Leistung für die im Tarif Junior Extra abgeschlossenen Bausparverträge wird eine Rückstellung zur Abdeckung künftigen Verpflichtungen gebildet, die aus der Extra-Sicherheit-Leistung entstehen. Das Extra-Sicherheit- Programm gibt den Kindern eine Absicherung bei den im Juniortarif Extra abgeschlossenen Bausparverträgen, auf die regelmäßige Einlagen gezahlt werden. Wenn ein gesetzlicher Vertreter eines minderjährigen Bausparers verstirbt, verpflichtet sich der Konzern bzw. die Bank, die Verantwortung für die Einzahlungen auf das Bausparkonto zu übernehmen (seit 1. September 2011 gilt diese Verpflichtung, nach Bezahlung einer Gebühr, auch beim Versterben des zweiten gesetzlichen Vertreters).

Grundlage für die Berechnung dieser Rückstellung ist sowohl der Stand der Bausparverträge des Tarifs Junior Extra, bei denen der Konzern bzw. die Bank bereits verpflichtet ist, für den minderjährigen Bausparer nach dem Versterben seines gesetzlichen Vertreters bis zum bestimmten Prozentsatz der Bausparsumme anzusparen (der konkrete Prozentsatz ist von der gewählten optionalen Zuteilung abhängig), als auch der Stand der Bausparverträge des Tarifs Junior Extra, aus denen die wahrscheinliche künftige Übernahme der verbindlichen Verantwortung für die Einzahlungen auf das Bausparkonto des minderjährigen Bausparers bis zum bestimmten Prozentsatz der Bausparsumme (der konkrete Prozentsatz ist ebenfalls von der gewählten optionalen Zuteilung abhängig) erwartet wird. Bei einer bereits bestehenden Extra-Sicherheit-Leistung wurde für jeden Vertrag eine Schätzung der voraussichtlichen Vertragsentwicklung bis zum Ansparen der Mindestsparsumme, höchstens jedoch bis zu EUR 9 Tsd. vorgenommen. Bei einer potenziellen Extra-Sicherheit-Leistung wird die Wahrscheinlichkeit der Kündigung des Vertrags mit dem Tarif Junior Extra, die Wahrscheinlichkeit des Versterbens des gesetzlichen Vertreters je nach Geschlecht sowie die Wahrscheinlichkeit der Erfüllung der Bedingungen für die Entstehung des Anspruchs aus dem Extra-Sicherheit-Programm geschätzt. Die maximale Höhe der Leistung für Bausparverträge, für welche noch keine Extra-Sicherheit-Leistung erfolgte, beträgt EUR 10 Tsd. Diese Annahmen wurden in der versicherungsmathematischen Berechnung der Rückstellung für voraussichtliche künftige Leistungen berücksichtigt.

Rückstellung für Abfindungen an die Mitarbeiter des externen Vertriebsnetzes

Gemäß § 669 ff. HGB sowie dem zwischen dem Konzern bzw. der Bank und dem Mitarbeiter des externen Vertriebsnetzes geschlossenen Vertrag über die Handelsvertretung bildet der Konzern bzw. die Bank eine Rückstellung zur Abdeckung seiner/ihrer künftigen Verbindlichkeiten aus Abfindungszahlungen an die Handelsvertreter des externen Vertriebsnetzes. Die Höhe der Rückstellung stellt einen zeitlich gewogenen Barwert dieser künftigen Verbindlichkeiten dar. Der Anspruch auf eine Abfindung an die Mitarbeiter des externen Vertriebsnetzes entsteht mit Beendigung des Vertragsverhältnisses seitens des Konzerns bzw. der Bank (mit Ausnahme eines sofortigen Zurücktretens vom Vertrag, nachdem der Handelsvertreter seine vertragliche Verpflichtung verletzt hat); seitens des Handelsvertreters nur wegen seines Alters, Invalidität oder Krankheit.

Rückstellung für Abfindungen an die Vorstandsmitglieder

Gemäß dem Vertrag über die Ausübung der Funktion des Vorstands bildet die Bank eine Rückstellung zur Abdeckung ihrer künftigen Verbindlichkeiten aufgrund der Abfindungen an die Vorstandsmitglieder. Die Höhe der Rückstellung stellt einen zeitlich gewogenen Barwert dieser künftigen Verbindlichkeiten dar. Der Anspruch auf die Abfindung entsteht für jedes Vorstandsmitglied nach Ablauf seiner 5-jährigen Amtsperiode.

Rückstellung für Vergütungen an Mitarbeiter bei Dienst- oder Lebensjubiläen

Diese Rückstellung wird zur Abdeckung der künftigen, sich aus dem Sozialprogramm ergebenden Verbindlichkeiten gebildet, wonach Vergütungen an Mitarbeiter bei Dienst- oder Lebensjubiläen vorgesehen sind. Die Höhe der Rückstellung stellt einen zeitlich gewogenen Barwert dieser künftigen Verbindlichkeiten dar.

KURZFRISTIGE RÜCKSTELLUNGEN (in Tsd. EUR)	2011	2010
Rückstellung für Provisionen an Bausparvermittler	948	1.602
Summe	948	1.602

LANGFRISTIGE RÜCKSTELLUNGEN (in Tsd. EUR)	2011	2010
Rückstellung für Rechtsstreitigkeiten	142	91
Rückstellung für Verpflichtungen aus der Altersversorgung des Bankmanagements	8.700	7.952
Rückstellung für Vergütungen an Mitarbeiter bei Pensionierung	385	361
Rückstellung für Verpflichtungen aus der Extra-Sicherheit	915	1.058
Rückstellung für Abfindungen an Mitarbeiter des externen Vertriebsnetzes	358	348
Rückstellung für Abfindungen an die Vorstandsmitglieder	457	487
Rückstellung für Vergütungen an Mitarbeiter bei Dienst- oder Lebensjubiläen	634	612
Summe	11.591	10.909

Summe Rückstellungen	12.539	12.511
-----------------------------	---------------	---------------

Rückstellungsspiegel für das Jahr 2011 – kurzfristige Rückstellungen (in Tsd. EUR):

BILDUNG UND VERWENDUNG VON RÜCKSTELLUNGEN	1. Januar	Bildung	Verbrauch	Auflösung	31. Dezember
Rückstellung für Provisionen an Bausparvermittler	1.602	1.326	-776	-1.204	948
Summe	1.602	1.326	-776	-1.204	948

Rückstellungsspiegel für das Jahr 2011 – langfristige Rückstellungen (in Tsd. EUR):

BILDUNG UND VERWENDUNG VON RÜCKSTELLUNGEN	1. Januar	Bildung	Verbrauch	Auflösung	31. Dezember
Rückstellung für Rechtsstreitigkeiten	91	57	-6	-	142
Rückstellung für Verpflichtungen aus der Altersversorgung des Bankmanagements	8.873	1.020	-286	-	9.607
Rückstellung für Vergütungen an Mitarbeiter bei Pensionierung	361	51	-27	-	385
Rückstellung für Verpflichtungen aus der Altersversorgung des Bankmanagements – vermindert um das Planvermögen*	-921	-	-	14	-907
<i>Summe Rückstellung für Leistungen an Arbeitnehmer nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses</i>	<i>8.313</i>	<i>1.071</i>	<i>-313</i>	<i>14</i>	<i>9.085</i>
Rückstellung für Verpflichtungen aus der Extra-Sicherheit	1.058	8	-8	-143	915
Rückstellung für Abfindungen an Mitarbeiter des externen Vertriebsnetzes	348	827	-817	-	358
Rückstellung für Abfindungen an die Vorstandsmitglieder	487	-	-30	-	457
Rückstellung für Vergütungen an Mitarbeiter bei Dienst- oder Lebensjubiläen	612	49	-27	-	634
Summe	10.909	2.012	-1.201	-129	11.591

* siehe Abschnitt (37) – Leistungen an Arbeitnehmer, Tabelle: Änderungen im Wert des Planvermögens – abgetretene Forderungen aus Versicherungsverträgen, ausgewiesen als Minderung der Verbindlichkeit

Rückstellungsspiegel für das Jahr 2010 – kurzfristige Rückstellungen (in Tsd. EUR):

BILDUNG UND VERWENDUNG VON RÜCKSTELLUNGEN	1. Januar	Bildung	Verbrauch	Auflösung	31. Dezember
Rückstellung für Provisionen an Bausparvermittler	1.495	1.927	-1.047	-773	1.602
Summe	1.495	1.927	-1.047	-773	1.602

Rückstellungsspiegel für das Jahr 2010 – langfristige Rückstellungen (in Tsd. EUR):

BILDUNG UND VERWENDUNG VON RÜCKSTELLUNGEN	1. Januar	Bildung	Verbrauch	Auflösung	31. Dezember
Rückstellung für Rechtsstreitigkeiten	73	70	-52	-	91
Rückstellung für Verpflichtungen aus der Altersversorgung des Bankmanagements	7.895	1.061	-83	-	8.873
Rückstellung für Vergütungen an Mitarbeiter bei Pensionierung	306	59	-4	-	361
Rückstellung für Verpflichtungen aus der Altersversorgung des Bankmanagements – vermindert um das Planvermögen*	-941	-	-	20	-921
<i>Summe Rückstellung für Leistungen an Arbeitnehmer nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses</i>	<i>7.260</i>	<i>1.120</i>	<i>-87</i>	<i>20</i>	<i>8.313</i>
Rückstellung für Verpflichtungen aus der Extra- Sicherheit	1.148	55	-55	-90	1.058
Rückstellung für Abfindungen an Mitarbeiter des externen Vertriebsnetzes	607	-	-110	-149	348
Rückstellung für Abfindungen an die Vorstandsmit- glieder	499	-	-12	-	487
Rückstellung für Vergütungen an Mitarbeiter bei Dienst- oder Lebensjubiläen	532	101	-21	-	612
Summe	10.119	1.346	-337	-219	10.909

* siehe Abschnitt (37) – Leistungen an Arbeitnehmer, Tabelle: Änderungen im Wert des Planvermögens – abgetretene Forderungen aus Versicherungsverträgen, ausgewiesen als Minderung der Verbindlichkeit

(24) SONSTIGE FINANZIELLE VERBINDLICHKEITEN

SONSTIGE FINANZIELLE VERBINDLICHKEITEN (in Tsd. EUR)	2011		2010	
	Konzern	Bank	Konzern	Bank
Verschiedene Schuldner, davon:	3.845	3.844	4.545	4.561
- überfällige Verbindlichkeiten	9	9	19	19
Verbindlichkeiten aus dem Finanzierungsleasing	423	423	789	789
Summe	4.268	4.267	5.334	5.350

Der Posten „Verschiedene Gläubiger“ enthält insbesondere Verbindlichkeiten des Konzerns gegenüber Lieferanten zum 31. Dezember 2011 in Höhe von EUR 2.574 Tsd. (zum 31. Dezember 2010: EUR 2.580 Tsd.) bzw. Verbindlichkeiten der Bank gegenüber Lieferanten zum 31. Dezember 2011 in Höhe von EUR 2.573 Tsd. (zum 31. Dezember 2010: EUR 2.574 Tsd.).

(25) SONSTIGE NICHT FINANZIELLE VERBINDLICHKEITEN

SONSTIGE NICHT FINANZIELLE VERBINDLICHKEITEN (in Tsd. EUR)	2011		2010	
	Konzern	Bank	Konzern	Bank
Verrechnung mit Mitarbeitern	606	606	400	400
Erhaltene betriebliche Anzahlungen	261	261	-	-
Sozialfonds aus Gehältern und dem Gewinn	65	65	69	69
Verrechnung mit dem Staatshaushalt	8.046	8.046	7.555	7.555
Verrechnung mit Sozialinstitutionen	307	307	281	281
Ausgaben und Erträge künftiger Perioden	4.278	4.276	3.681	3.678
Summe	13.563	13.561	11.986	11.983

Nicht finanzielle Verbindlichkeiten sind Verbindlichkeiten, auf die sich die Angabepflichten nach *IFRS 7, Finanzinstrumente: Angaben* nicht beziehen.

Einen wesentlichen Teil des Postens „Verrechnung mit dem Staatshaushalt“ bilden Verbindlichkeiten gegenüber dem Finanzamt bezüglich der Abzugsteuer auf Zinsen aus Bausparkonten in Höhe von EUR 7.811 Tsd. (zum 31. Dezember 2010: EUR 7.386 Tsd.).

Den bedeutendsten Teil des Postens „Ausgaben und Erträge künftiger Perioden“ bilden Ausgaben für Zielprämien an Mitarbeiter in Höhe von EUR 1.999 Tsd. (zum 31. Dezember 2010: EUR 1.971 Tsd.), für Zielprovisionen des Vertriebsnetzes in Höhe von EUR 1.020 Tsd. (zum 31. Dezember 2010: EUR 380 Tsd.), für Prämien an Bankdirektoren in Höhe von EUR 360 Tsd. (zum 31. Dezember 2010: EUR 371 Tsd.) und für Urlaubsabgeltung in Höhe von EUR 399 Tsd. (zum 31. Dezember 2010: EUR 343 Tsd.).

Übersicht über die Bildung und Verwendung des Sozialfonds des Konzerns bzw. der Bank (in Tsd. EUR):

SOZIALFONDS	2011	2010
1. Januar	69	32
Zuführung	179	225
Verwendung	-183	-188
31. Dezember	65	69

(26) EIGENKAPITAL

Zum 31. Dezember 2011, unverändert zum 31. Dezember 2010, besteht das gezeichnete Kapital des Konzerns bzw. der Bank aus 5.000 voll eingezahlten Aktien, wobei der Nominalwert einer Aktie EUR 13,3 Tsd. beträgt. Die Aktien werden beim slowakischen Zentraldepositor von Wertpapieren (Centrálny depozitár cenných papierov SR, a.s.) registriert.

In 2011 hat der Konzern bzw. die Bank eine Dividende in Höhe von EUR 6 Tsd. pro Aktie (2010: EUR 6 Tsd. pro Aktie) ausgeschüttet.

Vorschlag zur Verwendung des Jahresüberschusses für die laufende Berichtsperiode und die tatsächliche Verwendung des Vorjahresüberschusses der Bank (in Tsd. EUR):

VERWENDUNG DES VORJAHRESÜBERSCHUSSES DER BANK	2010
Gewinn nach Steuern für 2010	29.355
Gewinnvortrag zum 31. Dezember 2010	113.499
Verteilungsfähiger Gewinn der laufenden Periode und der Vorperioden	142.854
Dividendenausschüttung	-29.925
Zuführung zum Fonds für karitative Zwecke	-161
Zuführung zum Fonds für Wohnungswirtschaftsförderung	-166
Zuführung zum Sozialfonds	-30
Gewinn der laufenden Periode und der Vorperioden nach Dividendenausschüttung und Fondszuführungen	112.572
Als Aufwand des Jahres 2011 gebuchte Fondszuführungen	358
Gewinnvortrag zum 31. Dezember 2011	112.930

VORSCHLAG ZUR VERWENDUNG DES JAHRESÜBERSCHUSSES DER BANK FÜR 2011	2011
Gewinn nach Steuern für 2011	28.808
Gewinnvortrag zum 31. Dezember 2011	112.930
Verteilungsfähiger Gewinn der laufenden Periode und der Vorperioden	141.738
Dividendenausschüttung	-29.925
Zuführung zum Fonds für karitative Zwecke	-162
Zuführung zum Fonds für Wohnungswirtschaftsförderung	-166
Zuführung zum Sozialfonds	-30

(27) ZINSERGEBNIS

ZINSERGEBNIS (in Tsd. EUR)	2011		2010	
	Konzern	Bank	Konzern	Bank
Zinserträge				
- aus Darlehen an Kunden	108.179	108.179	107.693	107.697
- aus Kontokorrentkonten und Termineinlagen bei anderen Banken	1.048	1.038	480	475
- aus Schatzscheinen	618	618	468	468
- aus bis zur Endfälligkeit zu haltenden Schuldverschreibungen	5.372	5.372	4.936	4.936
- aus zur Veräußerung verfügbaren Schuldverschreibungen	2.687	2.687	2.237	2.237
Summe Zinserträge	117.904	117.894	115.814	115.813
Zinsaufwendungen				
- aus Spareinlagen	-49.949	-49.949	-47.899	-47.899
- aus Termineinlagen anderer Banken	-7	-7	-29	-29
- aus emittierten Schuldverschreibungen	-1.651	-1.651	-1.647	-1.647
- aus dem Leasing	-84	-84	-118	-118
Summe Zinsaufwendungen	-51.691	-51.691	-49.693	-49.693
Zinsergebnis	66.213	66.203	66.121	66.120

In 2011 beliefen sich die Zinserträge aus wertgeminderten Darlehen auf EUR 6.065 Tsd. (2010: EUR 5.513 Tsd.)

(28) GEBÜHREN- UND PROVISIONSERGEBNIS

GEBÜHREN- UND PROVISIONSERGEBNIS (in Tsd. EUR)	2011		2010	
	Konzern	Bank	Konzern	Bank
Kontoführungsgebühr	21.397	21.397	19.165	19.165
Sonstige Gebühren	7.331	7.331	8.297	8.297
Umsatzerlöse aus der Dienstleistungserbringung	-	-	4	-
Summe Umsatzerlöse aus der Dienstleistungserbringung und Gebühren- und Provisionserträge	28.728	28.728	27.466	27.462
Summe Aufwendungen für Gebühren und Provisionen	-1.570	-1.570	-179	-179
Gebühren- und Provisionsergebnis	27.158	27.158	27.287	27.283

(29) BEZOGENE DIENSTLEISTUNGEN UND ÄHNLICHE AUFWENDUNGEN

BEZOGENE DIENSTLEISTUNGEN (in Tsd. EUR)	2011		2010	
	Konzern	Bank	Konzern	Bank
Mietaufwendungen	-2.397	-2.396	-2.330	-2.334
Wirtschaftsprüfung, Beratungs- und Konsultationsdienstleistungen	-1.586	-1.582	-478	-473
Vertriebs- und Marketingkosten	-10.597	-10.597	-9.696	-9.696
Sonstige bezogene Dienstleistungen	-7.049	-7.042	-5.824	-5.787
Summe	-21.629	-21.617	-18.328	-18.290

Einen wesentlichen Teil des Postens „Sonstige bezogene Dienstleistungen“ des Konzerns bzw. der Bank im Berichtsjahr bilden Telekommunikationskosten und Postgebühren in Höhe von EUR 1.155 Tsd. (2010: EUR 1.242 Tsd.) und Aufwendungen für die Reparatur und Wartung von Hardware und Software in Höhe von EUR 1.753 Tsd. (2010: EUR 1.266 Tsd.). Die Aufwendungen für die vom Wirtschaftsprüfer durchgeführte Abschlussprüfung betragen EUR 142 Tsd. (2010: EUR 142 Tsd.), die Aufwendungen für die bezogenen Steuerberatungsleistungen beliefen sich auf EUR 39 Tsd. (2010: EUR 18 Tsd.) und die Aufwendungen für zusätzliche, nicht prüfungsbezogene Dienstleistungen des Wirtschaftsprüfers betragen EUR 45 Tsd. (2010: EUR 58 Tsd.).

(30) PERSONALKOSTEN

PERSONALKOSTEN (in Tsd. EUR)	2011		2010	
	Konzern	Bank	Konzern	Bank
Löhne und Gehälter, davon:	-11.349	-11.349	-11.195	-11.195
- Vergütungen an die Mitglieder des Vorstands, des Aufsichtsrates sowie der Leitungsorgane	-164	-164	-164	-164
Sozial- und Krankenversicherung und Fondsbeiträge, davon:	-3.077	-3.077	-3.002	-3.002
- Beiträge zur ersten und zweiten Säule des Altersversorgungssystems, d.h. zum staatlichen beitragsorientierten Pensionsplan	-1.409	-1.409	-1.337	-1.337
Leistungsorientierte Pensionspläne, einschließlich der Vergütung bei Pensionierung	-1.071	-1.071	-1.119	-1.119
Beitragsorientierte Pläne – Zusatzrentensparen (Beiträge zur dritten Säule des Altersversorgungssystems)	-171	-171	-125	-125
Kosten für sonstige langfristige Verbindlichkeiten gegenüber den Mitarbeitern	-21	-21	-88	-88
Summe	-15.689	-15.689	-15.529	-15.529

(31) SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN

SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN (in Tsd. EUR)	2011		2010	
	Konzern	Bank	Konzern	Bank
Beitrag an den Einlagensicherungsfonds	-3.639	-3.639	-3.377	-3.377
Steuern, Gebühren und Gerichtskosten	-921	-921	-889	-886
Spenden für karitative Zwecke und für die Wohnungswirtschaftsförderung	-328	-328	-327	-327
Extra-Sicherheit- Einlagen (einschließlich Rückstellungsbildung und -verbrauch)	73	73	12	12
Andere betriebliche Aufwendungen	-403	-400	-440	-436
Summe	-5.218	-5.215	-5.021	-5.014

(32) SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE

SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE (in Tsd. EUR)	2011		2010	
	Konzern	Bank	Konzern	Bank
Gewinn/Verlust aus dem Verkauf von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	-7	-7	122	2
Mieterträge	331	331	324	324
Andere betriebliche Erträge	839	842	853	853
Summe	1.163	1.166	1.299	1.179

Einen bedeutenden Teil des Postens „Andere betriebliche Erträge“ bildet in 2011 die Vergütung für die Vermittlung der Unfallversicherung der Kunden – Bonifikation in Höhe von EUR 288 Tsd. (2010: EUR 293 Tsd.) sowie Erträge aus der Aufwertung der Forderung aus der Altersversorgung des Bankmanagements in Höhe von EUR 410 Tsd. (2010: EUR 377 Tsd.).

(33) SALDO AUS BILDUNG UND VERBRAUCH VON WERTBERICHTIGUNGEN AUF DARLEHEN, AUSBUCHUNG VON FORDERUNGEN AUS DARLEHEN, VERLUSTE AUS ABTRETUNG VON DARLEHENSFORDERUNGEN

WERTBERICHTIGUNGEN AUF DARLEHEN DES KONZERNS BZW. DER BANK IN 2011 (in Tsd. EUR)	Zwischen-			Summe
	Bauspar- darlehen	finanzierungs- darlehen	Sonstige Darlehen	
Bildung von Wertberichtigungen (siehe Abschnitt (11))	-1.329	-13.228	-1	-14.558
Auflösung von Wertberichtigungen (siehe Abschnitt (11))	496	5.014	2	5.512
Verlust aus ausgebuchten Forderungen	-3	-17	-	-20
Verlust aus abgetretenen Forderungen	-18	-227	-	-245
Summe Bildung/Auflösung von Wertberichtigungen	-854	-8.458	1	-9.311

WERTBERICHTIGUNGEN AUF DARLEHEN DES KONZERNS BZW. DER BANK IN 2010 (in Tsd. EUR)	Zwischen-			Summe
	Bauspar- darlehen	finanzierungs- darlehen	Sonstige Darlehen	
Bildung von Wertberichtigungen (siehe Abschnitt (11))	-1.445	-26.437	-376	-28.258
Auflösung von Wertberichtigungen (siehe Abschnitt (11))	1.136	15.845	4	16.985
Verlust aus ausgebuchten Forderungen	-5	-13	-	-18
Verlust aus abgetretenen Forderungen	-4	-393	-	-397
Summe Bildung/Auflösung von Wertberichtigungen	-318	-10.998	-372	-11.688

Im Berichtsjahr hat der Konzern bzw. die Bank Forderungen aus nicht getilgten Darlehen in Bruttohöhe von EUR 10.610 Tsd. (2010: EUR 11.840 Tsd.) für ein Entgelt von EUR 758 Tsd. EUR (2010: EUR 537 Tsd.) abgetreten.

(34) SALDO AUS BILDUNG UND VERBRAUCH VON WERTBERICHTIGUNGEN AUF SONSTIGE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE, AUSBUCHUNG SONSTIGER FINANZIELLER VERMÖGENSWERTE

WERTBERICHTIGUNGEN AUF SONSTIGE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE DES KONZERNS BZW. DER BANK (in Tsd. EUR)	2011		2010	
	Konzern	Bank	Konzern	Bank
Bildung von Wertberichtigungen auf Vertragsabschluss- und Kontoführungs- gebühren (siehe Abschnitt (17))	-316	-316	-1.064	-1.064
Verbrauch von Wertberichtigungen auf Vertragsabschluss- und Kontofüh- rungsgebühren (siehe Abschnitt (17))	344	344	1.245	1.245
Bildung von Wertberichtigungen auf eingetriebene Forderungen	-39	-39	-17	-17
Verbrauch von Wertberichtigungen auf eingetriebene Forderungen	4	4	2	2
Bildung von Wertberichtigungen auf Anteile an verbundenen Unternehmen	-	-16	-	-536
Bildung von Wertberichtigungen auf die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien, immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	-21	-13	-2.826	-2.010
Verbrauch von Wertberichtigungen auf die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	7	7	30	30
Ausbuchung von sonstigen finanziellen Vermögenswerten	-1.464	-1.464	-683	-683
Summe Bildung/Verbrauch von Wertberichtigungen auf sonstige fi- nanzielle Vermögenswerte	-1.485	-1.493	-3.313	-3.033

(35) KÖRPERSCHAFTSTEUER

Überleitung von der theoretischen zur ausgewiesenen Körperschaftsteuer (in Tsd. EUR):

KÖRPERSCHAFTSTEUER	2011		2010	
	Konzern	Bank	Konzern	Bank
Jahresüberschuss nach IFRS vor Steuern, davon:	36.784	36.779	37.008	37.214
- theoretische Körperschaftsteuer in Höhe von 19%	6.989	6.988	7.032	7.071
Nicht steuerpflichtige Erträge (permanente Differenzen)	-79	-79	-226	-226
Steuerlich nicht abzugsfähige Aufwendungen (permanente Differenzen)	1.064	1.062	1.178	1.014
Summe ausgewiesene Körperschaftsteuer	-7.974	7.971	7.984	7.859

KÖRPERSCHAFTSTEUERAUFWAND (in Tsd. EUR)	2011		2010	
	Konzern	Bank	Konzern	Bank
Fällige Körperschaftsteuer	-9.572	-9.572	-10.015	-9.969
Latente Steuer	1.598	1.601	2.031	2.110
Summe Körperschaftsteueraufwand	-7.974	-7.971	-7.984	-7.859

Der Körperschaftsteuersatz für das Jahr 2011, unverändert zum Vorjahr, liegt bei 19%.

Verschiedene mögliche Auslegungen der für die Tätigkeit der Bank geltenden Steuervorschriften können zu Schätzungen führen, die keiner objektiven Quantifizierung unterliegen. Der Vorstand der Bank schätzt die Aufwendungen, die in diesem Zusammenhang entstehen könnten, als unwesentlich ein. Für die Geschäftsjahre 2006 bis 2011 kann immer noch die Körperschaftsteuer bzw. die Steuerdifferenz bemessen oder ein Anspruch nach Sondervorschriften geltend gemacht werden.

(36) ZAHLUNGSMITTEL UND ZAHLUNGSMITTELÄQUIVALENTE

In der Kapitalflussrechnung zum 31. Dezember 2011 ausgewiesene Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente bestehen aus folgenden Posten (in Tsd. EUR):

ZAHLUNGSMITTEL UND ZAHLUNGSMITTELÄQUIVALENTE	2011		2010	
	Konzern	Bank	Konzern	Bank
Kassenbestand	13	13	7	7
Kontokorrentkonten	3.153	1.772	2.716	1.460
Termineinlagen mit einer vertraglichen Laufzeit bis zu 3 Monaten	48.548	48.548	92.005	92.006
Termindarlehen mit einer vertraglichen Laufzeit bis zu 3 Monaten	-	-	-2.300	-2.300
Summe	51.714	50.333	92.428	91.173

(37) LEISTUNGEN AN ARBEITNEHMER

Langfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Im Rahmen von leistungsorientierten Plänen leistet der Konzern bzw. die Bank eine Altersversicherung für das Management, für die eine Rückstellung gebildet wird. Den Mitarbeitern werden zugleich Vergütungen zum Zeitpunkt ihrer erstmaligen Pensionierung ausgezahlt. Die Höhe der Rückstellung für diese Leistungen an Arbeitnehmer nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses ergibt sich aus einem Gutachten, das von einem Versicherungsmathematiker anhand der Anwartschaftsbarwertmethode jährlich berechnet wird. Der Versicherungsmathematiker erstellt die Bewertung und die Auswirkung der Änderungen in der Bewertung wird stets zum 1. Januar der laufenden Berichtsperiode gebucht. Die Beträge zum Ende der Berichtsperiode werden aufgrund einer versicherungsmathematischen Berechnung zu Beginn des Bilanzierungszeitraums ermittelt und um voraussichtliche Aufwendungen und tatsächlich getätigte Zahlungen während der Berichtsperiode angepasst.

In der Bilanz des Konzerns bzw. der Bank ausgewiesene Beträge (in Tsd. EUR):

	2011	2010
Barwert der Verbindlichkeit aus dem Pensionsplan	9.422	9.686
Aus Anpassungen der versicherungsmathematischen Modelle resultierende nicht ausgewiesene Verluste	570	-452
Summe	9.992	9.234
Planvermögen – abgetretene Forderungen aus Versicherungsverträgen	-907	-921
Summe Rückstellung in der Bilanz (siehe Abschnitt (23))	9.085	8.313

In der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns bzw. der Bank ausgewiesene Beträge (in Tsd. EUR):

	2011	2010
Laufender Dienstzeitaufwand	629	648
Zinsaufwand	415	440
Gebuchte versicherungsmathematische Verluste	-	4
Nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	27	28
Summe Aufwendungen	1.071	1.120
Erträge aus dem Vermögen, durch das der Pensionsplan finanziert wird	-406	-374
Summe des unter Personalkosten erfassten Betrags (siehe Abschnitt (30))	665	746

Änderungen im Barwert der Verbindlichkeit des Konzerns bzw. der Bank aus dem Pensionsplan (in Tsd. EUR):

	2011	2010
Barwert der Verbindlichkeit aus dem Pensionsplan zum 1. Januar	9.686	8.858
Laufender Dienstzeitaufwand	629	648
Zinsaufwand	415	440
Nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	27	28
Aus Anpassungen der versicherungsmathematischen Modelle resultierende Gewinne	-1.022	-201
Ausgezahlte Altersrenten	-313	-87
Barwert der Verbindlichkeit aus dem Pensionsplan zum 31. Dezember	9.422	9.686

Grundsätzliche versicherungsmathematische Annahmen des Konzerns bzw. der Bank zum 1. Januar (in Tsd. EUR):

	2011	2010
Diskontsatz	4,80%	5,10%
Erwartete Gehaltssteigerung für die nächste Periode	1,90%	3,10%
Erwartete Altersrentensteigerung für die nächste Periode	1,90%	3,10%

Versicherungsmathematische Gewinne wegen der Differenz zwischen der tatsächlichen Entwicklung und den festgelegten Annahmen des Konzerns bzw. der Bank in 2011 betragen EUR 93 Tsd. (2010: EUR 330 Tsd.). Versicherungsmathematische Gewinne aus Änderungen in den versicherungsmathematischen Annahmen des Konzerns bzw. der Bank beliefen sich auf EUR 901 Tsd. (2010: EUR -157 Tsd.).

Änderungen im Wert der Ansprüche aus Versicherungsverträgen des Konzerns bzw. der Bank (in Tsd. EUR):

	2011	2010
Forderung gegen die Versicherungsanstalten zum 1. Januar	7.924	7.410
Beiträge (geleistete Versicherungsprämien)	227	198
Ausgezahlte Altersrenten	-202	-
Ertrag	347	316
Forderung gegen die Versicherungsanstalten zum 31. Dezember – als Vermögenswert gebucht	8.296	7.924
Planvermögen – abgetretene Forderungen aus Versicherungsverträgen, ausgewiesen als Minderung der Verbindlichkeit	907	921
Summe	9.203	8.845

Änderungen im Wert des Planvermögens – abgetretene Forderungen aus Versicherungsverträgen, ausgewiesen als Minderung der Verbindlichkeit (in Tsd. EUR):

	2011	2010
Anspruch gegen die Versicherungsanstalten zum 1. Januar	921	941
Beiträge (geleistete Versicherungsprämien)	12	5
Ausgezahlte Altersrenten	-84	-83
Ertrag	58	58
Anspruch gegen die Versicherungsanstalten zum 31. Dezember	907	921

Die Aktiva des Pensionsplans stellen Ansprüche aus Versicherungsverträgen dar. Die Versicherungsverträge, welche der Konzern bzw. die Bank kündigen und deren Rückkaufwert zurückfordern kann, werden als Vermögenswerte zum beizulegenden Zeitwert erfasst und erfolgswirksam neu bewertet, so wie es der IAS 19, *Leistungen an Arbeitnehmer* fordert. Zum Eintritt der Unverfallbarkeit des Pensionsanspruchs werden die Ansprüche aus dem Versicherungsvertrag an den betreffenden, in Ruhestand gehenden Mitarbeiter abgetreten. Der Konzern bzw. die Bank bucht weiterhin seine/ihre Pensionsverbindlichkeit gegenüber dem ehemaligen Mitarbeiter, weist aber den Versicherungsvertrag als Minderung seiner/ihrer Verbindlichkeiten aus, da der Vertrag die im IAS 19, *Leistungen an Arbeitnehmer* angeführten Bedingungen für eine solche Erfassung erfüllt.

Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste aus den Verpflichtungen des Pensionsplans werden nicht gebucht, wenn sie nicht höher als 10% des Barwerts der leistungsorientierten Verpflichtung oder des höheren beizulegenden Zeitwerts des Planvermögens sind.

Falls die kumulativen nicht erfassten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste zu Beginn der laufenden Berichtsperiode dieses Limit überschreiten, wird die Differenz für die restliche Dienstzeit der an diesem Pensionsplan beteiligten Mitarbeiter zeitlich abgegrenzt. Die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste aus Ansprüchen gegen die Versicherungsanstalten werden sofort gebucht.

Neben der Altersversorgung des Managements leistet der Konzern bzw. die Bank festgelegte Beiträge zur zusätzlichen Altersversicherung seiner/ihrer Mitarbeiter. Die zusätzliche Altersversicherung ist freiwillig und basiert auf einem zwischen dem Arbeitnehmer, dem Konzern bzw. der Bank und der Zusatzrentenversicherungsanstalt abgeschlossenen Vertragsverhältnis.

Für die zusätzliche Rentenversicherung seiner/ihrer Mitarbeiter hat der Konzern bzw. die Bank im Berichtsjahr einen Betrag von EUR 174 Tsd. (2010: EUR 125 Tsd.) und die Mitarbeiter selbst einen Betrag von EUR 175 Tsd. (2010: EUR 132 Tsd.) gezahlt. Im Berichtsjahr hat der Konzern bzw. die Bank ebenfalls Arbeitgeberbeiträge in den verbindlichen Pensionsfonds der staatlichen Sozialversicherungsanstalt sowie in die Fonds der privaten Rentenverwaltungsgesellschaften in Höhe von EUR 1.409 Tsd. (2010: EUR 1.337 Tsd.) geleistet; die Arbeitnehmerbeiträge beliefen sich auf EUR 326 Tsd. (2010: EUR 311 Tsd.).

(38) GESCHÄFTSVORFÄLLE MIT NAHE STEHENDEN UNTERNEHMEN UND PERSONEN

Zu den nahe stehenden Unternehmen und Personen der Bank zählen:

a) Tochtergesellschaften der Bank

- DomBytGLOBAL, spol. s r.o.
- DomBytDevelopment, s.r.o.

Zu den nahe stehenden Unternehmen und Personen des Konzerns und der Bank zählen:

b) Aktionäre des Konzerns bzw. der Bank und deren Tochtergesellschaften

- Slovenská sporiteľňa, a.s.
- Bausparkasse Schwäbisch Hall, AG
- Raiffeisen Bausparkassen Holding GmbH
- Erste Bank Group AG

c) In Schlüsselpositionen tätige Mitglieder des Konzern- bzw. Bankmanagements, der Aktionäre des Konzerns und der Bank bzw. der Tochtergesellschaften der Bank sowie deren Familienangehörige

- Vorstandsmitglieder, Bankdirektoren
- Aufsichtsratsmitglieder
- Fachbereichsdirektoren des Konzerns bzw. der Bank
- Mitglieder anderer Lenkungsausschüsse des Konzerns bzw. der Bank sowie

- Geschäftsführer der Tochtergesellschaften

Der Konzern bzw. die Bank geht im Rahmen seiner/ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit in diverse Transaktionen mit nahe stehenden Unternehmen und Personen ein.

a) Tochtergesellschaften der Bank

Zu den in der Bilanz der Bank zum 31. Dezember 2011 ausgewiesenen Aktiva und Passiva zählen folgende Buchsalden, die aus Geschäftsvorfällen mit den Tochtergesellschaften der Bank resultieren (in Tsd. EUR):

	2011	2010
Aktiva		
Anteile an verbundenen Unternehmen - brutto	3.513	3.513
Wertberichtigung auf Anteile an verbundenen Unternehmen	-552	-536
Sachanlagen	-	19
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	-	1
Summe	2.961	2.997
Passiva		
Sonstige nicht finanzielle Verbindlichkeiten	-	20
Summe	-	20

Aufgliederung der in der Gewinn- und Verlustrechnung der Bank ausgewiesenen Aufwendungen und Erträge, die aus Transaktionen mit ihren Tochtergesellschaften resultieren (in Tsd. EUR):

	2011	2010
Zinserträge	-	4
Bezogene Dienstleistungen	-1	-6
Sonstige betriebliche Erträge	4	5
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2	-
Saldo aus Bildung und Verbrauch von Wertberichtigungen auf sonstige Vermögenswerte, Ausbuchung sonstiger Vermögenswerte	-16	-536
Summe	-15	-533

Künftige vertragliche Forderungen der Bank (in Tsd. EUR):

	2012	2013	2014	2015	2016
DomBytGLOBAL, spol. s r.o.	4	4	4	4	4
DomBytDevelopment, s.r.o.	1	1	1	1	1
Summe	5	5	5	5	5

b) Aktionäre des Konzerns bzw. der Bank und deren Tochtergesellschaften

Zu den in der Bilanz des Konzerns bzw. der Bank zum 31. Dezember 2011 ausgewiesenen Aktiva und Passiva zählen folgende Buchsalden, die aus Geschäftsvorfällen mit den Aktionären des Konzerns bzw. der Bank und deren Tochtergesellschaften resultieren (in Tsd. EUR):

	2011		2010	
	Konzern	Bank	Konzern	Bank
Aktiva				
Forderungen an Banken, beim durchschnittlichen Zinssatz des Konzerns von 0,36% (2010: 0,67%) und beim durchschnittlichen Zinssatz der Bank von 0,39% (2010: 0,68%)	4.944	4.389	21.644	21.090
Immaterielle Vermögenswerte (Restwert der von einem Aktionär der Bank erworbenen Software)	6446	6.446	6.832	6.832
Summe	11.390	10.835	28.476	27.922
Passiva				
Verbindlichkeiten aus emittierten Schuldverschreibungen	14.193	14.193	14.183	14.183
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	56	56	511	511
Summe	14.249	14.249	14.694	14.694

Aufgliederung der in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns bzw. der Bank ausgewiesenen Aufwendungen und Erträge, die aus Transaktionen mit den Aktionären des Konzerns bzw. der Bank und deren Tochtergesellschaften resultieren (in Tsd. EUR):

	2011		2010	
	Konzern	Bank	Konzern	Bank
Zinserträge	74	70	53	51
Zinsaufwendungen	-700	-700	-705	-705
Aufwendungen für Gebühren und Provisionen	-1	-1	-1	-1
Bezogene Dienstleistungen	-689	-689	-275	-275
Summe	-1.316	-1.320	-928	-930

Künftige vertragliche Verbindlichkeiten des Konzerns bzw. der Bank (in Tsd. EUR):

	2012	2013	2014	2015	2016
Bausparkasse Schwäbisch Hall AG und ihre Tochtergesellschaften	959	959	462	462	462

c) In Schlüsselpositionen tätige Mitglieder des Konzern- bzw. Bankmanagements

Zu den in der Bilanz des Konzerns bzw. der Bank zum 31. Dezember 2011 ausgewiesenen Aktiva und Passiva zählen folgende Buchsalden, die aus Geschäftsvorfällen mit den in Schlüsselpositionen tätigen Mitgliedern des Konzern- bzw. Bankmanagements resultieren (in Tsd. EUR):

	2011	2010
Aktiva		
An die Mitglieder des Konzern- bzw. Bankmanagements gewährte Darlehen beim durchschnittlichen Zinssatz von 3,82% (2010: 3,72%)	1.256	1.603
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	-	186
Summe	1.256	1.789
Passiva		
Spareinlagen der Mitglieder des Konzern- bzw. Bankmanagements beim durchschnittlichen Zinssatz von 2,70% (2010: 2,68%)	1.407	1.403
Summe	1.407	1.403

Diese Geschäftsvorfälle stellen meistens gewährte Darlehen an und erhaltene Einlagen von in Schlüsselpositionen tätigen Mitgliedern des Konzern- bzw. Bankmanagements dar, die mit den in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns bzw. der Bank ausgewiesenen Zinsaufwendungen und -erträgen verbunden sind.

Die Struktur der in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Aufwendungen und Erträge, die mit Geschäftsvorfällen mit den in Schlüsselpositionen tätigen Mitgliedern des Konzern- bzw. Bankmanagements zusammenhängen, ist wie folgt (in Tsd. EUR):

	2011		2010	
	Konzern	Bank	Konzern	Bank
Zinserträge	54	54	55	55
Zinsaufwendungen	-37	-37	-38	-38
Sonstige betriebliche Erträge	-	-	65	-
Summe	17	17	82	17

Unter dem Posten „Personalkosten“ ausgewiesene Leistungen an die in Schlüsselpositionen tätigen Mitglieder des Konzern- bzw. Bankmanagements (in Tsd. EUR):

	2011	2010
Kurzfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer	-2.829	-3.296
Arbeitgeberbeiträge zur zusätzlichen Rentenversicherung	-39	-31
Altersversorgung des Konzern- bzw. Bankmanagements	-779	-785
Vergütungen bei Dienst- oder Lebensjubiläen	-18	-8
Vergütung bei Pensionierung	-24	-
Summe der Leistungen an die in Schlüsselpositionen tätigen Mitglieder des Konzern- bzw. Bankmanagements	-3.689	-4.120

(39) EVENTUALVERBINDLICHKEITEN UND ZUSAGEN

Der Konzern bzw. die Bank hat zum 31. Dezember 2010 mögliche Risiken im Zusammenhang mit Erklärungen und Garantien identifiziert, die bei der Veräußerung der Tochtergesellschaft EURODomBytGLOBAL, s.r.o. im Dezember 2007 für EUR 4.798 Tsd. gewährt wurden. Das Bezirksgericht Bratislava II hat mit seinem Beschluss die Klageschrift zurückgewiesen. Die Geschäftsleitung des Konzerns bzw. der Bank erwartet daher keine weiteren Ansprüche gegen den Konzern bzw. die Bank, die zur Notwendigkeit der Bildung einer etwaigen Rückstellung führen würden.

Zum 31. Dezember 2011 erfasst der Konzern bzw. die Bank Darlehenszusagen aus genehmigten Bauspardarlehnungsverträgen in Höhe von EUR 54.263 Tsd. (zum 31. Dezember 2011: EUR 73.143 Tsd.).

Der Konzern bzw. die Bank registriert ebenfalls eventuelle Darlehenszusagen. Mit dem Abschluss des Bausparvertrags erhält der Kunde den Anspruch auf die Gewährung eines Bauspardarlehens, falls er bestimmte festgelegte Bedingungen erfüllt (insbesondere die Mindestsparperiode, das Ansparen des geforderten Mindestbetrags und Nachweis einer hinreichenden Kreditwürdigkeit). Sollten sich alle Bausparer für diese Möglichkeit entscheiden, würden sie die festgelegten Bedingungen (einschließlich der hinreichenden Kreditwürdigkeit) erfüllen und würden sie in der Zukunft ein Bauspardarlehen beantragen, könnte sich zum 31. Dezember 2011 der Wert der zugeteilten Bauspardarlehen bis auf EUR 3.954.428 Tsd. (zum 31. Dezember 2010: EUR 3.869.496) belaufen.

(40) FINANZINSTRUMENTE – MARKTRISIKO

Das System der Risikosteuerung steht im Einklang mit dem Bankengesetz und der Verordnung Nr. 13/2010 der NBS über weitere Risikoarten und über die Details zum System der Steuerung von Bankenrisiken.

Das Marktrisiko stellt ein sich aus der Position des Konzerns bzw. der Bank sowie den Wertänderungen der Risikofaktoren ergebendes Verlustrisiko dar, wobei diese Werte im Wesentlichen auf dem Markt bestimmt werden.

Zu den Hauptbestandteilen des Marktrisikos in den Bedingungen des Konzerns bzw. der Bank zählen:

- das Zinsrisiko, unter dem das aus der Position des Konzerns bzw. der Bank resultierende Verlustrisiko verstanden wird, das sich aus Änderungen der Zinssätze ergibt, und
- das Währungsrisiko, unter dem das aus der Position des Konzerns bzw. der Bank resultierende Verlustrisiko verstanden wird, das sich aus Änderungen der Währungsumrechnungskurse ergibt.

Aufgrund der erteilten Lizenz beschränkt sich das Marktrisiko des Konzerns bzw. der Bank auf das Zins- und das Währungsrisiko.

a) Zinsrisiko

Zu den wesentlichen Bilanzposten des Konzerns bzw. der Bank, die auf die Zinssatzentwicklung auf dem Interbankenmarkt empfindlich reagieren, zählen Bauspareinlagen, Bauspardarlehen sowie aktive und passive Finanzmarktinstrumente. Da es sich um Zinsinstrumente handelt, ist mit ihnen auch das Zinsrisiko verbunden. Dieses Risiko kann nicht völlig eliminiert werden, da es sich aus dem Charakter der Banktätigkeit ergibt. Das Ziel der Zinsrisikosteuerung ist die Minimierung der Auswirkung einer etwaigen negativen Entwicklung der Zinssätze auf die Rentabilität des Konzerns bzw. der Bank.

Nach der erteilten Lizenz ist der Konzern bzw. die Bank nicht berechtigt, Derivate zu verwenden und mit ihnen zu handeln. Aufgrund dieser Tatsache sind die Möglichkeiten zur Absicherung gegen den Einfluss von Änderungen der Marktzinssätze begrenzt.

Durch feste Zinssätze für Bauspareinlagen (3%, 2% bzw. 0,1%) und für Bauspardarlehen (6%, 4,7% bzw. 2,9%) ist jedoch der bedeutende Teil des Zinsrisikos eliminiert, das sich aus Änderungen der Zinsgeldflüsse infolge der Änderungen der Marktzinssätze ergibt.

Zinssätze für Zwischenfinanzierungsdarlehen hängen ebenfalls von der Entwicklung der Zinssätze auf dem Interbankenmarkt ab. Zur rechtzeitigen Identifizierung, Überwachung, Messung, Minimierung und Kontrolle des Zinsrisikos wird die Value-at-Risk Methode verwendet. Vierteljährig werden Stresstests durchgeführt, die als Vorbeugung gegen außerordentliche negative Einflüsse auf das finanzielle Wohlergehen des Konzerns bzw. der Bank dienen. Daneben wird die Auswirkung verschiedener Szenarios einer voraussichtlichen Entwicklung der Zinssätze auf das Zinsergebnis und die Rentabilitätsindikatoren im mittel- und langfristigen Horizont ermittelt. Aufgrund dieser Auswertung werden Maßnahmen zur Verminderung negativer Auswirkungen des Zinsrisikos im Rahmen der Möglichkeiten, welche die erteilte Banklizenz zulässt, vorgeschlagen und getroffen. Die Effektivität des Systems zur Steuerung des Zinsrisikos im Konzern bzw. in der Bank wird regelmäßig durch Vergleich der voraussichtlichen Entwicklung mit der Wirklichkeit (Rücktests) ausgewertet.

Eine Änderung des Marktzinssatzes um 100 Punkte (um 1%) zum 31. Dezember 2011 würde zur Änderung des ausgewiesenen Jahresergebnisses nach Steuern um EUR 2,05 Mio. (zum 31. Dezember 2010: um EUR 2,24 Mio.) führen. Die Auswirkung auf das Eigenkapital würde aus der Auswirkung auf den Gewinn und der Auswirkung auf die Bewertungsdifferenz aus den zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren resultieren, und der Wert des Eigenkapitals zum 31. Dezember 2011 würde sich um EUR 0,93 Mio. ändern (zum 31. Dezember 2010: um EUR 0,57 Mio.). Die Auswirkung auf das Eigenkapital unterscheidet sich von der Auswirkung auf den Gewinn wegen der Auswirkung der Änderung des Marktzinssatzes auf die Neubewertung der Portfolios der zur Veräußerung verfügbaren Wertpapiere, die innerhalb des sonstigen Gesamtergebnisses in der Gesamtergebnisrechnung gebucht wird.

Die Auswirkungen einer plötzlichen und unerwarteten Änderung von Marktzinssätzen auf den ökonomischen Wert des Konzerns bzw. der Bank werden regelmäßig getestet.

Die Zinsempfindlichkeit der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten wird regelmäßig analysiert, wobei deren geschätzte, in mehrere Intervalle aufgedielerte Restlaufzeit berücksichtigt wird, die als eines der Instrumente bei der Steuerung des Zinsrisikos dient. Die Analyse wird der Geschäftsleitung des Konzerns bzw. der Bank vorgelegt.

Die folgende Tabelle zeigt die Effektivzinssätze der monetären Finanzinstrumente:

EFFEKTIVZINSSATZ (in %)	2011		2010	
	Konzern	Bank	Konzern	Bank
Aktiva				
Darlehen und andere Forderungen an die NBS	0,25	0,25	0,25	0,25
Forderungen an Banken	1,13	1,19	0,85	0,87
Darlehen an Kunden	5,86	5,86	6,25	6,25
Zur Veräußerung verfügbare Wertpapiere	3,86	3,86	3,83	3,83
Bis zur Endfälligkeit zu haltende Wertpapiere	3,20	3,20	3,33	3,33
Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	-	-	0,90	0,90
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2,42	2,42	2,44	2,44
Emittierte Schuldverschreibungen	4,99	4,99	4,99	4,99

b) Währungsrisiko

Zum 31. Dezember 2011 beliefen sich die in Fremdwährung geführten Aktiva auf EUR 0 (zum 31. Dezember 2010: EUR 3 Tsd.). Zum Bilanzstichtag, unverändert zum Vorjahr, hatte der Konzern bzw. die Bank keine in Fremdwährung geführten Passiva. Daher unterliegt der Konzern bzw. die Bank weder zum 31. Dezember 2011 noch zum 31. Dezember 2010 einem bedeutenden Währungsrisiko.

(41) LIQUIDITÄTSRISIKO

Das Liquiditätsrisiko spiegelt die Möglichkeit wider, dass der Konzern bzw. die Bank die Fähigkeit verliert, seinen/ihren Verbindlichkeiten bei deren Fälligkeit nachzukommen.

Die Liquiditätssteuerung umfasst sämtliche Tätigkeiten, die mit dem Ziel realisiert werden, wesentliche und unerwartete Überschüsse bzw. Mangel an Geldmitteln zu vermeiden und dabei die erforderliche wirtschaftliche Effektivität zu garantieren. Zu den grundlegenden Zielen der Liquiditätssteuerung zählen:

- Minimierung des Liquiditätsrisikos, d.h. Sicherstellung der dauerhaften Fähigkeit, finanzielle Verpflichtungen ordentlich und rechtzeitig zu erfüllen,
- im Zusammenhang mit der Sicherstellung des geforderten Liquiditätsflusses, Minimierung der Verluste bei Umwandlung der nicht finanziellen Aktiva in die Geldmittel bzw. Vermeidung von unnötigen Aufwendungen für die Einholung von zusätzlichen Geldmitteln,
- Sicherstellung der Einhaltung der von der NBS festgesetzten Regelungen und Liquiditätskennziffern, und
- Sicherstellung der Einhaltung interner Regelungen und Limits.

Das Liquiditätsrisiko stellt für den Konzern bzw. die Bank ein bedeutendes Risiko dar, auf dessen Steuerung angemessene Aufmerksamkeit gerichtet wird. Obwohl ein Ziel der Liquiditätssteuerung die Verringerung des Liquiditätsrisikos ist, sind Liquiditätssteuerung und Steuerung des Liquiditätsrisikos zwei organisatorisch getrennte Tätigkeiten.

Folgende wesentliche Prinzipien gelten für die Steuerung des Liquiditätsrisikos im Konzern bzw. in der Bank:

- regelmäßige Unterrichtung des Vorstands über die Entwicklung der Liquidität und des Liquiditätsrisikos,
- regelmäßige Überwachung, Messung und Auswertung des Liquiditätsrisikos. Zu diesem Zweck werden im Wesentlichen folgende Instrumente verwendet: Liquiditätspläne, Analyse der Fälligkeit der Aktiva und Passiva, regelmäßige Meldungen und System von internen Limits. Die begründete Anwendung einzelner Instrumente wird überprüft und bei Bedarf werden diese neuen Anforderungen zeitnah angepasst.
- Sicherstellung eines angemessenen Informationsflusses sowohl im Rahmen der Organisationsstruktur des Konzerns bzw. der Bank als auch zwischen dem Konzern bzw. der Bank und anderen Subjekten (Finanzmarkt, die NBS, Aktionäre, usw.) zur Steuerung der Liquidität und des Liquiditätsrisikos,
- Aufrechterhaltung einer solchen Struktur von Aktiva und Passiva, die den Liquiditätsanforderungen entspricht,
- Erstellung eines langfristigen Plans, in den mehrere Szenarios der Entwicklung der Finanzflüsse und der Aktiva und Passiva im langfristigen Horizont eingearbeitet sind,
- Steuerung der Struktur der Aktiva, permanente Aufrechterhaltung des Portfolios von hochliquiden Wertpapieren und Überwachung der Möglichkeiten für die Umwandlung in Geldmittel,
- Berücksichtigung der Anforderungen an das Liquiditätsrisiko bei jeglichen Investitionen in die Finanzinstrumente,
- ständiges Bestreben zur Stabilisierung des wichtigsten Teils der Finanzierungsquellen – der Kundeneinlagen, daneben Sicherstellung des Zugriffs auf zusätzliche Finanzierungsquellen durch Kreditrahmen von anderen Finanzinstituten bzw. Überwachung der Möglichkeiten zur Identifizierung anderer Quellen, sowie
- Erstellung eines Notfallplans zur Identifizierung und Behandlung etwaiger Liquiditätsprobleme (vorübergehende Knappheit an Geldmitteln, Liquiditätskrise). Dieser Plan wird durchlaufend aktualisiert, so dass er jederzeit anwendbar ist und nicht nur die aktuelle Situation innerhalb des Konzerns bzw. der Bank, sondern auch das Geschehen im externen Umfeld (vor allem auf dem Finanzmarkt) widerspiegelt.

Die Hauptwährung, in welcher der größte Teil der Geschäftstätigkeit abgewickelt wird, ist der Euro (EUR). Der Umfang der Geschäfte in Fremdwährungen ist minimal. Der Konzern bzw. die Bank hält es daher für nicht notwendig, sich mit der Liquiditätssteuerung in mehreren Fremdwährungen zu befassen.

Eine wichtige Rolle bei der Liquiditätssteuerung spielt der Planungsprozess. Der Plan als Instrument für die Liquiditätssteuerung wird insbesondere bei der Steuerung der mittel- bis langfristigen Liquidität verwendet, dient aber als eine der Unterlagen für die Steuerung der täglichen Liquidität.

Ausgangspunkt für die Steuerung der mittel- bis langfristigen Liquidität ist die voraussichtliche Entwicklung der Aktiva und Passiva sowie der jährlichen Geldflüsse. Er basiert einerseits auf dem voraussichtlichen Verhalten der Bausparer bei der Einzahlung ihrer Einlagen und der Rückzahlung der Darlehen und andererseits auf den voraussichtlichen Ansprüchen der

Kunden sowohl auf die Zuteilung und nachfolgende Gewährung von Darlehen als auch auf die Einlagenabhebung. Das Ziel der Liquiditätssteuerung auf dieser Ebene ist es, künftige Finanzflüsse optimal zu planen – und zwar sowohl die Platzierung freier Geldmittel unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Möglichkeiten des Finanzmarktes ohne Erfordernis eines größeren Verkaufs der Aktiva, als auch die Nutzung potenzieller Fremdmittel. Mehrere Szenarios für mittel- und langfristige Pläne werden erstellt.

Im laufenden Geschäftsjahr wird der jährliche Liquiditätsplan erstellt und aktualisiert, der monatliche bzw. wöchentliche Geldflüsse enthält. In diesem Plan werden die erwarteten Geldflüsse unter Berücksichtigung ihrer üblichen Struktur im Rahmen des Berichtszeitraums sowie auf Basis der Daten aus dem Kundeninformationssystem ermittelt. Damit wird der Liquiditätsplan zum wichtigen Ausgangspunkt für die Steuerung der täglichen Liquidität.

Zur Messung und Überwachung der tatsächlichen Zunahmen und Abnahmen von Geldmitteln bzw. zur Ermittlung des Geldflussergebnisses in festgelegten Zeitabständen wird die Methode der Analyse der Restlaufzeit der Aktiva und Passiva verwendet. Einzelne Posten der Bilanzaktiva sowie der unter der Bilanz stehenden Aktiva werden auswählbaren Zeitabständen nach deren aktueller bzw. geschätzter Restlaufzeit zugeordnet. Bei dieser Methode werden die aus dem Liquiditätsplan resultierenden Zunahmen und Abnahmen von Geldmitteln nicht berücksichtigt. Aus der Differenz zwischen den Aktiva und Passiva in einzelnen Zeitabständen kann eine Übersicht über die bilanzielle und bilanzneutrale Position des Konzerns bzw. der Bank im Bereich der Liquidität gewonnen werden.

Für Zwecke der Liquiditätssteuerung werden einzelne Posten der Aktiva und Passiva in Gruppen untergliedert – Aktiva nach dem Grad ihrer Liquidität und Passiva nach dem Grad ihrer Stabilität, d.h. ihrer Herkunft.

Die folgenden Tabellen zeigen die Restlaufzeit der finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des Konzerns bzw. der Bank. Sie wurden auf Basis der nicht abgezinsten Geldflüsse von finanziellen Verbindlichkeiten unter Berücksichtigung der baldmöglichsten Termine, wenn die Begleichung dieser Verbindlichkeiten vom Konzern bzw. von der Bank gefordert werden kann, erstellt. Die Tabellen enthalten Geldflüsse aus Zinsen und dem Nominalbetrag der finanziellen Verbindlichkeiten. Die finanziellen Vermögenswerte sind in den Tabellen auf Basis ihrer abgezinsten Buchwerte analysiert.

LIQUIDITÄTSRISIKO DER FINANZIELLEN VERMÖGENSWERTE DES KONZERNS ZUM 31. DEZEMBER 2011							
(in Tsd. EUR)	≤ 1 Monat	>1 Monat ≤ 3 Monate	>3 Monate ≤ 1 Jahr	>1 Jahr ≤ 5 Jahre	> 5 Jahre	Unbestimmte Fälligkeit	Summe
Darlehen und andere Forderungen an die NBS	501	-	-	-	-	-	501
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Staatsanleihen	781	1.186	35.274	45.571	5.080	-	87.892
Forderungen an Banken	40.439	20.050	10.020	-	-	-	70.509
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Wertpapiere	41.327	39.455	22.147	45.987	77.525	-	226.441
Bauspardarlehen	8.369	14.370	62.869	248.073	51.476	-2.751 ²	382.406
Aus Finanzmitteln außerhalb des Bausparfonds finanzierte Darlehen für Bauzwecke	2.447	-	-	-	-	-	2.447
Zwischenfinanzierungs-darlehen	25.548	16.686	73.372	348.639	919.206	-49 ²	1.383.402
Sonstige Darlehen	16	32	128	265	2	-	443
Zu Anschaffungskosten bewertete Aktien	-	-	-	-	-	149	149
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	299	-	-	-	-	1.159	1.458
Vertragliche Restlaufzeit	119.727	91.779	203.810	688.535	1.053.289	-1.492	2.155.648
Erwartete Restlaufzeit¹	129.191	117.931	338.158	572.333	999.527	-1.492	2.155.648

¹ Abgezinsten Wert laut der konsolidierten Bilanz

² Der Betrag mit unbestimmter Fälligkeit stellt zeitlich abgegrenzte Gebühren und Provisionen dar.

LIQUIDITÄTSRISIKO DER FINANZIELLEN VERBINDLICHKEITEN DES KONZERNS ZUM 31. DEZEMBER 2011							
(in Tsd. EUR)	≤ 1 Monat	>1 Monat ≤ 3 Monate	>3 Monate ≤ 1 Jahr	>1 Jahr ≤ 5 Jahre	> 5 Jahre	Unbestimmte Fälligkeit	Summe
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	-	-	-	-	-	-	-
Emittierte Schuldverschreibungen	-	-	34.821	-	-	-	34.821
Spareinlagen der Kunden	20.891	1.667.233	41.785	140.403	46.043	-	1.916.355
Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6.868	-	-	-	-	197	7.065
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	3.802	-	423	-	-	43	4.268
Darlehenszusagen	54.263	-	-	-	-	-	54.263
Vertragliche Restlaufzeit	85.824	1.667.233	77.029	140.403	46.043	240	2.016.772
Erwartete Restlaufzeit¹	61.217	90.911	373.322	950.098	525.388	240	2.001.176

¹ Abgezinsten Wert laut der konsolidierten Bilanz

LIQUIDITÄTSRISIKO DER FINANZIELLEN VERMÖGENSWERTE DER BANK ZUM 31. DEZEMBER 2011								
(in Tsd. EUR)	≤ 1 Monat	>1 Monat ≤ 3 Monate	>3 Monate ≤ 1 Jahr	>1 Jahr ≤ 5 Jahre	> 5 Jahre	Unbestimmte Fälligkeit	Summe	
Darlehen und andere Forderungen an die NBS	501	-	-	-	-	-	501	
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Staatsanleihen	781	1.186	35.274	45.571	5.080	-	87.892	
Forderungen an Banken	39.058	20.050	10.020	-	-	-	69.128	
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Wertpapiere	41.327	39.455	22.147	45.987	77.525	-	226.441	
Bauspardarlehen	8.369	14.370	62.869	248.073	51.476	-2.751 ²	382.406	
Aus Finanzmitteln außerhalb des Bausparfonds finanzierte Darlehen für Bauzwecke	2.447	-	-	-	-	-	2.447	
Zwischenfinanzierungs-darlehen	25.548	16.686	73.372	348.639	919.206	-49 ²	1.383.402	
Sonstige Darlehen	16	32	128	265	2	-	443	
Zu Anschaffungskosten bewertete Aktien	-	-	-	-	-	149	149	
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	299	-	-	-	-	1.159	1.458	
Vertragliche Restlaufzeit	118.346	91.779	203.810	688.535	1.053.289	-1.492	2.154.267	
Erwartete Restlaufzeit¹	127.810	117.931	338.158	572.333	999.527	-1.492	2.154.267	

¹ Abgezinsten Wert laut der konsolidierten Bilanz

² Der Betrag mit unbestimmter Fälligkeit stellt zeitlich abgegrenzte Gebühren und Provisionen dar.

LIQUIDITÄTSRISIKO DER FINANZIELLEN VERBINDLICHKEITEN DER BANK ZUM 31. DEZEMBER 2011								
(in Tsd. EUR)	≤ 1 Monat	>1 Monat ≤ 3 Monate	>3 Monate ≤ 1 Jahr	>1 Jahr ≤ 5 Jahre	> 5 Jahre	Unbestimmte Fälligkeit	Summe	
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	-	-	-	-	-	-	-	
Emittierte Schuldverschreibungen	-	-	34.821	-	-	-	34.821	
Spareinlagen der Kunden	20.891	1.667.233	41.785	140.403	46.043	-	1.916.355	
Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6.868	-	-	-	-	197	7.065	
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	3.801	-	423	-	-	43	4.267	
Darlehenszusagen	54.263	-	-	-	-	-	54.263	
Vertragliche Restlaufzeit	85.823	1.667.233	77.029	140.403	46.043	240	2.016.771	
Erwartete Restlaufzeit¹	61.216	90.911	373.322	950.098	525.388	240	2.001.175	

¹ Abgezinsten Wert laut der konsolidierten Bilanz

LIQUIDITÄTSRISIKO DER FINANZIELLEN VERMÖGENSWERTE DES KONZERNS ZUM 31. DEZEMBER 2010								
(in Tsd. EUR)	≤ 1 Monat	>1 Monat ≤ 3 Monate	>3 Monate ≤ 1 Jahr	>1 Jahr ≤ 5 Jahre	> 5 Jahre	Unbestimmte Fälligkeit	Summe	
Darlehen und andere Forderungen an die NBS	444	-	-	-	-	-	444	
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Staatsanleihen	781	1.186	-	81.226	-	-	83.193	
Forderungen an Banken	40.360	56.045	-	-	-	-	96.405	
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Wertpapiere	39.977	1.056	2.163	24.375	69.945	-	137.516	
Bauspardarlehen	11.670	14.121	61.178	227.061	45.336	-1.951 ²	357.415	
Aus Finanzmitteln außerhalb des Bausparfonds finanzierte Darlehen für Bauzwecke	2.448	-	-	-	-	-	2.448	
Zwischenfinanzierungs-darlehen	69.962	14.587	92.053	426.502	774.572	-2.029 ²	1.375.647	
Sonstige Darlehen	15	32	134	284	3	-	468	
Zu Anschaffungskosten bewertete Aktien	-	-	-	-	-	149	149	
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	499	-	-	-	-	1.855	2.354	
Vertragliche Restlaufzeit	166.156	87.027	155.528	759.448	889.856	-1.976	2.056.039	
Erwartete Restlaufzeit¹	169.591	94.789	193.189	724.575	875.871	-1.976	2.056.039	

¹ Abgezinster Wert laut der konsolidierten Bilanz

² Der Betrag mit unbestimmter Fälligkeit stellt zeitlich abgegrenzte Gebühren und Provisionen dar.

LIQUIDITÄTSRISIKO DER FINANZIELLEN VERBINDLICHKEITEN DES KONZERNS ZUM 31. DEZEMBER 2010								
(in Tsd. EUR)	≤ 1 Monat	>1 Monat ≤ 3 Monate	>3 Monate ≤ 1 Jahr	>1 Jahr ≤ 5 Jahre	> 5 Jahre	Unbestimmte Fälligkeit	Summe	
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	2.302	-	-	-	-	-	2.302	
Emittierte Schuldverschreibungen	-	-	1.627	36.447	-	-	38.074	
Spareinlagen der Kunden	19.323	1.537.863	58.044	170.171	30.115	-	1.815.516	
Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.102	-	-	-	-	313	4.415	
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	4.112	405	-	789	-	28	5.334	
Darlehenszusagen	73.143	-	-	-	-	-	73.143	
Vertragliche Restlaufzeit	102.982	1.538.268	59.671	207.407	30.115	341	1.938.784	
Erwartete Restlaufzeit¹	65.149	86.433	299.068	962.724	506.661	341	1.920.376	

¹ Abgezinster Wert laut der konsolidierten Bilanz

LIQUIDITÄTSRISIKO DER FINANZIELLEN VERMÖGENSWERTE DER BANK ZUM 31. DEZEMBER 2010								
(in Tsd. EUR)	≤ 1 Monat	>1 Monat ≤ 3 Monate	>3 Monate ≤ 1 Jahr	>1 Jahr ≤ 5 Jahre	> 5 Jahre	Unbestimmte Fälligkeit	Summe	
Darlehen und andere Forderungen an die NBS	444	-	-	-	-	-	444	
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Staatsanleihen	781	1.186	-	81.226	-	-	83.193	
Forderungen an Banken	39.104	56.045	-	-	-	-	95.149	
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Wertpapiere	39.977	1.056	2.163	24.375	69.945	-	137.516	
Bauspardarlehen	11.670	14.121	61.178	227.061	45.336	-1.951 ²	357.415	
Aus Finanzmitteln außerhalb des Bausparfonds finanzierte Darlehen für Bauzwecke	2.448	-	-	-	-	-	2.448	
Zwischenfinanzierungs-darlehen	69.962	14.587	92.053	426.502	774.572	-2.029 ²	1.375.647	
Sonstige Darlehen	15	32	134	284	3	-	468	
Zu Anschaffungskosten bewertete Aktien	-	-	-	-	-	149	149	
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	316	-	-	-	-	1.855	2.171	
Vertragliche Restlaufzeit	164.717	87.027	155.528	759.448	889.856	-1.976	2.054.600	
Erwartete Restlaufzeit¹	168.152	94.789	193.189	724.575	875.871	-1.976	2.054.600	

¹ Abgezinsten Wert laut der konsolidierten Bilanz

² Der Betrag mit unbestimmter Fälligkeit stellt zeitlich abgegrenzte Gebühren und Provisionen dar.

LIQUIDITÄTSRISIKO DER FINANZIELLEN VERBINDLICHKEITEN DER BANK ZUM 31. DEZEMBER 2011								
(in Tsd. EUR)	≤ 1 Monat	>1 Monat ≤ 3 Monate	>3 Monate ≤ 1 Jahr	>1 Jahr ≤ 5 Jahre	> 5 Jahre	Unbestimmte Fälligkeit	Summe	
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	2.302	-	-	-	-	-	2.302	
Emittierte Schuldverschreibungen	-	-	1.627	36.447	-	-	38.074	
Spareinlagen der Kunden	19.323	1.537.863	58.044	170.171	30.115	-	1.815.516	
Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.102	-	-	-	-	313	4.415	
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	4.128	405	-	789	-	28	5.350	
Darlehenszusagen	73.143	-	-	-	-	-	73.143	
Vertragliche Restlaufzeit	102.998	1.538.268	59.671	207.407	30.115	341	1.938.800	
Erwartete Restlaufzeit¹	65.165	86.433	299.068	962.724	506.661	341	1.920.392	

¹ Abgezinsten Wert laut der konsolidierten Bilanz

(42) FINANZINSTRUMENTE – KREDITRISIKO

a) Strategie zur Steuerung des Kreditrisikos

Der Konzern bzw. die Bank hat eine Kreditrisikosteuerungsstrategie ausgearbeitet, die vor allem folgende Informationen enthält:

- eine umfängliche Definition des Risikos,
- das zu tolerierende Risikoausmaß,
- erwartete Konsequenzen aus der Tatsache, dass sich der Konzern bzw. die Bank dem tolerierten Risikoausmaß aussetzt,
- Grundsätze für die Auswahl der Methode zur Identifizierung, Messung, Überwachung und Minimierung des Risikos,
- Typen von Limits, welche der Konzern bzw. die Bank verwendet, und Grundsätze für die Auswahl und Festlegung anderer Limits,
- das Volumen des zur Deckung des Risikos bestimmten wirtschaftlichen Kapitals und Grundsätze für die Ermittlung dieses Volumens,
- Grundsätze für die Abwicklung neuer Geschäftsfelder, sowie
- Grundsätze für die Organisation der Risikosteuerung.

Grundlegende Ziele im Bereich der Steuerung des Kreditrisikos:

- Verringerung des Kreditrisikos im Einklang mit der Erfüllung der strategischen Ziele durch die Entwicklung eines Systems zur Steuerung des Kreditrisikos und Verbesserung der Kontrollen im Prozess der Darlehenszuteilung, sowie
- Erfüllung und Einhaltung qualitativer und quantitativer Anforderungen des Standardansatzes zur Steuerung des Kreditrisikos, insbesondere Einhaltung der personellen und organisatorischen Trennung der mit dem Abschluss und der Abwicklung von Kreditgeschäften zusammenhängenden Tätigkeiten von Tätigkeiten, die mit der Steuerung des Kreditrisikos verbunden sind, sowie die Einhaltung von Regelungen zur Ermittlung der Kapitalangemessenheit in Zusammenhang mit dem Darlehensportfolio.

Entsprechend dem Umfang und der Komplexität seiner/ihrer Tätigkeiten trennt der Konzern bzw. die Bank, sowohl organisatorisch als auch personell, die Tätigkeiten und Verantwortlichkeiten der zuständigen Abteilungen, um jegliche Interessenkonflikte zu vermeiden; insbesondere ist die Abteilung für den Abschluss von Kreditgeschäften von Tätigkeiten getrennt, die mit deren Abwicklung und mit der Steuerung des Kreditrisikos zusammenhängen.

Die Trennung der Tätigkeiten beim Abschluss von Kreditgeschäften von Tätigkeiten, die mit der Steuerung des Kreditrisikos zusammenhängen, ist bis zur höchstmöglichen Führungsebene sichergestellt.

Bei der Steuerung des Kreditrisikos werden nicht nur die gesetzlichen Limits in diesem Bereich, sondern auch die internen Limits zur Sicherstellung der Qualität und Quantität des Kreditgeschäfts beachtet. Sowohl die gesetzlichen als auch die internen Limits werden monatlich überprüft. Über die Ergebnisse wird die Geschäftsleitung des Konzerns bzw. der Vorstand der Bank unterrichtet.

Für Zwecke der Klassifizierung und Bewertung von Vermögenswerten und Absicherungen hat der Konzern bzw. die Bank mehrere interne Vorschriften ausgearbeitet, die regelmäßig aktualisiert werden.

b) Prozesse bei der Steuerung des Kreditrisikos

Der Abschluss von Kreditgeschäften mit Kunden wird von den zuständigen Abteilungen nach der aktuellen Kompetenzordnung abgewickelt.

Der Konzern bzw. die Bank hat ein System für den Abschluss von Kreditgeschäften ausgearbeitet. Die ausgeübten Tätigkeiten stehen im Einklang mit der genehmigten Strategie der Steuerung des Kreditrisikos und der ausgewählten Methode der Identifizierung, Messung, Überwachung und Minimierung des Kreditrisikos.

Das System für den Abschluss von Kreditgeschäften ist zwecks Steuerung des Kreditrisikos durch entsprechende interne Regelungen und Arbeitsvorgänge der zuständigen Abteilungen definiert und umfasst im Wesentlichen:

- a) die Spezifizierung von Ländern und Währungen, geographischen Gebieten, Industriezweigen und Vertragsparteien, mit denen Kreditgeschäfte abgewickelt werden können, sowie
- b) die Regelungen zur Genehmigung von Kreditgeschäften, die insbesondere Folgendes enthalten:
 - i. Untersuchung des Zwecks des abzuschließenden Geschäfts,
 - ii. Analyse der Finanzlage des Kunden vor Geschäftsabschluss und während der Laufzeit des Geschäfts,
 - iii. Analyse des Industriezweiges des Kunden und seine Position innerhalb dieses Industriezweiges,

- iv. Beurteilung der Qualität, Angemessenheit und Vollstreckbarkeit der Absicherung,
- v. Analyse der Quellen für die Darlehensstilgung,
- vi. Festlegung von Bedingungen für den Geschäftsabschluss und für die Tilgung der Forderung, die durch den Geschäftsabschluss entsteht,
- vii. Regelungen über die Änderung der vereinbarten Geschäftsbedingungen,
- viii. Anforderungen an die Vorlage der Unterlagen durch Kunden je nach Geschäftsart und Typ der Vertragspartei,
- ix. Regelungen über die Abwicklung von Geschäften mit Personen mit Sonderstatus gegenüber dem Konzern bzw. der Bank und über die Identifizierung einer solchen Beziehung, sowie
- x. Regelungen über die Abwicklung von Geschäften mit wirtschaftlich verbundenen Kundengruppen und über die Identifizierung solcher Gruppen.

Die Abwicklung von Kreditgeschäften erfolgt durch zuständige Abteilungen, die personell und organisatorisch von jenen Abteilungen getrennt sind, die sich am Abschluss dieser Kreditgeschäfte in der in der aktuellen Kompetenzordnung angeführten Art und Weise beteiligen.

Die Abwicklung von Kreditgeschäften ist in den entsprechenden internen Richtlinien und Arbeitsvorgängen des Fachbereichs Kundenbetreuung sowie des Fachbereichs Betreuung juristischer Personen definiert; darunter werden insbesondere folgende Tätigkeiten verstanden:

- Kontrolle der formellen Dokumentation des abgeschlossenen Geschäfts,
- Kontrolle der Erfüllung der Bedingungen für die Inanspruchnahme der zugeteilten Geldmittel,
- Inanspruchnahme des Darlehens,
- Ausstellung der Buchungsbelege und Erfassung des Geschäfts (erfolgt voll automatisch),
- Erstellung und Führung der Vertragsdokumentation nach Geschäftsabschluss, und
- Überwachung der Erfüllung der Vertragsbedingungen.

Die Steuerung des Kreditrisikos aus Kreditgeschäften umfasst insbesondere folgende Tätigkeiten:

- Genehmigung der Limits für Geschäfte, welche den Konzern bzw. die Bank dem Kreditrisiko aussetzen, und Kontrolle ihrer Einhaltung,
- Analyse der Finanzlage des Kunden oder der Vertragspartei – für die Klassifizierung der Forderungen erforderlich,
- Genehmigung der Methoden und Vorgänge zur Steuerung des Kreditrisikos,
- Klassifizierung und Bewertung von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Absicherungen,
- Ermittlung von Quellen zur Deckung des identifizierten Kreditrisikos und der voraussichtlichen Verluste,
- Eintreibung der nicht getilgten Forderungen,
- Identifizierung, Messung, Überwachung und Minimierung des Kreditrisikos, sowie
- Verarbeitung und Erteilung von Auskünften über das Kreditrisiko für Zwecke der Steuerung und Beschlussfassung.

c) Konzentration des Kreditrisikos

Eine Konzentration des Kreditrisikos entsteht, wenn Darlehensforderungen mit ähnlichen wirtschaftlichen Merkmalen bestehen, welche die Fähigkeit des Schuldners beeinflussen, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Als bedeutendes Kreditengagement betrachtet der Konzern bzw. die Bank eine Forderung gegen Schuldner bzw. eine wirtschaftlich verbundene Gruppe von Schuldnern, die 10% ihrer Eigenmittel übersteigt.

Nach dem slowakischen Bauspargesetz (Gesetz Nr. 310/1992 GBl. in der geltenden Fassung) kann ein Bauspardarlehen nur folgenden Bausparern eingeräumt werden:

- natürlichen Personen mit ständigem Wohnsitz in der Slowakei,
- juristischen Personen mit Sitz in der Slowakei oder natürlichen Personen – Unternehmern mit ständigem Wohnsitz in der Slowakei.

Daraus ergibt sich eindeutig, dass der Konzern bzw. die Bank seine/ihre Geschäftstätigkeit ausschließlich auf dem Gebiet der Slowakei ausübt. Die Tätigkeit ist auf die Entgegennahme von Bauspareinlagen, die Gewährung von Darlehen für Bauzwecke und auf die Beratungstätigkeit hinsichtlich des Bausparens ausgerichtet. Andere Banktätigkeiten werden nur in minimalem Umfang ausgeübt. Damit ist das Risiko der Konzentration des Kreditrisikos nach Ländern und Bereichen eliminiert. Das Risiko der Konzentration des Kreditrisikos nach Schuldnern ist durch die festgelegten Limits des Konzerns bzw. der Bank auf ein Minimum reduziert.

Neben gesetzlichen Regelungen ist die Konzentration des Kreditrisikos ebenfalls durch interne Limits über die maximale Höhe der Risikoaussetzung gegenüber einem individuellen Schuldner begrenzt; diese Limits werden regelmäßig aktualisiert und neu beurteilt.

Zum Abschlussstichtag hat der Konzern bzw. die Bank eine bedeutende Konzentration des Kreditrisikos weder gegenüber einem einzelnen Schuldner noch einer wirtschaftlich verbundenen Gruppe von Schuldnern gehabt.

d) Eingeleitete Maßnahmen aufgrund der Analyse des Darlehensportfolios

Aufgrund der Erfahrungen aus der bisherigen Erfüllung der Verpflichtungen der Darlehensschuldner werden folgende Maßnahmen eingeleitet und realisiert:

- intensivere Untersuchung einzelner Darlehensabsicherungsarten,
- verschiedene Zinssätze bei den Zwischenfinanzierungsdarlehen je nach den Absicherungsarten,
- Änderungen in den Bedingungen für die Darlehensgewährung, die auf die Beschränkung der Zugänglichkeit zu Darlehen mit günstigen Bedingungen für Kunden mit risikoreichen Charakteristiken gerichtet sind.

e) Grundsätze und Verfahren des Konzerns bzw. der Bank bei der Forderungseintreibung gegenüber Schuldnern

Bei der Forderungseintreibung richtet sich der Konzern bzw. die Bank nach folgenden Kriterien bzw. Grundsätzen:

- Effektivität der Forderungseintreibung,
- individuelle Beurteilung jedes einzelnen Eintreibungsfalls,
- Eliminierung der ausgefallenen Forderungen durch eine rechtzeitige Durchführung der notwendigen, mit der Forderungseintreibung zusammenhängenden Schritte, Eintreibung ohne unnötigen Verzug,
- Auswahl der richtigen Art der Forderungseintreibung,
- Forderungseintreibung im Einklang mit der geltenden slowakischen Rechtsordnung, sowie
- Nutzung der Möglichkeit der Fremdvergabe (Outsourcing) und der Veräußerung von uneinbringlichen Forderungen mit Schwerpunkt auf maximale Rentabilität.

Der Konzern bzw. die Bank löst die Fälle durch Eintreibung, in denen Schuldner auf die Aufforderungen zur Begleichung des Darlehensrestbetrags aufgrund des Tilgungsverzugs oder einer anderen Verletzung der Darlehensvertragsbedingungen nicht reagieren und die fälligen restlichen Beträge in der ihnen zur Verfügung gestellten Zeit nicht zurückzahlen. Dabei werden folgende Methoden verwendet:

Außerordentlicher Tilgungsplan außerhalb eines Gerichtsverfahrens bzw. einer Zwangseintreibung

Wenn unmittelbar nach dem Rücktritt vom Darlehensvertrag bzw. nach der Versendung der Aufforderung zur sofortigen Rückzahlung der fälligen Darlehensmittel der Schuldner den Willen äußert, den Vertrag zu erfüllen, aber seine finanzielle Situation es ihm nicht ermöglicht, diese Summe auf einmal zu bezahlen, kann auf Antrag des Schuldners ein außerordentlicher Tilgungsplan erstellt werden. Falls er diesen neuen Tilgungsplan nicht einhält, wird der Konzern bzw. die Bank von ihm zurücktreten und seine/ihre Forderung beim Gericht bzw. durch Zwangsvollstreckung eintreiben oder den Absicherungswechsel geltend machen.

Gerichtsverfahren

Der Konzern bzw. die Bank geht nur dann zum Gericht, wenn dem Schuldner der außerordentliche Tilgungsplan nicht bewilligt wurde und keine notarielle Niederschrift als Vollstreckungstitel bzw. kein Blanko-Wechsel vorhanden ist. In diesem Fall wird an das zuständige Gericht ein Antrag auf Erlass eines Zahlungsbefehls gesendet. Der Konzern bzw. die Bank erstellt die Klageschrift selbst. Bei einigen Gerichtsverfahren lässt er/sie sich durch Anwälte vertreten.

Absicherungswechsel

Falls nach Rücktritt vom Darlehensvertrag der Kunde die Forderung nicht befriedigt und das Darlehen durch einen Blanko-Wechsel abgesichert ist, wird der leere Wechsel ausgefüllt. In der Mitteilung über die Ausfüllung des Wechsels wird der Kunden aufgefordert, den Wechselbetrag zu bezahlen; hierbei wird die Höhe der Schuld, Ort und Zeit der Leistung angegeben.

Wechselprozess

Falls der Kunde den Wechselbetrag innerhalb der festgelegten Frist nicht bezahlt, macht der Konzern bzw. die Bank seinen/ihren Anspruch durch Einreichung des Antrags auf die Ausstellung eines Wechselzahlungsbefehls beim örtlich und sachlich zuständigen Gericht geltend. Der Konzern bzw. die Bank erstellt die Klageschrift selbst. Ein rechtsgültiger Wechselzahlungsbefehl ist ein Vollstreckungstitel für das Vollstreckungsverfahren.

Versuch einer außergerichtlichen Schlichtung

In Ausnahmefällen, nach dem Inkrafttreten der Gerichtsentscheidung, wenn es aufgrund des Verlaufs des Gerichtsverfahrens wahrscheinlich ist, dass die Forderung auch ohne Zwangsvollstreckung zurückgezahlt wird, kann der Konzern bzw. die Bank den Schuldner zu einer außergerichtlichen Einigung auffordern. Wenn der Schuldner einwilligt, kann ein Sonder Tilgungsplan schriftlich vereinbart werden.

Zwangsvollstreckungsverfahren

Der Konzern bzw. die Bank führt eine Forderungseintreibung durch Gerichtsvollzieher nach der Vollstreckungsordnung durch. Ein Antrag auf eine Zwangsvollstreckung wird gestellt, wenn eine gerichtliche Entscheidung zugunsten des Konzerns bzw. der Bank rechtskräftig und durchführbar ist bzw. wenn im gegebenen Fall, im Einklang mit der slowakischen Rechtsordnung, eine notarielle Niederschrift als Vollstreckungstitel vorhanden ist.

Freiwillige Versteigerung

Seit 2004 wird die Forderungseintreibung durch einen Versteigerer nach dem Gesetz über freiwillige Versteigerungen durchgeführt. Dieses Verfahren wird bei fälligen, durch Pfandrecht zugunsten des Konzerns bzw. der Bank abgesicherten Forderungen angewandt. Die Versteigerung erfolgt aufgrund des zwischen dem Konzern bzw. der Bank und dem Versteigerer abgeschlossenen Vertrags über deren Vollzug, der die vom Gesetz geforderten Bedingungen erfüllen muss. Der Zeitpunkt der Versteigerung muss im zentralen notariellen Versteigerungsregister veröffentlicht werden.

f) Höchstes Kreditrisiko

HÖCHSTES KREDITRISIKO (in Tsd. EUR)	2011		2010	
	Konzern	Bank	Konzern	Bank
Darlehen und andere Forderungen an die NBS	501	501	444	444
Zur Veräußerung verfügbare Wertpapiere – Staatsanleihen	87.892	87.892	83.193	83.193
Forderungen an Banken	70.509	69.128	96.405	95.149
Bis zur Endfälligkeit zu haltende Wertpapiere	226.441	226.441	137.516	137.516
Bauspardarlehen	382.406	382.406	357.415	357.415
Darlehen für Bauzwecke aus Finanzmitteln außerhalb des Bausparfonds	2.447	2.447	2.448	2.448
Zwischenfinanzierungsdarlehen	1.383.402	1.383.402	1.375.647	1.375.647
Sonstige Darlehen	443	443	468	468
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	1.458	1.458	2.354	2.171
Darlehenszusagen	54.263	54.263	73.143	73.143
Summe	2.209.762	2.208.381	2.129.033	2.127.594

Neben den obigen Darlehenszusagen führt der Konzern bzw. die Bank in seinen/ihren Geschäftsbüchern auch eventuelle Darlehenszusagen (siehe Abschnitt (39)).

g) Darlehensqualität von finanziellen Vermögenswerten

DARLEHEN AN KUNDEN NACH FÄLLIGKEIT UND WERTMINDERUNG (in Tsd. EUR)	2011		2010	
	Konzern	Bank	Konzern	Bank
Noch nicht fällige und nicht wertgeminderte Darlehen	1.614.820	1.614.820	1.619.844	1.619.844
Überfällige, jedoch nicht wertgeminderte Darlehen	34.378	34.378	41.627	41.627
Wertgeminderte Darlehen	181.907	181.907	131.637	131.637
Summe Darlehen – brutto	1.831.105	1.831.105	1.793.108	1.793.108
Wertberichtigungen auf Darlehen	-62.407	-62.407	-57.130	-57.130
Summe Darlehen – netto	1.768.698	1.768.698	1.735.978	1.735.978

ga) Noch nicht fällige und nicht wertgeminderte Darlehen

Die Geschäftsleitung des Konzerns bzw. der Bank ist überzeugt, dass die Analyse der Absicherungsart eine relevante Übersicht über die Kreditqualität der noch nicht fälligen und nicht wertgeminderten Forderungen aus Darlehen gibt:

QUALITÄT DES DARLEHENSORTFOLIOS DES KONZERNS BZW. DER BANK ZUM 31. DEZEMBER 2011 (in Tsd. EUR) – nach Absicherung gegliedert	Darlehen an Kunden				Summe
	Bauspar- darlehen	Darlehen für Bauzwecke aus Finanzmitteln außer- halb des Bausparfonds	Zwischenfinan- zierungs- darlehen	Sonstige Darlehen	
Eingesparter Betrag auf dem entsprechenden Bausparkonto einschließlich Vinkulierung	1	-	234.588	-	234.589
Bankgarantie einschließlich Vinkulierung	5.667	-	96.059	-	101.726
Pfandrecht an einer Immobilie	55.423	-	357.327	5	412.755
Bürge, Solidaritätsbürgschaft	206.729	-	196.530	341	403.600
Nicht abgesichert	99.098	-	362.964	88	462.150
Summe	366.918	-	1.247.468	434	1.614.820

BEIZULEGENDER ZEITWERT DER ABSICHERUNG DES KONZERNS BZW. DER BANK ZUM 31. DEZEMBER 2011 (in Tsd. EUR) – je nach dem Verhältnis zwischen dem Absi- cherungswert und der Darlehensforderung	Darlehen an Kunden				Summe
	Bauspar- darlehen	Darlehen für Bauzwecke aus Finanzmitteln außer- halb des Bausparfonds	Zwischenfinan- zierungs- darlehen	Sonstige Darlehen	
Beizulegender Zeitwert der Absicherung > Darlehensforderung	489.336	-	1.052.814	-	1.542.150
Beizulegender Zeitwert der Absicherung = Darlehensforderung	-	-	-	-	-
Beizulegender Zeitwert der Absicherung < Darlehensforderung	155	-	174.023	-	174.178
Summe Beizulegender Zeitwert der Absicherung*	489.491	-	1.226.837	-	1.716.328
Summe Darlehensforderung	366.918	-	1.247.468	434	1.614.820

* Der dargestellte beizulegende Zeitwert der Absicherungen setzt sich aus dem beizulegenden Zeitwert der Immobilien, der eingesparten Beträge auf den entsprechenden Sparkonten und den Bankgarantien zusammen. Der Wert der Bürgschaft durch andere Personen ist nicht mit einbezogen, da es praktisch unmöglich war, den beizulegenden Wert einer großen Menge von Bürgschaften, welche die Bank entgegengenommen hat, zu ermitteln.

QUALITÄT DES DARLEHENSORTFOLIOS DES KONZERNS BZW. DER BANK ZUM 31. DEZEMBER 2010 (in Tsd. EUR) – nach Absi- cherung gegliedert	Darlehen an Kunden				Summe
	Bauspar- darlehen	Darlehen für Bauzwecke aus Finanzmitteln außer- halb des Bausparfonds	Zwischenfinan- zierungs- darlehen	Sonstige Darlehen	
Eingesparter Betrag auf dem entsprechenden Bausparkonto einschließlich Vinkulierung	1	-	271.527	-	271.528
Bankgarantie einschließlich Vinkulierung	4.555	-	76.511	-	81.066
Pfandrecht an einer Immobilie	46.199	-	348.410	9	394.618
Bürge, Solidaritätsbürgschaft	190.949	-	291.588	351	482.888
Nicht abgesichert	105.481	-	284.164	99	389.744
Summe	347.185	-	1.272.200	459	1.619.844

BEIZULEGENDER ZEITWERT DER ABSICHERUNG DES KONZERNS BZW. DER BANK ZUM 31. DEZEMBER 2010 (in Tsd. EUR) – je nach dem Verhältnis zwischen dem Absicherungswert und der Darlehensforderung	Darlehen an Kunden				Summe
	Bauspar-darlehen	Darlehen für Bauzwecke aus Finanzmitteln außerhalb des Bausparfonds	Zwischenfinanzierungs-darlehen	Sonstige Darlehen	
Beizulegender Zeitwert der Absicherung > Darlehensforderung	463.017	-	1.073.688	-	1.536.705
Beizulegender Zeitwert der Absicherung = Darlehensforderung	-	-	-	-	-
Beizulegender Zeitwert der Absicherung < Darlehensforderung	147	-	177.473	-	177.620
Summe Beizulegender Zeitwert der Absicherung*	463.164	-	1.251.161	-	1.714.325
Summe Darlehensforderung	347.185	-	1.272.200	459	1.619.844

* Der dargestellte beizulegende Zeitwert der Absicherungen setzt sich aus dem beizulegenden Zeitwert der Immobilien, der eingesparten Beträge auf den entsprechenden Sparkonten und den Bankgarantien zusammen. Der Wert der Bürgschaft durch andere Personen ist nicht mit einbezogen, da es praktisch unmöglich war, den beizulegenden Wert einer großen Menge von Bürgschaften, welche die Bank entgegengenommen hat, zu ermitteln.

Kreditqualität der noch nicht fälligen und nicht wertgeminderten finanziellen Vermögenswerte, mit Ausnahme von Forderungen aus Darlehen an Kunden:

	2011				2010			
	Konzern		Bank		Konzern		Bank	
	in Tsd. EUR	Rating	in Tsd. EUR	Rating	in Tsd. EUR	Rating	in Tsd. EUR	Rating
Forderungen an Banken, davon:								
Kontokorrentkonten – SLSP, a.s.	1.943	F1	1.389	F1	1.644	F1	1.089	F1
Kontokorrentkonten – Tatra banka, a.s.	953	P1	126	P1	791	P1	90	P1
Kontokorrentkonten – Poštová banka, a.s.	257	-	257	-	281	-	281	-
Termineinlagen – NBS (inkl. Mindestpflichtreserven)	486	*1	486	*1	437	*1	437	*1
Termineinlagen – SLSP, a.s.	3.000	F1	3.000	F1	20.001	F1	20.001	F1
Termineinlagen – Tatra banka, a.s.	62	P1	62	P1	69	P1	69	P1
Terminované vklady – UniCreditBank, a.s.	10.020	P2	10.020	P2	-	-	-	-
Termineinlagen – VOLKSBANK Slovensko, a.s.	10.001	F2	10.001	F2	-	-	-	-
Termineinlagen – ČSOB, a.s.	-	P2	-	P2	10.004	P2	10.004	P2
Termineinlagen – VOLKSBANK Tschechische Republik	20.076	-	20.076	-	20.032	-	20.032	-
Termineinlagen – ING Bank N.V., p.z.b.	-	P1	-	P1	11.005	P1	11.005	P1
Termineinlagen – Prima banka Slovensko, a.s.	-	-	-	-	5.002	-	5.002	-
Termineinlagen – Poštová banka, a.s.	-	-	-	-	15.500	-	15.500	-
Termineinlagen – ČSOB Tschechische Republik	20.001	P1	20.001	P1	10.003	P1	10.003	P1
Sonstige Forderungen an Banken, kurz nach Ende der Berichtsperiode bezahlt (siehe Abschnitt (9))	4.196	*2	4.196	*2	2.073	*2	2.073	*2
Zur Veräußerung verfügbare Staatsanleihen								
Bis zur Engfälligkeit zu haltende Staatsanleihen	146.786	A1	146.786	A1	97.539	A1	97.539	A1
Bis zur Engfälligkeit zu haltende Schatzscheine	79.655	A1	79.655	A1	39.977	A1	39.977	A1
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	1.458	ohne Rating	1.458	ohne Rating	2.354	ohne Rating	2.171	ohne Rating

Die angeführten Bewertungen entsprechen den Kategorien der Rating-Agenturen Fitch Ratings Ltd. und Moody's.

*1 Die Risikoaussetzungen gegenüber der NBS unterliegen keinem Kreditrisiko.

*2 Nicht analysierte Forderungen aus den zum 31. Dezember 2011 realisierten Kundeneinlagen

gb) Überfällige, jedoch nicht wertgeminderte Darlehen

Zahlungsverzug bei überfälligen, jedoch nicht wertgeminderten Darlehen:

ÜBERFÄLLIGE, JEDOCH NICHT WERTGEMINDERTE DARLEHEN DES KONZERNS BZW. DER BANK ZUM 31. DEZEMBER 2011 (in Tsd. EUR)	Bauspardarlehen	Darlehen für Bauzwecke aus Finanzmitteln außerhalb des Bausparfonds	Zwischenfinanzierungsdarlehen	Sonstige Darlehen	Summe
Überfällig bis zu 30 Tagen	6.791	-	27.088	-	33.879
Überfällig zwischen 31 – 90 Tagen	-	-	-	-	-
Überfällig zwischen 91 -180 Tagen	-	-	4	-	4
Überfällig zwischen 181 – 360 Tagen	-	495	-	-	495
Überfällig mehr als 360 Tage	-	-	-	-	-
Summe zum 31. Dezember 2011	6.791	495	27.092	-	34.378

ÜBERFÄLLIGE, JEDOCH NICHT WERTGEMINDERTE DARLEHEN DES KONZERNS BZW. DER BANK ZUM 31. DEZEMBER 2010 (in Tsd. EUR)	Bauspardarlehen	Darlehen für Bauzwecke aus Finanzmitteln außerhalb des Bausparfonds	Zwischenfinanzierungsdarlehen	Sonstige Darlehen	Summe
Überfällig bis zu 30 Tagen	5.597	2.324	33.662	-	41.583
Überfällig zwischen 31 – 90 Tagen	1	-	-	-	1
Überfällig zwischen 91 -180 Tagen	-	-	-	-	-
Überfällig zwischen 181 – 360 Tagen	27	-	16	-	43
Überfällig mehr als 360 Tage	-	-	-	-	-
Summe zum 31. Dezember 2010	5.625	2.324	33.678	-	41.627

Die Darlehen sind wie folgt abgesichert:

ÜBERFÄLLIGE, JEDOCH NICHT WERTGEMINDERTE DARLEHEN – QUALITÄT DES DARLEHENSPORTFOLIOS DES KONZERNS BZW. DER BANK ZUM 31. DEZEMBER 2011 (in Tsd. EUR) – nach Absicherung gegliedert	Darlehen an Kunden				
	Bauspardarlehen	Darlehen für Bauzwecke aus Finanzmitteln außerhalb des Bausparfonds	Zwischenfinanzierungsdarlehen	Sonstige Darlehen	Summe
Eingesparter Betrag auf dem entsprechenden Bausparkonto einschließlich Vinkulierung Bankgarantie einschließlich Vinkulierung	-	-	4.779	-	4.779
Pfandrecht an einer Immobilie	16	-	58	-	74
Bürge, Solidaritätsbürgschaft	1.363	396	9.413	-	11.172
Nicht abgesichert	4.257	-	5.548	-	9.805
Summe	1.155	99	7.294	-	8.548
Summe	6.791	495	27.092	-	34.378

BEIZULEGENDER ZEITWERT DER ABSICHERUNG DES KONZERNS BZW. DER BANK ZUM 31. DEZEMBER 2011 (in Tsd. EUR) – je nach dem Verhältnis zwischen dem Absicherungswert und der Darlehensforderung	Darlehen an Kunden				
	Bauspardarlehen	Darlehen für Bauzwecke aus Finanzmitteln außerhalb des Bausparfonds	Zwischenfinanzierungsdarlehen	Sonstige Darlehen	Summe
Beizulegender Zeitwert der Absicherung > Darlehensforderung	11.230	-	44.590	-	55.820
Beizulegender Zeitwert der Absicherung = Darlehensforderung	-	-	-	-	-
Beizulegender Zeitwert der Absicherung < Darlehensforderung	1	400	3.270	-	3.671
Summe Beizulegender Zeitwert der Absicherung*	11.231	400	47.860	-	59.491
Summe Darlehensforderung	6.791	495	27.092	-	34.378

* Der dargestellte beizulegende Zeitwert der Absicherungen setzt sich aus dem beizulegenden Zeitwert der Immobilien, der eingesparten Beträge auf den entsprechenden Sparkonten und den Bankgarantien zusammen. Der Wert der Bürgschaft durch andere Personen ist nicht mit einbezogen, da es praktisch unmöglich war, den beizulegenden Wert einer großen Menge von Bürgschaften, welche die Bank entgegengenommen hat, zu ermitteln.

ÜBERFÄLLIGE, JEDOCH NICHT WERTGE- MINDERTE DARLEHEN – QUALITÄT DES DARLEHENS-PORTFOLIOS DES KONZERNS BZW. DER BANK ZUM 31. DEZEMBER 2010 (in Tsd. EUR) – nach Absicherung gegliedert	Darlehen an Kunden				Summe
	Bauspar- darlehen	Darlehen für Bauzwecke aus Finanzmitteln außer- halb des Bausparfonds	Zwischenfinan- zierungsdarlehen	Sonstige Darlehen	
Eingesparter Betrag auf dem entsprechenden Bausparkonto einschließlich Vinkulierung Bankgarantie einschließlich Vinkulierung	-	-	7.219	-	7.219
Pfandrecht an einer Immobilie	9	929	-	-	938
Bürge, Solidaritätsbürgschaft	1.113	1.395	10.286	-	12.794
Nicht abgesichert	3.325	-	10.578	-	13.903
	1.178	-	5.595	-	6.773
Summe	5.625	2.324	33.678	-	41.627

BEIZULEGENDER ZEITWERT DER ABSICHE- RUNG DES KONZERNS BZW. DER BANK ZUM 31. DEZEMBER 2010 (in Tsd. EUR) – je nach dem Verhältnis zwischen dem Absi- cherungswert und der Darlehensforderung	Darlehen an Kunden				Summe
	Bauspar- darlehen	Darlehen für Bauzwecke aus Finanzmitteln außer- halb des Bausparfonds	Zwischenfinan- zierungsdarlehen	Sonstige Darlehen	
Beizulegender Zeitwert der Absicherung > Darlehensforderung	9.303	3.533	55.432	-	68.268
Beizulegender Zeitwert der Absicherung = Darlehensforderung	-	-	-	-	-
Beizulegender Zeitwert der Absicherung < Darlehensforderung	-	-	4.065	-	4.065
Summe Beizulegender Zeitwert der Absicherung*	9.303	3.533	59.497	-	72.333
Summe Darlehensforderung	5.625	2.324	33.678	-	41.627

* Der dargestellte beizulegende Zeitwert der Absicherungen setzt sich aus dem beizulegenden Zeitwert der Immobilien, der eingesparten Beträge auf den entsprechenden Sparkonten und den Bankgarantien zusammen. Der Wert der Bürgschaft durch andere Personen ist nicht mit einbezogen, da es praktisch unmöglich war, den beizulegenden Wert einer großen Menge von Bürgschaften, welche die Bank entgegengenommen hat, zu ermitteln.

g) Wertgeminderte Darlehen

Der Zahlungsverzug ist wie folgt:

WERTGEMINDERTE DARLEHEN DES KONZERNS BZW. DER BANK ZUM 31. DEZEMBER 2011 (in Tsd. EUR)	Darlehen für Bauzwecke aus Finanzmitteln außer- halb des Bausparfonds				Summe
	Bauspar- darlehen	Zwischenfinan- zierungsdarlehen	Sonstige Darlehen		
Überfällig bis zu 30 Tagen	5.065	-	69.792	12	74.869
Überfällig zwischen 31 – 90 Tagen	2.973	-	21.370	-	24.343
Überfällig zwischen 91 -180 Tagen	857	-	7.881	-	8.738
Überfällig zwischen 181 – 360 Tagen	594	2.324	8.377	-	11.295
Überfällig mehr als 360 Tage	2.769	-	59.893	-	62.662
Summe zum 31. Dezember 2011	12.258	2.324	167.313	12	181.907

* In der Kategorie „Überfällig bis zu 30 Tagen“ sind zum 31. Dezember 2010 wertgeminderte Darlehen ausgewiesen, bei denen ein anderer objektiver Nachweis einer Wertminderung als Zahlungsverzug des Schuldners identifiziert wurde.

WERTGEMINDERTE DARLEHEN DES KONZERNS BZW. DER BANK ZUM 31. DEZEMBER 2010 (in Tsd. EUR)	Darlehen für Bauzwecke aus Finanzmitteln außer- halb des Bausparfonds				Summe
	Bauspar- darlehen	Zwischenfinan- zierungsdarlehen	Sonstige Darlehen		
Überfällig bis zu 30 Tagen	1.475	497	32.092	11	34.075
Überfällig zwischen 31 – 90 Tagen	2.186	-	21.824	-	24.010
Überfällig zwischen 91 -180 Tagen	429	-	6.816	-	7.245
Überfällig zwischen 181 – 360 Tagen	794	-	11.626	-	12.420
Überfällig mehr als 360 Tage	2.600	-	51.287	-	53.887
Summe zum 31. Dezember 2010	7.484	497	123.645	11	131.637

Die Darlehen sind wie folgt abgesichert:

WERTGEMINDERTE DARLEHEN – QUALITÄT DES DARLEHENSPORTFOLIOS DES KON- ZERNES BZW. DER BANK ZUM 31. DEZEMBER 2011 (in Tsd. EUR) – nach Absicherung gegliedert	Darlehen an Kunden				Summe
	Bauspar- darlehen	Darlehen für Bauzwecke aus Finanzmitteln außer- halb des Bausparfonds	Zwischenfinan- zierungsdarlehen	Sonstige Darlehen	
Eingesparter Betrag auf dem entsprechenden Bausparkonto einschließlich Vinkulierung	-	-	17.936	-	17.936
Bankgarantie einschließlich Vinkulierung	-	929	20	-	949
Pfandrecht an einer Immobilie	2.478	1.394	48.259	-	52.131
Bürge, Solidaritätsbürgschaft	8.119	-	64.868	11	72.998
Nicht abgesichert	1.661	-	36.231	1	37.893
Summe	12.258	2.323	167.314	12	181.907

BEIZULEGENDER ZEITWERT DER ABSICHE- RUNG DES KONZERNES BZW. DER BANK ZUM 31. DEZEMBER 2011 (in Tsd. EUR) – je nach dem Verhältnis zwischen dem Absi- cherungswert und der Darlehensforderung	Darlehen an Kunden				Summe
	Bauspar- darlehen	Darlehen für Bauzwecke aus Finanzmitteln außer- halb des Bausparfonds	Zwischenfinan- zierungsdarlehen	Sonstige Darlehen	
Beizulegender Zeitwert der Absicherung > Darlehensforderung	29.072	2.798	436.417	-	468.287
Beizulegender Zeitwert der Absicherung = Darlehensforderung	-	-	-	-	-
Beizulegender Zeitwert der Absicherung < Darlehensforderung	-	-	12.273	-	12.273
Summe Beizulegender Zeitwert der Absicherung*	29.072	2.798	448.691	-	480.561
Summe Darlehensforderung	12.258	2.323	167.314	12	181.907

* Der dargestellte beizulegende Zeitwert der Absicherungen setzt sich aus dem beizulegenden Zeitwert der Immobilien, der eingesparten Beträge auf den entsprechenden Sparkonten und den Bankgarantien zusammen. Der Wert der Bürgschaft durch andere Personen ist nicht mit einbezogen, da es praktisch unmöglich war, den beizulegenden Wert einer großen Menge von Bürgschaften, welche die Bank entgegengenommen hat, zu ermitteln.

WERTGEMINDERTE DARLEHEN – QUALITÄT DES DARLEHENSPORTFOLIOS DES KON- ZERNES BZW. DER BANK ZUM 31. DEZEMBER 2010 (in Tsd. EUR) – nach Absicherung gegliedert	Darlehen an Kunden				Summe
	Bauspar- darlehen	Darlehen für Bauzwecke aus Finanzmitteln außer- halb des Bausparfonds	Zwischenfinan- zierungsdarlehen	Sonstige Darlehen	
Eingesparter Betrag auf dem entsprechenden Bausparkonto einschließlich Vinkulierung	-	-	11.020	-	11.020
Bankgarantie einschließlich Vinkulierung	-	-	20	-	20
Pfandrecht an einer Immobilie	1.236	396	26.938	-	28.570
Bürge, Solidaritätsbürgschaft	5.324	-	60.897	11	66.232
Nicht abgesichert	924	101	24.770	-	25.795
Summe	7.484	497	123.645	11	131.637

BEIZULEGENDER ZEITWERT DER ABSICHERUNG DES KONZERNS BZW. DER BANK ZUM 31. DEZEMBER 2010 (in Tsd. EUR) – je nach dem Verhältnis zwischen dem Absicherungswert und der Darlehensforderung	Darlehen an Kunden				Summe
	Bauspardarlehen	Darlehen für Bauzwecke aus Finanzmitteln außerhalb des Bausparfonds	Zwischenfinanzierungsdarlehen	Sonstige Darlehen	
Beizulegender Zeitwert der Absicherung > Darlehensforderung	17.750	-	322.512	-	340.262
Beizulegender Zeitwert der Absicherung = Darlehensforderung	-	414	9.070	-	9.484
Beizulegender Zeitwert der Absicherung < Darlehensforderung	-	-	-	-	-
Summe Beizulegender Zeitwert der Absicherung*	17.750	414	331.582	-	349.746
Summe Darlehensforderung	7.484	497	123.645	11	131.637

* Der dargestellte beizulegende Zeitwert der Absicherungen setzt sich aus dem beizulegenden Zeitwert der Immobilien, der eingesparten Beträge auf den entsprechenden Sparkonten und den Bankgarantien zusammen. Der Wert der Bürgschaft durch andere Personen ist nicht mit einbezogen, da es praktisch unmöglich war, den beizulegenden Wert einer großen Menge von Bürgschaften, welche die Bank entgegengenommen hat, zu ermitteln.

gd) Bei der Berechnung der Wertberichtigungen angewandte Annahmen

Die durchschnittliche Barwertminderung der Geldzuflüsse aus einzelnen auf Wertminderung getesteten Darlehensportfolien hängt von folgenden Faktoren ab:

- der Wahrscheinlichkeit, dass aufgrund des identifizierten Wertminderungsindikators die Forderung in der Zukunft eingetrieben wird, sowie
- dem voraussichtlichen Ertrag aus der Absicherung der Forderung.

ZAHLUNGSVERZUG	Wahrscheinlichkeit der Eintreibung in %	
	2011	2010
Von 31 bis zu 90 Tagen	20,2	18,8
Von 91 bis zu 180 Tagen	50,7	46,5
Von 181 bis zu 360 Tagen	82,2	77,7
Über 360 Tage	96,1	96,2

Bei der Berechnung des nicht besicherten Wertes der Forderung aus Darlehen wird vom Wert der gesamten Forderung in festgelegter Reihenfolge der Barwert der geschätzten Geldzuflüsse aus der Realisierung der Besicherungen gemäß der nachfolgenden Tabelle abgezogen.

Reihenfolge	Besicherung der Forderung	Geschätzter Ertrag aus der Besicherung in %	
		2011	2010
1.	Angesparter Betrag auf dem entsprechenden Bausparkonto	100,0	100,0
2.	Vinkulierter Bausparvertrag bei der Bank	100,0	100,0
3.	Bankgarantie	100,0	100,0
4.	Vinkulierte Einlage bei einer anderen Bank	100,0	100,0
5.	Solidaritätsbürgschaft	100,0	100,0
6.	Pfandrecht an einer Immobilie	87,4*	86,4*
7.	Bürgschaft	36,8*	35,1*

* Der Ertragsprozentsatz wird monatlich aufgrund der tatsächlich realisierten Einzüge aus der entsprechenden Absicherungsart aktualisiert. Die angeführten Werte stellen den Stand zum entsprechenden Bilanzstichtag dar.

h) Prozesse bei der Steuerung des Kapitals des Konzerns bzw. der Bank

Zum Bilanzstichtag beläuft sich das Kapital des Konzerns auf EUR 209.249 Tsd. (zum 31. Dezember 2010: EUR 210.054 Tsd.) und das Kapital der Bank auf EUR 209.353 Tsd. (zum 31. Dezember 2010: EUR 210.058 Tsd.); es besteht grundsätzlich aus dem gezeichneten Kapital, den Gewinnrücklagen und dem Gewinnvortrag. Diese Posten werden um immaterielle Vermögenswerte ohne bewertbare Rechte gemindert. Die Bewertungsdifferenz aus der Neubewertung der zur Veräußerung verfügbaren Wertpapiere ist ebenfalls im Kapital nicht enthalten.

Die Steuerung der regulativen Anforderung an die Höhe des Kapitals und des internen Kapitalbedarfs zur Deckung von Risiken wird parallel vorgenommen, insbesondere im Anschluss an den mittelfristigen Plan der Kreditstrategie sowie der Planung der Struktur der sonstigen Posten der Aktiva und der Höhe der Fremdmittel.

Das System der Beurteilung der Angemessenheit des internen Kapitals des Konzerns bzw. der Bank berücksichtigt das Proportionalitätsprinzip, d.h. die Größe des Konzerns bzw. der Bank sowie den Charakter, Umfang und die Komplexität der von ihm/ihr ausgeübten Geschäfts- bzw. Banktätigkeiten. Das System der Beurteilung der Angemessenheit des internen Kapitals ist Bestandteil des Risikosteuerungssystems. Sein grundlegendes Ziel ist es, die Verbindung zwischen dem Risikoprofil, dem Steuerungssystem, der Risikoverringung und dem Kapital des Konzerns bzw. der Bank zu verbessern.

Das System der Beurteilung der Angemessenheit des internen Kapitals umfasst:

- a) die Strategie zur Steuerung des Volumens des internen Kapitals,
- b) das Verfahren zur Ermittlung der angemessenen Höhe des internen Kapitals, seiner Komponenten und Zuordnung des internen Kapitals zu Risiken, sowie
- c) das System der Aufrechterhaltung des internen Kapitals in der geforderten Höhe.

Der Prozess zur Ermittlung der Angemessenheit des internen Kapitals ist Bestandteil der Beurteilung der Angemessenheit des internen Kapitals. In diesem Prozess werden folgende Schritte unterschiedet:

- a) Identifizierung sämtlicher bedeutender Risiken, denen der Konzern bzw. die Bank ausgesetzt ist oder ausgesetzt werden kann,
- b) Angemessene Beurteilung von Risiken, und
- c) Beurteilung des Bedarfs an internem Kapital.

Der Prozess zur Ermittlung der Angemessenheit des internen Kapitals ist mit der internen Organisation und Steuerung des Konzerns bzw. der Bank (Internal Governance) eng verbunden. Internal Governance umfasst im Wesentlichen die Festlegung der Geschäftsstrategie und der Geschäftsziele, des zu tolerierenden Risikoausmaßes, der Organisationsstruktur, die Verteilung von Verantwortlichkeiten und Kompetenzen, die Implementierung zutreffender Informationsflüsse sowie die Steuerung des Systems der internen Revision.

Die Steuerung des Kapitals, sowohl für die Bedürfnisse des Systems und der Strategie zur Beurteilung der Angemessenheit des internen Kapitals als auch für die Berechnung der Angemessenheit des regulativen Kapitals, ist ein wesentlicher Bestandteil des mittelfristigen Plans des Konzerns bzw. der Bank. Der Aufsichtsrat genehmigt die mittelfristige Absicht hinsichtlich der Dividendenhöhe bzw. einer etwaigen Anpassung des gezeichneten Kapitals, der Gewinnrücklagen sowie der Entwicklung und Höhe des erwarteten Gewinns.

Der Konzern bzw. die Bank ist sowohl zum 31. Dezember 2011 als auch zum 31. Dezember 2010 der regulativen Anforderung an die Kapitalangemessenheit nachgekommen.

(43) SCHÄTZUNG DES BEIZULEGENDEN ZEITWERTES

Der beizulegende Zeitwert der notierten Wertpapiere (Staatsanleihen) ist mit ihrem an der Wertpapierbörse in Bratislava ermittelten Marktwert identisch.

Der beizulegende Zeitwert der notierten Wertpapiere (Schatzscheine) wurde als theoretischer, auf Basis der Restlaufzeit und des entsprechenden Geldmarktsatzes ermittelter Preis festgelegt. Der dabei verwendete durchschnittliche Abzinsungssatz belief sich zum 31. Dezember 2011 auf 1,27% p.a. (zum 31. Dezember 2010: 0,71% p.a.).

Der beizulegende Zeitwert der an Kunden gewährten Darlehen und der von ihnen erhaltenen Spareinlagen ist anhand der Bewertungsmethoden bestimmt. Künftige Werte der Darlehen und Spareinlagen werden auf Basis des vereinbarten Zinssatzes und der erwarteten Restlaufzeit berechnet. Die in dieser Art und Weise berechneten Werte sind mit dem für einzelne Zeitabstände der Restlaufzeit geltenden Marktzinssatz abgezinst, wobei der Marktzinssatz auf Basis der aktuellen Zinssätze für ähnliche neu gewährte Darlehen auf dem Markt (Hypothekendarlehen und andere Darlehen für Immobilien)

bzw. ähnliche erhaltene Einlagen (Termineinlagen) bestimmt wird. Zum 31. Dezember 2011 betrug der angewandte durchschnittliche Abzinsungssatz 7,30% p.a. (zum 31. Dezember 2010: 6,61% p.a.)

Der beizulegende Zeitwert einzelner Klassen von finanziellen Vermögensgegenständen und finanziellen Verbindlichkeiten ist im Abschnitt (6) – Analyse finanzieller Vermögenswerte und finanzieller Verbindlichkeiten nach Bewertungskategorien beschrieben.

(44) BEDEUTENDE EREIGNISSE NACH DEM ABSCHLUSSSTICHTAG

Nach dem Bilanzstichtag haben sich bis zum Tag der Genehmigung dieses Jahresabschlusses zur Veröffentlichung keine Vorgänge ereignet, die einen wesentlichen Einfluss auf die wahrheitsgetreue Darstellung der Sachverhalte, die Gegenstand der Buchführung sind, gehabt hätten.



Eva Trizuljaková, Meditácia, 1991, textil (Textilcollage)

Berichte

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat der Prvá stavebná sporiteľňa, a.s. („PSS“) hat sich während des Jahres 2011 zu zwei Sitzungen zusammengefunden. Daneben war er während des ganzen Jahres durch regelmäßige Berichte fortlaufend über die Wirtschaftstätigkeit der PSS unterrichtet, sowie über die Auswirkungen der finanziellen Weltkrise auf die PSS, a.s. Fragen von grundsätzlicher Bedeutung wurden persönlich mit dem Vorstand der PSS besprochen.

Die zum 31. Dezember 2011 nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellten ordentlichen Jahresabschlüsse (Einzel- sowie Konzernabschluss) der PSS, der Vorschlag für die Verwendung des Gewinns des Jahres 2011, sowie der Vorschlag zur Festlegung der Tantieme 2011 waren Gegenstand der Sitzung des Prüfungsausschusses des Aufsichtsrates am Sitz der PSS am 2. März 2012. Der Prüfungsausschuss stimmte den vorgelegten (Einzel- sowie Konzernabschluss) Jahresabschlüssen für das Jahr 2011, dem Vorschlag für die Verwendung des Gewinns, sowie dem Vorschlag der Festlegung der Tantieme 2011 zu. Sämtliche besprochenen Dokumente wurden für die Sitzung des Aufsichtsrates empfohlen.

Der Aufsichtsrat überprüfte im Sinne des § 198 HGB auf seiner am 29. März 2012 am Sitz der PSS stattgefundenen Sitzung die zum 31. Dezember 2011 nach den IFRS aufgestellten ordentlichen Jahresabschlüsse (Einzel- sowie Konzernabschluss) der PSS, die alle von PricewaterhouseCoopers Slovensko, s.r.o. geprüft wurden, sowie den Vorschlag für die Verwendung des Gewinns des Jahres 2011 und den Vorschlag der Festlegung der Tantieme 2011.

Der Abschlussprüfer nahm ebenfalls an dieser Sitzung des Aufsichtsrates teil und stand den Aufsichtsratsmitgliedern für die Beantwortung ihrer Fragen zur Verfügung. Die Prüfungsberichte über die durchgeführten Prüfungen der obigen Jahresabschlüsse der PSS für das Jahr 2011 wurden rechtzeitig vor der Sitzung des Aufsichtsrates dessen Mitgliedern übergeben.

Nach der Überprüfung der zum 31. Dezember 2011 aufgestellten ordentlichen Einzel- und Konzernabschlüsse der PSS, sowie des Vorschlags für die Verwendung des Gewinns des Jahres 2011 und des Vorschlags der Festlegung der Tantieme 2011, erhob der Aufsichtsrat keine Einwände und erteilte die Genehmigung, die genannten Dokumente der Hauptversammlung der Aktionäre der PSS vorzulegen.

Der Aufsichtsrat bedankt sich beim Vorstand und bei allen internen sowie externen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre im Jahr 2011 geleistete Arbeit.

Bratislava, 29. März 2012


Ing. Jozef Síkela
Aufsichtsratsvorsitzender

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Aktionäre, den Aufsichtsrat sowie den Vorstand der Prvá stavebná sporiteľňa, a.s.:

Wir haben den beigefügten Einzelabschluss der Gesellschaft Prvá stavebná sporiteľňa, a.s. (die „Bank“) sowie den Konzernabschluss der Bank und ihrer Tochtergesellschaften (der „Konzern“) geprüft, die aus den Bilanzen zum 31. Dezember 2011, den Gewinn- und Verlustrechnungen, den Gesamtergebnisrechnungen, den Aufstellungen über Veränderungen des Eigenkapitals und den Kapitalflussrechnungen für das zu diesem Stichtag abgelaufene Geschäftsjahr, einer Zusammenfassung der wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sowie anderen erläuternden Anhangangaben bestehen.

Verantwortung des Vorstands für die Jahresabschlüsse

Der Vorstand ist für die Aufstellung und angemessene Darstellung der Jahresabschlüsse in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards, wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind, sowie für solche internen Kontrollsysteme verantwortlich, welche der Vorstand für die Aufstellung von Jahresabschlüssen für erforderlich erachtet, der frei von wesentlichen, durch Betrug oder Fehler verursachten Fehlaussagen sind.

Verantwortung des Abschlussprüfers

Unsere Verantwortung ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über die Jahresabschlüsse abzugeben. Wir haben unsere Abschlussprüfung unter Beachtung der International Standards on Auditing vorgenommen. Danach haben wir ethischen Grundsätzen zu folgen und die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Jahresabschlüsse frei von wesentlichen Fehlaussagen sind.

Eine Prüfung schließt die Vornahme von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Nachweisen über die Wertansätze und Angaben in den Jahresabschlüssen ein. Bei der Festlegung von Prüfungshandlungen wird das Risiko von wesentlichen Fehlaussagen in den Jahresabschlüssen aufgrund von Betrug oder Fehlern berücksichtigt. Bei der Beurteilung dieses Risikos berücksichtigt der Abschlussprüfer die für die Aufstellung und angemessene Darstellung der Jahresabschlüsse relevanten internen Kontrollen, um hierauf aufbauend die entsprechenden Prüfungshandlungen zu bestimmen, jedoch nicht, um eine Beurteilung über die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems abzugeben. Die Prüfung umfasst auch die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, der wesentlichen Einschätzungen rechnungslegungsrelevanter Sachverhalte durch den Vorstand sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung der Jahresabschlüsse.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns eingeholten Prüfungsnachweise eine hinreichende und angemessene Grundlage für unsere Beurteilung bilden.

Beurteilung

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Einzelabschluss und der Konzernabschluss unter Beachtung der International Financial Reporting Standards, wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind, ein in allen wesentlichen Aspekten den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Bank und des Konzerns zum 31. Dezember 2011 sowie der Ertragslage und der Zahlungsströme für das zu diesem Stichtag abgelaufene Geschäftsjahr.

PricewaterhouseCoopers Slovensko s.r.o.
PricewaterhouseCoopers Slovensko, s.r.o.
Lizenz der SKAU Nr. 161
Bratislava, 7. Februar 2012



Mgr. Juraj Tučný
Mgr. Juraj Tučný
Lizenz der UDVA Nr. 1059

Unser Bestätigungsvermerk wurde in slowakischer und deutscher Sprache erstellt. In allen Fragen der Interpretation von Informationen, Auffassungen oder Einschätzungen hat die slowakische Version unseres Bestätigungsvermerks Vorrang vor der deutschen Version.

PricewaterhouseCoopers Slovensko, s.r.o., Námestie 1. mája 18, 815 32 Bratislava, Slovak Republic
T: +421 (0) 2 59350 111, F: +421 (0) 2 59350 222, www.pwc.com/sk

The company's ID (IČO) No. 35739347.
Tax Identification No. of PricewaterhouseCoopers Slovensko, s.r.o. (DIČ) 2020270021.
VAT Reg. No. of PricewaterhouseCoopers Slovensko, s.r.o. (IČ DPH) SK2020270021.
Spoločnosť je zapísaná v Obchodnom registri Okresného súdu Bratislava 1, pod vložkou č. 16611/B, oddiel: Sro.
The company is registered in the Commercial Register of Bratislava 1 District Court, ref. No. 16611/B, Section: Sro.



**Bericht über die Überprüfung der Übereinstimmung
des Geschäftsberichts mit dem Jahresabschluss
gemäß § 23 des slowakischen Gesetzes Nr. 540/2007 GBL
(Zusatz zum Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers)**

An die Aktionäre, den Aufsichtsrat sowie den Vorstand der Prvá stavebná sporiteľňa, a. s.:

Wir haben den auf den nachfolgenden Seiten 64 – 131 aufgeführten Konzern- und Einzelabschluss (im Folgenden „der Jahresabschluss“) der Prvá stavebná sporiteľňa, a. s. (im Folgenden „die Gesellschaft“) zum 31. Dezember 2011 geprüft und unter dem Datum des 7. Februar 2012 hierzu einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt, der auf Seite 134 wiedergegeben ist.

Gemäß den Bestimmungen des slowakischen Gesetzes Nr. 431/2002 GBL über die Rechnungslegung in der geltenden Fassung haben wir ebenfalls überprüft, ob die im Geschäftsbericht der Gesellschaft zum 31. Dezember 2011 enthaltenen buchhalterischen Informationen mit dem oben bezeichneten geprüften Jahresabschluss übereinstimmen.

Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft für den Geschäftsbericht

Der Vorstand der Gesellschaft ist für die Erstellung, Richtigkeit und Vollständigkeit des Geschäftsberichts gemäß dem slowakischen Rechnungslegungsgesetz verantwortlich.

Verantwortung des Wirtschaftsprüfers für die Überprüfung der Übereinstimmung des Geschäftsberichts mit dem Jahresabschluss

Unsere Verantwortung ist es, ein Urteil darüber abzugeben, ob die im Geschäftsbericht der Gesellschaft zum 31. Dezember 2011 enthaltenen buchhalterischen Informationen in allen wesentlichen Aspekten mit dem geprüften Jahresabschluss übereinstimmen. Wir haben die Überprüfung unter Beachtung der International Standards on Auditing vorgenommen. Danach haben wir ethischen Grundsätzen zu folgen und die Überprüfung so zu planen und durchzuführen, dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob der Geschäftsbericht frei von buchhalterischen Informationen ist, die wesentlich von den Angaben im Jahresabschluss abweichen.

Der Umfang der Arbeiten umfasst Handlungen zur Überprüfung, ob die im Geschäftsbericht enthaltenen buchhalterischen Informationen mit den Angaben im Jahresabschluss übereinstimmen. Die ausgewählten Arbeitsschritte hängen von der Einschätzung des Wirtschaftsprüfers ab, einschließlich der Beurteilung des Risikos von wesentlichen Fehlaussagen im Geschäftsbericht aufgrund von Betrug oder Fehlern. Bei der Beurteilung dieses Risikos berücksichtigt der Wirtschaftsprüfer die für die Aufstellung und angemessene Darstellung des Geschäftsberichts relevanten internen Kontrollen, um hierauf aufbauend die entsprechenden Überprüfungshandlungen zu bestimmen, jedoch nicht, um eine Beurteilung über die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems der Gesellschaft abzugeben. Die im Geschäftsbericht enthaltenen Angaben und Informationen, die nicht aus dem Jahresabschluss entnommen wurden, haben wir nicht überprüft.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns durchgeführten Arbeiten eine hinreichende und angemessene Grundlage für unsere Beurteilung bilden.

Beurteilung

Nach unserer Überzeugung stimmen die im Geschäftsbericht der Gesellschaft zum 31. Dezember 2011 enthaltenen buchhalterischen Informationen in allen wesentlichen Aspekten mit dem oben bezeichneten geprüften Jahresabschluss überein.

PricewaterhouseCoopers Slovensko, s.r.o.
PricewaterhouseCoopers Slovensko, s.r.o.
Lizenz der SKAU Nr. 161

Tučný
Mgr. Juraj Tučný
Lizenz der UDVA Nr. 1059

Bratislava, den 29. März 2012

Unser Bericht wurde in slowakischer und deutscher Sprache erstellt. In allen Fragen der Interpretation von Informationen, Auffassungen oder Einschätzungen hat die slowakische Version unseres Berichts Vorrang vor der deutschen Version.

.....
PricewaterhouseCoopers Slovensko, s.r.o., Námestie 1. mája 18, 815 32 Bratislava, Slowakei
Telefon: +421 (0)2 59350 111, Fax: +421 (0)2 59350 222, www.pwc.com/sk

Identifikations-Nummer (IČO): 35 739 347

Steuernummer (DIČ): 2020270021

Umsatzsteuer-ID (IČ DPH): SK2020270021

Spoločnosť je zapísaná v Obchodnom registri Okresného súdu Bratislava I pod vložkou č. 16611/B, oddiel: Sro.

Die Gesellschaft ist im Handelsregister des Bezirksgerichts Bratislava I unter Einlage Nr. 16611/B, Abteilung: Sro eingetragen.



Marián Komáček, Mažkrty, 1994, maľba (Ölgemälde)

Résumé

The Slovak economy, as shown by statistics, continued growth over 2011. According to the preliminary estimates of the National Bank of Slovakia (NBS), growth of gross domestic product was 3.3%, and surpassed expectations of NBS. The labor markets development, however was not as positive. Conversely, according to the Labor, Social Affairs and Family Office the number of unemployed at the end of 2011 stood at 399,800 individuals. Over the whole of 2011 the unemployment rate reached 13.16%, the average number of job seekers immediately able to work was 350,959 individuals. Stagnation still remains in the segment of real estate. Mainly in sales of new apartments with larger surface area, even after the fall of prices, remained virtually unrealized.

Mission

The social role of Prvá Stavebná Sporiteľňa a.s. (PSS a.s.) is the long-term increase in the standard of living for Slovak citizens in housing, so as to gradually achieve the standards of European levels. PSS a.s. understands this mission as a service to its clients. Every step of this plan is implemented in regard to the needs and interests of the client and the public's expectations in connection with its activities. In every event it acts to maintain customer satisfaction, good relations with all associates and their reputation, which throughout the whole period of its existence has never been put in doubt.

Basic Information

Prvá stavebná sporiteľňa a.s. is a joint stock company with premises on Bajkalská ulica 30 in Bratislava. It was founded on October 15, 1992 with the Companies Registrar, it began operations on November 16, 1992. PSS a.s. has established the following governing bodies: the general assembly, executive board and supervisory board. In 2011 the managing board of PSS a.s., was composed of: Ing. Imrich Beres (representing shareholders of Slovenská sporiteľňa, a. s. Slovak Republic and Erste Bank der Osterreichischen Sparkassen AG, Austria, he served as Chairman), Mag. Herbert G. Pfeiffer (representing shareholder Raiffeisen Bausparkassen Holding GmbH., Vienna, Austria, he served as a board member) and Dipl. Ing. Erich Feix (representing shareholder Bausparkasse Schwäbisch Hall AG, Germany, he served as a board member).

Housing Development

Despite the expectations of various subjects and analysts, 2011 did not bring about a recovery in real housing or the real estate market. Conversely, the continuing decline of interest in the purchase of new housing was reflected in the further slowing of housing construction in Slovakia.

As the Statistical Office of the Slovak Republic data shows, the first nine months of 2011 Slovakia completed 9,380 residential units, which meant a year over year decline of 18.3%. Most housing, 2,575 was built from January to September of 2011 in the Bratislava region. Least amount of completed housing, 485 units, was registered from January to September 2011 in the Banská Bystrica region. The Slovak housing market in 2011 was marked by a gradual reduction of the average price of housing for all four quarters of the year 2011, this tendency was most prevalent in the last quarter of the year.

In 2011, the trend was toward growth of housing loans, which are provided by 21 banking institutions. According to data provided by NBS, 2011 had historically the most housing loans, while their volume increased by more than 13.5%. The banking sector provided financing for housing loans through more than 3.8 billion Euros. Of this amount the three building societies in Slovakia provided 539.89 million Euros. From this amount, Prvá Stavebná Sporiteľňa a.s. lent 438.68 million Euros, which represents 40.02% of all documented purpose funds invested in housing in Slovakia for 2011.

Building Savings

In terms of building savings in 2011 was probably the most difficult year of the existence of this financial product in Slovakia, as well as the activities of the largest building society in Slovakia. One substantial reversal occurred in April 2011 when the Ministry of Finance, in contradiction to the re-

sults of negotiations of a specialized work group, announced its intention to continue to change legislation in building savings. The efforts of the Ministry of Finance peaked with assertion in the National Assembly with the plan for the amendment of the Act, which was negotiated three times over. First, in September 2011 it was approved by parliament but the President of SR returned it - because of retroactivity. Subsequently, in October 2011 Members of Parliament did not approve the amendment to building savings. Nevertheless, the Minister of Finance in November 2011 submitted an amendment to building savings Act to Parliament again, for the third time. After the Constitutional Affairs Committee stated that the amended Act was submitted to parliament in conflict with the Rules of Procedure, the National Assembly decided that the amendment of the building savings will not be discussed. Three quarters of a yearlong debate, coupled with intense media interest in bringing often conflicting and negative information could not stand, and did not, without consequences. Unsure building savers, existing and potential, reflected on the results of the PSS a.s. for 2011. On the other hand, it must be added that, considering all the adverse circumstances surrounding a building savings in 2011, the indicators, for PSS a.s. for 2011 were highly acceptable. Customer deposits year over year rose by 5.26% and in 2011 records were set in terms of volume of credit resources provided to building savers – individuals for housing reconstruction, which showed an annual increase of up to 45.3%.

Building Savings in 2011 – Individuals

In 2011, PSS a.s. has concluded, with building savers- individuals 159,315 new savings contracts with a total volume target amount of 1.44 billion Euros and average target amount of 9,042 Euros. The number of building savers - individuals at the end of 2011 reached 773,988, while the amount of their deposits amounted to 1.83 billion Euros. At the same time in 2011 PSS a.s., prepared 18,169 conclusions of contracts bound to the targeted use of accumulated funds.

The loans approved by PSS a.s. in 2011 for its clients – individuals was 2,908 home loans in the amount of 25.47 million Euros and 17,450 bridge loans in the amount of 319.93 million Euros. In summary, PSS a.s., building savers - individuals in 2011 were lent in the amount of 396.93 million Euros for residential purposes. The largest portion of these funds 186.90 million Euros was used by clients for upgrading and reconstruction. A further 77.74 million Euros was invested into the buying of an apartment or house, for new developments it was 19.97 million Euros and the other building (or household) purposes it was 112.32 million Euros.

Building Savings in 2011 – Legal entities

In 2011, PSS a.s. concluded with building savers - legal entities, 951 new contracts with in the amount of 159.58 million Euros. The average target amount of these contracts amounted to 167,798 Euros. The number of building savers – legal entities, at the end of 2011 reached 2,373. The amount of their deposits amounted to 57.1 million Euros. At the same time in 2011 PSS a.s. concluded 80 contracts bound to targeted use of accumulated funds. For the period of 2011 PSS a.s. approved for legal entities 334 building loans and bridge loans in the amount of 41.09 million Euros, which is now the largest number and volume of loans to this group of building savers.

Credit trade with building savers- legal entities up to December 31, 2011 accounted for 10.6% of the total state of paid credit. In total PSS a.s provided building savers - legal entities in 2011 41.75 million Euros for residential purposes. Clients for upgrade and reconstruction used the largest portion of these funds 36.43 million Euros. A further 5.32 million Euros was invested for other construction purposes.

New for 2011 Individuals

The first new item that the PSS a.s. offered in 2011 to building savers individuals was the February to March interest rate bonus. A further improvement in offer to this group of building savers helped improve conditions for extra security and extra tariff junior to acquire for the months from October to December a financial bonus for savings contract of 33.61 Euros. The year 2011 also saw the improvement and simplification of lending, as well as extremely interesting opportunities (April to July 2011) to attain a loan with an interest rate from 1.69% p. a.

Legal entities

In 2011, PSS a.s. paid heightened attention to owner co-operatives of residential and business premises (SVB), residential co-operatives (BD) and other managers of residential buildings (SBO). From February to July 2011 they had the ability to borrow at rates ranging from 3.69% p. a. to 4.79% p.a. In September to December 2011 a loan with an interest rate of 2.99% p.a. which PSS a.s. guaranteed for 48 months from the last day of the month in which the loan was approved. When signing a contract for building savings in time from February 1 to March 31, 2011 entities such as SVB, BD and SBO got a interest bonus for 2011, the was in relation to the time of saving and could reach up to 20%.

Employees

Until December 31, 2011 PSS a.s. employees together 417 people, including of which 23 are female employees on maternity leave. Of the total number employed at the banks headquarters in Bratislava are 393 individuals and 24 work in seven regional offices. PSS a.s. employees predominantly women, in 2011 it was 273 representing 65.5%. Women make up 44.4% of the managerial positions. The average age of employees in 2011 was 42 years of age. In terms of education most of the employees (58%) were employees with a university education.

The management system, including employee evaluation process, is applied at PSS a.s. with management by objectives (MbO). The intention of applying this system is to achieve higher performance of employees and increase their involvement in the development of the company and for their own professional development.

Distribution Network

The organization of the distribution network and sales structure is provided by PSS a.s. own sales system of - pro active sales. As of January 1, 2011 a change, which was intended to improve the quality of sales activities, came to be. The distribution model was divided into 5 levels, with not only changes in name of levels, but first and foremost the function of individual sales levels of the basic division of executive and managerial components.

In 2011 there were in the Slovak Republic 7 regional sales structures supported by 7 mini regional offices in; Bratislava, Nitra, Banska Bystrica, Trencin, Zilina, Kosice and Presov. The director of sales manages the work of regional offices and the distribution network. The external sales network of PSS a.s. as of December 31, 2011 consisted of 1,329 committed financial agents (VFA). On the same date to PSS clients were able to use its services in 351 sales offices in Slovakia. In 2011, managed to open sales offices in major shopping centers and were added to existing branches of PSS a.s. in; Retro shopping center in Bratislava, Aupark shopping center Kosice and in Laugaricio located in Trencin.

In 2011 PSS a.s. marketing activities reflected the circumstances surrounding a building society and a year long lasting debate on the amendment of the building savings. Cautious public and consequently adverse affect on the interest for building savings. Another factor (also negative) left its mark on sales activity, was the consequences of growing economic crisis in Europe and related behavior by consumers even in Slovakia.

Philanthropy

Good economic performance attained by PSS a.s. means it is also possible to be active in the field of philanthropic and charitable nature, as a helping hand to those who are almost inherently dependent on the help of the "strong". PSS a.s. is proud that it can give back by this way a part of its economic success to the Slovak Republic and its people.

In 2011 PS a.s supported 153 projects, organizations, foundations and individuals with a total of nearly 166,000 Euros. The main subjects and projects supported included the SR Children's Fund (€10,000 to support the project account barriers); Association of the Disabled ADELI (€10,000 for making a dedicated and extremely effective rehabilitation method at ADELI Medical Center, the largest in Slovakia); League Against Cancer (€5000 to organize the 15th public fund collection Dafodil Day); Medilab s.r.o. (€5,000 to purchase an ultrasound machine); Association for helping children with epilepsy and other neurological diseases DFNSP Bratislava (€5,000 for the purchase of diagnostic equipment); Union of the Blind and Visually Impaired SR (€3,500 for education and training a guide dog); Children Sanatorium Železnô, Partizánska Ľupča (€4000 for the reconstruction of bathrooms and toilets); the Main Tent of Hope n.f., Bratislava (€3,500 to buy technical equipment for the National Cancer Institute); OZ Chance for Unwanted (€3190 to organize a relaxing stay for homeless women with children); Hospice Flame (€3,000 for operation); Elementary Schools and Kindergartens for children with autism in Prešov (€2000 for renovation work).

Support for housing in PSS a.s. and other activities in connection with its core activities. One of these forms is the fund PSS a.s. for housing development in the Slovak Economy. Founded in 2004, from 2005 it manages funds amounting to 166,000 Euros for term of one year. By the end of 2011, the Fund of PSS a.s. for development of housing in Slovakia approved a total of 143 projects totaling 1.32 million Euros.

Main Goals for 2012

In 2012, Prvá Stavebná Sporiteľňa a.s. plans to conclude 180,050 contracts on building savings. With an average target amount of 10,200 Euros. This corresponds to a total volume of target amount of 1.84 billion Euros. Deposits of building savers are expected by PSS a.s. to amount to 433.4 million Euros and is expected to provide about 26,300 housing loans and bridge loans. Funds intended to finance housing construction shall reach 475.1 million Euros and will be paid in the form of home loans, bridge loans, contracts on building savings, as well as the early purpose use of building savings.

Consolidated and Separate Balance Sheet as of 31 December 2011 (in thousands of EUR)

	2011		2010	
	Group	Bank	Group	Bank
ASSETS				
Due from the National Bank of Slovakia	501	501	444	444
Available-for-sale securities – government bonds	87,892	87,892	83,193	83,193
Due from other banks	70,509	69,128	96,405	95,149
Securities held to maturity	226,441	226,441	137,516	137,516
Loans to customers	1,768,698	1,768,698	1,735,978	1,735,978
Investment in subsidiaries	-	2,961	-	2,977
Available-for-sale securities – shares	149	149	149	149
Premises and equipment	29,299	27,738	29,892	28,337
Investment properties	1,197	1,197	1,136	1,136
Intangible assets	11,862	11,862	11,759	11,759
Current income tax prepayment	419	397	2,259	2,303
Deferred tax asset	14,544	14,649	12,773	12,875
Other financial assets	1,458	1,458	2,354	2,171
Other non-financial assets	11,081	11,080	10,761	10,751
TOTAL ASSETS	2,224,050	2, 224,151	2,124,619	2,124,738
LIABILITIES AND EQUITY				
Due to other banks	-	-	2,301	2,301
Issued bonds	33,474	33,474	33,450	33,450
Customers' savings deposits	1,902,106	1,902,106	1,801,733	1,801,733
Other liabilities to customers	7,065	7,065	4,415	4,415
Provisions for liabilities	12,539	12,539	12,511	12,511
Other financial liabilities	4,268	4,267	5,334	5,350
Other non-financial liabilities	13,563	13,561	11,986	11,983
Total liabilities	1,973,015	1,973,012	1,871,730	1,871,743
Share capital	66,500	66,500	66,500	66,500
Legal reserve fund	19,536	19,485	19,536	19,485
Other reserves	22,277	22,277	22,278	22,278
Revaluation reserve for available-for-sale financial assets	1,139	1,139	1,878	1,878
Retained earnings from prior periods	112,773	112,930	113,673	113,499
Profit for the current period	28,810	28,808	29,024	29,355
Total equity	251,035	251,139	252,889	252,995
TOTAL LIABILITIES AND EQUITY	2,224,050	2,224,151	2,124,619	2,124,738

Consolidated and Separate Income Statement for the Year ended 31 December 2011 (in thousand of EUR)

	2011		2010	
	Group	Bank	Group	Bank
Interest income	117,904	117,894	115,814	115,813
Interest expense	(51,691)	(51,691)	(49,693)	(49,693)
Net interest income	66,213	66,203	66,121	66,120
Revenue from services and fee and commission income	28,728	28,728	27,466	27,462
Fee and commission expense	(1,570)	(1,570)	(179)	(179)
Net fee and commission income	27,158	27,158	27,287	27,283
Services purchased and similar costs	(21,629)	(21,617)	(18,328)	(18,290)
Employee benefits expense	(15,689)	(15,689)	(15,529)	(15,529)
Depreciation of premises and equipment, intangible assets and investment properties	(4,418)	(4,423)	(3,820)	(3,814)
Other operating costs	(5,218)	(5,215)	(5,021)	(5,014)
Other operating income	1,163	1,166	1,299	1,179
Profit before impairment and similar losses	47,580	47,583	52,009	51,935
Impairment losses and losses on write-offs or disposals of loans	(9,311)	(9,311)	(11,688)	(11,688)
Impairment losses and write offs of other assets	(1,485)	(1,493)	(3,313)	(3,033)
Profit before tax	36,784	36,779	37,008	37,214
Income tax expense	(7,974)	(7,971)	(7,984)	(7,859)
Profit after tax	28,810	28,808	29,024	29,355

Consolidated and Separate Statement of Comprehensive Income for the Year ended 31 December 2011 (in thousand of EUR)

	2011		2010	
	Group	Bank	Group	Bank
Profit after tax	28,810	28,808	29,024	29,355
Other comprehensive income:				
Revaluation reserve for available-for-sale financial assets, net of deferred tax EUR 174 ths. (2010: EUR 115 ths.)	(739)	(739)	492	492
Other comprehensive income Total	(739)	(739)	492	492
TOTAL COMPREHENSIVE INCOME	28,071	28,069	29,516	29,847

Consolidated Statement of Changes in Equity for the Year ended 31 December 2011 (in thousands of EUR)

CHANGES IN EQUITY	Share capital	Legal reserve fund	Other reserves	Revaluation reserve for available-for-sale financial assets	Retained earnings from prior years	Profit for the period	Total equity
Balance at 1 January 2010	66,500	19,536	22,283	1,386	115,611	27,982	253,298
Profit after tax for the year 2010	-	-	-	-	-	29,024	29,024
Other comprehensive income for the year 2010	-	-	-	492	-	-	492
<i>Total comprehensive income for the year 2010</i>	-	-	-	492	-	29,024	29,516
Transfer of 2009 profit	-	-	-	-	27,982	(27,982)	-
Movement of Reserves for charitable purposes	-	-	(5)	-	5	-	-
Dividends declared and paid	-	-	-	-	(29,925)	-	(29,925)
Balance at 31 December 2010	66,500	19,536	22,278	1,878	113,673	29,024	252,889
Balance at 1 January 2011	66,500	19,536	22,278	1,878	113,673	29,024	252,889
Profit after tax for the year 2011	-	-	-	-	-	28,810	28,810
Other comprehensive income for the year 2011	-	-	-	(739)	-	-	(739)
<i>Total comprehensive income for the year 2011</i>	-	-	-	(739)	-	28,810	28,071
Transfer of 2010 profit	-	-	-	-	29,024	(29,024)	-
Movement of Reserves for charitable purposes	-	-	(1)	-	1	-	-
Dividends declared and paid	-	-	-	-	(29,925)	-	(29,925)
Balance at 31 December 2011	66,500	19,536	22,277	1,139	112,773	28,810	251,035

Statement of Changes in Bank's Equity for the Year ended 31 December 2011 (in thousands of EUR)

CHANGES IN EQUITY	Share capital	Legal reserve fund	Other reserves	Revaluation reserve for available-for-sale financial assets	Retained earnings from prior years	Profit for the period	Total equity
Balance at 1 January 2010	66,500	19,485	22,283	1,386	115,315	28,104	253,073
Profit after tax for the year 2010	-	-	-	-	-	29,355	29,355
Other comprehensive income for the year 2010	-	-	-	492	-	-	492
<i>Total comprehensive income for the year 2010</i>	-	-	-	492	-	29,355	29,847
Transfer of 2009 profit	-	-	-	-	28,104	(28,104)	-
Movement of Reserves for charitable purposes	-	-	(5)	-	5	-	-
Dividends declared and paid	-	-	-	-	(29,925)	-	(29,925)
Balance at 31 December 2010	66,500	19,485	22,278	1,878	113,499	29,355	252,995
Balance at 1 January 2011	66,500	19,485	22,278	1,878	113,499	29,355	252,995
Profit after tax for the year 2011	-	-	-	-	-	28,808	28,808
Other comprehensive income for the year 2011	-	-	-	(739)	-	-	(739)
<i>Total comprehensive income for the year 2011</i>	-	-	-	(739)	-	28,808	28,069
Transfer of 2010 profit	-	-	-	-	29,355	(29,355)	-
Movement of Reserves for charitable purposes	-	-	(1)	-	1	-	-
Dividends declared and paid	-	-	-	-	(29,925)	-	(29,925)
Balance at 31 December 2011	66,500	19,485	22,277	1,139	112,930	28,808	251,139

Consolidated and Separate Statement of Cash Flows for the Year ended 31 December 2011 (in thousand of EUR)

CASH FLOW STATEMENT ITEMS	2011		2010	
	Group	Bank	Group	Bank
Interest income received	119,666	119,656	117,596	117,595
Interest paid	(49,627)	(49,627)	(46,526)	(46,526)
Fees and commissions received*	41,662	41,662	40,676	40,676
Fees and commissions paid*	(13,773)	(13,773)	(15,701)	(15,701)
Staff costs and other operating costs paid	(36,748)	(36,752)	(33,186)	(33,129)
Other payments	(4,060)	(4,053)	(3,773)	(3,759)
Proceeds from sale of loans receivable	760	760	539	539
Income tax paid, including prepayments	(7,731)	(7,666)	(10,949)	(10,949)
Cash flows from operating activities before changes in operating assets and liabilities	50,149	50,207	48,676	48,746
<i>Net increase in operating assets:</i>	<i>(61,554)</i>	<i>(61,746)</i>	<i>(88,683)</i>	<i>(86,425)</i>
Net increase of minimum reserve deposits with National Bank of Slovakia	(3)	(3)	-	-
Net increase of due from other banks with maturity over 3 month	(15,000)	(15,000)	-	-
Net increase of loans to customers	(46,360)	(46,360)	(85,991)	(83,918)
Net increase of other assets	(66)	(258)	(2,647)	(2,462)
Net increase of accrued income	(125)	(125)	(45)	(45)
<i>Net increase in operating liabilities</i>	<i>97,490</i>	<i>97,490</i>	<i>123,753</i>	<i>123,753</i>
Net increase of liabilities to customers	98,934	98,934	125,450	125,450
Repayment of amounts due to other banks	(2,122)	(2,122)	(2,380)	(2,380)
Net increase of other liabilities	752	752	429	429
Net increase/(decrease) of accrued liabilities	(74)	(74)	254	254
Cash flows from operating activities	86,085	85,951	83,746	86,074
Payments for purchased premises and equipment and intangible assets	(4,141)	(4,133)	(5,028)	(4,877)
Proceeds from disposals of premises and equipment and intangible assets	47	47	633	2
Purchase of held to maturity investments	(127,838)	(127,838)	(109,790)	(109,790)
Proceeds from matured investments held to maturity	40,000	40,000	69,386	69,386
Purchase of available-for-sale securities	(4,942)	(4,942)	(28,288)	(28,288)
Share capital contribution to subsidiary			-	(130)
Cash flows from investing activities	(96,874)	(96,866)	(73,087)	(73,697)
Dividends paid	(29,925)	(29,925)	(29,925)	(29,925)
Cash flows from financing activities	(29,925)	(29,925)	(29,925)	(29,925)
NET CASH FLOWS	(40,714)	(40,840)	(19,266)	(17,548)
Opening balance of cash and cash equivalents	92,428	91,173	111,694	108,721
Closing balance of cash and cash equivalents	51,714	50,333	92,428	91,173
Net increase in cash and cash equivalents	(40,714)	(40,840)	(19,266)	(17,548)

*part of the fees included in the lines "Fees and commissions received" and "Fees and commissions paid" enters into calculation of effective interest rate from Loans to customers and Customers' savings deposits respectively